

Marseille-Kliniken Aktiengesellschaft, Berlin

Zusammengefasster Lagebericht und Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2009/2010

1	Überblick und Kennzahlen des Konzerns	3
2	Geschäftstätigkeit und Rahmenbedingungen	4
2.1	Geschäftstätigkeit	4
2.2	Rahmenbedingungen	6
3	Strategie des Konzerns	8
4	Ertragslage des Marseille-Kliniken Konzerns.....	10
4.1	Umsatzerlöse	10
4.2	Sonstige betriebliche Erträge (einschließlich Gewinn aus dem Verkauf der Reha-Sparte).....	12
4.3	Materialaufwand.....	12
4.4	Personalaufwand	12
4.5	Abschreibungen	13
4.6	Sonstige betriebliche Aufwendungen / Sonstige Steuern.....	13
4.7	Finanzergebnis	13
4.8	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	13
4.9	Einmaleffekte, die das Ergebnis beeinflusst haben	14
4.10	Betriebliches Ergebnis und Ertragskennzahlen	14
4.11	Konzernergebnis.....	14
4.12	Ergebnis je Aktie/ Dividende.....	15
5	Vermögenslage des Konzerns	15
6	Finanzlage des Konzerns	18
7	Investitionen des Konzerns	21
8	Forschung und Entwicklung	21
9	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.....	22
10	Einzelabschluss der Marseille-Kliniken AG.....	22
10.1	Ertragslage.....	23
10.2	Vermögens- und Finanzlage	26
11	Risikobericht	29
11.1	Risikomanagementsystem	29
11.2	Umfeld- und Branchenrisiken	30
11.3	Leistungswirtschaftliche Risiken.....	31
11.4	Finanzwirtschaftliche Risiken	31
11.5	Rechtliche Risiken	33
11.6	Sonstige Risiken	34
11.7	Risikosituation und strategische Risiken des Konzerns	34
11.8	Rechnungslegungsbezogenes Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem	36
12	Nachtragsbericht.....	38
13	Vergütungsbericht.....	39
14	Corporate Governance (Entsprechenserklärung, Bericht des Vorstandes über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen, Angabepflichten gemäß § 315 Abs. 4 HGB) Angabepflichten gemäß § 315 Abs. 4 HGB	39 40
15	Prognosebericht.....	45

Der Lagebericht der Marseille-Kliniken AG wird gemäß § 315 Abs. 3 HGB mit dem des Marseille-Kliniken Konzerns zusammengefasst. Die Risiken und Chancen der Marseille-Kliniken AG, als Muttergesellschaft, sind untrennbar mit dem Konzern verbunden. In diesem Lagebericht enthaltene Informationen beziehen sich, sofern nicht anders angegeben, auf den Konzern. Die Informationen zur Lage des Mutterunternehmens Marseille-Kliniken AG sind in einem separaten Abschnitt aufgeführt.

Der Marseille-Kliniken Konzernabschluss ist nach den International Financial Reporting Standards und der Einzelabschluss der Marseille-Kliniken AG nach den Grundsätzen des deutschen Handelsrechts (HGB) und der aktienrechtlichen (AktG) Vorschriften aufgestellt.

1 Überblick und Kennzahlen des Konzerns

Die Marseille-Kliniken AG ist ein führender börsennotierter Betreiber von Pflegeheimen in Deutschland. Der Schwerpunkt des Unternehmens liegt mit einer Kapazität von rund 8.370 Betten in der stationären Altenpflege. Der Konzern betreibt 62 Senioreneinrichtungen, davon drei Pflegeheime für Behinderte. Marseille-Kliniken ist nahezu bundesweit – in 13 von 16 Bundesländern – vertreten. Das Kernsegment Pflege wird durch den Bereich „Betreutes Wohnen“ ergänzt. Hier versorgt das Unternehmen als Dienstleister in vier Gebäudekomplexen in Gera, Halle und Potsdam ältere Menschen in 1.169 Wohneinheiten.

Das Geschäftsjahr 2009/2010 war für den Marseille-Kliniken Konzern ein Jahr des Umbruchs. Mit dem Wechsel im Vorstand begann eine wesentliche Neuausrichtung des Konzerns. Im März 2010 übernahm Ulrich Marseille den Vorstandsvorsitz. Ebenfalls im März 2010 wurde Axel Regenhardt in den Vorstand bestellt und leitet seitdem die Geschäftsbereiche Informationstechnologie, Betriebsorganisation und Revision. Von April bis Juni 2010 agierte Claus Dobrowolski als Finanzvorstand. Schließlich übernahm Dr. Thomas Klaue am 1. Juli 2010 diese Vorstandsfunktion und wurde gleichzeitig zum stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden bestellt.

Mit dem Verkauf der aktiven Rehabilitationskliniken mit Wirkung zum 30. April 2010 und Beendigung der Akutkrankenhaus-Aktivitäten haben wir die Weichen gestellt für die Fokussierung unseres Unternehmens auf die Kernaktivitäten stationäre Altenpflege und Betreutes Wohnen. Darüber hinaus haben wir mit einem umfassenden Kostensenkungsprogramm im Personal- und Sachkostenbereich die Voraussetzungen für eine nachhaltige Steigerung der Ertragskraft geschaffen.

Die Führungsstruktur des Konzerns haben wir dezentralisiert, indem die operative Führung jetzt über eine neu geschaffene Regionalleiterstruktur erfolgt.

Im Geschäftsjahr 2009/2010 erwirtschaftete der Marseille-Kliniken Konzern einen Umsatz in Höhe von 240,7 Mio. €, nach 235,5 Mio. € im Vorjahr. Die Umsatzerlöse der Rehabilitationskliniken waren in 2009/2010 noch für 10 Monate enthalten. Bereinigt um die veräußerten Rehabilitationskliniken wuchs der Umsatz im Kerngeschäft Pflege um 5,4 % auf 190,3 Mio. € im Berichtsjahr, nach 180,6 Mio. € im Vorjahr. Damit ist unser Pflegegeschäft stärker als der Markt mit ca. 4 % gewachsen.

Das Ergebnis des Konzerns vor Abschreibungen, Zinsen, Mietaufwendungen und Steuern (EBITDAR) verbesserte sich von 50,6 Mio. € im Vorjahr um 25,0 Mio. € bzw. 49,4 % auf 75,6 Mio. € im abgelaufenen Geschäftsjahr. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf den Entkonsolidierungserfolg in Höhe von 20,1 Mio. € durch den Verkauf der Rehabilitationskliniken zurückzuführen. Im operativen Geschäft konnte das Ergebnis insbesondere durch das Kostensenkungsprogramm um 2,7 Mio. € gesteigert werden, obwohl für Prozessrisiken Vorsorge durch Rückstellungen in Höhe von 5,3 Mio. € getroffen wurde. Nach Verrechnung der Mietaufwendungen, die von 47,0 Mio. € auf 49,7 Mio. € anstiegen, ergibt sich im EBITDA eine Verbesserung um 21,7 Mio. € auf 25,9 Mio. €.

Im Zuge der Neuausrichtung hat das neue Management strenge Maßstäbe bei Bewertungsfragen angelegt, Strategieänderungen vollzogen und daraufhin notwendige bilanzielle Anpassungen vorgenommen. Die Abschreibungen stiegen daher von 10,4 Mio. € im Vorjahr auf 21,6 Mio. €. Darin enthalten sind Abwertungen auf Stillstandsimmobilien von nicht mehr betriebenen Kliniken in Höhe von rund 7,3 Mio. €. Das Finanzergebnis verbesserte sich durch geringere Zinsaufwendungen um 1,6 Mio. € auf -3,6 Mio. €.

Das Konzernergebnis nach Steuern und Minderheiten verbesserte sich um 14,1 Mio. € nach einem Vorjahresverlust in Höhe von 13,5 Mio. € auf einen Gewinn von 0,6 Mio. €.

2 Geschäftstätigkeit und Rahmenbedingungen

2.1 Geschäftstätigkeit

Die Gesellschaft ist ein führender börsennotierter Anbieter von stationären und ambulanten Pflegedienstleistungen. Dazu betreibt der Marseille-Kliniken Konzern Pflegeheime in Deutschland, nahezu bundesweit in 13 von 16 Bundesländern. Die Aktivitäten des Konzerns sind in Segmenten zusammengefasst. Der operative Schwerpunkt des Unternehmens liegt im Kernsegment Pflege, das die Aktivitäten stationäre Altenpflege und „Betreutes Wohnen“ umfasst. Im Bereich der stationären Altenpflege betreibt der Konzern 62 Senioreneinrichtungen mit einer Kapazität von rund 8.370 Betten, davon drei Pflegeheime für Behinderte. Im Bereich des Betreuten Wohnens versorgt Marseille-Kliniken in vier Gebäudekomplexen in Gera, Halle und Potsdam ältere Menschen in 1.169 Wohneinheiten als Serviceanbieter.

Im Segment Dienstleistungen sind Service- und administrative Dienstleistungen zusammengefasst, die zentral für die operativen Geschäfte nach einheitlichen Konzernstandards geleistet werden.

Die Segmente werden durch eine verantwortliche operative Leitung geführt und durch interne Dienstleister für die Zentralfunktionen Personal, Finanzen und Controlling, Rechnungswesen, Steuern, Informationstechnologie, Organisationsentwicklung und Marketing unterstützt. Innerhalb der Segmente werden die einzelnen Einrichtungen als juristisch eigenständige Tochtergesellschaften, angebunden an die Muttergesellschaft Marseille-Kliniken AG, geführt. Jede der Tochtergesellschaften ist einem Unternehmenssegment gemäß den International Financial Reporting Standards (IFRS) zugeordnet.

Grundlage der Konzernsteuerung sind die strategische Planung und die regelmäßig aktualisierte Vorschau. Hierbei werden die aktuellen Ereignisse des laufenden Geschäftsjahres sowie zukünftig erwartete Einflüsse der Marktentwicklung, der neueste Stand der Informationstechnologie und die finanziellen Möglichkeiten des Konzerns berücksichtigt. Die Unternehmensplanung wird für einen Prognosezeitraum von fünf Jahren erstellt. Dabei wird jeweils für das dem laufenden Geschäftsjahr folgende Geschäftsjahr ein detailliertes Budget erstellt. Das Budget gibt die Zielwerte für die monatlich erfolgende Berichterstattung über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage jeder einzelnen Gesellschaft des Konzerns, der Segmente des Konzerns und des Konzerns insgesamt vor. Die Monatsberichte sind ergänzt um zahlreiche Steuerungsdaten, wie Kennzahlen, Auslastungen, qualitative Werte und Detailinformationen. Damit werden die Steuerung des operativen Geschäfts sichergestellt und Risiken für die strategische Zielerreichung frühzeitig aufgezeigt. Ergänzt werden die Monatsberichte um eine Vorschau auf das Ende des laufenden Geschäftsjahres. Diese Berichte bilden die wesentliche Entscheidungsgrundlage für Vorstand und Aufsichtsrat.

Der Aufsichtsrat berät den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens und arbeitet zum Wohle der Gesellschaft eng mit ihm zusammen. Zwischen Aufsichtsrat und Vorstand erfolgt die Abstimmung und Festlegung der Strategie einvernehmlich. Der Aufsichtsrat überwacht den Vorstand in dem von Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung vorgesehenen Rahmen sowie unter Beachtung der Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex und ist in die Entscheidungen von grundlegender Bedeutung eingebunden. Aufsichtsrat und Vorstand haben die Entsprechenserklärung zu den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ gemäß § 161 AktG abgegeben und den Aktionären zusammen mit der Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB auf der Website der Gesellschaft unter www.marseille-kliniken.de dauerhaft zugänglich gemacht.

2.2 Rahmenbedingungen

2.2.1 Gesamtwirtschaftliches Umfeld

Nach einem Rückgang des realen Bruttoinlandsproduktes in Deutschland von 4,7 % im Jahr 2009, befindet sich die deutsche Wirtschaft im Jahr 2010 im Aufschwung. Für das Gesamtjahr wird ein reales Wachstum der Wirtschaftsleistung um 3,5 % erwartet. Dabei hat die wirtschaftliche Erholung an Breite gewonnen. So wird die Expansion nicht mehr allein vom Anstieg der Exporte und den Lagerinvestitionen getrieben. Vielmehr legt im Jahr 2010 auch die Binnenkonjunktur spürbar zu. Der deutliche Anstieg der Kapazitätsauslastung der deutschen Industrie von 71 % im zweiten Quartal 2009 auf 82,7 % im dritten Quartal 2010 schlägt sich in einer zunehmenden Investitionsbereitschaft der Unternehmen nieder. Der private Konsum profitiert insbesondere von der schneller als erwartet verlaufenden Erholung am Arbeitsmarkt. So ging die Zahl der Kurzarbeiter wesentlich schneller und stärker zurück als noch zu Jahresbeginn prognostiziert. Für das Gesamtjahr 2010 wird ein Rückgang der Arbeitslosenquote von 8,2 % im Vorjahr auf 7,7 % erwartet. Die Arbeitslosenquote liegt damit bereits wieder unter dem Wert des Jahres 2008 von 7,8 %. Beide Faktoren führen zu einem deutlichen Anstieg der verfügbaren Haushaltseinkommen.

Die Lage der öffentlichen Haushalte stellt sich aufgrund des günstigeren Konjunkturverlaufs ebenfalls besser dar als im Frühjahr 2010 prognostiziert. Zwar weitet sich das staatliche Budgetdefizit im Jahr 2010 noch aus, allerdings nicht in so großem Ausmaß wie zu Jahresbeginn befürchtet.

2.2.2 Der deutsche Gesundheitsmarkt

In Deutschland hat das Gesundheitswesen einen Anteil am Bruttoinlandsprodukt von mehr als 10 % und beschäftigt rund 4,4 Millionen Menschen. Der Gesundheitsmarkt unterliegt keinen konjunkturellen Schwankungen, sondern wird durch andere Faktoren beeinflusst. Das Wachstum des Gesundheitsmarktes wird vor allem durch die Alterung der Gesellschaft getrieben. Immer mehr Menschen erreichen ein höheres Lebensalter und die Überlebensrate bei schweren Erkrankungen nimmt stetig zu. Parallel dazu wandelt sich das Selbstverständnis vom passiven Patienten als Opfer seiner Krankheit zum selbstbestimmten, aktiven Kunden. Vor diesem Hintergrund werden für den deutschen Gesundheitsmarkt langfristige jährliche Wachstumsraten zwischen 6 % und 10 % prognostiziert.

Den positiven Wachstumsperspektiven für den Gesundheitsmarkt stehen die Grenzen der Finanzierbarkeit des Gesundheitssystems gegenüber. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes haben die Ausgaben für Gesundheit im Jahr 2008 mit rund 263 Mrd. € ein Rekordhoch erreicht. Deutlich über die Hälfte der Ausgaben werden mit 179 Mrd. € von der gesetzlichen Sozialversicherung getragen. Auf die privaten Krankenkassen entfallen rund 24 Mrd. €. Die Ausgaben werden zu rund 78 % für ärztliche, pflegerische und therapeutische Leistungen sowie Waren aufgewendet. Umgerechnet auf den einzelnen Bundesbürger hat jeder Deutsche 3.190 € für Gesundheit ausgegeben. Die Anforderung an das Gesundheitssystem als Ganzes besteht darin, einen stark wachsenden Bedarf mit einer gleichzeitig politisch begrenzten Steigerung der Finanzmittelausstattung zu befriedigen, da bereits heute für einen zunehmenden Teil der Bevölkerung die Belastungsgrenze für Sozialabgaben erreicht ist.

Aus den übergeordneten Einflussfaktoren auf den gesamten Gesundheitsmarkt ergeben sich für die Zukunft drei bedeutende Trends. Der hohe Kostendruck bei weitgehend gesetzlich festgelegtem Leistungsumfang führt erstens zu einem Konzentrationsprozess, so dass Einzeleinrichtungen langfristig kaum noch Überlebenschancen haben werden. Zweitens führt der medizinische Fortschritt zu einer kürzeren Verweildauer der Patienten im kostenintensiven stationären Bereich und zu einer engeren Verzahnung der verschiedenen Sektoren des Gesundheitsmarktes. Die Integration wird durch neue gesetzliche Regelungen erleichtert, die unter anderem die Etablierung von Medizinischen Versorgungszentren ermöglicht. Drittens ist der Markt in den vergangenen Jahren durch eine Welle von Privatisierungen gekennzeichnet; ein Trend, der weiter zunehmen wird. Die öffentliche Hand ist weder in der Lage, die notwendigen Investitionen in den Einrichtungen vorzunehmen, noch kann sie die Verluste in vielen ihrer Häuser auf Dauer tragen. Allein im Bereich der Krankenhäuser ist bereits heute ein Investitionsstau von rund 50 Mrd. € entstanden, der nach Meinung von Experten nur durch privatwirtschaftliche Strukturen und Investitionen aufgelöst werden kann. Der Gesundheitsmarkt ist daher in zunehmendem Maße auf privates Kapital angewiesen.

Die Betreiber werden künftig durch wachsende Ansprüche an Qualität bei geringen Kosten zunehmend unter wirtschaftlichen Druck geraten. Steigende Anforderungen an die Ausstattung mit Informationstechnologie und an effiziente Organisationsabläufe werden zur Bildung größerer Einheiten führen, um durch das Erreichen kritischer Größen im Umsatzvolumen eine Degression der Fixkosten und dadurch Wettbewerbsvorteile zu realisieren.

3 Strategie des Konzerns

Unsere Strategie leitet sich unmittelbar aus der **Vision** und **Mission** des Konzerns ab.

Vision der Marseille-Kliniken AG

Wir wollen der Qualitätsführer auf dem deutschen Pflegemarkt sein. Dabei streben wir ein ertragreiches Wachstum an. Mit unseren innovativen Branchenlösungen sind wir Vorreiter auf dem nationalen Markt für Pflegedienstleistungen und setzen Maßstäbe bei Qualität und Weiterbildung von Mitarbeitern.

Mission der Marseille-Kliniken AG: Kompetenz in Gesundheit und Pflege

Die Marseille-Kliniken AG zählt als börsennotierter Betreiber von Altenpflegeheimen zu den führenden Anbietern von Pflegedienstleistungen in Deutschland. In einem Markt, der vor allem von Wohlfahrtsverbänden bestimmt wird, sind wir ein Pionierunternehmen, das mit seiner konsequenten Ausrichtung als bundesweiter Anbieter den Gesundheitsmarkt prägt und angesichts der demographischen Entwicklung zukunftsweisend aufgestellt ist.

Unsere Unternehmenskultur basiert auf den drei Grundsätzen: **Kundenorientierung**, **Wirtschaftlichkeit** und **soziale Verantwortung**.



Strategie der Marseille-Kliniken AG

Wesentliches strategisches Ziel ist die **Qualitätsführerschaft** und ein **ertragreiches Wachstum** im Markt der privatwirtschaftlich organisierten stationären und ambulanten Altenpflege. Mit innovativen und spezialisierten Angeboten setzt das Unternehmen im Pflegemarkt Maßstäbe. Die Verbindung von sozialem und wirtschaftlichem Handeln ist dabei Verpflichtung und Herausforderung zugleich. Bausteine der Unternehmensstrategie sind die einzelnen Bereiche:

- Seniorenwohnparks als 2-, 3- und 4-Sterne Einrichtungen (Sterne-Konzept)
- Betreutes Wohnen
- Spezialkonzepte (wie z.B. die Betreuung von Demenzkranken).

Mittelfristig wird ergänzend der Ausbau von Software- und Management-Dienstleistungen im Gesundheitsbereich für Dritte betrieben.

Kern der Unternehmensstrategie ist die Fokussierung auf den Pflegemarkt. Dies hat Auswirkungen auf die Struktur des Immobilienportfolios: Das Portfolio wird permanent im Hinblick auf die mittel- und langfristige Sicherung der Liquidität hin optimiert.

Im Rahmen dieser Strategie haben wir im Berichtsjahr

1. unsere Rehabilitationskliniken im April 2010 veräußert,
2. unser Engagement im Bereich Akutklinik beendet und entschieden, unsere Aktivitäten zum Aufbau eines Inkontinenz-Zentrums nicht weiter zu verfolgen und
3. mit der Übernahme der AAP (Allgemeine Ansgar Pflegedienste GmbH), einer Pflegedienstgesellschaft im Betreuten Wohnen,

unser Kerngeschäft „Pflege“ weiter gestärkt.

Unsere **Mitarbeiterinnen** und **Mitarbeiter** sind integraler Teil unserer Konzernstrategie. Die Mitarbeiter sind gerade in der Gesundheitsbranche der wichtigste Produktionsfaktor. „**Bilden und Binden**“ ist Motto der breit angelegten Personaloffensive unseres Konzerns mit dem Ziel, die eigene Attraktivität als Arbeitgeber zu steigern und gute Fachkräfte im ausgedünnten Arbeitsmarkt für Pflegekräfte zu akquirieren. Zu den strategischen Ansätzen im Personalbereich zählen eine kontinuierliche Personalentwicklung, leistungsbezogene Gehaltskomponenten, die Möglichkeit der Teilhabe an einer firmeneigenen Pensionskasse sowie eine durchgängig kooperative Führung.

Um den hohen Qualitätsanforderungen in der Pflege und der individuellen Betreuung zu entsprechen, nehmen die regelmäßigen Fort- und Weiterbildungen der Mitarbeiter einen hohen Stellenwert ein. Mit computergestützten E-Learning-Kursen hat die Marseille-Akademie dafür ein in der Branche einmaliges System aufgebaut, das schnellen Informationstransfer aus Forschung und Lehre zum Pflegepersonal gewährleistet. Die Marseille-Kliniken AG ist bundesweit einer der größten Anbieter von E-Learning für pflegerische Lerninhalte.

Die **Qualität** ist eine weitere Säule unserer Konzernstrategie. Die **Qualitätsführerschaft** der Marseille-Kliniken AG in der Altenpflege lässt sich an Kriterien wie Qualität und Transparenz messen: Hier haben wir hohe Standards definiert – sowohl bei der Pflege als auch beim Umgang mit kranken Menschen, bei der sozialen Betreuung und schließlich im Bereich Unterbringung und Service. Die Pflegeeinrichtungen wurden freiwillig nach anerkannten Normen wie DIN EN ISO 9001:2008 oder KTQ-Pflege (2 Einrichtungen) von externer Stelle zertifiziert. Zur Sicherung der hohen Qualitätsstandards und zur Weiterentwicklung der Einrichtungen haben wir ein umfangreiches, für die Pflegebranche Beispiel gebendes Auditsystem etabliert (differenziert in Prozess-, Besuchs- und Systemaudit). Das konzerninterne Qualitätsmanagementsystem basiert auf Kennzahlen und einer EDV-Erfassung, die eine Früherkennung von Pflegerisiken ermöglicht und permanent über den Stand der Pflegequalität Auskunft gibt.

Die Analyse unserer täglichen Arbeit, ein differenziert ausgestaltetes Beschwerdemanagement sowie eine regelmäßige, anonyme Befragung von Angehörigen fördern unseren kontinuierlichen Verbesserungsprozess (KVP). Ziel ist es zudem, mit angepassten Softwarelösungen unser Pflegepersonal von administrativen Aufgaben zu entlasten, so dass unsere Mitarbeiter mehr Zeit für die individuelle Betreuung unserer Bewohner haben.

4 Ertragslage des Marseille-Kliniken Konzerns

4.1 Umsatzerlöse

Im Berichtszeitraum ist der Konzernumsatz um 2,2 % auf 240,7 Mio. € (Vorjahr: 235,5 Mio. €) gestiegen. Dabei entfielen auf den Bereich Pflege 190,3 Mio. € (Vorjahr: 180,6 Mio. €), was einem Umsatzwachstum von 5,4 % entspricht. Die Umsätze des aufgegebenen Geschäftsbereichs Rehabilitation (bis 30.04.2010) und des Akut-Krankenhauses (bis 30.06.2010) betragen 47,6 Mio. € (Vorjahr für 12 Monate: 53,3 Mio. €).

Gekürzte Konzerngewinn- und Verlustrechnung

	1.7.2009 bis 30.6.2010	1.7.2008 bis 30.6.2009	Veränderung relativ
	TEUR	TEUR	in %
Umsatzerlöse	240.742	235.535	2,2%
Sonstige betriebliche Erträge / Gewinn aus dem Verkauf der Reha-Sparte	32.124	10.444	207,6%
Gesamtleistung	272.866	245.979	10,9%
Materialaufwand	30.293	32.451	-6,6%
Personalaufwand	131.441	124.397	5,7%
Abschreibungen	21.648	10.446	107,2%
Sonstige betriebliche Aufwendungen inkl. Sonstige Steuern	85.232	85.488	-0,3%
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit	4.252	-6.803	n.a.
Finanzergebnis	-3.619	-5.264	-31,3%
Ergebnis vor Steuern	634	-12.067	n.a.
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-26	1.529	n.a.
Konzernergebnis	660	-13.596	n.a.
Minderheitenanteile	-96	83	-215,6%
Marseille-Kliniken AG zuzurechnendes Konzernergebnis	564	-13.513	n.a.

Materialaufwandsquote (zu den Umsatzerlösen)	12,6%	13,8%	-8,7%
Personalaufwandsquote (zu den Umsatzerlösen)	54,6%	52,8%	3,4%

Die Bettenkapazität im Konzern beträgt zum 30.06.2010 in den 62 Pflegeeinrichtungen 8.370 Betten gegenüber 7.750 Betten in 58 Pflegeeinrichtungen im Vorjahr. Die Steigerung der Bettenkapazität in der Pflege resultiert aus den Eröffnungen in Oberhausen, Bremerhaven und Waldkirch in der stationären Pflege sowie in Gera im Betreuten Wohnen. Zum Vorjahresstichtag standen – einschließlich Rehabilitationskliniken - in 67 Einrichtungen 9.085 Betten zur Verfügung. Die Bettenkapazität in der Rehabilitation (1.269 Betten) sowie im Krankenhaus Büren (60 Betten) entfielen zum 30.04.2010 bzw. zum 30.06.2010.

Der Umsatz im Segment Pflege wurde um 9,7 Mio. € gesteigert. Wesentlicher Grund hierfür ist der Ausbau der Kapazitäten bei nur leicht rückläufiger Auslastung aufgrund des Anlaufes neuer Pflegeeinrichtungen.

4.2 Sonstige betriebliche Erträge (einschließlich Gewinn aus dem Verkauf der Reha-Sparte)

Die sonstigen betrieblichen Erträge betragen 32,1 Mio. € (Vorjahr: 10,4 Mio. €). Die Steigerung ist insbesondere auf den Entkonsolidierungserfolg (Verkauf der Rehabilitationskliniken) in Höhe von 20,1 Mio. € zurückzuführen. Des Weiteren wurde ein Ertrag aus der Veräußerung der Immobilie in Bremerhaven im Rahmen eines Sale-and-lease-back-Geschäftes von 2,0 Mio. € erzielt.

4.3 Materialaufwand

Der Materialaufwand reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um 2,2 Mio. € auf 30,3 Mio. €. Davon entfielen 1,5 Mio. € auf die verkauften Rehabilitationskliniken. Der Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sank mit 25,1 Mio. € um 2,9 Mio. € gegenüber dem Vorjahr (28,0 Mio. €) überwiegend aufgrund geringerer Energieaufwendungen (-2,2 Mio. €). Die Aufwendungen für bezogene Leistungen sind von 4,4 Mio. € auf 5,2 Mio. € - in erster Linie aufgrund höherer bezogener medizinischer Fremdleistungen angestiegen.

4.4 Personalaufwand

Der Personalaufwand erhöhte sich um 7,0 Mio. € auf 131,4 Mio. €. Der Anstieg ist u.a. auf die Eröffnung von neuen Pflegeeinrichtungen in Oberhausen und Bremerhaven mit 1,4 Mio. € zurückzuführen. Des Weiteren erhöhten sich die Personalaufwendungen gegenüber dem Vorjahr im Wesentlichen durch höhere Aufwendungen für Überstunden (+1,1 Mio. €), Abfindungen insbesondere im Zusammenhang mit der Restrukturierung (+0,6 Mio. €), Pensionsaufwendungen (+1,9 Mio. €) sowie durch Rückstellungen für mögliche Ansprüche für in Vorjahren übernommene Mitarbeiter (1,6 Mio. €).

Gegenläufig wurden im Dienstleistungsbereich Einsparungen bei den Personalkosten in Höhe von rund 1,5 Mio. € erzielt.

Die durchschnittliche Mitarbeiterzahl betrug 5.584 im Wirtschaftsjahr 2009/2010 nach 5.535 im Vorjahr. Nach dem Verkauf der Rehabilitation zum 30.04.2010 waren zum 30.06.2010 4.531 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Konzern beschäftigt.

4.5 Abschreibungen

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und auf Sachanlagen lagen bei 21,6 Mio. € nach 10,4 Mio. € im Vorjahr. Die Erhöhung resultiert insbesondere aus Abwertungen auf Stillstandsimmobilien (7,3 Mio. €), Abschreibungen auf aktivierte Aufwendungen für Konzept- und Planungsleistungen zum Bau eines Inkontinenz-Zentrums (2,0 Mio. €) sowie aus Abschreibungen auf Firmenwerte (1,2 Mio. €).

4.6 Sonstige betriebliche Aufwendungen / Sonstige Steuern

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen und sonstigen Steuern bewegten sich mit 85,2 Mio. € leicht unter dem Vorjahresniveau. Höhere Aufwendungen sind für Miete und Leasing angefallen. Diese sind von 47,0 Mio. € im Vorjahr um 2,7 Mio. € auf 49,7 Mio. € gestiegen. Ursächlich hierfür waren die Mieten für neue Einrichtungen sowie Rückstellungen für Mietverpflichtungen für die ehemalige Einrichtung in Bad König. Dem standen insbesondere Einsparungen bei den Instandhaltungs- und Wartungsaufwendungen (1,0 Mio. €) sowie den Werbekosten (0,7 Mio. €) gegenüber. Weiterhin waren gegenüber dem Vorjahr geringere Zuführungen zu Einzelwertberichtigungen notwendig (1,2 Mio. €).

In den sonstigen Steuern sind insbesondere Kfz- und Grundsteuer enthalten. Die Verringerung der sonstigen Steuern resultiert im Wesentlichen aus der Tatsache, dass im Vorjahr eine Rückstellung für aperiodische Grundsteuern gebildet werden musste.

4.7 Finanzergebnis

Das Finanzergebnis verbesserte sich gegenüber dem Vorjahreswert von -5,3 Mio. € um 1,7 Mio. € auf -3,6 Mio. €. Beigetragen hat dazu wesentlich die Verringerung der Finanzschulden durch die Tilgung von kurz- und langfristigen Darlehen. Daneben haben sich der Wegfall von Zinsen für die im Vorjahr abgeschlossene Betriebsprüfung (0,5 Mio. €) und der Wegfall von Zinsen im Zusammenhang mit einem Prozess (0,4 Mio. €) entsprechend ausgewirkt.

4.8 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag beliefen sich nach 1,5 Mio. € Steueraufwand im Vorjahr auf 26 T€ Steuerertrag im Berichtsjahr. Grund für die Verminderung des Steueraufwands ist im Wesentlichen der Wegfall der Steueraufwendungen im Zusammenhang mit der Betriebsprüfung (1,4 Mio. €). Aus der Auflösung von nicht genutzten § 6b-EStG-Rücklagen und § 7f-EStG-

Rücklagen auf Einzelabschlussenebene resultieren latente Steuererträge, welche in fast entsprechender Höhe laufendem Steueraufwand gegenüberstehen.

4.9 Einmaleffekte, die das Ergebnis beeinflusst haben

Das Konzernergebnis vor Steuern (EBT) beträgt 0,6 Mio. € (Vorjahr: -12,1 Mio. €). Darin sind folgende Einmaleffekte enthalten:

Wesentliche Einmaleffekte im Konzern

Bezeichnung	Aufwand Mio. €	Ertrag Mio. €
Entkonsolidierungen	0,3	20,1
Verkauf Immobilie Bremerhaven		2,0
Immobilienabwertungen	7,3	
Abschreibungen Immaterielle Vermögenswerte inkl. Firmenwerte	3,2	
Rückstellungen (insb. Prozesse)	5,9	
Aperiodische Personalaufwendungen	1,6	
Einzelwertberichtigungen / Forderungsverluste	0,8	
Pensionsrückstellungen	0,8	
Summe	19,9	22,1

4.10 Betriebliches Ergebnis und Ertragskennzahlen

Der nachfolgenden Kennzahlenübersicht ist die Entwicklung der Ertragslage des Konzerns zu entnehmen:

Kennzahl	2009/2010 Mio. €	2008/2009 Mio. €	Veränderung in Prozent
EBITDAR	75,6	50,6	49,5%
EBITDA	25,9	3,6	619,5%
EBIT	4,3	-6,8	n.a.
EBT	0,6	-12,1	n.a.
EBITDAR-Marge	31,4%	21,5%	46,1%
EBITDA-Marge	10,8%	1,5%	617,2%
EBIT-Marge	1,8%	-2,9%	n.a.

4.11 Konzernergebnis

Der Konzernjahresüberschuss beträgt 0,7 Mio. € (Vorjahr: -13,6 Mio. €) vor Minderheitenanteilen und 0,6 Mio. € (Vorjahr: -13,5 Mio. €) nach Minderheitenanteilen.

Das Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit des Segments Pflege verbesserte sich gegenüber dem Vorjahreswert um 2,5 Mio. € auf 6,7 Mio. €, wobei die Veräußerung der Immobilie Bremerhaven mit 2,0 Mio. € wesentlich dazu beigetragen hat.

4.12 Ergebnis je Aktie/ Dividende

Die Hauptversammlung am 12. Dezember 2008 hat die Neustückelung des Grundkapitals mit einem Aktiensplit von ursprünglich 12.150.000 Stückaktien auf 24.300.000 Stückaktien und die Änderung der Satzung beschlossen, die in § 4 Ziffer 1 neu gefasst wurde. Die Satzungsänderung wurde am 5. Februar 2009 im Handelsregister eingetragen. Der börsentechnische Vollzug des Aktiensplits ist bisher noch nicht erfolgt. Vorstand und Aufsichtsrat werden der kommenden Hauptversammlung vorschlagen, diesen Aktiensplitt zurückzunehmen.

Das Ergebnis je Aktie erreichte auf Basis der Zahl von 24.300.000 Stückaktien +0,02 € (Vorjahr: -0,56 €), auf Basis von 12.150.000 Stückaktien ein Ergebnis je Aktie von +0,05 € (Vorjahr: -1,12 €);.

5 Vermögenslage des Konzerns

Die Bilanzsumme beträgt zum Stichtag 198,1 Mio. € (Vorjahr: 226,6 Mio. €) und hat sich im Vergleich zum Vorjahr deutlich reduziert. Die wesentliche Ursache liegt im Abgang von Vermögenswerten (14,1 Mio. €) und Schulden (9,8 Mio. €) der entkonsolidierten Rehabilitationskliniken.

verkürzte Darstellung der Konzernbilanz

	30.06.2010	30.06.2009	Veränderung relativ in %
	TEUR	TEUR	
Immaterielle Vermögenswerte	33.665	32.824	2,6%
Sachanlagen	124.168	142.682	-13,0%
Übrige langfristige Vermögenswerte	9.472	4.428	113,9%
Langfristige Vermögenswerte	167.305	179.933	-7,0%
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	9.260	15.554	-40,5%
Übrige kurzfristige Vermögenswerte	11.473	21.473	-46,6%
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	10.104	9.631	4,9%
Kurzfristige Vermögenswerte	30.837	46.658	-33,9%
Summe Aktiva	198.142	226.591	-12,6%
Eigenkapital	24.938	25.195	-1,0%
Langfristige Schulden	108.211	118.746	-8,9%
Kurzfristige Schulden	64.993	82.651	-21,4%
Summe Passiva	198.142	226.591	-12,6%

Liquidität 1. Grades	15,5%	11,7%	33,4%
Liquidität 2. Grades	29,8%	30,5%	-2,2%
Eigenkapitalquote	12,6%	11,1%	13,2%

Die Liquidität 1. Grades gibt an, wie hoch der Anteil der flüssigen Mittel an dem kurzfristigen Fremdkapital ist. Die Liquidität 2. Grades gibt an, wie hoch der Anteil der Forderungen und der flüssigen Mittel an dem kurzfristigen Fremdkapital ist.

Der Anstieg der immateriellen Vermögenswerte beträgt 2,6 %. Dazu beigetragen haben vor allem Zugänge (Kundenstamm, Gestattungsvertrag und Firmenwert) in Höhe von 6,6 Mio. €, die im Wesentlichen aus der Erstkonsolidierung der AAP-Allgemeine Ansgar Pflegedienste GmbH zum 30.06.2010 stammen. Mindernd wirkten sich im Wesentlichen die außerplanmäßigen Abschreibungen auf die aktivierten Aufwendungen für ein Inkontinenz-Zentrum (2,0 Mio. €) sowie auf Firmenwerte (1,2 Mio. €) aus.

Die Verringerung des Sachanlagevermögens ist im Wesentlichen auf die Abgänge von Vermögenswerten der Rehabilitationskliniken zurückzuführen. Darüber hinaus werden die vermieteten Grundstücke in Ortenau und Bad Herrenalb nach IFRS 5 als Finance-Lease klassifiziert und unter den übrigen langfristigen Vermögenswerten (5,7 Mio. €) ausgewiesen. Die Objekte befinden sich unverändert im Besitz des Marseille-Kliniken Konzerns, jedoch erfolgt die Vermietung der Objekte seit der Veräußerung der Rehabilitationskliniken nicht mehr an eigene

Gesellschaften, sondern an Externe. Darüber hinaus waren außerplanmäßige Abwertungen auf Stillstandsimmobilien (7,3 Mio. €) und auf Betriebs- und Geschäftsausstattungen (0,2 Mio. €) vorzunehmen.

Erhöht haben sich, wie erwähnt, die übrigen finanziellen Vermögenswerte vor allem durch die Klassifizierung als Finance-Lease der seit dem 01.05.2010 an die veräußerten Rehabilitationsgesellschaften vermieteten Immobilien in Ortenau und Bad Herrenalb.

Die übrigen kurzfristigen Vermögenswerte beliefen sich auf 21,5 Mio. € und haben sich in erster Linie durch die Verminderung der sonstigen Forderungen und Vermögenswerte (-6,0 Mio. €) und Vorräten (-3,8 Mio. €) gegenüber dem Vorjahr auf 11,5 Mio. € vermindert. Neben dem Reha-Verkauf hat auch die Veräußerung einer im Vorjahr im Umlaufvermögen ausgewiesenen Immobilie in Bremerhaven zu dem Rückgang beigetragen. Ein weiterer Effekt in Höhe von 5,0 Mio. € ergibt sich aus der Verrechnung der Kaufpreisverbindlichkeit (6,5 Mio. €) aus dem Erwerb der Anteile an der AAP-Allgemeine Ansgar Pflegedienste GmbH mit der bilanzierten Darlehensforderung (inkl. aufgelaufener Zinsen) gegen Herrn Ulrich Marseille.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen reduzierten sich um 6,3 Mio. € aufgrund des Reha-Verkaufes und eines verbesserten Forderungsmanagements.

Die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente haben sich von 9,6 Mio. € auf 10,1 Mio. € erhöht.

Das bilanzielle Eigenkapital beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 24,9 Mio. € (Vorjahr: 25,2 Mio. €), was einer Quote von 12,6 % (Vorjahr: 11,1 %) entspricht. Das Eigenkapital zuzüglich 84,2 % der abgegrenzten Investitionszuwendungen (Vorjahr: 84,2 %) beträgt 61,1 Mio. € nach 62,6 Mio. € im Vorjahr. Die um den Eigenkapitalanteil der Investitionszuschüsse erhöhte Eigenkapitalquote beträgt damit 30,9 %, nach 27,6 % im Vorjahr bei deutlich gesunkener Bilanzsumme.

Der Anteil der langfristigen Schulden an der Bilanzsumme liegt bei 54,6 % (Vorjahr: 52,4 %). Unter Berücksichtigung des Fremdkapitalanteils von 15,8 % der abgegrenzten Investitionszuwendungen (Vorjahr: 15,8 %) sind es 36,3 % (Vorjahr: 35,9 %).

Die langfristigen Schulden haben sich von 118,7 Mio. € auf 108,2 Mio. € vermindert. Die Gründe liegen neben der Reduzierung durch den Reha-Verkauf im Wesentlichen in der Rückführung der

langfristigen Finanzschulden und in der Verringerung der abgegrenzten Investitionszuwendungen.

Die kurzfristigen Schulden haben sich um 17,7 Mio. € auf 65,0 Mio. € vermindert. Neben dem Reha-Verkauf ist dies in erster Linie auf die Reduzierung der kurzfristigen Finanzschulden um 17,6 Mio. € zurückzuführen. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen konnten um 5,6 Mio. € und die laufenden Steuerverbindlichkeiten um 2,6 Mio. € abgebaut werden. Dagegen haben sich die kurzfristigen Rückstellungen um 7,8 Mio. € erhöht. Es wurden dabei für Prozessrisiken (1,5 Mio. €) sowie für Mietverpflichtungen für eine ehemalige Konzerngesellschaft (2,7 Mio. €) höhere Rückstellungen als im Vorjahr gebildet. Für ausstehende Rechnungen erhöhten sich die Rückstellungen um 1,8 Mio. €. Die Personalrückstellungen erhöhten sich um 3,0 Mio. € insbesondere aufgrund von möglichen Verpflichtungen gegenüber in Vorjahren übernommenen Mitarbeitern (1,6 Mio. €), Überstundenrückstellungen (0,6 Mio. €) und Personalabfindungen (1,5 Mio. €).

Finanzierungsleasingverbindlichkeiten in Höhe von 2,9 Mio. € (Vorjahr: 3,6 Mio. €) sind in den langfristigen Finanzschulden bilanziert. In den kurzfristigen Finanzschulden werden zum Stichtag 30.06.2010 Finanzierungsleasingverbindlichkeiten in Höhe von 1,8 Mio. € (Vorjahr: 1,9 Mio. €) ausgewiesen.

6 Finanzlage des Konzerns

Der Konzern finanziert seine Geschäftstätigkeit aus dem operativen Cashflow und mittels kurz- und langfristiger Kreditlinien verschiedener Banken. Langfristige Immobiliendarlehen sichern die Finanzierung von Investitionen in unsere Einrichtungen. Bei etwa zwei Drittel unserer Einrichtungen arbeiten wir mit Immobilieninvestoren eng zusammen, mit denen wir langfristige Mietverträge geschlossen haben.

Zu Beginn des Berichtsjahres hatte der Konzern vier Kontokorrentlinien über 25,5 Mio. €, die zu 21,4 Mio. € in Anspruch genommen waren. Im Verlauf des Geschäftsjahres wurden diese Linien auf 10,5 Mio. € bei zwei Instituten zurückgeführt, die zu 9,6 Mio. € ausgeschöpft waren.

Insgesamt konnten die Nettofinanzschulden des Konzerns im abgelaufenen Geschäftsjahr von 74,3 Mio. € auf 52,4 Mio. € reduziert werden. Darüber hinaus haben wir die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen auf 8,3 Mio. € abgebaut (Vorjahr 13,8 Mio. €). Dies war möglich

durch den Verkauf der Rehabilitationskliniken und den hieraus resultierenden Barmittelzufluss von 24,5 Mio. €

Die liquiden Mittel am Ende des Geschäftsjahres 2009/2010 lagen schließlich mit 10,1 Mio. € leicht über dem Vorjahresniveau von 9,6 Mio. €

Vor dem Hintergrund neuer Eigenkapitalregeln für die Banken, die künftig eine höhere Kernkapitalquote von 6 % auf die sogenannten risikogewichteten Aktiva vorschreiben, werden die Banken zunehmend restriktiver bei der Ausreichung insbesondere von unbesicherten Kontokorrentkrediten. Der Vorstand der Marseille-Kliniken AG ist daher in Vorbereitung von anderen Finanzierungsmaßnahmen, um die Liquidität der Gesellschaft sicherzustellen und die Unabhängigkeit von den Banken zu erhöhen. In diesem Zusammenhang verweisen wir auf unsere Ausführungen unter Punkt 11.4 (Finanzwirtschaftliche Risiken).

Konzern-Kapitalflussrechnung

	Konzern gesamt	
	vom 01.07.2009 bis 30.06.2010 TEUR	vom 01.07.2008 bis 30.06.2009 TEUR
Cash Flow aus der betrieblichen Tätigkeit		
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit	-15.828	-6.804
Ergebnis aus dem Abgang von Anlagevermögen (Gewinn/Verlust)	-1.652	171
Abschreibungen	21.648	10.446
Sonstige zahlungsunwirksame Erträge und Aufwendungen	1.061	1.869
Ab- / Zunahme (+/-) der Vorräte	335	-200
Zu- / Abnahme (+/-) der Pensionsrückstellungen	809	-533
Zu- / Abnahme (+/-) der kurzfristigen Rückstellungen	9.048	-2.322
Gezahlte Ertragsteuern	-4.159	-2.044
Veränderung des sonstigen Nettoumlaufvermögens	-4.862	6.730
Cash Flow aus der betrieblichen Tätigkeit	6.400	7.313
davon aus:		
- fortgeführten Geschäftsbereichen	3.519	6.361
- aufgegebenen Geschäftsbereichen	2.881	952
Cash Flow aus dem Investitionsbereich	20.442	-388
davon aus:		
- fortgeführten Geschäftsbereichen	-1.837	1.050
- aufgegebenen Geschäftsbereichen	22.279	-1.438
Cash Flow aus dem Finanzierungsbereich	-25.717	-11.707
davon aus:		
- fortgeführten Geschäftsbereichen	-25.557	-11.578
- aufgegebenen Geschäftsbereichen	-160	-129
Erhöhung/ Verminderung des Netto - Geldvermögens	1.125	-4.782
Zunahme/Abnahme der liquiden Mittel	1.125	-4.782
Konsolidierungskreisbedingte Veränderung	-652	-20
Liquide Mittel zu Beginn des Geschäftsjahres	9.631	14.433
Liquide Mittel am Ende des Geschäftsjahres	10.104	9.631
davon Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	10.104	9.631

7 Investitionen des Konzerns

Das Investitionsvolumen des Marseille-Kliniken Konzerns belief sich im Geschäftsjahr 2009/2010 auf 9,4 Mio. € (ggü. 12,4 Mio. € im Geschäftsjahr 2008/2009). Dies entspricht einem Rückgang von 3,0 Mio. € bzw. 24,5 % im Vergleich zum Geschäftsjahr 2008/2009. Von den getätigten Investitionen entfielen auf den Bereich der immateriellen Vermögenswerte 2,0 Mio. € (-0,3 Mio. € bzw. -15,2 % ggü. dem Vorjahr) und auf Sachanlagen 7,4 Mio. € (-2,7 Mio. € entsprechend -26,7 % ggü. dem Vorjahr).

<u>Geschäftsjahr</u>	<u>2009/10</u>	<u>2008/09</u>	<u>Abweichung</u>	
immat. Vermögenswerte	2,0	2,3	-0,3	-15,2%
Sachanlagen	7,4	10,1	-2,7	-26,7%
Summe Investitionen	9,4	12,4	-3,0	-24,5%

Die wesentlichen Zugänge im Anlagevermögen betreffen im Bau befindliche Anlagen der Einrichtungen Koppenbergs Hof und Flora Marzina (zusammen 3,8 Mio. €) sowie 1,1 Mio. € für Betriebs- und Geschäftsausstattung.

8 Forschung und Entwicklung

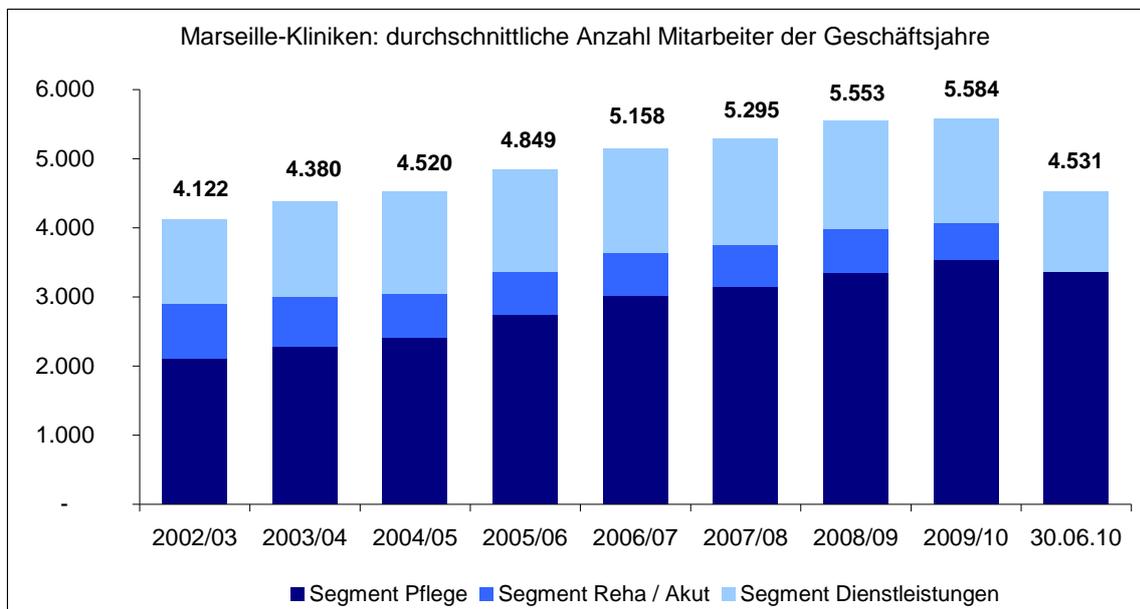
Unsere Entwicklungsarbeit konzentriert sich auf die Entwicklung neuer computergestützter Systeme zur Verbesserung unserer Dienstleistungen. Dazu gehören Systeme wie das neu geschaffene Internetportal www.MeinGesundheitsbuch.de, mit dem sich Angehörige ständig über Gesundheits- und Pflegedaten ihrer Lieben in unseren Pflegeeinrichtungen informieren werden, oder innovative Schulungsprogramme (insbesondere unser E-Learning-System) unter Verwendung modernster Informationstechnologie.

Unsere Entwicklungsarbeit orientiert sich an den individuellen Bedürfnissen unserer Bewohner. Vor dem Hintergrund, den ständig wachsenden Anforderungen des Gesundheitsmarktes gerecht zu werden, liegt der Schwerpunkt unserer Entwicklungstätigkeit auf der Entwicklung neuer Ansätze, die bei der Erstellung neuer Behandlungs- und Einrichtungskonzepte eine wichtige Rolle spielen. Ziel unserer Entwicklungsarbeit ist, unser Pflegepersonal von administrativen Tätigkeiten soweit wie möglich zu entlasten, um mehr Zeit für unsere Kunden zu haben.

9 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind der wesentliche Erfolgsfaktor des Konzerns. Sie sind deshalb auch ein integraler Baustein der Strategie des Marseille-Kliniken Konzerns (siehe hierzu auch Punkt 3 „Strategie des Konzerns“).

Der Marseille-Kliniken Konzern beschäftigte im Geschäftsjahr 2009/2010 durchschnittlich 5.584 Mitarbeiter nach Köpfen (Vorjahr: 5.553 Mitarbeiter). Am 30.06.2010 waren 4.531 Mitarbeiter (Stichtagesbetrachtung) im Konzern beschäftigt. Der Rückgang der Anzahl der Beschäftigten ist auf den Verkauf der Reha-Kliniken (790 Mitarbeiter) sowie auf interne Reorganisationsmaßnahmen zur Effizienzsteigerung zurückzuführen.



10 Einzelabschluss der Marseille-Kliniken AG

Die Marseille-Kliniken AG mit Sitz in Berlin ist eine börsennotierte Kapitalgesellschaft und zugleich Muttergesellschaft der Marseille-Kliniken Gruppe.

Der Jahresabschluss der Marseille-Kliniken AG wird nach deutschen handelsrechtlichen (HGB) und aktienrechtlichen (AktG) Vorschriften aufgestellt.

Das Jahresergebnis der Marseille-Kliniken AG ist geprägt von umfangreichen Einzelwertberichtigungen auf Forderungen und Forderungsverzichten gegenüber Tochtergesellschaften, die in ihrem Ergebnis hinter den wirtschaftlichen Erwartungen zurück blieben. Zudem wurde die Beteiligung an der Karlsruher-Sanatorium-Aktiengesellschaft nach Veräußerung der weitgehend dort gehaltenen Reha-Aktivitäten weiter abgeschrieben.

10.1 Ertragslage

Die Umsatzerlöse der Marseille-Kliniken AG lagen mit 15,9 Mio. € um 1,0 Mio. € unter dem Vorjahresniveau von 16,9 Mio. €. Diese stammen wie im Vorjahr aus den fünf direkt zur Muttergesellschaft gehörenden Pflegeeinrichtungen. Der Rückgang der Umsatzerlöse ist im Übrigen durch die Umbaumaßnahmen in den Einrichtungen Flora Marzina und Koppenbergs Hof begründet.

Gekürzte Gewinn- und Verlustrechnung

	1.7.2009 bis 30.6.2010	1.7.2008 bis 30.6.2009	Veränderung
	TEUR	TEUR	in %
Umsatzerlöse	15.929	16.890	-5,7%
Sonstige betriebliche Erträge	29.552	24.902	18,7%
Gesamtleistung	45.481	41.792	8,8%
Materialaufwand	4.009	5.467	-26,7%
Personalaufwand	11.085	9.504	16,6%
Abschreibungen	22.530	3.307	581,3%
Sonstige betriebliche Aufwendungen / Sonstige Steuern	35.910	33.953	5,8%
Beteiligungsergebnis	11.221	11.034	1,7%
Finanzergebnis	-156	-717	-78,2%
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit	-16.988	-122	n.a.
Steuern vom Einkommen und Ertrag	574	1.974	-70,9%
Jahresfehlbetrag	-17.562	-2.096	n.a.

Die sonstigen betrieblichen Erträge wuchsen von 24,9 Mio. € auf 29,5 Mio. €. Wesentlich hierfür ist der Veräußerungsgewinn in Höhe von 4,5 Mio. € durch den Verkauf von bisher direkt durch die Muttergesellschaft gehaltenen Anteilen an vier Rehabilitationsgesellschaften. Zusätzlich trug die Auflösung von Einzelwertberichtigungen auf Verbundforderungen in Höhe von 1,5 Mio. € dazu bei. Die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil steuerten ertragswirksam 0,4 Mio. € zum Ergebnis bei (Vorjahr: 1,6 Mio. €). Gegenläufig gab es um 1,2 Mio. € geringere Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen als im Vorjahr.

Der Materialaufwand reduzierte sich von 5,5 Mio. € im Vorjahr auf 4,0 Mio. €. Dazu beigetragen haben insbesondere um 0,8 Mio. € geringere Aufwendungen für Energie vor allem bedingt durch den Wegfall von im Vorjahr enthaltenen Verlusten aus Heizölswapgeschäften mit 0,7 Mio. € sowie 0,6 Mio. € gesunkenen Aufwendungen für bezogene Leistungen, die im Wesentlichen auf höhere Rückvergütungen der Pro-Gesellschaften und den umsatzbedingten Rückgang der bezogenen Leistungen zurückzuführen ist.

Der Personalaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr um 1,6 Mio. € auf 11,1 Mio. € (Vorjahr: 9,5 Mio. €) gestiegen. Die Ursache liegt insbesondere in der Berücksichtigung von möglichen weiteren Aufwendungen im Zusammenhang mit der Übernahme von Mitarbeitern in Vorjahren in Höhe von 1,6 Mio. € sowie in höheren Rückstellungen für Urlaub und Abfindungen.

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen sind gegenüber dem Vorjahr von 0,8 Mio. € auf 3,8 Mio. € gestiegen. Der wesentliche Grund liegt in der außerplanmäßigen Abschreibung in Höhe von 2,0 Mio. € auf aktivierte Aufwendungen für Konzept- und Planungsleistungen zur Errichtung eines Inkontinenz-Zentrums. Aufgrund getroffener Strategieentscheidungen ist dieser Vermögensgegenstand nicht mehr werthaltig, da das Konzept nicht weiterverfolgt wird.

Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, die den üblichen Umfang übersteigen, wurden in Höhe von 18,7 Mio. € (Vorjahr: 2,5 Mio. €) vorgenommen. Dies betrifft vor allem Forderungsverzichte und Einzelwertberichtigungen auf Forderungen der Marseille-Kliniken AG gegen Tochtergesellschaften. Die Abwertungen bzw. Verzichte wurden erforderlich, um den aufgelaufenen Verlusten dieser Gesellschaften Rechnung zu tragen. Darüber hinaus haben wir die Restforderung von 0,5 Mio. € gegenüber der Trump Organisation vollständig wertberichtigt.

Aufgrund der unbefriedigenden finanzwirtschaftlichen Ergebnisse einzelner Tochtergesellschaften in der Vergangenheit hat sich die Marseille-Kliniken AG dazu entschlossen, gezielt auf Forderungen zu verzichten bzw. außerplanmäßig abzuschreiben, um die Bilanzstruktur dieser Tochtergesellschaften der Ertragskraft anzupassen. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um die Amarita Hamburg-Mitte Plus GmbH (9,6 Mio. €), die Pflegehaus Kreuzberg gGmbH, ehemals Türk Bakim Evi gGmbH (4,3 Mio. €), die ASD gGmbH (1,2 Mio. €), die Batrium Nr. 49 Vermögensverwaltungs-GmbH (1,1 Mio. €) und die VDSE - Verwaltungsdienstleister sozialer Einrichtungen GmbH (0,8 Mio. €). Mit den Forderungsverzichten verfolgt die Marseille-Kliniken AG das Ziel, mittelfristig die Ergebnissituation ihrer Tochtergesellschaften zu verbessern.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen / sonstigen Steuern haben sich von 34,0 Mio. € im Vorjahr auf 35,9 Mio. € erhöht, überwiegend bedingt durch gestiegene Miet-, Pacht- und Leasingaufwendungen (1,0 Mio. €).

Das Finanzergebnis von -0,2 Mio. € konnte gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Mio. € verbessert werden. Die sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträge waren auf Vorjahresniveau (jeweils 4,6 Mio. €) wogegen sich die sonstigen Zinsen und ähnlichen Aufwendungen von 5,3 Mio. € auf 4,7 Mio. € reduzierten. Insbesondere der Wegfall von Einmaleffekten des Vorjahres (Zinsen auf Steuernachzahlungen im Zusammenhang mit der Betriebsprüfung sowie Prozesszinsen) und die Rückführung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben zu diesem Effekt beigetragen. Dem steht ein Anstieg der Zinsaufwendungen im Verbundbereich gegenüber.

Das Beteiligungsergebnis liegt mit 11,2 Mio. € leicht über dem des Vorjahresergebnisses mit 11,0 Mio. €. Durch eine Verringerung der Aufwendungen aus Verlustübernahmen auf 1,5 Mio. (Vorjahr: 5,2 Mio. €) bei gleichzeitiger Steigerung der Erträge aus Gewinnabführungsverträgen (17,9 Mio. € zu Vorjahr 15,7 Mio. €) konnten getätigte Abschreibungen auf das Finanzanlagevermögen in Höhe von 5,2 Mio. € (Vorjahr: 0,4 Mio. €) kompensiert werden.

Die Beteiligung an der Karlsruher-Sanatorium-Aktiengesellschaft wurde mit 3,6 Mio. € auf 29,4 Mio. € abgeschrieben. Der Buchwert entspricht nunmehr dem wirtschaftlichen Eigenkapital der Karlsruher-Sanatorium-Aktiengesellschaft zum 30.06.2010, nachdem sie ihre operativen Rehabilitationsgesellschaften veräußert hat und Rückstellungen für Prozessrisiken im Zusammenhang mit einer ehemaligen Konzerngesellschaft in Höhe von 4,0 Mio. € gebildet wurden. Weitere Abschreibungen wurden auf die Beteiligung an der SWP Hennigsdorf in Höhe von 0,7 Mio. €, auf die Beteiligung an der Senioren-Wohnpark Aschersleben GmbH in Höhe von 0,5 Mio. € und auf die Beteiligung an der VDSE-Verwaltungsdienstleister sozialer Einrichtungen GmbH mit 0,3 Mio. € vorgenommen. Zudem wurden die Beteiligungen am St. Nikolaus Hospital Büren GmbH und an der Betrium Nr. 49 Vermögensverwaltungs-GmbH abgeschrieben.

In den Erträgen aus Gewinnabführungsverträgen ist auch die Auflösung von für steuerliche Zwecke in den Vorjahren gebildeten Sonderposten mit Rücklageanteil (§ 6b EStG) in Höhe von 1,1 Mio. € aus der Senioren-Wohnpark Hennigsdorf GmbH enthalten. Im Vorjahr waren Erträge aus solchen Auflösungen von 1,5 Mio. € bezüglich der Algos Fachklinik Bad Klosterlausnitz GmbH enthalten.

Für das abgelaufene Geschäftsjahr ergibt sich unter Berücksichtigung von sonstigen Steuern aufgrund der oben beschriebenen Einflüsse ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von -16,9 Mio. € (Vorjahr: -0,1 Mio. €). Die vorgenommenen Abschreibungen auf Forderungen sowie Forderungsverzichte zugunsten von Tochtergesellschaften summieren sich auf insgesamt 18,0 Mio. €. Zudem wurden Beteiligungen insgesamt um 5,2 Mio. € abgewertet. Im Vorjahr resultierte das positive Ergebnis nicht zuletzt aus der Auflösung von gebildeten Sonderposten mit Rücklageanteil (§ 6b EStG) in Höhe von insgesamt 1,6 Mio. €.

Insbesondere aufgrund des Wegfalls der Sonderbelastung im Vorjahr durch die Betriebsprüfung in Höhe von 1,1 Mio. € ergibt sich ein signifikant niedrigerer Steueraufwand im Geschäftsjahr 2009/2010.

Aufgrund der vorgenannten Effekte ist das Jahresergebnis der Marseille-Kliniken AG insbesondere durch nicht zahlungswirksame Aufwendungen stark belastet. Somit beläuft sich der Jahresfehlbetrag der Marseille-Kliniken AG auf -17,6 Mio. € (Vorjahr: -2,1 Mio. €). Mit dem bestehenden Gewinnvortrag in Höhe von 1,3 Mio. € (Vorjahr: 6,4 Mio. €) und dem Entschluss, die diesjährigen Sondereinflüsse auf die Ergebnisrechnung mit der Auflösung der Kapitalrücklage in Höhe von 15,9 Mio. € teilweise auszugleichen, beträgt der diesjährige Bilanzverlust 0,3 Mio. € (Vorjahr: Bilanzgewinn 1,3 Mio. €).

10.2 Vermögens- und Finanzlage

Einen Überblick über die Vermögenslage der Gesellschaft gibt nachfolgende verkürzte Darstellung der Bilanz:

verkürzte Darstellung der Bilanz

	30.06.2010	30.06.2009	Veränderung
	TEUR	TEUR	relativ
			in %
Immaterielle Vermögensgegenstände	283	1.284	-78,0%
Sachanlagen	24.105	18.511	30,2%
Finanzanlagen	76.770	77.896	-1,4%
Summe langfristiges Vermögen	101.158	97.691	3,5%
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	795	859	-7,5%
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	55.286	77.254	-28,4%
Übriges kurzfristiges Vermögen	7.606	13.634	-44,2%
Liquide Mittel	4.426	3.157	40,2%
Summe kurzfristiges Vermögen	68.113	94.904	-28,2%
Summe Aktiva	169.271	192.595	-12,1%
Eigenkapital	31.438	49.000	-35,8%
Sonderposten	1.850	2.257	-18,0%
Rückstellungen	11.525	11.139	3,5%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	28.175	46.786	-39,8%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.617	2.210	-26,8%
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	89.347	77.618	15,1%
Übrige Verbindlichkeiten	5.319	3.585	48,4%
Verbindlichkeiten	124.458	130.199	-4,4%
Summe Passiva	169.271	192.595	-12,1%

Liquidität 1. Grades	33,7%	23,6%	42,4%
Liquidität 2. Grades	39,7%	30,1%	32,1%
Eigenkapitalquote	18,6%	25,4%	-27,0%
Nettoliquidität (in Mio. €)	-23,7	-43,6	19,9

Die Liquidität 1. Grades gibt an, wie hoch der Anteil der flüssigen Mittel an dem kurzfristigen Fremdkapital ist. Die Liquidität 2. Grades gibt an, wie hoch der Anteil der Forderungen und der flüssigen Mittel an dem kurzfristigen Fremdkapital ist. Die Nettoliquidität beinhaltet die liquiden Mittel abzüglich der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Das Anlagevermögen der Marseille-Kliniken AG hat sich von 97,7 Mio. € im Vorjahr auf 101,2 Mio. € erhöht. Der Rückgang der immateriellen Vermögensgegenstände resultiert im Wesentlichen aus der außerplanmäßigen Abschreibung der Konzept- und Planungsleistungen zum Bau eines spezialisierten Inkontinenz-Zentrums infolge der Umsetzung des Strategiewechsels. Im Sachanlagevermögen gab es einen Zugang von 5,6 Mio. € der

überwiegend auf den Erwerb des Stillstandsobjektes in Blankenburg (3,3 Mio. € inkl. Grunderwerbsteuer) zurückzuführen ist. Die Übertragung auf die Marseille-Kliniken AG erfolgte vor der Veräußerung der Rehabilitationsklinik Teufelbad Fachklinik Blankenburg GmbH. Zudem wurden umfassende Umbaumaßnahmen in den Einrichtungen Koppenbergs Hof und Flora Marzina in Höhe von 3,8 Mio. € vorgenommen. Die Anteile an verbundenen Unternehmen reduzierten sich aufgrund des Verkaufes der an den Rehabilitationsgesellschaften (Buchwert 4,4 Mio. €) gehaltenen Anteile sowie der außerplanmäßigen Abschreibungen mit 5,2 Mio. €. Kompensiert wurde die Verringerung durch den Erwerb der Anteile an der AAP Allgemeine Ansgar Pflegedienste GmbH, Zirchow, in Höhe von 6,5 Mio. €.

In den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen haben sich die Ansprüche gegen verbundene Unternehmen von 77,3 Mio. € im Vorjahr auf 55,3 Mio. € reduziert. Der Grund liegt in den Wertberichtigungen und Forderungsverzichten, wie oben zur Position Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, die den üblichen Umfang übersteigen, ausgeführt. Die sonstigen Vermögensgegenstände betragen 7,0 Mio. € (Vorjahr: 13,0 Mio. €). Wesentlich für den Rückgang war die Verrechnung der Kaufpreisverbindlichkeit für den Erwerb der Anteile an der AAP mit dem Herrn Ulrich Marseille gewährten Darlehen inklusive Zinsen in Höhe von 5,0 Mio. € sowie die Begleichung der Forderung in Höhe von 0,8 Mio. €, die gegenüber der DL Holding GmbH bestand.

Die Gesellschaft weist zum Bilanzstichtag 30.06.2010 Forderungen gegen verbundene Unternehmen von 55,3 Mio. € aus, die in Höhe von 45,9 Mio. € (Vorjahr: 54,5 Mio. €) auf Cash-Pool Forderungen entfallen. Die in den Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen enthaltenen Forderungen aus Ergebnisabführungsverträgen stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 2,2 Mio. € auf 17,9 Mio. €. Für die genannten Positionen gilt, dass diese nur werthaltig bleiben, wenn die Planungen für die jeweiligen Gesellschaften realisiert werden können.

Die Gesellschaft weist zum Bilanzstichtag 30.06.2010 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen von 89,3 Mio. € aus. Davon entfallen auf Verbindlichkeiten aus Cash-Pool 54,3 Mio. € (Vorjahr: 66,5 Mio. €). Der Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen ist im Wesentlichen auf ein von der Karlsruher-Sanatorium AG gewährtes Darlehen in Höhe von 19,6 Mio. € zurückzuführen. Die Verluste, die sich aus Verlustübernahmeverpflichtungen (EAV) ergeben, haben sich dagegen um 3,7 Mio. € auf 1,5 Mio. € deutlich reduziert.

Die flüssigen Mittel haben sich zum Stichtag um 1,2 Mio. € auf 4,4 Mio. € (Vorjahr: 3,2 Mio. €) verbessert.

Das Eigenkapital der Marseille-Kliniken AG hat sich maßgeblich um den Jahresfehlbetrag von 17,6 Mio. € auf 31,4 Mio. € reduziert.

Die Rückstellungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 3,5 % auf 11,5 Mio. € gestiegen. Der Anstieg resultiert aus der Berücksichtigung möglicher weiterer Ansprüche, die gegenüber der Marseille-Kliniken AG im Zusammenhang mit der Übernahme von Mitarbeitern in Vorjahren geltend gemacht werden könnten. Die übrigen Rückstellungen haben sich reduziert. Diese setzen sich aus den Pensionsverpflichtungen mit 0,4 Mio. € (Vorjahr: 0,5 Mio. €), Rückstellungen für Steuern mit 5,4 Mio. € (Vorjahr: 7,9 Mio. €) und den sonstigen Rückstellungen mit 5,7 Mio. € (Vorjahr: 2,8 Mio. €) zusammen. Die Verminderung der Steuerrückstellungen betrifft insbesondere die Bezahlung der Steuern aus der Betriebsprüfung 2001 bis 2004. Die sonstigen Rückstellungen haben sich in erster Linie durch die Zuführung für Prozess- und sonstigen Risiken (1,2 Mio. €) erhöht.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden von 46,8 Mio. € im Vorjahr um 18,6 Mio. €, in erster Linie durch Tilgung von Krediten, auf 28,2 Mio. € reduziert. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen reduzierten sich von 2,2 Mio. € auf 1,6 Mio. €. Die übrigen Verbindlichkeiten haben sich dagegen um 1,7 Mio. € erhöht. Diese Erhöhung ist auf die ausstehende Kaufpreisverbindlichkeit in Höhe von 1,5 Mio. € aus dem Erwerb der Anteile an der AAP- Allgemeine Ansgar Pflegedienste GmbH, die nicht mit bestehenden Forderungen verrechnet wurde, zurückzuführen.

Das Gesamtvermögen der Marseille-Kliniken AG beläuft sich auf 169,3 Mio. € (Vorjahr: 192,6 Mio. €) und ist zu 81,4 % (Vorjahr: 74,6 %) durch Fremdkapital finanziert.

11 Risikobericht

11.1 Risikomanagementsystem

Im Rahmen ihrer geschäftlichen Tätigkeit ist die Marseille-Kliniken AG unterschiedlichen Risiken ausgesetzt, die untrennbar mit ihrem unternehmerischen Handeln verbunden sind. Die grundlegende Risikobegrenzung geschieht in der Weise, dass wir nur Risiken eingehen, die mit anerkannten Methoden und Maßnahmen innerhalb unserer Organisation handhabbar sind.

Unser zentrales Risikomanagementsystem ist in unserem Organisationshandbuch verankert, und die relevanten Risiken sind in einer Risk-Map zusammengetragen, welche turnusmäßig aktualisiert wird, sodass der Vorstand regelmäßig über den Stand und die Entwicklung

vorhandener Risiken informiert wird. Zudem gewährleisten regelmäßige Abstimmungen des Managements und des Controllings die rechtzeitige Verfügbarkeit und Auswertung entscheidungsrelevanter Informationen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Ein detailliertes, mehrstufiges IT-gestütztes Planungs- und Kontrollsystem stellt sicher, dass einheitliche risikopolitische Grundsätze implementiert, realisiert und eingehalten werden. Das integrierte, konzernweite Reportingsystem informiert die Entscheidungsträger über sämtliche risikorelevanten Daten und Sachverhalte.

Derivative Finanzinstrumente werden zum Zwecke der Sicherung der künftigen Zahlungsströme (Cashflow Hedging) gehalten. Bei den derivativen Finanzinstrumenten handelt es sich um zwei Zins-Swaps, die zur Absicherung von variabel verzinslichen Darlehen erworben wurden. Dadurch werden die zukünftigen variablen Zinszahlungen in fixe Zinszahlungen transformiert. Die Ermittlung des Marktwertes erfolgte anhand der mark-to-market-Methode.

Etwaige Risiken für das Unternehmen aus dem Halten von Zins-Swaps resultieren aus der Veränderung des Marktzinssatzes und daraus möglicherweise verbundenen Schwankungen des Marktwertes. Es existieren jedoch keine wesentlichen Bonitätsrisiken, da das Sicherungsgeschäft mit der finanzierenden Bank abgeschlossen wurde.

Das Risikomanagement ist somit ein integraler Bestandteil in der Unternehmensführung und ist in sämtliche Geschäftsprozesse eingebunden.

11.2 Umfeld- und Branchenrisiken

Das wirtschaftliche Umfeld wird unverändert durch eine fortschreitende Dynamisierung des Wettbewerbs und die Konsolidierung des Marktes, steigende Qualitätsanforderungen der Bewohner und Patienten sowie des Gesetzgebers geprägt. Darüber hinaus bestehen bundesweit Überkapazitäten in der Branche, wodurch das Auslastungsrisiko steigt.

Das gesetzlich vorgeschriebene Verhalten qualifizierter Mitarbeiter in den Einrichtungen kann zu einer zusätzlichen Erhöhung der Personalkosten führen, da qualifiziertes Personal immer mehr zum Engpassfaktor wird. Personalmaßnahmen zwecks Bindung der qualitativ hochwertigen Mitarbeiter an unser Unternehmen werden von uns forciert. Wir pflegen die kontinuierliche Aus-, Weiter- und Fortbildung unserer Mitarbeiter auch zur Umsetzung unserer Spezialkonzepte. Unsere Vergütungen sind überdurchschnittlich und wir bieten daneben zusätzliche Leistungsanreizsysteme.

Die Preise für Leistungen der Gruppe bilden sich nicht am freien Markt, sondern die Preisfindung ist gesetzlich geregelt. Der Konzern erzielt einen wesentlichen Teil seiner Erträge aus Leistungen an Mitglieder der gesetzlichen Pflegeversicherungen. Die Preise hängen somit insbesondere von der Finanzlage der Kostenträger (Pflegekassen, Sozialämter) ab. Der Konzern hat nur begrenzt Einfluss auf die Festsetzung der Preise. Diese Preise können durch Gesetzesänderungen zum Nachteil der Pflegeeinrichtungen geändert werden. Preisänderungen können gegebenenfalls nicht oder nicht vollständig durch Mehrleistungen und Einsparungen kompensiert werden. Preisanpassungen können auch erst nach längeren Zeiträumen erfolgen, so dass inflationsbedingt erhebliche Realwertverluste eintreten können. Dies kann erheblich nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

11.3 Leistungswirtschaftliche Risiken

Risiken im Rahmen der Pflege-, Behandlungs- und Betreuungsqualität wird durch kontinuierliche Weiterentwicklung und Schulung der Mitarbeiter auf der Grundlage neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden begegnet.

Die Durchführung von Angehörigenbefragungen und Prüfungen unseres Bereiches Zentrales Qualitätsmanagement in den Einrichtungen erlauben uns eine Beurteilung der erbrachten bzw. wahrgenommenen Qualität. Wir verfügen über konzernweite Qualitätsberichte, welche auf internen Prüfverfahren, die sich an den Prüfungsrichtlinien des MDK orientieren, sowie auf den Ergebnissen der Angehörigenbefragungen basieren. Darüber hinaus haben wir die Strukturen und Prozesse des Qualitätsmanagementsystems extern zertifizieren lassen. Bereits seit März 2009 sind alle Pflegeeinrichtungen sowie die Konzernzentrale mit ihren Tochtergesellschaften nach DIN EN ISO 9001:2008 zertifiziert.

Die Einführung eines konzerninternen Beschwerdemanagementsystems und die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Heimbeiräten der einzelnen Standorte sowie dem Konzernheimbeirat bewirken einen permanenten Verbesserungsprozess durch Aufnahme von Kundenwünschen.

11.4 Finanzwirtschaftliche Risiken

Das Management der Gesellschaft erstellt mindestens einmal jährlich einen ausführlichen Geschäftsplan. In diesen fließen die Ergebnisse der Steuerung und Bewertung unseres Unternehmensportfolios ein. Der Plan schließt zahlreiche Annahmen zu Pflegesätzen und Auslastung ein, die für das Erreichen der geplanten Umsätze Voraussetzung sind. Die

zukünftige Entwicklung kann jedoch von den getroffenen Annahmen abweichen. Es kann daher nicht garantiert werden, dass die Gesellschaft die für das Erreichen der finanziellen Ziele erforderlichen Umsätze erlöst.

Oberste Priorität hat für uns die Sicherung der Liquidität. Auf Basis ständiger Überwachung der Liquidität leiten wir die rollierende Liquiditätsplanung auf Tages-, Monats-, Quartals- und Jahresbasis ab. Die Marseille-Kliniken AG erwartet im Geschäftsjahr 2010/2011 einen positiven Cashflow aus betrieblicher Tätigkeit.

Vor dem Hintergrund einer durch die Finanzkrise veränderten Geschäftspolitik vieler Banken, insbesondere induziert durch strengere künftige Eigenkapitalanforderungen (Basel III), werden wir im Geschäftsjahr 2010/2011 die Passivseite unserer Bilanz umstrukturieren. Bis zum Ende des Geschäftsjahres werden wir die bestehenden Kontokorrentlinien über 10,5 Mio. € bei zwei Instituten in zwei Schritten zurückführen.

Die Gegenfinanzierung erfolgt durch Begebung einer Unternehmensanleihe über mindestens 10 Mio. €. Die Gesellschaft hat die Voraussetzungen geschaffen, um diese Kapitalmaßnahme im zweiten Quartal des Geschäftsjahres 2010/2011 abzuschließen. Die Anleihe soll eine Laufzeit von einem Jahr haben.

Darüber hinaus liegen Beschlüsse des Vorstandes vor, der Hauptversammlung die Schaffung eines genehmigten Kapitals vorzuschlagen, um daraus mit Zustimmung des Aufsichtsrates voraussichtlich im dritten Quartal des laufenden Geschäftsjahres eine Eigenkapitalerhöhung von bis zu 30 % durchzuführen. Der Großaktionär hat bereits signalisiert, diese Kapitalerhöhung pro rata zu zeichnen.

Zusätzliche Mittelzuflüsse von 3,0 Mio. € planen wir aus dem Verkauf von Stillstandsimmobilien.

Die Gesellschaft ist zudem in Vorbereitung weiterer Maßnahmen zur fristgerechten Prolongation oder Ablösung von kurzfristigen Finanzierungen. Ziel der Finanzstrategie der Marseille-Kliniken AG ist eine ausgewogene Finanzierung der Gesellschaft im kurz-, mittel- und langfristigen Bereich.

Wir gehen weiter davon aus, dass die hohen zum 30.06.2010 gebildeten Rückstellungen im Geschäftsjahr 2010/2011 mit ca. 3,0 Mio. € abgebaut werden. Gleiches haben wir für den Abbau von zum 30.06.2010 fälligen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen geplant.

Sollten wider Erwarten die von uns geplanten Maßnahmen zur Prolongation oder Ablösung von Krediten nicht oder nicht zeitgerecht erfolgreich umgesetzt werden, bestünde für die Marseille-Kliniken AG die Gefahr einer bestandsgefährdenden Liquiditätssituation.

Die Marseille-Kliniken AG und ihre Tochtergesellschaften haben mit verschiedenen Investoren in den Jahren 2004 bis 2008 mehrere Rahmenvereinbarungen anlässlich des Verkaufs und der Rückmietung von Senioren-Wohnparks und Pflegeheimen (sog. „Sale-and-Lease-Back“) geschlossen. Die Struktur der geschlossenen Rahmenvereinbarungen ist im Wesentlichen gleich: Die Objekte werden von der Gesellschaft oder von ihren Tochtergesellschaften an Dritte verkauft und diese vermieten die Senioren-Wohnparks und Pflegeheime an die Gesellschaft zurück. Die Rahmenvereinbarungen sehen hierbei ein per Vormerkung gesichertes Andienungs- bzw. Eintrittsrecht zugunsten der jeweiligen Gruppengesellschaft vor für den Fall, dass der jeweilige Eigentümer das Objekt verkaufen möchte. Am Ende der Mietzeit hat die Gesellschaft jeweils ein Ankaufsrecht. Die unter der jeweiligen Rahmenvereinbarung abgeschlossenen Kauf- und Mietverträge je verkauftem Grundstück bilden wie folgt eine rechtliche Einheit: Wird einer der beiden Verträge nicht wirksam, nicht durchgeführt oder rückabgewickelt, ist auch der andere Vertrag insgesamt nicht durchzuführen und rückabzuwickeln.

Die Gesellschaft hat sich jeweils gegenüber den Käufern verpflichtet, allen Verpflichtungen aus den Grundstückskaufverträgen vollumfänglich und fristgerecht nachzukommen. So begründet insbesondere der Verzug mit Mietzahlungen nicht nur die Möglichkeit der Kündigung des Mietvertrags, sondern auch des Rücktritts vom Kaufvertrag durch den jeweiligen Käufer und Vermieter des Grundstücks.

11.5 Rechtliche Risiken

Risiken aus Änderungen der Gesetzgebung in den sozialen Sicherungssystemen können für die Marseille-Kliniken AG eher als geringfügig eingestuft werden. Es werden zwar immer wieder neue Anläufe unternommen, durch gesetzliche Regelungen das Gesundheits- und Pflegesystem finanziell zu stabilisieren, doch die wirtschaftlichen Auswirkungen von Gesetzesänderungen werden aufgrund der politischen Rahmenbedingungen als sehr begrenzt angenommen. Die Föderalismusreform führt zur Differenzierung des Heimrechtes durch die einzelnen Bundesländer, wodurch die Komplexität erhöht wird.

Die Einführung der Pflegeversicherung wurde seinerzeit von allen gesellschaftlichen Gruppen als positiv angesehen. Die Mitte 2008 erfolgte Pflegeversicherungsreform ist bei Experten

umstritten, hat allerdings auch nicht zu einer Beeinträchtigung der für die Marseille-Kliniken AG komfortablen Risikoeinschätzung geführt.

Sollte der Gesetzgeber zukünftig bundesweite Rahmenbedingungen ändern, sind wir davon überzeugt, aufgrund unserer Ausrichtung auf den Kunden und die Wirtschaftlichkeit wie bisher unsere führende Position im Wettbewerb zu halten.

Zur Abdeckung von Risiken werden die Entscheidungen und die Gestaltung der Geschäftsprozesse generell auf eine umfassende rechtliche und steuerliche Beratung gestützt.

Einzelne Gesellschaften des Marseille-Kliniken Konzerns führen Aktiv- und Passivprozesse an verschiedenen Gerichtsstandorten. Hinsichtlich der laufenden Verfahren kann zur Sicherung der Informationen keine Detaildarstellung gegeben werden, da diese die Angriffs- und Verteidigungslinien in solche Verfahren beeinträchtigen würden. Insoweit werden nach dem heutigen Erkenntnisstand hinreichende Rückstellungen vorgenommen.

Für sonstige bestehende Prozessrisiken haben wir aus unserer Sicht ausreichende Rückstellungen gebildet, so dass damit sämtliche aktuell bestehenden Risiken aus Prozessen aus unserer Sicht zutreffend abgebildet sind.

Eine Inanspruchnahme aus gegebenen Patronatserklärungen wird als gering eingeschätzt.

11.6 Sonstige Risiken

Die Energieträger Wasser, Strom, Gas und Öl werden strikt verbrauchsorientiert eingesetzt. In den Wäschereien werden Spezialmaschinen und umweltschonende Waschmittel eingesetzt. Die Spülmaschinentaktung ist bedarfsoptimiert und minimiert den Einsatz von Ressourcen.

Daher sehen wir uns auch bei weiteren Preissteigerungen, beispielsweise im Energiesektor, gut aufgestellt, um uns erfolgreich im Wettbewerb zu behaupten.

11.7 Risikosituation und strategische Risiken des Konzerns

Die aktiven Rehabilitationskliniken wurden im Berichtsjahr veräußert. Somit sind keine Risiken aus dem operativen Geschäft dieser Gesellschaften mehr zu erwarten. Das vor Verkauf von den Rehabilitationskliniken genutzte und bilanzierte Immobilienvermögen wurde nicht mit veräußert. Es handelt sich dabei um die Immobilien in Zell am Harmersbach und Bad Herrenalb. Diese

werden für die nächsten 22 Jahre zu marktüblichen Mieten an die jeweilige Rehabilitationsklinik vermietet.

Wir beabsichtigen weiterhin, die drei Reha-Stillstandsstandorte Reinerzau, Bad Oeynhausen und Blankenburg mit einem Buchwert von insgesamt 7,4 Mio. € (Vorjahr: 12,6 Mio. €) zu veräußern. Die außerplanmäßigen Abwertungen in Höhe von 4,9 Mio. € wurden vorgenommen, da wir nach zahlreichen Verkaufsbemühungen davon ausgehen müssen, die ursprünglichen Buchwerte beim Verkauf nicht Erlösen zu können. Auf die Immobilie in Waldkirch am Kandel (Buchwert 1,8 Mio. €) wurde eine Abwertung entsprechend der erwarteten Wirtschaftlichkeit des Standortes in Höhe von 2,3 Mio. € vorgenommen.

Wir haben die Managementebene zur Optimierung der operativen Steuerung des Segments Pflege reorganisiert. Dabei wurden acht Regionen definiert, die jeweils von einem Regionalleiter geführt werden. Dies ist verbunden mit der Stärkung von Entscheidungskompetenzen und Verantwortlichkeiten der Einrichtungen selbst. Damit wollen wir einem möglichen Belegungsrückgang in unseren Pflegeeinrichtungen begegnen.

Weiterhin haben wir den Spezialisierungsgrad auf altersbedingte Krankheitsbilder in unseren Einrichtungen weiter ausgebaut, um der Nachfragesituation besser zu entsprechen und damit die Belegungen in unseren Häusern zu erhöhen. Eine über alle Bestandshäuser durchgängig sehr hohe Auslastung bleibt dabei immer unser Ziel.

Es besteht jedoch immer das Risiko, dass einige Standorte temporär niedriger belegt sind als geplant. Unser Standort in Hamburg, Angerstraße, hat trotz Kooperation mit dem Marienkrankenhaus sowie den eingeführten Spezialisierungen noch nicht das gewünschte Ergebnis erreicht. Die Belegung ist von 70,5 % im Vorjahresdurchschnitt auf 75,9 % im Berichtsjahr gestiegen. Um den Standort weiter zu stärken, wird die Einrichtung künftig von einem erfahrenen Regionalleiter direkt betreut. Weitere Anstrengungen sind notwendig, um die Vermarktung und die Kostensituation so zu verbessern, dass die geplanten Umsätze und Ergebnisse realisiert werden. Unsere Einrichtung in Berlin, das Pflegehaus Kreuzberg (ehemals Türk Bakim Evi), haben wir aufgrund der anhaltend schwachen Auslastung (2009: 34,3 %; 2010: 37,8 %) als internationales Pflegehaus neu positioniert. Wir arbeiten zusammen mit unseren weiteren Einrichtungen im Berliner Raum an Spezialkonzepten zur nachhaltigen Steigerung der Belegung für dieses Haus.

Künftiges Kapazitätswachstum planen wir nicht mehr im stationären Bereich mit all den vorgenannten möglichen Risiken, sondern allenfalls im Bereich der ambulanten Pflegebetriebe im Betreuten Wohnen.

Im Hinblick auf die Profitabilität des Gesamtkonzerns ist neben der Expansion auch die Kostenstruktur von Bedeutung. Eine überdurchschnittlich gute Belegung im Pflegebereich bestimmt zwar weiterhin den Zielschwerpunkt, jedoch wissen wir, dass ein strafferes Kostenmanagement notwendig ist, um vorgenannte Umsatzrisiken aufzufangen und den Konzern dauerhaft profitabel auszurichten.

11.8 Rechnungslegungsbezogenes Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem

Zu den Aufgaben eines rechnungslegungsbezogenen IKS bzw. RMS gemäß § 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB zählen in erster Linie die Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Geschäftstätigkeit, die Gewährleistung einer ordnungsgemäßen internen und externen Rechnungslegung sowie die Sicherstellung der Einhaltung von für das Unternehmen maßgeblichen gesetzlichen und rechtlichen Vorschriften.

Der Marseille-Kliniken Konzern verfügt über ein internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den (Konzern-) Rechnungslegungsprozess, in dem geeignete Strukturen sowie Prozesse definiert und in der Organisation umgesetzt sind. Dies ist so konzipiert, dass eine zeitnahe, einheitliche und korrekte buchhalterische Erfassung aller geschäftlichen Prozesse bzw. Transaktionen gewährleistet ist und die Einhaltung der gesetzlichen Normen und der Rechnungslegungsvorschriften sichergestellt werden.

Änderungen der Gesetze, Rechnungslegungsstandards und andere Verlautbarungen werden fortlaufend bezüglich der Relevanz und Auswirkungen auf den Konzernabschluss analysiert und die daraus resultierenden Änderungen in den konzerninternen Systemen angepasst.

Grundlagen des internen Kontrollsystems sind neben definierten Kontrollmechanismen, z. B. systemtechnische und manuelle Abstimmprozesse, die Trennung von Funktionen sowie die Einhaltung von Richtlinien und Arbeitsanweisungen. Die Steuerung des Prozesses der Konzernrechnungslegung erfolgt bei den Marseille-Kliniken durch die Zentralbereiche Konzernbilanzen und Steuern sowie Controlling und Berichtswesen.

Die Datess Gesellschaft für Datendienste GmbH, eine Konzerngesellschaft, erstellt für die Konzerngesellschaften die Einzelabschlüsse und übermittelt sie über ein konzernweit einheitlich definiertes Datenmodell. Der Zwischenabschluss unserer Auslandsgesellschaft wird durch ein externes Buchhaltungsbüro erstellt und unter Beachtung derselben Grundsätze übermittelt. Die

Konzerngesellschaften sind für die Einhaltung der konzernweit gültigen Verfahren sowie den ordnungsgemäßen und zeitgerechten Ablauf ihrer rechnungslegungsbezogenen Prozesse und Systeme verantwortlich. Die in den Konzernrechnungslegungsprozess involvierten Mitarbeiter werden dazu regelmäßig geschult.

Im gesamten Rechnungslegungsprozess werden zudem zentrale Ansprechpartner eingesetzt. Im Rahmen des Rechnungslegungsprozesses sind Maßnahmen implementiert, die die Regelungskonformität des Konzernabschlusses sicherstellen sollen. Dabei dienen die Maßnahmen der Identifikation und Bewertung der Risiken sowie der Begrenzung erkannter Risiken und deren Überprüfung. Beispielsweise werden wesentliche neu eingegangene Vertragsbeziehungen systematisch erfasst und analysiert.

Auf Basis der Daten der in den Konsolidierungskreis einbezogenen Tochterunternehmen werden die konsolidierten Rechenwerke zentral, in der VDSE Verwaltungsdienstleister sozialer Einrichtungen GmbH (im Folgenden: VDSE GmbH), einer Konzerntochtergesellschaft der Marseille-Kliniken AG, erstellt. Die Konsolidierungsmaßnahmen, bestimmte Abstimmarbeiten und die Überwachung der zeitlichen und prozessualen Vorgaben erfolgen durch die Abteilung Konzernbilanzen und Steuern. Systemtechnische Kontrollen werden durch die Mitarbeiter überwacht und durch manuelle Prüfungen ergänzt. Grundsätzlich gibt es auf jeder Ebene zumindest ein Vier-Augenprinzip. Im gesamten Rechnungslegungsprozess müssen bestimmte Freigabeprozesse durchlaufen werden. In ihrer Funktion nimmt die Marseille-Kliniken AG zentrale Steuerungsaufgaben wahr; die VDSE GmbH, übernimmt die Aufgaben auf dem Gebiet der Rechnungslegung bzw. Konzernrechnungslegung. Dabei handelt es sich unter anderem um die Konsolidierung der Zahlen, die Bilanzierung von Pensionsrückstellungen und die Prüfung der Werthaltigkeit bilanzierter Firmenwerte und Beteiligungen. Der VDSE GmbH sind Aufgaben zugeordnet, die die Verwaltung und Überwachung von Finanzinstrumenten, den Zahlungsverkehr, die Geldanlagen und die Konzernabrechnungen betreffen.

Das Risiko der Finanzberichterstattung besteht darin, dass Jahres- und Zwischenabschlüsse Falschdarstellungen enthalten könnten, die möglicherweise wesentlichen Einfluss auf die Entscheidungen ihrer Adressaten haben. Unser rechnungslegungsbezogenes internes Kontrollsystem (IKS) zielt darauf ab, mögliche Fehlerquellen zu identifizieren und die daraus resultierenden Risiken zu begrenzen. Es erstreckt sich auf die Finanzberichterstattung im gesamten Marseille-Kliniken Konzern, um mit hinreichender Sicherheit zu gewährleisten, dass ein den gesetzlichen Vorschriften entsprechender Jahres- und Konzernabschluss erstellt wird. Grundsätzlich ist zu berücksichtigen, dass ein internes Kontrollsystem, unabhängig von der Ausgestaltung, keine absolute Sicherheit dafür liefert, dass wesentliche Fehlaussagen in der Rechnungslegung vermieden oder aufgedeckt werden.

Die Ausgestaltung des rechnungslegungsbezogenen IKS ergibt sich aus der Organisation unseres Rechnungslegungs- und Finanzberichterstattungsprozesses. Eine der Kernfunktionen dieses Prozesses ist die Steuerung des Gesamtkonzerns und seiner operativen Einheiten. Ausgangspunkt sind dabei die Zielvorgaben des Vorstands der Marseille-Kliniken AG. Aus ihnen und aus unseren Erwartungen hinsichtlich der operativen Entwicklung erarbeiten wir einmal im Jahr unsere Mittelfristplanung. Diese umfasst Budgetwerte für das jeweils bevorstehende Geschäftsjahr und Planzahlen für die Folgejahre. Für laufende Geschäftsjahre erstellen wir Prognosen, die am Budget anknüpfen. Der Vorstand der Marseille-Kliniken AG und Entscheidungsträger der wichtigsten Tochtergesellschaften kommen regelmäßig zusammen, um Quartals- und Jahresabschlüsse auszuwerten und die Prognosen zu aktualisieren.

Im Rahmen der externen Berichterstattung leisten die Mitglieder des Vorstands der Marseille-Kliniken AG zum Gesamtjahr einen Bilanzeid und unterzeichnen die Versicherung der gesetzlichen Vertreter. Sie bestätigen damit, dass die vorgeschriebenen Rechnungslegungsstandards und die Bilanzierungsrichtlinien des Marseille-Kliniken Konzerns eingehalten wurden und dass die Zahlen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermitteln.

12 Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres 2009/2010 sind mit Ausnahme der hier erläuterten Punkte keine wesentlichen Ereignisse eingetreten, die das im vorliegenden Konzernabschluss vermittelte Bild der Lage des Konzerns beeinflussen und somit wesentliche Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf der Marseille-Kliniken AG oder des Konzerns haben können.

Der Seniorenwohnpark Montabaur hat auch im abgelaufenen Geschäftsjahr hohe Verluste verursacht, was uns zur Aufnahme von Verkaufsgesprächen veranlasst hat. Der Betriebsübergang an einen neuen Betreiber ist zum 01.10.2010 erfolgt. Dadurch wird uns in Zukunft der Standort im Ergebnis nicht mehr belasten. Sollten andere Einrichtungen, die wie Montabaur schon lange in unserem Bestand sind, trotz weiterer Anstrengungen in der Vermarktung nachhaltig Verluste schreiben, so muss auch für diese Einrichtungen rechtzeitig eine andere Lösung herbeigeführt werden.

Wir haben in den ersten Monaten des Geschäftsjahres 2010/2011 damit begonnen, die Passivseite unserer Bilanz umzustrukturieren. Wir planen, eine Unternehmensanleihe über mindestens 10 Mio. € zu begeben zur Durchführung von Modernisierungsmaßnahmen in den Einrichtungen, zur Finanzierung von Wachstum im Bereich Betreutes Wohnen und zur Stärkung

der Unabhängigkeit von Bankenfinanzierungen. Die Gesellschaft hat die Voraussetzungen dafür geschaffen, diese Kapitalmaßnahme im zweiten Quartal des Geschäftsjahres 2010/2011 abzuschließen.

Darüber hinaus liegen Beschlüsse des Vorstandes vor, der Hauptversammlung die Schaffung eines genehmigten Kapitals vorzuschlagen, um daraus mit Zustimmung des Aufsichtsrates voraussichtlich im dritten Quartal des Geschäftsjahres 2010/2011 eine Eigenkapitalerhöhung von bis zu 30 % durchzuführen. Der Großaktionär hat bereits signalisiert, diese Kapitalerhöhung pro rata zu zeichnen. Weitere Maßnahmen im Hinblick auf eine ausgewogene Finanzierung in kurz-, mittel- und langfristigen Bereich werden folgen.

13 Vergütungsbericht

Die Vergütung der Mitglieder des Vorstands setzt sich aus fixen (Festgehalt) und variablen Komponenten (Tantieme) zusammen. Die variablen Vergütungskomponenten sind erfolgsbezogen und orientieren sich am Unternehmenserfolg.

Die Gesamtbezüge der im Geschäftsjahr 2009/2010 bestellten Vorstandsmitglieder sind im Anhang bzw. den Notes zum Jahres- und Konzernabschluss aufgeführt.

14 Corporate Governance (Entsprechenserklärung, Bericht des Vorstandes über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen, Angabepflichten gemäß § 315 Abs. 4 HGB)

Der Vorstand hat entsprechend § 312 AktG für das Geschäftsjahr 2009/2010 einen Bericht über Beziehungen zu allen verbundenen Unternehmen aufgestellt. Der Bericht wurde gemäß § 313 AktG dem Abschlussprüfer zur Prüfung vorgelegt. Der Bericht endet mit folgender Erklärung des Vorstandes:

„Der Vorstand der Marseille-Kliniken AG erklärt, dass die Marseille-Kliniken AG, Berlin, bei den im Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften und Maßnahmen nach den Umständen, die ihm im Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen oder die Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, bekannt waren, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten hat und dadurch, dass Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, nicht benachteiligt worden ist“.

Die Abschlussprüfer haben gegen den Bericht keine Einwendungen erhoben.

Angabepflichten gemäß § 315 Abs. 4 HGB

Gezeichnetes Kapital

Das voll eingezahlte Grundkapital der Gesellschaft beträgt zum 30. Juni 2010 31.100.000,00 € und ist in 24.300.000 (vor Aktiensplitt: 12.150.000) Stück nennwertlose Stammstückaktien mit einem rechnerischen Anteil von je 1,28 Euro (vor Aktiensplitt: 2,56 Euro) aufgeteilt. Die börsentechnische Umsetzung des Aktiensplitts ist bisher nicht erfolgt.

Direkte oder indirekte Beteiligungen

Beteiligungen (auch mittelbare über Zurechnungen gemäß §§ 21, 22 WpHG), die 10 % der Stimmrechte der Gesellschaft überschreiten, werden von der Familie Marseille gehalten.

Inhaber von Aktien mit Sonderrechten

Es bestehen keine Aktien mit Sonderrechten.

Art der Stimmrechtskontrolle im Falle von Arbeitnehmerbeteiligungen

Es gibt keine Arbeitnehmer, die an der Gesellschaft beteiligt sind.

Gesetzliche Vorschriften und Satzungsbestimmungen über die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern und über die Änderung der Satzung

Mitglieder des Vorstands werden gemäß §§ 84, 85 AktG bestellt und abberufen. Satzungsänderungen erfolgen gemäß §§ 133, 179 AktG. Bestimmungen der Satzung der Gesellschaft, die diese Punkte betreffen, finden sich in der Satzung.

Befugnisse des Vorstands zur Ausgabe und zum Rückkauf von Aktien

Auf der Hauptversammlung am 18. Dezember 2009 wurde die auf der Hauptversammlung vom 12. Dezember 2008 beschlossene Ermächtigung des Vorstands zum Erwerb eigener Aktien aufgehoben und der Vorstand zum Erwerb eigener Aktien ermächtigt. Die Ermächtigung ist bis zum 18. Dezember 2014 sowie auf maximal 10 % des derzeitigen Grundkapitals beschränkt. Die Ermächtigung erfolgte vor dem Hintergrund, schnell, flexibel und kostengünstig bei Erwerben von Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen handeln zu können.

Zusammensetzung des gezeichneten Kapitals

Die Hauptversammlung am 12. Dezember 2008 hat die Neustückelung des Grundkapitals mit einem Aktiensplitt von ursprünglich 12.150.000 Stückaktien auf 24.300.000 Stückaktien und die Änderung der Satzung beschlossen, die in § 4 Ziffer 1 neu gefasst wurde. Die Satzungsänderung wurde am 5. Februar 2009 im Handelsregister eingetragen. Der börsentechnische Vollzug des Aktiensplitts ist bisher noch nicht erfolgt. Vorstand und Aufsichtsrat werden der kommenden Hauptversammlung vorschlagen, diesen Aktiensplitt zurückzunehmen.

Zum 30.06.2010 betrug das gezeichnete Kapital der Marseille-Kliniken AG €31.100.000,00, eingeteilt in 24.300.000 Stückaktien, die auf den Inhaber lauten. Die Aktien sind voll eingezahlt. Jede Aktie gewährt eine Stimme.

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen

Die Aktien der Marseille-Kliniken AG sind nicht vinkuliert. Uns sind auch keine sonstigen Beschränkungen, die die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, bekannt.

Beteiligungen am Kapital, die mehr als 10 % der Stimmrechte überschreiten

Der Gründungsaktionär und Aufsichtsratsvorsitzende/Vorstandsvorsitzende (bis/ab 5. März 2010) Herr Ulrich Marseille und seine Ehefrau Estella-Maria Marseille halten ca. 60 % am Grundkapital der Marseille-Kliniken AG. Nach dem Wertpapierhandelsgesetz muss jeder Anleger, der durch Erwerb, Veräußerung oder in sonstiger Weise bestimmte Stimmrechte erreicht, überschreitet oder unterschreitet, dies uns und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht anzeigen. Der niedrigste Schwellenwert für diese Anzeigepflicht liegt bei 3 %. Uns sind hiernach keine weiteren direkten oder indirekten Beteiligungen am Kapital bekannt, die 10 % der Stimmrechte überschreiten.

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen

Kein Aktionär der Marseille-Kliniken AG ist durch deren Satzung ermächtigt, Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden. Auch im Übrigen wurden Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, nicht ausgegeben.

Art der Stimmrechtskontrolle, wenn Arbeitnehmer am Kapital beteiligt sind und ihre Kontrollrechte nicht unmittelbar ausüben

Sofern Arbeitnehmer Aktien der Marseille-Kliniken AG halten, üben sie ihre Kontrollrechte wie andere Aktionäre unmittelbar nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften und der Satzung aus. Es existieren keine Stimmrechtsbeschränkungen für Aktien der Marseille-Kliniken AG, die von deren Arbeitnehmern gehalten werden.

Bestimmungen über die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern

Gemäß der Satzung der Marseille-Kliniken AG besteht der Vorstand aus einem oder mehreren Mitgliedern, deren Zahl vom Aufsichtsrat bestimmt wird und die gemäß § 84 AktG durch den Aufsichtsrat für jeweils höchstens fünf Jahre bestellt werden. Der Aufsichtsrat kann ein Vorstandsmitglied zum Vorsitzenden des Vorstandes bestimmen, wenn der Vorstand aus mehreren Vorstandsmitgliedern besteht. Er kann auch stellvertretende Vorstandsmitglieder bestellen. Die Bestellung des Vorstandes bedarf der einfachen Mehrheit der Stimmen des Aufsichtsrates. Im Falle der Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Aufsichtsratsvorsitzenden der betreffenden Sitzung. Die Bestellung zum Vorstand kann gemäß § 84 AktG durch den Aufsichtsrat widerrufen werden, wenn in Bezug auf das Vorstandsmitglied ein wichtiger Grund vorliegt. Fehlt ein erforderliches Vorstandsmitglied, so hat in dringenden Fällen das Gericht gemäß § 85 AktG auf Antrag eines Beteiligten das Mitglied zu bestellen.

Bestimmungen über die Änderung der Satzung

Jede Satzungsänderung bedarf eines Beschlusses der Hauptversammlung (§ 179 AktG). Dem Aufsichtsrat ist gemäß § 9 der Satzung i.V. mit § 179 AktG die Befugnis eingeräumt, Änderungen und Ergänzungen der Satzung zu beschließen, die nur die Fassung betreffen. Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden, soweit das Gesetz nicht zwingend etwas anderes vorschreibt, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen und soweit eine Kapitalerhöhung erforderlich ist, mit einfacher Kapitalmehrheit gefasst (§ 15 Absatz 2). Satzungsänderungen werden gemäß § 181 Absatz 3 AktG mit der Eintragung in das Handelsregister wirksam.

Befugnisse des Vorstandes, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen

Nach § 4 der Satzung der Marseille-Kliniken AG ist der Vorstand ermächtigt, deren Grundkapital bis zum 11. Dezember 2013 mit Zustimmung des Aufsichtsrates durch Ausgabe von neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlage einmalig oder mehrmalig

um bis zu insgesamt 3,11 Mio. € zu erhöhen (genehmigtes Kapital). Den Aktionären ist dabei grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Die neuen Aktien können auch von einem oder mehreren durch den Vorstand bestimmten Kreditinstituten mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären anzubieten (mittelbares Bezugsrecht). Der Vorstand ist ferner mit Zustimmung des Aufsichtsrates berechtigt, den weiteren Inhalt der Aktienrechte, die Einzelheiten der Kapitalerhöhung sowie die Bedingungen der Ausgabe, insbesondere den Ausgabebetrag, festzulegen. Weiterhin ist er ermächtigt das Bezugsrecht der Aktionäre in bestimmten Fällen auszuschließen. Die näheren Einzelheiten ergeben sich aus § 4 Absatz 5/6/7 der Satzung.

Auf der Hauptversammlung am 18. Dezember 2009 wurde der Vorstand zum Erwerb und zur Veräußerung eigener Aktien unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre ermächtigt. Die Ermächtigung ist auf 5 Jahre bis zum 18. Dezember 2014 sowie auf maximal 10 % des Grundkapitals beschränkt. Die zeitliche Befristung gilt für den Zeitpunkt des Erwerbes, nicht jedoch auch für das Halten der Aktien über diesen Zeitpunkt hinaus. Der Erwerb zum Zwecke des Handelns mit eigenen Aktien und zur kontinuierlichen Kurspflege ist ausgeschlossen. Die Ermächtigung kann ganz oder in Teilbeträgen, einmal oder mehrmals ausgeübt werden, auch durch Konzernunternehmen oder für ihre oder deren Rechnung handelnde Dritte. Der Erwerb erfolgt über die Börse oder über ein öffentliches Kaufangebot. Erfolgt der Erwerb der Aktien über die Börse, darf der von der Gesellschaft gezahlte Gegenwert je Aktie (ohne Erwerbsnebenkosten) den durchschnittlichen Börsenkurs der Aktien der Gesellschaft in der Xetra-Schlussauktion (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Frankfurter Wertpapierbörse während der letzten fünf Börsentage vor dem Erwerb der Aktien um nicht mehr als 10 % über- oder unterschreiten. Erfolgt der Erwerb über ein an alle Aktionäre gerichtetes öffentliches Kaufangebot bzw. eine öffentliche Aufforderung zur Abgabe eines solchen Angebots, dürfen der gebotene Kaufpreis oder die Grenzwerte der Kaufpreisspanne je Aktie (ohne Erwerbsnebenkosten) den durchschnittlichen Börsenkurs der Aktien der Gesellschaft in der Xetra-Schlussauktion (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) während der letzten fünf Börsentage vor dem Tag der öffentlichen Ankündigung des Angebots bzw. der öffentlichen Aufforderung zur Abgabe eines Kaufangebotes um nicht mehr als 15 % über- oder unterschreiten. Ergeben sich nach Veröffentlichung eines öffentlichen Angebotes bzw. der öffentlichen Aufforderung zur Abgabe eines Kaufangebotes erhebliche Abweichungen des maßgeblichen Kurses, so kann das Angebot bzw. die Aufforderung zur Abgabe eines solchen Angebots angepasst werden. In diesem Fall wird auf den durchschnittlichen Börsenkurs der Aktien der Gesellschaft in der Xetra-Schlussauktion (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) während der letzten fünf Börsentage vor dem Tag der öffentlichen Ankündigung einer etwaigen Anpassung abgestellt. Sollte das Angebot überzeichnet sein bzw.

im Fall einer Aufforderung zur Abgabe eines solchen Angebots von mehreren gleichwertigen Angeboten nicht sämtlich angenommen werden, muss die Annahme nach Quoten erfolgen. Eine bevorrechtigte Annahme geringer Stückzahlen bis zu 100 Stück angedienter Aktien je Aktionär kann vorgesehen werden. Das öffentliche Angebot bzw. die Aufforderung zur Abgabe eines solchen Angebots kann weitere Bedingungen vorsehen.

Der Vorstand wurde ermächtigt, Aktien der Gesellschaft, die aufgrund vorstehender Ermächtigung erworben werden, mit Zustimmung des Aufsichtsrates, unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre, in anderer Weise als über die Börse oder durch Angebot an alle Aktionäre wieder zu veräußern, und zwar wenn der bar zu zahlende Veräußerungspreis den Börsenpreis der Aktien nicht wesentlich unterschreitet. Die Anzahl der in dieser Weise veräußerten Aktien darf zusammen mit der Anzahl der neuen Aktien, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung aus genehmigtem Kapital nach Bezugsrechtsausschluss nach § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegeben werden, und der Anzahl der Aktien, die durch die Ausübung (etwaiger) Options- und/oder Wandlungsrechte oder die Erfüllung von Wandlungspflichten aus Options- und/oder Wandlungsrechten und/oder Genussrechten entstehen könnten, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Bezugsrechtsausschluss nach § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegeben werden, 10 % des Grundkapitals weder im Zeitpunkt des Wirksamwerdens noch im Zeitpunkt der Ausübung dieser Ermächtigung überschreiten oder als Gegenleistung an Dritte im Rahmen des Erwerbs von oder des Zusammenschlusses mit Unternehmen oder des Erwerbs von Beteiligungen an Unternehmen.

Der Vorstand wurde ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates Aktien, die aufgrund der vorgenannten Ermächtigung erworben werden, ganz oder in Teilen einzuziehen, ohne dass die Einziehung oder ihre Durchführung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf. Durch die Einziehung erhöht sich der Anteil der übrigen Aktien am Grundkapital. Der Vorstand kann abweichend hiervon bestimmen, dass das Grundkapital nicht herabgesetzt wird, sondern sich der Anteil der übrigen Aktien gemäß § 8 Abs. 3 AktG erhöht. Der Vorstand ist in diesem Fall ermächtigt, die Angabe der Zahl der Aktien in der Satzung anzupassen.

Sämtliche vorbezeichneten Ermächtigungen können ganz oder in Teilbeträgen, einmal oder mehrmals, in Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke durch die Gesellschaft ausgeübt werden. Die Ermächtigungen – mit Ausnahme der Ermächtigung zur Einziehung der eigenen Aktien – können auch durch Dritte für Rechnung der Gesellschaft ausgeübt werden.

Die Satzung enthält keine Bestimmung, die den Vorstand ermächtigt – etwa im Fall einer Übernahmesituation –, Aktien zurückzukaufen.

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen

Es bestehen keine wesentlichen Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebotes stehen.

Entschädigungsvereinbarungen für den Fall eines Übernahmeangebots

Es bestehen keine Vereinbarungen mit den Mitgliedern des Vorstandes zur Entschädigung im Falle eines Kontrollwechsels. Ebenso gibt es keine entsprechenden Vereinbarungen mit Mitarbeitern.

15 Prognosebericht

Die Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise scheinen in Deutschland inzwischen weitestgehend überwunden zu sein. Deutschland ist derzeit der Wachstumsmotor der europäischen Wirtschaft. Die Prognosen gehen für das Jahr 2010 von einem Anstieg der Wirtschaftsleistung um 3,5% aus. Dabei wird der Export als Impulsgeber zunehmend durch eine Belebung der Binnennachfrage abgelöst. Die Investitionen liefern hier den stärksten Wachstumsbeitrag. Der robuste Arbeitsmarkt und sogar verbesserte Beschäftigungsaussichten unterstützen die Konsumausgaben der privaten Haushalte. Für das Jahr 2011 gehen die führenden wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute davon aus, dass die deutsche Wirtschaft dem globalen Konjunkturmuster folgen und um voraussichtlich 2,1 Prozent wachsen wird. Die Lage am Arbeitsmarkt wird sich voraussichtlich ebenfalls weiter positiv entwickeln und die Zahl der Arbeitslosen erstmals seit fast zwanzig Jahren unter die Drei-Millionen-Marke sinken.

Allerdings kommt der nachhaltigen Stabilisierung des Bankensektors eine entscheidende Rolle für die weitere konjunkturelle Entwicklung zu. Insbesondere die Kreditvergabepolitik muss sich verstetigen. Entlastungen werden sich für die Unternehmen durch den derzeit geringen Inflationsdruck und durch die Niedrigzinspolitik der EZB ergeben.

Bedingt durch die weitere demographische Entwicklung ist der Pflegemarkt von diesen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen weitestgehend unabhängig. Die alternde Gesellschaft sorgt in den stationären Versorgungsbereichen für eine wachsende Nachfrage. Dieser Nachfrage steht jedoch in den Alt-Bundesländern eine über die letzten Jahren geschaffene aktuelle Überkapazität gegenüber. Dadurch entwickelte sich bei der Belegung der

Pflegeheime ein deutlicher Wettbewerbsdruck. Unser Unternehmen ist aufgrund seiner Ausrichtung auf die neuen Bundesländer von dieser Entwicklung allerdings nur in geringerem Umfang betroffen. Dagegen erwarten wir eine weitere Zunahme des Konsolidierungsdrucks, der zum einen durch die schärferen Qualitätskontrollen der Behörden und zum anderen durch die Einführung des Mindestlohnes verursacht wird. Viele Betreiber ohne entsprechend effiziente Systeme werden diesen Anforderungen nur durch eine deutliche Ausweitung ihrer Struktur- und Personalkosten gerecht werden können. In der Vergangenheit haben viele Betreiber die in der Höhe nunmehr vorgegebenen Mindestlöhne für Hilfskräfte nicht gezahlt. Die höheren Kosten können bei einem laut RWI (Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung) durchschnittlichen Nachsteuerergebnis von 2 % vom Umsatz nicht mehr ohne Gegenfinanzierung über Pflegesatzerhöhungen erwirtschaftet werden. Pflegesatzerhöhungen sind jedoch aufgrund der finanziellen Lage der Pflegekassen und der Wettbewerbsintensität nur gegen erheblichen Widerstand durchzusetzen.

Für das Geschäftsjahr 2010/2011 erwarten wir einen Anstieg des Konzern EBIT auf 6,8 Mio. €. Das abgelaufene Geschäftsjahr 2009/2010, als auch das kommende Geschäftsjahr 2010/2011 sind sowohl im Personal- als auch im Sachkostenbereich noch geprägt von umfangreichen Strukturanpassungsmaßnahmen. Insgesamt werden hier Kosteneinsparungen von rund 10,0 Mio. € erwartet, die im Geschäftsjahr 2011/2012 erstmals vollständig greifen werden. Für das Geschäftsjahr 2011/2012 erwarten wir ein Konzern EBIT von rund 13,0 Mio. €. Die Umsatz und Ergebnisentwicklung in den ersten drei Monaten des Geschäftsjahres 2010/2011 bestätigen unsere Erwartungen.

Für die Marseille-Kliniken AG erwarten wir für das Geschäftsjahr 2010/2011 und für das Geschäftsjahr 2011/2012 jeweils ein Umsatzniveau auf Höhe des Vorjahres sowie ein deutlich verbessertes Ergebnis ohne gravierende Sondereffekte.

Nach dem Verkauf der Rehabilitationseinrichtungen im abgelaufenen Geschäftsjahr wird die Optimierung unseres Kerngeschäftes Pflege und die Restrukturierung der Finanzierung den strategischen Schwerpunkt für das laufende Geschäftsjahr bilden.

Natürgemäß können Abweichungen zwischen den von uns erwarteten und den tatsächlichen Ergebnissen eintreten. Wir erwarten jedoch, dass sich diese Abweichungen in Grenzen halten.

Berlin, den 26. November 2010

Der Vorstand

Konzernbilanz der Marseille-Kliniken Aktiengesellschaft, Berlin

	Anm. Notes	30.06.2010 TEUR	30.06.2009 TEUR
<u>Langfristige Vermögenswerte</u>			
Immaterielle Vermögenswerte	4.1.1/4.1.2	33.665	32.824
Sachanlagen	4.1.3	124.168	142.682
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	4.1.5	8.577	3.591
Latente Steueransprüche	4.1.6	895	836
		167.305	179.933
<u>Kurzfristige Vermögenswerte</u>			
Vorräte	4.1.7	1.153	4.971
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	4.1.8	9.260	15.554
Sonstige Forderungen und Vermögenswerte	4.1.9	6.993	12.960
Laufende Steueransprüche	4.1.10	3.327	3.541
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	4.1.11	10.104	9.631
		30.837	46.658
Summe Vermögenswerte		198.142	226.591
<u>Eigenkapital</u>			
Gezeichnetes Kapital	4.2.1	31.100	31.100
Kapitalrücklage	4.2.1	0	15.635
Gewinnrücklage	4.2.1	627	627
Eigene Anteile	4.2.1	-903	-903
Zeitbewertungsrücklage	4.2.1	-731	-366
Währungsdifferenzen	4.2.1	5	0
Konzernbilanzverlustvortrag	5.12	-5.733	-21.932
Minderheitenanteile	4.2.1	573	1.032
		24.938	25.195
<u>Langfristige Schulden</u>			
Abgegrenzte Investitionszuwendungen	4.2.2	42.993	44.428
Langfristige Finanzschulden	4.2.3	44.593	48.508
Pensionsverpflichtungen	4.2.4	14.268	16.364
Latente Steuern	4.2.5	6.357	9.174
Andere langfristige Schulden	4.2.6	0	272
		108.211	118.746
<u>Kurzfristige Schulden</u>			
Kurzfristige Finanzschulden	4.2.3	17.881	35.464
Kurzfristige Rückstellungen	4.2.7	19.518	11.689
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.2.8	8.256	13.843
Laufende Steuerverbindlichkeiten	4.2.9	4.833	7.451
Übrige kurzfristige Schulden	4.2.10	14.505	14.204
		64.993	82.651
Summe Eigenkapital und Schulden		198.142	226.591

**Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
der Marseille-Kliniken Aktiengesellschaft, Berlin**

	Anm. Notes			Fortgeführte Geschäftsbereiche		Aufgegebene Geschäftsbereiche	
		1.7.2009 bis 30.6.2010 TEUR	1.7.2008 bis 30.6.2009 TEUR	1.7.2009 bis 30.6.2010 TEUR	1.7.2008 bis 30.06.2009 TEUR	1.7.2009 bis 30.6.2010 TEUR	1.7.2008 bis 30.06.2009 TEUR
Umsatzerlöse	5.1	240.742	235.535	193.152	182.307	47.590	53.228
Sonstige betriebliche Erträge	5.2	12.044	10.444	10.812	8.401	1.232	2.043
Gesamtleistung		252.786	245.979	203.964	190.708	48.822	55.271
Materialaufwand	5.3	30.293	32.451	21.627	23.112	11.903	13.356
Personalaufwand	5.4	131.441	124.398	108.488	97.481	17.371	20.166
Abschreibungen	5.5	21.648	10.446	20.975	8.869	673	1.577
Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.6	84.890	84.334	71.983	67.801	15.252	19.267
Sonstige Steuern	5.9	342	1.154	323	1.074	19	80
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit		-15.828	-6.804	-19.432	-7.629	3.604	825
Gewinn aus dem Verkauf der Reha-Sparte	2.1.3	20.080	0	0	0	20.080	0
Finanzerträge	5.8	1.035	1.137	1.028	1.115	7	22
Finanzaufwendungen	5.8	4.653	6.400	4.557	6.315	96	85
Finanzergebnis		-3.618	-5.263	-3.529	-5.200	-89	-63
Ergebnis vor Steuern		634	-12.067	-22.961	-12.829	23.595	762
Steuern vom Einkommen und Ertrag	5.9	-26	1.529	-773	1.162	747	367
Konzernergebnis		660	-13.596	-22.188	-13.991	22.848	395
Minderheitenanteile	5.11	-96	83	48	206	-144	-123
Marseille-Kliniken AG Aktionären zuzurechnendes Konzernergebnis		564	-13.513	-22.140	-13.785	22.704	272
Ergebnis je Aktie unverwässert (in Euro)	8						
auf Basis von 24.300.000 Stückaktien ¹⁾		0,02 €	-0,56 €	-0,92 €	-0,57 €	0,94 €	0,01 €
auf Basis von 12.150.000 Stückaktien		0,05 €	-1,12 €	-1,84 €	-1,14 €	1,89 €	0,02 €

1) Auf Basis des von der Hauptversammlung am 12. Dezember 2008 beschlossenen und im Handelsregister eingetragenen, aber noch nicht vollzogenen Aktiensplits.

**Konzern-Gesamtergebnisrechnung
der Marseille-Kliniken Aktiengesellschaft, Berlin**

			Fortgeführte Geschäftsbereiche		Aufgegebene Geschäftsbereiche	
	1.7.2009 bis 30.06.2010 TEUR	1.7.2008 bis 30.06.2009 TEUR	1.7.2009 bis 30.06.2010 TEUR	1.7.2008 bis 30.06.2009 TEUR	1.7.2009 bis 30.06.2010 TEUR	1.7.2008 bis 30.06.2009 TEUR
Ergebnis nach Steuern	660	-13.596	-22.188	-13.991	22.848	395
Cash-Flow Hedges:						
In die GuV umgegliederte Verluste	272	0	272	0	0	0
Marktbewertung derivative						
Sicherungsinstrumente	-706	-434	-706	-434	0	0
Steuern auf direkt im Eigenkapital erfasste						
Aufwendungen und Erträge	68	69	68	69	0	0
Währungsumrechnung	5	0	5	0	0	0
Direkt im Eigenkapital erfasste Aufwendungen und Erträge	-361	-365	-361	-365	0	0
Gesamtergebnis	299	-13.961	-22.549	-14.356	22.848	395
Minderheitenanteile	-96	83	48	206	-144	-123
Anteile der Aktionäre der Marseille-Kliniken AG	203	-13.878	-22.501	-14.150	22.704	272

Eigenkapitalveränderungsrechnung der Marseille-Kliniken Aktiengesellschaft, Berlin, (Konzern)
für den Zeitraum vom 1.7.2009 bis 30.06.2010 und Vorjahreszeitraum

1.7.2008 bis 30.06.2009	Mutterunternehmen								Minderheits- gesellschafter	Konzern
	Gezeichnetes Kapital TEUR	Kapital- rücklage TEUR	Gewinn- rücklage TEUR	Eigene Anteile TEUR	Zeitbewertungs- rücklage TEUR	Währungs- differenzen TEUR	Konzern- bilanzverlust TEUR	Anteil Marseille-Kliniken AG TEUR	Minderheiten- anteile TEUR	Summe Eigenkapital TEUR
Stand am 01.07.2008	31.100	15.898	627	-881	0	0	-4.660	42.085	459	42.544
Ankauf eigener Anteile	0	0	0	-594	0	0	0	-594	0	-594
Verkauf eigener Anteile	0	-263	0	572	0	0	0	309	0	309
Dividendenzahlung	0	0	0	0	0	0	-3.016	-3.016	0	-3.016
Veränderung Konsolidierungskreis	0	0	0	0	0	0	-673	-673	656	-17
Sonstige Veränderungen	0	0	0	0	0	0	-70	-70	0	-70
Gesamtergebnis	0	0	0	0	-366	0	-13.513	-13.878	-83	-13.961
Stand am 30.06.2009	31.100	15.635	627	-903	-366	0	-21.932	24.162	1.032	25.195

1.7.2009 bis 30.06.2010	Mutterunternehmen								Minderheits- gesellschafter	Konzern
	Gezeichnetes Kapital TEUR	Kapital- rücklage TEUR	Gewinn- rücklage TEUR	Eigene Anteile TEUR	Zeitbewertungs- rücklage TEUR	Währungs- differenzen TEUR	Konzern- bilanzverlust TEUR	Anteil Marseille-Kliniken AG TEUR	Minderheiten- anteile TEUR	Summe Eigenkapital TEUR
Stand am 01.07.2009	31.100	15.635	627	-903	-366	0	-21.932	24.162	1.032	25.195
Ankauf eigener Anteile	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Verkauf eigener Anteile	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Dividendenzahlung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Entnahme aus der Kapitalrücklage	0	-15.635	0	0	0	0	15.635	0	0	0
Veränderung Konsolidierungskreis	0	0	0	0	0	0	0	0	-556	-556
Gesamtergebnis	0	0	0	0	-365	5	564	203	96	299
Stand am 30.06.2010	31.100	0	627	-903	-731	5	-5.733	24.366	573	24.938

Konzern-Kapitalflussrechnung

	Konzern gesamt	
	vom 01.07.2009 bis 30.06.2010 TEUR	vom 01.07.2008 bis 30.06.2009 TEUR
Cash Flow aus der betrieblichen Tätigkeit		
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit	-15.828	-6.804
Ergebnis aus dem Abgang von Anlagevermögen (Gewinn/Verlust)	-1.652	171
Abschreibungen	21.648	10.446
Sonstige zahlungsunwirksame Erträge und Aufwendungen	1.061	1.869
Ab- / Zunahme (+/-) der Vorräte	335	-200
Zu- / Abnahme (+/-) der Pensionsrückstellungen	809	-533
Zu- / Abnahme (+/-) der kurzfristigen Rückstellungen	9.048	-2.322
Gezahlte Ertragsteuern	-4.159	-2.044
Veränderung des sonstigen Nettoumlaufvermögens	-4.862	6.730
Cash Flow aus der betrieblichen Tätigkeit	6.400	7.313
davon aus:		
- fortgeführten Geschäftsbereichen	3.519	6.361
- aufgegebenen Geschäftsbereichen	2.881	952
Cash Flow aus dem Investitionsbereich		
Auszahlungen aus Anlagenzugängen		
- Immaterielle Vermögenswerte	-1.786	-2.052
- Sachanlagen	-16.654	-4.253
- Finanzanlagen	-239	-274
Investitionstätigkeit innerhalb der Geschäftsbereiche	0	0
Einzahlungen aus Anlagenabgängen		
- Immaterielle Vermögenswerte	0	5.606
- Sachanlagen	16.480	472
- Finanzanlagen	0	113
Einzahlungen aus der Veräußerung konsolidierter Gesellschaften abzüglich abgegangener liquider Mittel	22.641	0
Cash Flow aus dem Investitionsbereich	20.442	-388
davon aus:		
- fortgeführten Geschäftsbereichen	-1.837	1.050
- aufgegebenen Geschäftsbereichen	22.279	-1.438
Cash Flow aus dem Finanzierungsbereich		
Veränderung Bankverbindlichkeiten	0	0
Veränderung Leasingverbindlichkeiten	0	0
Zunahme der kurzfristigen Bankverbindlichkeiten	15.680	1.852
Zunahme der mittel- und langfristigen Bankverbindlichkeiten	2.544	2.036
Abnahme der kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten durch Tilgungen	-38.323	-4.540
Tilgung von Finanzierungsleasing	-2.078	-1.655
Darlehenszinsen	-3.339	-6.107
Gezahlte Zinsen aus Finanzierungsleasing	-651	-652
Erhaltene Zinsen	450	751
Einzahlungen aus dem Verkauf eigener Anteile	0	572
Auszahlungen aus dem Verkauf eigener Anteile	0	-594
Dividendenzahlung	0	-3.016
Sonstige Veränderungen der Finanzierungstätigkeit	0	-354
Cash Flow aus dem Finanzierungsbereich	-25.717	-11.707
davon aus:		
- fortgeführten Geschäftsbereichen	-25.557	-11.578
- aufgegebenen Geschäftsbereichen	-160	-129
Erhöhung/ Verminderung des Netto - Geldvermögens	1.125	-4.782
Zunahme/Abnahme der liquiden Mittel		
Zunahme/Abnahme der liquiden Mittel	1.125	-4.782
Konsolidierungskreisbedingte Veränderung	-652	-20
Liquide Mittel zu Beginn des Geschäftsjahres	9.631	14.433
Liquide Mittel am Ende des Geschäftsjahres	10.104	9.631
davon Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	10.104	9.631

Konzernanhang (IFRS Notes)
der
Marseille-Kliniken Aktiengesellschaft
Alte Jakobstraße 79/80
10179 Berlin

für das Geschäftsjahr 2009/2010

Inhaltsverzeichnis

1	INFORMATIONEN ZUM UNTERNEHMEN	3
2	BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSGRUNDSÄTZE	3
2.1	GRUNDLAGEN DER ABSCHLUSSERSTELLUNG	3
2.1.1	<i>Erklärung zur Übereinstimmung mit IFRS.....</i>	3
2.1.2	<i>Konsolidierungsgrundsätze</i>	4
2.1.3	<i>Konsolidierungskreis.....</i>	5
2.1.4	<i>Währungsumrechnung</i>	11
2.2	ÄNDERUNGEN DER BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN.....	12
2.2.1	<i>Auswirkungen von neuen Rechnungslegungsvorschriften.....</i>	12
2.2.2	<i>Neu herausgegebene, nicht vorzeitig angewandte Rechnungslegungsvorschriften.....</i>	13
2.3	WESENTLICHE ERMESSENSENTSCHEIDUNGEN UND SCHÄTZUNGEN	14
2.4	ZUSAMMENFASSUNG WESENTLICHER BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN.....	15
3	EREIGNISSE NACH DEM BILANZSTICHTAG	21
4	ERLÄUTERUNGEN ZUR KONZERNBILANZ	22
4.1	KONZERNBILANZ – AKTIVA	22
4.1.1	<i>Immaterielle Vermögenswerte.....</i>	22
4.1.2	<i>Geschäfts- oder Firmenwerte.....</i>	23
4.1.3	<i>Sachanlagen</i>	24
4.1.4	<i>Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien</i>	25
4.1.5	<i>Sonstige finanzielle Vermögenswerte</i>	25
4.1.6	<i>Aktive latente Steuern.....</i>	26
4.1.7	<i>Vorräte</i>	27
4.1.8	<i>Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.....</i>	27
4.1.9	<i>Sonstige Forderungen und Vermögenswerte.....</i>	28
4.1.10	<i>Laufende Steueransprüche</i>	29
4.1.11	<i>Liquide Mittel.....</i>	29
4.1.12	<i>Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte.....</i>	29
4.2	KONZERNBILANZ – PASSIVA	30
4.2.1	<i>Eigenkapital</i>	30
4.2.2	<i>Abgegrenzte Investitionszuwendungen.....</i>	32
4.2.3	<i>Lang- und kurzfristige Finanzschulden.....</i>	32
4.2.4	<i>Pensionsverpflichtungen</i>	34
4.2.5	<i>Passive Latente Steuern</i>	35
4.2.6	<i>Andere langfristige Schulden</i>	36
4.2.7	<i>Kurzfristige Rückstellungen</i>	36
4.2.8	<i>Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen</i>	37
4.2.9	<i>Laufende Steuerverbindlichkeiten</i>	37
4.2.10	<i>Übrige kurzfristige Schulden.....</i>	38
5	ERLÄUTERUNGEN ZUR KONZERN-GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	39
5.1	UMSATZERLÖSE	39
5.2	SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE.....	39
5.3	MATERIALAUFWAND.....	40
5.4	PERSONALAUFWAND	40
5.5	ABSCHREIBUNGEN.....	41
5.6	SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN.....	41

5.7	GEWINN AUS DEM VERKAUF DER REHA-SPARTE	42
5.8	FINANZERGEBNIS	42
5.9	ERTRAGSTEUERN.....	43
5.10	SONSTIGE STEUERN.....	44
5.11	ANTEIL MINDERHEITEN AM KONZERNERGEBNIS.....	44
5.12	KONZERNERGEBNIS.....	44
6	ZUSÄTZLICHE ANGABEN ZU FINANZINSTRUMENTEN.....	45
7	SEGMENTBERICHTERSTATTUNG.....	47
7.1	SEGMENTERGEBNISRECHNUNG.....	48
7.2	SEGMENTBILANZSTRUKTUR	48
7.3	SONSTIGE SEGMENTANGABEN	49
8	ERGEBNIS JE AKTIE	50
9	GEZAHLTE UND VORGESCHLAGENE DIVIDENDE	50
10	EIGENKAPITALVERÄNDERUNGSRECHNUNG.....	50
11	KONZERN-KAPITALFLUSSRECHNUNG	51
12	SONSTIGE ANGABEN	52
12.1	HAFTUNGSVERHÄLTNISSE UND EVENTUALVERBINDLICHKEITEN	52
12.2	LEASING	52
12.3	EVENTUALFORDERUNGEN.....	54
12.4	OPERATE-LEASING- UND SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN.....	54
12.5	MANAGEMENT VON FINANZRISIKEN	56
12.6	BETEILIGUNGEN AN DER MARSEILLE-KLINIKEN AG, DIE IHR NACH § 21 ABS. 1 ODER ABS. 4 WPHG MITGETEILT WORDEN SIND.....	61
12.7	DIRECTOR'S DEALINGS	62
12.8	AUFSICHTSRAT.....	62
12.9	VORSTAND.....	63
12.10	BEZIEHUNGEN ZU NAHESTEHENDEN PERSONEN UND UNTERNEHMEN.....	64
12.11	VERÖFFENTLICHUNG	70
12.12	ERKLÄRUNG ZUM CORPORATE GOVERNANCE CODEX (§161 AKTG)	71

Informationen zum Unternehmen

Der Konzernabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Juli 2009 bis zum 30. Juni 2010 wird am 29. November 2010 durch Beschluss des Vorstandes der Marseille-Kliniken AG zur Veröffentlichung freigegeben.

Die Marseille-Kliniken AG ist eine in Deutschland gegründete, in ihrer Haftung beschränkte Gesellschaft mit Sitz in Berlin (Handelsregister des Amtsgerichts Berlin-Charlottenburg unter HRB 86329), deren Aktien zum Börsenhandel im Prime Standard des Regulierten Marktes der Frankfurter Wertpapierbörse sowie der Hamburger Wertpapierbörse zugelassen und dort notiert sind. Die Verwaltungszentrale befindet sich in Hamburg in gemieteten Räumen.

Gegenstand der Geschäftstätigkeit der Marseille-Kliniken AG sind die Errichtung, der Erwerb und/oder das Betreiben von in- und ausländischen Kliniken, Pflegeeinrichtungen, Altenwohnheimen, Dienstleistungsgesellschaften im sozialen und karitativen Bereich sowie Beherbergungsunternehmen.

Die Hauptaktivitäten des Konzerns sind im Konzernanhang (Segmentberichterstattung) beschrieben.

1 Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

1.1 Grundlagen der Abschlusserstellung

Das vom Kalenderjahr abweichende Geschäftsjahr beginnt jeweils am 1. Juli und endet im jeweils darauf folgenden Jahr am 30. Juni.

Die Erstellung des Konzernabschlusses erfolgt grundsätzlich unter Anwendung des Anschaffungskostenprinzips. Hiervon ausgenommen sind die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien (soweit vorhanden), derivative Finanzinstrumente und zur Veräußerung verfügbare Finanzinstrumente, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden. Die Anpassung der Buchwerte der in der Bilanz erfassten Vermögenswerte und Schulden, welche Grundgeschäfte im Rahmen von Absicherungen des beizulegenden Zeitwertes darstellen, erfolgt aufgrund von Änderungen der beizulegenden Zeitwerte, die den abgesicherten Risiken zugerechnet werden.

Der Konzernabschluss wird in Euro aufgestellt. Die Angaben werden teilweise in TEUR bzw. in Mio. EUR gemacht. Es können Rundungsdifferenzen in Höhe von TEUR +/- 1 auftreten.

1.1.1 Erklärung zur Übereinstimmung mit IFRS

Der Konzernabschluss der Marseille-Kliniken AG wurde in Übereinstimmung mit den zum Bilanzstichtag geltenden vom International Accounting Standards Board (IASB) herausgegebenen International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, und unter Berücksichtigung der Auslegungen des International Financial Reporting Interpretation Committee (IFRIC) sowie den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt. Der Konzernabschluss umfasst als Bestandteile die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung, die Konzern-Gesamtergebnisrechnung, die Eigenkapitalveränderungsrechnung, die Kapitalflussrechnung und den Anhang.

1.1.2 Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss der Marseille-Kliniken AG umfasst den Abschluss der Marseille-Kliniken AG und ihrer Tochterunternehmen zum 30. Juni eines jeden Geschäftsjahres. Mit Ausnahme der drei Tochtergesellschaften (Allgemeine Ansgar Pflegedienste GmbH, Marseille-Klinken AG (Schweiz) und Alstersee 124. V V GmbH) werden sämtliche Jahresabschlüsse der Konzerngesellschaften zum Stichtag der Marseille-Kliniken AG zum 30. Juni 2010 gemäß International Accounting Standard (IAS) 27.28 nach zu dem Abschluss des Mutterunternehmens einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen aufgestellt. Für diese Tochtergesellschaften wurde ein Zwischenabschluss zum 30. Juni 2010 erstellt.

Zum 30. Juni 2010 werden 124 (Vorjahr: 133) Gesellschaften konsolidiert. Drei Gesellschaften sind zum Konsolidierungskreis hinzugekommen, 12 Gesellschaften wurden entkonsolidiert.

Der Konzernabschluss umfasst alle Tochtergesellschaften, auf die die Marseille-Kliniken AG einen beherrschenden Einfluss (Control-Prinzip) ausüben kann. Das sind alle Unternehmen, bei denen die Marseille-Kliniken AG die Kontrolle über die Finanz- und Geschäftspolitik innehat, regelmäßig begleitet von einem Stimmrechtsanteil von mehr als 50 %. Bei der Beurteilung, ob Kontrolle vorliegt, werden Existenz und Auswirkung potenzieller Stimmrechte, die aktuell ausübbar oder umwandelbar sind, berücksichtigt.

Tochtergesellschaften werden ab dem Erwerbszeitpunkt, d.h. ab dem Zeitpunkt, an dem der Konzern die Beherrschung erlangt, voll konsolidiert. Die Einbeziehung in den Konzernabschluss endet, sobald die Beherrschung durch das Mutterunternehmen nicht mehr besteht.

Gemäß IFRS 3 sind sämtliche Unternehmenserwerbe nach der Erwerbsmethode abzubilden. Die Kapitalkonsolidierung erfolgt nach IAS 27 durch Verrechnung der Beteiligungsbuchwerte mit dem anteiligen Eigenkapital der Tochterunternehmen. Beim Unternehmenserwerb werden die Vermögenswerte, Schulden und Eventualverbindlichkeiten der erworbenen Tochterunternehmen mit ihren beizulegenden Zeitwerten im Erwerbszeitpunkt bewertet. Übersteigen die Anschaffungskosten des Unternehmenserwerbs die beizulegenden Zeitwerte der erworbenen identifizierbaren Vermögenswerte, Schulden und Eventualverbindlichkeiten, so wird der Unterschiedsbetrag als Geschäfts- oder Firmenwert (Goodwill) ausgewiesen. Jeder negative Unterschiedsbetrag zwischen den Anschaffungskosten des Unternehmenserwerbs und den erworbenen identifizierbaren Vermögenswerten, Schulden und Eventualverbindlichkeiten wird in der Periode des Erwerbs erfolgswirksam erfasst.

Die Anteile von Minderheiten stellen den Anteil des Ergebnisses und des Reinvermögens von Tochterunternehmen dar, der nicht dem Konzern zuzurechnen ist. Minderheitenanteile werden in der Konzern-Gesamtergebnisrechnung und in der Konzernbilanz separat ausgewiesen.

Der Ausweis in der Konzernbilanz erfolgt innerhalb des Eigenkapitals, getrennt von dem auf die Anteilseigner des Mutterunternehmens entfallenden Eigenkapital.

Im Konzernabschluss sind die Aufwendungen und Erträge der erstkonsolidierten Unternehmen ab dem Stichtag der Erstkonsolidierung enthalten.

Die Ergebnisse der im Laufe eines Jahres erworbenen oder veräußerten Tochterunternehmen werden vom effektiven Erwerbszeitpunkt an oder bis zum effektiven Abgangszeitpunkt in die Konzern-Gesamtergebnisrechnung einbezogen. Im jeweiligen Geschäftsjahr neu gegründete Gesellschaften werden ab dem Gründungszeitpunkt in den Konzernabschluss einbezogen.

Alle konzerninternen Salden, Erträge, Aufwendungen sowie unrealisierte Gewinne und Verluste aus konzerninternen Transaktionen werden in voller Höhe eliminiert.

1.1.3 Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss werden zum 30. Juni 2010 die Marseille-Kliniken AG und alle ihre nachfolgend aufgeführten 124 (Vorjahr: 133) Tochtergesellschaften einbezogen:

	Anteil in %
Senioren-Wohnpark Langen GmbH, Langen	100
Senioren-Wohnpark Lemwerder GmbH, Lemwerder	100
Astor Park Wohnanlage Langen GmbH, Langen	100
Senioren-Wohnpark Hennigsdorf GmbH, Hennigsdorf	100
Senioren-Wohnpark Radensleben GmbH, Radensleben	100
Senioren-Wohnpark Neuruppin GmbH, Neuruppin	100
"Senioren-Wohnpark Treuenbrietzen GmbH", Treuenbrietzen	100
Senioren-Wohnpark Erkner GmbH, Erkner	100
Senioren-Wohnpark Tangerhütte GmbH, Tangerhütte	100
Senioren-Wohnpark Kyritz GmbH, Kyritz	100
Senioren-Wohnpark Thale GmbH, Thale	100
Senioren-Wohnpark Wolmirstedt GmbH, Wolmirstedt	100
"Senioren-Wohnpark Aschersleben GmbH", Aschersleben	100
Senioren-Wohnpark Coswig GmbH, Coswig	100
Senioren-Wohnpark Stützerbach GmbH, Stützerbach	100
Senioren-Wohnpark Schollene GmbH, Schollene	100
Senioren-Wohnpark Bad Langensalza GmbH, Bad Langensalza	100
Senioren-Wohnpark Ballenstedt GmbH, Ballenstedt	100
PRO F & B Gastronomische Dienstleistungsgesellschaft mbH, Hamburg	100
Senioren-Wohnpark Klausä GmbH, Nobitz	100
"Senioren-Wohnpark Friedland GmbH", Friedland	100
- SWP - Senioren-Wohnpark Klötze GmbH, Klötze	100
Senioren-Wohnpark Leipzig - Am Kirschberg - GmbH, Leipzig	100
SWP soziale Grundbesitzgesellschaft mbH, Hamburg	100
AMARITA Buxtehude GmbH, Buxtehude	100
Pro Work Dienstleistungsgesellschaft mbH, Hamburg	100
Senioren-Wohnpark Cottbus -SWP- GmbH, Cottbus	100
Medina Meerbusch GmbH, Pritzwalk	100
Marseille-Klinik-Delta GmbH, Hamburg	100
Senioren-Wohnpark soziale Altenbetreuung gemeinnützige GmbH, Langen	100
Allgemeine soziale Dienstleistungen gemeinnützige GmbH, Langen	100
Medina soziale Behindertenbetreuung gemeinnützige GmbH, Wolmirstedt	100
MK "Vorrat Nr. 26" Vermögensverwaltungs GmbH, Berlin	100
"Villa Auenwald" Seniorenheim GmbH, Böhlitz-Ehrenberg	100
VDSE GmbH - Verwaltungsdienstleister sozialer Einrichtungen Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Hamburg	100
PROMINT / Dienstleistungsgruppe Neuruppin GmbH, Neuruppin	100
Senioren-Wohnpark Hennigsdorf - SWP - GmbH, Hennigsdorf	100
SIV Immobilien-Verwaltungsgesellschaft mbH, Hamburg	100
Grundstücksgesellschaft Nikolaus Büren mbH, Hamburg	100
DaTess Gesellschaft für Datendienste mbH, Pritzwalk	100
Alstersee 124. V V GmbH, Hamburg	100

	Anteil in %
eqs. Privatinstitut für Evaluation und Qualitätssicherung im Gesundheits- und Sozialwesen mbH, Hamburg	100
Marseille-Akademie GmbH, Hamburg	100
Betrium Nr. 29 Vermögensverwaltungs-GmbH, Pritzwalk	100
Senioren-Wohnpark Leipzig "Stadtpalais" GmbH, Leipzig	100
Senioren-Wohnpark Leipzig "Eutritzscher Markt" GmbH, Leipzig	100
Senioren-Wohnpark Lichtenberg GmbH, Berlin	100
MVZ Hennigsdorf Medizinisches Versorgungszentrum Am Senioren-Wohnpark Hennigsdorf GmbH, Hennigsdorf	100
Senioren-Wohnpark Landshut GmbH, Landshut	100
AMARITA Datteln GmbH, Datteln	100
AMARITA Hohen Neuendorf GmbH, Hohen Neuendorf	100
Marseille-Kliniken-Beteiligungsgesellschaft Nr. 46 mbH, Pritzwalk	100
Senioren-Wohnpark Bad Oeynhausen GmbH, Pritzwalk	100
Betrium Nr. 49 Vermögensverwaltungs-GmbH, Pritzwalk	100
Senioren-Wohnpark Siekertal GmbH, Pritzwalk	100
Betrium Nr. 52 Vermögensverwaltungs-GmbH, Pritzwalk	100
MobiRent Vermietung GmbH, Pritzwalk	100
Betrium Nr. 55 Vermögensverwaltungs-GmbH, Pritzwalk	100
AMARITA Bremerhaven GmbH, Bremerhaven	100
Pflegehaus Kreuzberg gemeinnützige GmbH (vormals: TÜRK BAKIM EVI Pflegeeinrichtung Berlin-Kreuzberg gemeinnützige GmbH), Berlin	100
Senioren-Wohnpark Meerbusch GmbH, Pritzwalk	100
AMARITA Oldenburg GmbH, Oldenburg	100
Spezial-Pflegeheim Hennigsdorf gemeinnützige GmbH, Hennigsdorf	100
TÜRK GÜNDÜZ BAKIM EVI GmbH, Pritzwalk	100
SFS Dienstleistungs-GmbH, Pritzwalk	100
Senioren-Wohnpark Montabaur GmbH, Montabaur	100
Senioren-Wohnpark Lessingplatz GmbH, Düsseldorf	100
Senioren-Wohnpark Dresden "Am Großen Garten" GmbH, Dresden	100
Senioren-Wohnpark Arnsberg GmbH, Arnsberg	100
Senioren-Wohnpark Büren GmbH, Büren	100
Senioren-Wohnpark Kreuztal-Krombach GmbH, Kreuztal-Krombach	100
Senioren-Wohnpark Lutzerath GmbH, Lutzerath	100
AMARITA Hamburg - Mitte PLUS GmbH, Hamburg	100
Senioren-Wohnpark Oberhausen GmbH (vormals: Atrium Senioren-Wohnstift Nr. 31 GmbH), Pritzwalk	100
Senioren-Wohnpark Düsseldorf-Volksgarten GmbH, Düsseldorf	100
CareAktiv GmbH, Hamburg	100
Logo 7. Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, Pritzwalk	100
"ProTec Dienstleistungsgesellschaft mbH", Pritzwalk	100
Medina Belzig GmbH, Belzig	100
Marseille Projektgesellschaft "Bremerhaven" mbH, Berlin	100
Allgemeine Dienstleistungsgesellschaft mbH-ADG-, Pritzwalk	100
Marseille-Kliniken AG, Zug, Schweiz	100
AAP – Allgemeine Ansgar Pflegedienste GmbH, Zirchow	100

	Anteil in %	
Karlsruher-Sanatorium-Aktiengesellschaft, Hamburg	93,8	1)
Mineralquelle Waldkirch Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Hamburg	93,8	1)
Mineralquelle Waldkirch Verwertungsgesellschaft mbH, Hamburg	88,5	1)
Talhaus "Waldkirch" GmbH & Co. KG, Hamburg	88,5	1)
MK "Vorrat Nr. 23" Vermögensverwaltungs GmbH i. L., Pritzwalk	100	
MK IT-Entwicklungs GmbH i. L., Hamburg	100	
Atrium Senioren-Wohnstift Nr. 34 GmbH i. L., Pritzwalk	100	
Collateral Transparency GmbH i. L., Pritzwalk	100	
Atrium Senioren-Wohnstift Nr. 32 GmbH i. L., Pritzwalk	100	
Atrium Senioren-Wohnstift Nr. 42 GmbH i. L., Pritzwalk	100	
Sozialimmobilien "Südharz" GmbH i. L., Wolmirstedt	100	
Atrium Senioren-Wohnstift Nr. 24 GmbH i. L., Pritzwalk	100	
VSE Vermietungsgesellschaft für soziale Einrichtungen mbH i. L., Hamburg	100	
WK Grundstücksverwaltung Nr. 52 GmbH i. L., Pritzwalk	100	
WK Grundstücksverwaltung Nr. 54 GmbH i. L., Pritzwalk	100	
WK Grundstücksverwaltung Nr. 55 GmbH i. L., Pritzwalk	100	
WK Grundstücksverwaltung Nr. 56 GmbH i. L., Pritzwalk	100	
WK Grundstücksverwaltung Nr. 57 GmbH i. L., Pritzwalk	100	
WK Grundstücksverwaltung Nr. 58 GmbH i. L., Pritzwalk	100	
WK Grundstücksverwaltung Nr. 59 GmbH i. L., Pritzwalk	100	
WK Grundstücksverwaltung Nr. 50 GmbH i. L., Pritzwalk	100	
Betrium Nr. 53 Vermögensverwaltungs-GmbH i.L., Pritzwalk	100	
Marseille-Kliniken R.S.A. GmbH i. L., Pritzwalk	100	
Betrium Nr. 50 Vermögensverwaltungs-GmbH i.L., Pritzwalk	100	
Teufelsbad Residenz Blankenburg GmbH i. L., Blankenburg	100	
Betrium Nr. 44 Vermögensverwaltungs-GmbH i.L., Pritzwalk	100	
Tessenow Bau- und Vermögensverwaltung Nr. 20 GmbH i. L., Pritzwalk	100	
Tessenow Vermögensverwaltungs GmbH i. L., Pritzwalk	100	
MHCC - Marseille Health Care Consulting GmbH i. L., Hamburg	100	
Senioren-Wohnpark Neuruppin - SWP – GmbH i.L. , Neuruppin	100	
Cefugium Betriebsmanagement GmbH i. L., Pritzwalk	100	
Ausgleich- und Bürgschaftsgesellschaft im Heim- und Pflegewesen mbH i. L., Pritzwalk	100	
Betrium Nr. 20 Vermögensverwaltungs-GmbH i.L., Pritzwalk	100	
Cetrium Vermögensverwaltungs-GmbH i. L., Hamburg	100	
"Senioren-Wohnpark Friedland -SWP- GmbH i.L.", Friedland	100	
SCS Standard Computersysteme Entwicklungsgesellschaft mbH i. L., Hamburg	100	
Marseille-Klinik-Omega GmbH i. L., Hamburg	100	
CASA Trainingsstätte und Bildungszentrum für Dienstleister im Gesundheitswesen GmbH i. L. (vormals: CASA Trainingsstätte und Bildungszentrum für Dienstleister im Gesundheitswesen gemeinnützige GmbH), Pritzwalk	100	
Senioren-Wohnpark ZES GmbH i. L., Hamburg	100	
Senioren-Wohnpark OES GmbH i. L., Hamburg	100	

1) Konzernanteil nach Abzug der direkten und indirekten Minderheitenanteile

Darüber hinaus werden unter den Beteiligungen der Marseille-Kliniken AG, Berlin, nachfolgende Gesellschaften ausgewiesen:

	Anteil in %	Gezeichnetes Kapital TEUR	Eigenkapital 30. Juni 2010 TEUR	Jahresergebnis, ggf. nach Gewinnabführung bzw. Verlustausgleich	
				2009/2010 TEUR	2008/2009 TEUR
SCS Standard Computersysteme AG, Hamburg	1,6	3.211	1.181	301	99
Kurbetriebsgesellschaft Bad Klosterlausnitz mbH, Bad Klosterlausnitz	49,5	52	59	-60	41

Die Angaben zum Eigenkapital und zum Jahresergebnis der Tochtergesellschaften sind den nach den handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellten Einzelabschlüssen entnommen.

Einzelne Tochtergesellschaften werden im Rechtskleid einer gemeinnützigen GmbH geführt. Damit diese Gesellschaften ihren steuerrechtlichen Status nicht verlieren, sind Ausschüttungen nur bedingt möglich. Gewinne sind im Wesentlichen zu thesaurieren und zeitnah zu verwenden.

Mutterunternehmen des größten Konsolidierungskreises ist die Marseille-Kliniken AG, Berlin (Registergericht: Berlin-Charlottenburg HRB Nr. 86329).

Am Stichtag 30. Juni 2010 bestehen insgesamt 54 (Vorjahr: 56) Ergebnisabführungsverträge zwischen der Marseille-Kliniken AG, Berlin, als Organträgerin und diversen Tochtergesellschaften, sowie 8 (Vorjahr: 8) Ergebnisabführungsverträge zwischen der Marseille-Klinik-Delta GmbH und einigen ihrer Tochtergesellschaften.

Der Umfang der Gesellschaften, die dem Konsolidierungskreis der Marseille-Kliniken AG entsprechend IAS 27.12 zuzurechnen sind, hat sich im Geschäftsjahr 2009/2010 gegenüber dem Konsolidierungskreis zum 30. Juni 2009 verändert.

Im Geschäftsjahr 2009/2010 wurden die folgenden Unternehmen erworben bzw. erstmalig konsolidiert:

Erstkonsolidierungen

Zum 1. Januar 2010 wurde die Marseille-Kliniken AG, Zug (Schweiz), in den Konsolidierungskreis des Marseille-Konzerns einbezogen. Die Gesellschaft ist eine 100 %-ige Tochtergesellschaft der Marseille-Kliniken AG, Berlin, deren Anteile vormals unter den sonstigen finanziellen Vermögenswerten (Beteiligungen) ausgewiesen wurden. Die Einbeziehung in den Konsolidierungskreis erfolgte, da die Gesellschaft zu Beginn des Kalenderjahres 2010 ihre operative Geschäftstätigkeit aufgenommen hat. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft umfasst die nationale und internationale Beratung und Unterstützung bei der Koordination, die Vorbereitung und Durchführung von Unternehmensstrategien und Versorgungskonzepten im Bereich des Gesundheitswesens, die Organisation und Prozessberatung sowie die Implementierung von IT Konzepten für vernetzte Geschäftssysteme und den Abschluss von Betreiber- und Betriebsführungsverträgen mit Institutionen der Gesundheitsversorgung. Die Gesellschaft hat seit dem Erstkonsolidierungszeitpunkt (1. Januar 2010) ein Ergebnis von TEUR 146 erzielt.

Ferner gehört die Alstersee 124. V V GmbH seit April 2010 zum Konsolidierungskreis der Marseille-Kliniken AG. Die Anteile an der Gesellschaft wurden mit Kaufvertrag vom 9. April 2010 zu einem Kaufpreis von EUR 27.500,00 erworben. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt EUR 25.000,00. Die Eintragung im Handelsregister unter HRB 111891 erfolgte beim Amtsgericht Hamburg am 22. April 2010. Der Geschäftszweck dieser Gesellschaft ist das Verwalten eigener Vermögenswerte. Die Gesellschaft hat bis zum Stichtag 30. Juni 2010 ein Ergebnis von TEUR ./ 4 erzielt.

Darüber hinaus wurde die AAP- Allgemeine Ansgar Pflegedienste GmbH zum 30. Juni 2010 in den Konsolidierungskreis einbezogen. Die Gesellschaft betreibt am Standort Gera einen ambulanten Pflegedienst für Betreutes Wohnen. Die Erstkonsolidierung erfolgte am 30. Juni 2010, da zu diesem Stichtag 100% der Anteile, die bis zu diesem Zeitpunkt mittelbar von Herrn Ulrich Marseille gehalten worden sind, erworben wurden. Der auf der Grundlage eines Bewertungsgutachtens ermittelte Kaufpreis betrug TEUR 6.500 und wurde in Höhe von TEUR 5.039 mit in Vorjahren an den Veräußerer gewährten Darlehen verrechnet.

Der das erworbene Nettovermögen übersteigende Kaufpreis wurde in Höhe von TEUR 644 dem bestehenden Kundenstamm zugeordnet, der über eine Restnutzungsdauer von 3,5 Jahren abgeschrieben wird. In Höhe von TEUR 3.572 wurde der Kaufpreis auf ein immaterielles Nutzungsrecht (Gestattungsvertrag) allokiert, welches über 30 Jahre abgeschrieben wird. Der nach dieser Kaufpreisallokation verbleibende Restbetrag wird als Geschäfts- oder Firmenwert ausgewiesen.

Da die Gesellschaft zum 30. Juni 2010 erworben wurde, ist für das Geschäftsjahr 2009/2010 kein dem Konzern zuzurechnendes Jahresergebnis angefallen. Allerdings steht lt. Kaufvertrag, der Marseille-Kliniken AG der seit dem 1. Januar 2010 erwirtschaftete Gewinn von TEUR 65 zu.

Die im Rahmen der Erstkonsolidierung zugegangenen und erfassten Vermögenswerte und Schulden werden nachfolgend dargestellt:

	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Kaufpreis		6.500
Vermögenswerte		
<u>Immaterielle Vermögenswerte</u>		2
<u>Langfristige Vermögenswerte</u>		10
<u>Kurzfristige Vermögenswerte</u>		327
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	131	
Sonstige Vermögenswerte	174	
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	22	
<u>J. Summe der Vermögenswerte</u>		339
Schulden		
<u>Kurzfristige Schulden</u>		372
Sonstige Rückstellungen	33	
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	161	
Übrige kurzfristige Schulden	178	
+ Summe der Schulden		372
= positiver Unterschiedsbetrag		6.533
davon		
Gestattungsvertrag		3.572
Geschäfts- oder Firmenwert		2.317
Kundenstamm		644

Entkonsolidierungen

Veräußerung des Segmentes Rehabilitation

Zum 30. April 2010 wurden Anteile an neun Gesellschaften des Segmentes Rehabilitation veräußert. Hierbei handelte es sich um die folgenden Gesellschaften:

- Teufelsbad Fachklinik Blankenburg GmbH,
- Algos Fachklinik Bad Klosterlausnitz GmbH,
- REHA-Klinik Sigmund Weil GmbH,
- Sport- und Rehabilitationszentrum Harz GmbH,
- Psychosomatische Fachklinik Gengenbach GmbH,

- Fachklinik für psychische Erkrankungen Ortenau GmbH,
- Psychosomatische Fachklinik Schömberg GmbH,
- Gotthard-Schettler-Klinik GmbH und
- Klinik Bad Herrenalb GmbH.

Der Kaufpreis von insgesamt EUR 33,2 Mio. (brutto) wurde in Höhe von EUR 8,7 Mio. zur Tilgung von Verbindlichkeiten gegenüber den ehemaligen Reha-Gesellschaften verwendet. Der Nettokaufpreis in Höhe von EUR 24,5 Mio. ist dem Marseille-Kliniken Konzern am 30. April 2010 in bar zugegangen.

Die im Rahmen der Entkonsolidierung abgegangenen Vermögenswerte und Schulden sowie die Ermittlung des Entkonsolidierungserfolges werden nachfolgend dargestellt:

	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Netto-Verkaufspreis		24.500
Vermögenswerte		
<u>Langfristige Vermögenswerte</u>		
<u>Immaterielle Vermögenswerte</u>		2.472
Firmenwerte	2.366	
Software, gewerbliche Schutzrechte	106	
<u>Sachanlagen</u>		2.671
Grundstücke und Bauten	33	
Maschinen	128	
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.994	
Finance Lease Betriebs- u. Gesch.-ausstattung	489	
Anlagen im Bau	27	
<u>Finanzielle Vermögenswerte</u>		542
<u>Kurzfristige Vermögenswerte</u>		8.429
Vorräte	188	
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	4.987	
Laufende Steuerforderungen	424	
Sonstige Vermögenswerte	24	
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	2.806	
./. Summe der Vermögenswerte		14.114
Minderheitenanteile		556
Schulden		
<u>Langfristige Schulden</u>		3.372
Finanzschulden	497	
Pensionsverpflichtungen	2.760	
Passive latente Steuern	115	
<u>Kurzfristige Schulden</u>		6.416
Finanzschulden	5	
Sonstige Rückstellungen	1.687	
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.221	
Laufende Steuerverbindlichkeiten	2.292	
Übrige kurzfristige Schulden	1.211	
+ Summe der Schulden		9.788
./. Kaufvertragsverpflichtungen (Instandhaltung)		650
= Entkonsolidierungsgewinn		20.080

Der Entkonsolidierungsgewinn aus dem Verkauf des Segmentes Rehabilitation wird in der Gewinn- und Verlustrechnung als Gewinn aus der Veräußerung der Reha-Sparte im aufgegebenen Geschäftsbereich ausgewiesen (IFRS 5.33).

Andere Entkonsolidierungen

Für die St. Nikolaus Hospital Büren GmbH wurde am 21. April 2010 die Eröffnung des Insolvenzverfahrens beantragt. Mit der Bestellung eines Insolvenzverwalters im Juni 2010 erfolgte der Verlust der vollständigen wirtschaftlichen Kontrolle gemäß IAS 27.21, daher wurde die Gesellschaft mit ihren Tochtergesellschaften dem MVZ Büren und dem MVZ Amarita Hamburg-Mitte, entkonsolidiert. Das Insolvenzverfahren wurde am 1. Juli 2010 eröffnet.

Die im Rahmen der Entkonsolidierung abgegangenen Vermögenswerte und Schulden und der Verlust aus der Entkonsolidierung werden nachfolgend dargestellt:

	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Vermögenswerte		
<u>Langfristige Vermögenswerte</u>		
<u>Immaterielle Vermögenswerte</u>		2
<u>Sachanlagen</u>		344
Grundstücke und Bauten	2	
Betriebs- und Geschäftsausstattung	342	
<u>Finanzielle Vermögenswerte</u>		4
<u>Kurzfristige Vermögenswerte</u>		2.229
Vorräte	45	
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.121	
Laufende Steuerforderungen	1	
Sonstige Vermögenswerte	405	
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	657	
./. Summe der Vermögenswerte		2.579
Schulden		
<u>Langfristige Schulden</u>		699
Pensionsverpflichtungen	145	
Abgegrenzte Investitionszuwendungen	282	
übrige langfristige Schulden	272	
<u>Kurzfristige Schulden</u>		1.547
Sonstige Rückstellungen	214	
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	659	
Laufende Steuerverbindlichkeiten	60	
Übrige kurzfristige Schulden	614	
+ Summe der Schulden		2.246
= Entkonsolidierungsverlust		333

1.1.4 Währungsumrechnung

Funktionale Währung und Berichtswährung

Die im Abschluss eines jeden Konzernunternehmens enthaltenen Posten werden, bis auf die Marseille-Kliniken AG, Zug (Schweiz), auf der Basis der Währung bewertet, die der Währung des primären wirtschaftlichen Umfelds, in dem das Unternehmen operiert, entspricht (funktionale Währung). Die Berichtswährung des Konzernabschlusses ist Euro, die die funktionale Währung der Mutterunternehmens und gleichzeitig der einbezogenen Tochterunternehmen darstellt.

Der Jahresabschluss des Tochterunternehmens Marseille-Kliniken AG, Zug (Schweiz), das eine von der Konzernberichtswährung abweichende funktionale Währung hat, wird wie folgt in die Berichtswährung Euro umgerechnet:

Die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden zum Bilanzstichtagskurs, die Erträge und Aufwendungen zum Durchschnittskurs dargestellt. Das im Rahmen eines Erwerbs ausländischer Tochtergesellschaften erstkonsolidierungspflichtige Eigenkapital wird zum jeweiligen Bi-

lanzstichtag mit dem historischen Kurs zum Erwerbszeitpunkt umgerechnet. Die daraus resultierenden Währungsumrechnungsdifferenzen werden direkt im Eigenkapital erfasst.

Der CHF-Euro-Wechselkurs ist in der folgenden Tabelle dargestellt:

Währung	Stichtagkurs		Durchschnittskurs	
	EUR 30.6.2010	EUR 31.12.2009	EUR 30.6.2010	EUR 31.12.2009
in Euro 1 CHF	1,3303	1,4856	1,3803	1,4836

Transaktionen und Salden

Fremdwährungstransaktionen werden mit den Wechselkursen zum Transaktionszeitpunkt in die funktionale Währung umgerechnet. Gewinne und Verluste, die aus der Erfüllung solcher Transaktionen und aus Umrechnungen von monetären Vermögenswerten und Verbindlichkeiten in Fremdwährung zu abweichenden Stichtagskursen resultieren, werden erfolgswirksam erfasst.

1.2 Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

1.2.1 Auswirkungen von neuen Rechnungslegungsvorschriften

Im Geschäftsjahr 2009/2010 fanden die folgenden Rechnungslegungsstandards bzw. Interpretationen erstmals Anwendung:

IAS 1:	Darstellung des Abschlusses
IAS 23:	Fremdkapitalkosten
IAS 27:	Konzern- und separate Einzelabschlüsse
IFRS 3:	Unternehmenszusammenschlüsse (ab dem 1. Juli 2009)
IFRS 8:	Geschäftssegmente
Verbesserungen der International Financial Reporting Standards 2008 (Sammelstandard)	

Die Überarbeitung des IAS 1 regelt die Grundlagen und die Struktur des Abschlusses und enthält zudem Mindestanforderungen an den Inhalt eines Abschlusses. Für die hiernach zu erstellende Gesamtergebnisrechnung haben wir die Darstellungsform einer gesonderten Gewinn- und Verlustrechnung und einer Aufstellung der im Konzerneigenkapital erfassten Erträge und Aufwendungen gewählt, in der das Ergebnis nach Ertragsteuern auf das Gesamtergebnis fortentwickelt wird. Die Entwicklung des Konzerneigenkapitals wurde in ihrer Darstellungsform entsprechend angepasst.

IAS 23 hebt das bisherige Wahlrecht in Bezug auf die Aktivierung von Fremdkapitalkosten auf und bestimmt, dass Fremdkapitalkosten, die dem Bau, Erwerb oder der Herstellung eines qualifizierten Vermögenswertes zugeordnet werden können, zwingend zu aktivieren sind. Für Investitionen, die nach dem 31. Dezember 2008 begonnen wurden, werden Fremdkapitalkosten aktiviert. Daraus resultiert eine Erhöhung der aktivierten Anschaffungs- und Herstellungskosten bei künftigen Investitionen.

Wesentliche Änderungen des IAS 27 betreffen die Bilanzierung von Anteilsverwerben bzw. -veräußerungen, bei denen ein Unternehmen weiterhin die Beherrschung behält, sowie Transaktionen, bei denen die Beherrschung untergeht. Transaktionen, die nicht zu einem Beherrschungsverlust führen, sind erfolgsneutral als Eigenkapitaltransaktion zu erfassen. Verbleibende Anteile sind zum Zeitpunkt des Beherrschungsverlusts zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten. Bei Minderheitenanteilen ist der Ausweis von Negativsalden zulässig, das heißt, Verluste werden unbegrenzt beteiligungsproportional zugerechnet.

IFRS 3 betrifft insbesondere die Einführung eines Wahlrechts bei der Bewertung von Minderheitenanteilen (Purchased-Goodwill-Methode vs. Full-Goodwill-Methode), die erfolgswirksame Neubewertung von Beteiligungen beim sukzessiven Unternehmenserwerb sowie Änderungen bei der Berücksichtigung von Gegenleistungen, die an das Eintreten künftiger Ereignisse geknüpft sind.

Die Marseille-Kliniken AG hat im Geschäftsjahr 2009/2010 erstmals IFRS 8 angewendet. Nach diesem Standard haben Unternehmen die Segmentinformationen auf der Grundlage anzugeben, die der obersten Entscheidungsinstanz in der internen Berichterstattung für das operative Geschäft zur Verfügung stehen. Nach unserer Feststellung entsprechen die Geschäftssegmente gemäß IFRS 8 den nach IAS 14 identifizierten Geschäftssegmenten.

Aus dem Sammelstandard Verbesserungen der International Financial Reporting Standards 2008, der 35 Änderungen verschiedener Standards zur Beseitigung von Inkonsistenzen und Klarstellung von Formulierungen enthält, ergaben sich keine Auswirkungen.

Keine der neuen Rechnungslegungsvorschriften hatte einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage oder auf das Ergebnis je Aktie der laufenden Berichtsperiode.

1.2.2 Neu herausgegebene, nicht vorzeitig angewandte Rechnungslegungsvorschriften

Das IASB hat nach dem 30. Juni 2009 nachfolgende Standards, Interpretationen und Änderungen zu bestehenden Standards herausgegeben, deren Anwendung jedoch noch nicht erforderlich ist und die von der Marseille-Kliniken AG, Berlin, auch nicht vorzeitig angewandt werden. Die Anwendung dieser IFRS erfolgt außerdem erst, wenn diese im Rahmen des IFRS-Übernahmeverfahrens (Endorsement) durch die EU angenommen werden.

Die für den Marseille-Kliniken AG-Konzern einschlägigen Änderungen betreffen:

IAS 24:	Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen (noch kein EU Endorsement).
IFRS 9:	Finanzinstrumente: Klassifizierung und Bewertung

Die Änderungen des IAS 24 werden die Angabepflichten zu Geschäftsvorfällen mit nahestehenden Unternehmen vereinfachen. So wird es zukünftig Ausnahmen zur Angabepflicht von bestimmten Geschäftsvorfällen geben, wenn die Daten nur mit hohen Kosten zur Verfügung gestellt werden können bzw. den Adressaten nur geringe Informationen liefern. Der geänderte IAS 24 ist erstmals für Berichtsjahre anzuwenden, die am bzw. nach dem 01. Januar 2010 beginnen.

IFRS 9 wird den bestehenden IAS 39 - Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung – schrittweise in Gänze ersetzen. Der neu veröffentlichte Standard besagt, dass die bisherigen Bewertungskategorien durch lediglich noch zwei Bewertungskategorien – Bewertung von finanziellen Vermögenswerten zu fortgeführten Anschaffungskosten sowie zum beizulegenden Zeitwert – substituiert werden. IFRS 9 findet erstmals in dem Berichtsjahr Abwendung, das am oder nach dem 01. Januar 2013 beginnt.

Folgende weitere Standards und Interpretationen, die noch nicht verpflichtend anzuwenden sind und voraussichtlich ohne Auswirkungen auf den Konzernabschluss der Marseille-Kliniken AG sein werden, wurden seit dem letzten Bilanzstichtag bis zum Juli 2010 herausgegeben:

IAS 32:	Finanzinstrumente: Darstellung, Klassifizierung von Bezugsrechten
IFRS 2:	Group-cash-settled share-based payment transactions
IFRS 1:	Zusätzliche Ausnahmen für die erstmalige Anwendung der IFRS
IFRIC 19:	Tilgung finanzieller Verbindlichkeiten durch Eigenkapitalinstrumente
IFRIC 14/IAS 19:	Prepayment of a Minimum Funding Requirement
Diverse Änderungen:	Annual Improvement Project 2007-2009 und Annual Improvement Project 2008-2010

1.3 Wesentliche Ermessensentscheidungen und Schätzungen

Die Aufstellung des Konzernabschlusses nach IFRS erfordert, dass in einem bestimmten Umfang Annahmen und Schätzungen getroffen werden, die sich auf den Wertansatz der Vermögenswerte, Schulden und Eventualschulden sowie die bilanzierten Erträge und Aufwendungen auswirken. Diese Annahmen und Schätzungen beziehen sich unter anderem auf die Bilanzierung und Bewertung

- von Geschäfts- oder Firmenwerten,
- von Anlagevermögen,
- von Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen,
- von aktiven latenten Steuern, insbesondere aus Verlustvorträgen.

Danach werden Annahmen und Schätzungen in der Festlegung der Nutzungsdauer von Vermögenswerten des Anlagevermögens (inkl. Stillstandsimmobilien), bei der Ermittlung abgezinster Cashflows im Rahmen von Werthaltigkeitstests und der Bildung von Rückstellungen beispielsweise für Rechtstreitigkeiten und Steuern getroffen.

Die Bewertung der Stillstandsimmobilien erfolgte teilweise auf der Basis von Gutachten oder eigenen Schätzungen der Marktwerte.

Schätzungen beruhen auf Erfahrungswerten und anderen Annahmen, die unter den gegebenen Umständen als angemessen erachtet werden. Sie werden laufend überprüft, können aber von den tatsächlichen Werten abweichen.

Der Konzern überprüft mindestens einmal jährlich, ob ein Geschäfts- oder Firmenwert wertgemindert ist. Dies erfordert eine Schätzung der Nutzungswerte der Zahlungsmittel generierenden Einheiten, denen der Geschäfts- oder Firmenwert zugeordnet ist. Zur Schätzung der Nutzungswerte muss die Unternehmensleitung die voraussichtlichen künftigen Cashflows der Zahlungsmittel generierenden Einheit schätzen und darüber hinaus einen angemessenen Abzinsungssatz wählen, um den Barwert dieser Cashflows zu ermitteln. Der Buchwert der Geschäfts- oder Firmenwerte beträgt zum 30. Juni 2010 TEUR 27.024 (Vorjahr: TEUR 28.198). Weitere Einzelheiten sind unter „Geschäfts- oder Firmenwerte“ im Erläuterungsteil zur Bilanz dargestellt.

Die Festlegung der wirtschaftlichen Nutzungsdauer der Vermögenswerte des übrigen Sachanlagevermögens basiert ebenso auf Annahmen wie der Restwert dieser Gegenstände am Ende der Nutzungsdauer. Diesen Einschätzungen lagen im Wesentlichen externe Quellen zugrunde. Ebenso wurden Einschätzungen über den erzielbaren Betrag nach IAS 36 vorgenommen, wobei hinsichtlich der Bewertung von Grundstücken und Gebäuden in einigen Fällen externe Gutachten zugrunde gelegt wurden.

Der Aufwand für Pensionsverpflichtungen wird anhand von versicherungsmathematischen Gutachten ermittelt. Die versicherungsmathematische Bewertung erfolgt auf der Grundlage von Annahmen in Bezug auf Abzinsungssätze, erwartete Erträge aus Planvermögen, künftige Lohn- und Gehaltssteigerungen, Sterblichkeit und künftige Rentensteigerungen. Entsprechend der langfristigen Ausrichtung dieser Pläne unterliegen solche Schätzungen wesentlichen Unsicherheiten.

Weiterhin liegen den Wertberichtigungen auf Forderungen, den aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge sowie der Bewertung der sonstigen Rückstellungen Annahmen und Schätzungen des Managements zugrunde, die auf zuletzt verfügbaren Informationen beruhen.

Sämtliche Annahmen basieren auf den Verhältnissen und Einschätzungen zum Bilanzstichtag. Zudem wurde hinsichtlich der erwarteten künftigen Geschäftsentwicklung die zu diesem Zeitpunkt als realistisch unterstellte zukünftige Entwicklung des wirtschaftlichen Umfelds in der Branche und in den Regionen, in denen der Konzern tätig ist, berücksichtigt. Durch von den Annahmen abweichende Entwicklungen dieser Rahmenbedingungen können sich die tatsächlichen Beträge von den Schätzwerten unterscheiden. In solchen Fällen werden die Annahmen und, falls erforderlich, die Buchwerte der betroffenen Vermögenswerte und Schulden gegebenenfalls entsprechend angepasst.

1.4 Zusammenfassung wesentlicher Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Für die Aufstellung des Konzernabschlusses der Marseille-Kliniken AG sind die nachfolgend beschriebenen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden maßgebend:

Die immateriellen Vermögenswerte werden mit den Anschaffungskosten oder Herstellungskosten bewertet. Die immateriellen Vermögenswerte werden mit Ausnahme der Geschäfts- oder Firmenwerte planmäßig über Nutzungsdauern von drei bis dreißig Jahren abgeschrieben. Zinsen für Fremdkapital werden bisher nicht in die Herstellungskosten einbezogen.

Entwicklungskosten werden als selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte erfasst, wenn der Vermögenswert mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu künftigen Finanzmittelzuflüssen führt, die zurechenbaren Aufwendungen zuverlässig ermittelt werden können und die technische und wirtschaftliche Realisierbarkeit nachgewiesen ist. Dies ist in der Regel dann der Fall, wenn ein Entwicklungsprojekt einen bestimmten Meilenstein in einem bestehenden Projektmanagementmodell erreicht hat.

Der Konzern beurteilt an jedem Bilanzstichtag, ob Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass ein immaterieller Vermögenswert wertgemindert sein könnte. Ist eine Wertminderung gegeben, werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Die Geschäfts- oder Firmenwerte werden zu Anschaffungskosten, ggf. unter Berücksichtigung von Wertminderungen, bilanziert. Gemäß IFRS 3 in Verbindung mit IAS 36 erfolgt keine planmäßige Abschreibung dieser Vermögenswerte.

Zur Beurteilung von Wertminderungen werden jährlich jeweils zum 30. Juni Werthaltigkeitstests für die Geschäfts- oder Firmenwerte auf Ebene der Zahlungsmittel generierenden Einheiten durchgeführt, um notwendige außerplanmäßige Wertberichtigungen gemäß IAS 36 zu identifizieren. Die Überprüfung der Werthaltigkeit der Geschäfts- oder Firmenwerte erfolgt darüber hinaus, sofern eingetretene Ereignisse es erfordern. Eine Wertminderung wird auf der Grundlage des erzielbaren Betrags der Zahlungsmittel generierenden Einheit, auf die sich der Geschäfts- oder Firmenwert bezieht, bestimmt. Liegt der erzielbare Betrag der Zahlungsmittel generierenden Einheit unter ihrem Buchwert, wird ein Wertminderungsaufwand erfasst. Dabei stellt der erzielbare Betrag den höheren der beiden Werte aus Nettoveräußerungswert und dem Barwert der geschätzten Mittelzuflüsse (Nutzungswert) dar. Zur Schätzung des Nutzungswerts nach IAS 36 werden die voraussichtlichen zukünftigen Cashflows aus der Zahlungsmittel generierenden Einheit geschätzt und mit einem angemessenen Zinssatz abgezinst, um den Barwert dieser Cashflows zu ermitteln. Bei der Bestimmung des Nutzungswertes einer Zahlungsmittel generierenden Einheit wurde bei einem festen Planungszeitraum von 5 Jahren unterstellt, dass das letzte Planungsjahr auch dem Jahr der ewigen Rente entspricht, da davon ausgegangen wird, dass das Bewertungsobjekt einer längeren Nutzung unterliegt.

Bei zwei Tochtergesellschaften wird der Planungszeitraum für den Werthaltigkeitstest auf eine vertraglich festgelegte Zeit begrenzt, da die Geschäftstätigkeit dieser Gesellschaften im Wesentlichen von der Laufzeit eines Nutzungsrechts abhängt.

Das gesamte Sachanlagevermögen wird nach der Anschaffungskostenmethode zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen und kumulierter Wertminderungsaufwendungen angesetzt. In die Herstellungskosten der selbst erstellten Anlagen werden neben den direkt zurechenbaren Kosten auch anteilige Gemeinkosten und Abschreibungen einbezogen. Fremdkapitalkosten werden gemäß IAS 23 nur dann aktiviert, wenn sie direkt zurechenbar im Zusammenhang mit der Finanzierung der Anschaffung oder Herstellung eines qualifizierten Vermögenswertes anfallen. Ein qualifizierter Vermögenswert liegt vor, wenn seine Herstellung bis zur Versetzung in einen gebrauchsfertigen Zustand einen beträchtlichen Zeitraum erfordert. Alle anderen Fremdkapitalkosten werden als Aufwand in der Periode erfasst, in der sie anfallen. Reparatur- und Instandhaltungskosten werden im Zeitpunkt ihrer Entstehung als Aufwand verbucht. Die Abschreibungen werden linear über die voraussichtliche geschätzte Nutzungsdauer der Vermögenswerte vorgenommen.

Die lineare Abschreibung bei Gebäuden erfolgt im Wesentlichen über eine Nutzungsdauer von 50 Jahren. Technische Anlagen und Maschinen werden im Wesentlichen über eine Nutzungsdauer von 5 bis 20 Jahren, andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung im Wesentlichen über einen Zeitraum von 3 bis 15 Jahren abgeschrieben. Die Abschreibungen werden über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer unter Anwendung der linearen Abschreibungsmethode vorgenommen. Die Gebäude werden entsprechend der Definition von IAS 16.6 auf einen Restwert abgeschrieben, der sich auf 10 % der Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten beläuft.

Die Buchwerte des Sachanlagevermögens werden bei Vorliegen von Anzeichen auf Wertminderungen geprüft und gegebenenfalls angepasst.

Auf der Basis von Leasingverträgen genutzte Sachanlagen werden gemäß IAS 17 aktiviert und abgeschrieben, wenn die Voraussetzungen des Finanzierungsleasings erfüllt sind. Leasingverhältnisse werden nach IAS 17 als Finanzierungsleasing klassifiziert, wenn durch die Leasingbedingungen im Wesentlichen alle mit dem Eigentum verbundenen Risiken und Chancen auf den Leasingnehmer übertragen werden. Hiervon wird ausgegangen, wenn der Barwert der Mindestleasingzahlungen im Wesentlichen mindestens dem beizulegenden Zeitwert des Leasinggegenstandes entspricht. Als unterste Grenze werden hierfür 90 % des beizulegenden Zeitwertes angesehen. Im Rahmen von Finanzierungsleasing gehaltene Vermögenswerte haben eine Laufzeit bis zu fünf Jahren und werden mit ihren beizulegenden Zeitwerten oder mit dem Barwert der Mindestleasingzahlungen zu Beginn des Leasingverhältnisses bewertet, falls dieser niedriger ist. Die Abschreibungsmethoden und Nutzungsdauern entsprechen denen vergleichbarer erworbener Vermögensgegenstände. Die entsprechende Verbindlichkeit gegenüber dem Leasinggeber wird in der Bilanz als Verpflichtung aus Finanzierungsleasing erfasst. Die Leasingzahlungen werden so auf Zinsaufwendungen und Tilgung der Leasingverpflichtung aufgeteilt, dass eine konstante Verzinsung der verbleibenden Verbindlichkeit erzielt wird. Zinsaufwendungen werden erfolgswirksam erfasst. Der Tilgungsanteil wird erfolgsneutral gegen die Verbindlichkeit verrechnet.

Die nicht vom Erwerber der Geschäftsanteile an den Reha-Gesellschaften übernommenen und unverändert im Eigentum des Marseille-Kliniken Konzerns befindlichen Gebäude in Herrenalb und Ortenau werden seit dem 1. Mai 2010 langfristig an den Erwerber vermietet. Gemäß IAS 17 wurden die Leasingverhältnisse für diese Objekte, bei denen der Marseille-Kliniken Konzern Leasinggeber ist, als Finanzierungsleasing klassifiziert. Die Buchwerte des Sachanlagevermögens wurden entsprechend reduziert und gleichzeitig Forderungen aus Finanzierungsleasing in Höhe des Barwertes der Mindestleasingzahlungen ausgewiesen. Ein Erfolgsbeitrag wurde im Zeitpunkt der Klassifizierung nicht realisiert.

Alle anderen Leasingverhältnisse werden als Operating-Leasingverhältnis klassifiziert. Mietzahlungen aus Operating-Leasingverhältnissen werden grundsätzlich linear über die Laufzeit des entsprechenden Leasingvertrags erfolgswirksam erfasst.

Die finanziellen Vermögenswerte setzen sich aus begebenen Krediten und Forderungen, erworbenen Eigenkapital- und Schuldtiteln, Zahlungsmitteln bzw. Zahlungsmitteläquivalenten und Derivaten mit positiven beizulegenden Zeitwerten zusammen.

Die Bilanzierung und Bewertung der finanziellen Vermögenswerte erfolgt nach IAS 39. Demnach werden finanzielle Vermögenswerte in der Konzernbilanz angesetzt, wenn dem Konzern ein vertragliches Recht zusteht, Zahlungsmittel oder andere finanzielle Vermögenswerte von einer anderen Partei zu erhalten. Marktübliche Käufe und Verkäufe von finanziellen Vermögenswerten werden grundsätzlich zum Erfüllungstag bilanziert. Der erstmalige Ansatz eines finanziellen Vermögenswerts erfolgt zum beizulegenden Zeitwert zuzüglich der Transaktionskosten. Transaktionskosten, die beim Erwerb von erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten anfallen, werden unmittelbar aufwandswirksam erfasst. Unverzinsliche oder unterverzinsliche Forderungen werden bei ihrem erstmaligen Ansatz mit dem Barwert der erwarteten zukünftigen Cashflows angesetzt. Die Folgebewertung erfolgt gemäß der Zuordnung der finanziellen Vermögenswerte zu den nachstehenden Kategorien:

Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte umfassen die zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Vermögenswerte. Dieser Bewertungskategorie werden die in den sonstigen Vermögenswerten enthaltenen Forderungen aus Warentermingeschäften und Forderungen aus sonstigen derivativen Finanzinstrumenten zugeordnet, soweit kein Hedge Accounting angewendet wird. Darüber hinaus sind die unter den langfristigen Vermögenswerten ausgewiesenen Aktivwerte aus Rückdeckungsversicherungen dieser Kategorie zugeordnet. Änderungen des beizulegenden Zeitwerts finanzieller Vermögenswerte dieser Kategorie werden zum Zeitpunkt der Wertsteigerung bzw. Wertminderung erfolgswirksam erfasst.

Kredite und Forderungen sind nicht derivative finanzielle Vermögenswerte, die nicht auf einem aktiven Markt notiert sind. Kredite und Forderungen werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Dieser Bewertungskategorie werden die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, die in den sonstigen Vermögenswerten enthaltenen finanziellen Forderungen sowie die unter den langfristigen Vermögenswerten ausgewiesenen Ausleihungen zugeordnet. Der Zinsertrag aus Positionen dieser Kategorie wird unter Anwendung der Effektivzinsmethode ermittelt, soweit es sich nicht um kurzfristige Forderungen handelt und der Effekt aus der Aufzinsung unwesentlich ist.

Bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen sind nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbareren Zahlungen und einer festen Laufzeit, über die sie gehalten werden. Diese werden unter Anwendung der Effektivzinsmethode mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Zum Bilanzstichtag hat der Konzern keine finanziellen Vermögenswerte dieser Kategorie zugeordnet.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte umfassen diejenigen nicht derivativen finanziellen Vermögenswerte, die nicht einer der zuvor genannten Kategorien zugeordnet wurden. Dies sind insbesondere mit dem beizulegenden Zeitwert bewertete Eigenkapitaltitel und nicht bis zur Endfälligkeit zu haltende Schuldtitel, welche in den sonstigen finanziellen Vermögenswerten enthalten sind. Änderungen des beizulegenden Zeitwerts von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten werden erfolgsneutral im Eigenkapital abgegrenzt und erst bei Veräußerung oder Wertminderung erfolgswirksam erfasst. In Fällen, in denen der Marktwert von Eigenkapital- und Schuldtiteln bestimmt werden kann, wird dieser als beizulegender Zeitwert angesetzt. Existiert kein notierter Marktpreis und kann keine verlässliche Schätzung des beizulegenden Zeitwerts vorgenommen werden, werden diese finanziellen Vermögenswerte zu Anschaffungskosten abzüglich Wertminderungsaufwendungen erfasst.

Liegen bei finanziellen Vermögenswerten der Kategorien Kredite und Forderungen, bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte objektive, substantielle Anzeichen für eine Wertminderung vor, erfolgt eine Prüfung, ob der Buchwert den Barwert der erwarteten künftigen Zahlungsmittelflüsse, die mit der aktuellen Markttrendite eines vergleichbaren finanziellen Vermögenswerts abgezinst werden, übersteigt. Sollte dies der Fall sein, wird eine Wertberichtigung in Höhe der Differenz vorgenommen. Hinweise auf Wertminderung sind u. a. ein mehrjähriger operativer Verlust einer Gesellschaft, eine Minderung des Marktwerts, eine wesentliche Verschlechterung der Bonität, eine besondere Vertragsverletzung, die hohe Wahrscheinlichkeit einer Insolvenz oder einer anderen Form der finanziellen Restrukturierung des Schuldners oder das Verschwinden eines aktiven Markts.

Bei Wegfall der Gründe für zuvor vorgenommene außerplanmäßige Abschreibungen werden entsprechende Zuschreibungen, nicht jedoch über die fortgeführten Anschaffungskosten hinaus, getätigt. Lediglich auf zur Veräußerung verfügbare Eigenkapitaltitel werden keine Zuschreibungen vorgenommen.

Finanzielle Vermögenswerte werden ausgebucht, wenn die vertraglichen Rechte auf Zahlungen aus den finanziellen Vermögenswerten nicht mehr bestehen oder die finanziellen Vermögenswerte mit allen wesentlichen Risiken und Chancen übertragen werden. Der Umgang mit Finanz- und Rohstoffpreisrisiken sowie insbesondere die Bilanzierung von derivativen Finanzinstrumenten und Sicherungsbeziehungen mit derivativen Finanzinstrumenten werden unter den Ausführungen zum ‚Management von Finanzrisiken‘ näher erläutert.

Die Anteile an einem assoziierten Unternehmen werden nach der Equity-Methode oder bei Unwesentlichkeit zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Ein assoziiertes Unternehmen ist ein Unternehmen, bei welchem der Konzern über maßgeblichen Einfluss verfügt und die Beteiligungshöhe in der Regel zwischen 20% und 50% liegt.

Nach der Equity-Methode werden die Anteile an einem assoziierten Unternehmen in der Bilanz zu Anschaffungskosten zuzüglich der nach dem Erwerb eingetretenen Änderungen des Anteils des Konzerns am Reinvermögen des assoziierten Unternehmens erfasst. Der mit dem assoziierten Unternehmen verbundene Geschäfts- oder Firmenwert ist im Buchwert des Anteils enthalten und wird weder planmäßig abgeschrieben noch einem gesonderten Wertminderungstest unterzogen.

Nach Anwendung der Equity-Methode ermittelt der Konzern, ob es erforderlich ist, einen zusätzlichen Wertminderungsaufwand für die Anteile des Konzerns an assoziierten Unternehmen zu erfassen. Der Konzern ermittelt an jedem Bilanzstichtag, ob objektive Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass der Wert des Anteils an einem assoziierten Unternehmen erhöht bzw. vermindert sein könnte. Ist dies der Fall, so wird die Differenz zwischen dem erzielbaren Betrag des Anteils am assoziierten Unternehmen und dem Buchwert des Anteils als Ertrag bzw. Wertminderungsaufwand erfolgswirksam erfasst.

Unter den Vorräten werden gemäß IAS 2 diejenigen Vermögenswerte ausgewiesen, die zum Verkauf im normalen Geschäftsgang gehalten werden (Waren), die sich in der Herstellung für den Verkauf befinden (unfertige Erzeugnisse) oder die im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen verbraucht werden (Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe).

Die Bewertung der Vorräte erfolgt zum niedrigeren Wert aus auf Basis der Durchschnittsmethode (gewichteter Durchschnitt) ermittelten Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten und ihrem Nettoveräußerungswert, d. h. dem im normalen Geschäftsgang erzielbaren Verkaufserlös abzüglich der geschätzten Fertigstellungs- und Vertriebskosten. Abwertungen werden bei gesunkenem Nettoveräußerungswert am Bilanzstichtag vorgenommen. Die Herstellungskosten umfassen insbesondere Löhne und Gehälter sowie sonstige Kosten des Personals, die unmittelbar für die Leistungserbringung eingesetzt werden (IAS 2.19), alle direkt zurechenbaren Material- und Fertigungseinzelkosten sowie Material- und Fertigungsgemeinkosten. Kosten der allgemeinen Verwaltung und Vertriebskosten sind in den Vorräten nicht enthalten.

Die sonstigen Forderungen und Vermögenswerte sind zu Nennbeträgen abzüglich Einzelwertberichtigungen angesetzt. Einzelwertberichtigungen werden insbesondere vorgenommen auf Forderungen, deren Ausfall droht. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden ausgebucht, wenn mit einer Zahlung nicht mehr gerechnet wird.

Liquide Mittel (Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente) umfassen den Kassenbestand, Bankguthaben und kurzfristige Einlagen mit ursprünglichen Fälligkeiten von weniger als drei Monaten und werden mit ihren Nennwerten bewertet.

Eigene Anteile werden vom Eigenkapital abgezogen. Ein Kauf oder Verkauf sowie die Ausgabe oder Einziehung von eigenen Anteilen wird ergebnisneutral dargestellt. Alle erhaltenen bzw. hingegebenen Gegenleistungen werden direkt im Eigenkapital erfasst.

Zur Veräußerung bestimmte langfristige Vermögenswerte werden als solche klassifiziert und gesondert in der Bilanz ausgewiesen, wenn der zugehörige Buchwert überwiegend durch ein Veräußerungsgeschäft und nicht durch fortgesetzte Nutzung realisiert wird. Diese Vermögenswerte werden mit ihrem Buchwert oder mit dem niedrigeren beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten bewertet und nicht mehr planmäßig abgeschrieben. Wertminderungen werden erfolgswirksam vorgenommen, falls der beizulegende Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten unterhalb des Buchwerts liegt. Etwaige Zuschreibungen aufgrund der Erhöhung des beizulegenden Zeitwertes abzüglich Veräußerungskosten sind auf die für die jeweiligen Vermögenswerte zuvor erfassten Wertminderungen begrenzt.

Rückstellungen für Pensionen werden für Leistungszusagen auf Altersversorgung gemäß IAS 19 nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren bewertet. Dabei werden nicht nur die am Stichtag bekannten Renten und erworbenen Anwartschaften, sondern auch künftig zu erwartende Steigerungen von Gehältern und Renten berücksichtigt.

Für einige Mitarbeiter wird für die Zeit nach der Pensionierung durch den Konzern direkt oder durch Zahlungen unseres Versorgungswerks Vorsorge getroffen. Die Verpflichtungen umfassen sowohl solche aus bereits laufenden Pensionen als auch aus Anwartschaften auf künftig zu zahlende Pensionen. Die betriebliche Altersversorgung erfolgt im Konzern überwiegend leistungsorientiert. Bei den beitragsorientierten Altersversorgungssystemen zahlt das Unternehmen aufgrund gesetzlicher oder vertraglicher Bestimmungen bzw. auf freiwilliger Basis Beiträge an staatliche oder private Rentenversicherungsträger. Mit Zahlung der Beiträge bestehen für das Unternehmen keine weiteren Leistungsverpflichtungen. Die laufenden Beitragszahlungen sind als Aufwand des jeweiligen Jahres ausgewiesen. Alle übrigen Altersversorgungssysteme sind leistungsorientiert. Im Rahmen der Bilanzierung der leistungsorientierten Pensionspläne im Konzernabschluss werden mit Ausnahme der Zinsen sämtliche Aufwendungen und Erträge per Saldo im operativen Ergebnis erfasst. Die Zinskomponente wird in den übrigen finanziellen Aufwendungen und Erträgen im Finanzergebnis gezeigt. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste aus leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen sowie Kürzungsbeträge aus der Berücksichtigung der Obergrenze für Vermögenswerte werden vollständig ausgewiesen.

Die unter dynamischen Gesichtspunkten nach Eintritt des Versorgungsfalls zu erwartenden Versorgungsleistungen werden über die gesamte Beschäftigungszeit der Mitarbeiter verteilt, wobei auch zukünftige Einkommensveränderungen berücksichtigt wurden. Für alle Einrichtungen werden jährlich umfassende versicherungsmathematische Berechnungen zum Bilanzstichtag erstellt.

Die erwarteten zukünftigen Mittelabflüsse werden abgezinst, um die Pensions- und ähnlichen Verpflichtungen mit ihrem Barwert zum Bilanzstichtag anzusetzen. Der Abzinsungssatz, der zur Diskontierung der Pensions- und ähnlichen Verpflichtungen herangezogen wird, orientiert sich an Stichtagsrenditen.

Die tatsächlich zukünftig entstehenden Aufwendungen und Verpflichtungen können aufgrund veränderter Markt- und Wirtschaftsbedingungen wesentlich von den Schätzungen abweichen, die auf der Basis versicherungsmathematischer Annahmen getroffen worden sind.

Rückstellungen werden gebildet, soweit eine aus einem vergangenen Ereignis resultierende gesetzliche oder faktische Verpflichtung gegenüber einem Dritten besteht, die künftig wahrscheinlich zu einem Vermögensabfluss führt, und sich diese Vermögensbelastung zuverlässig schätzen lässt. Die Rückstellungen werden für alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten in Höhe ihres wahrscheinlichen Eintritts berücksichtigt und nicht mit Rückgriffsansprüchen verrechnet. Der Aufwand zur Bildung von Rückstellungen wird in der Gewinn- und Verlustrechnung nach Abzug von Erstattungen ausgewiesen.

Die finanziellen Verbindlichkeiten setzen sich aus originären Verbindlichkeiten und den negativen beizulegenden Zeitwerten derivativer Finanzinstrumente zusammen. Originäre Verbindlichkeiten werden in der Konzernbilanz angesetzt, wenn der Konzern eine vertragliche Pflicht hat, Zahlungsmittel oder andere finanzielle Vermögenswerte auf eine andere Partei zu übertragen. Der erstmalige Ansatz einer originären Verbindlichkeit erfolgt zum beizulegenden Zeitwert der erhaltenen Gegenleistung bzw. zum Wert der erhaltenen Zahlungsmittel abzüglich ggf. angefallener Transaktionskosten. Die Folgebewertung erfolgt bei den Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode. Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing wurden mit dem Barwert der Mindest-Leasingzahlungen ausgewiesen.

Derivative Finanzinstrumente werden erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet, soweit kein Hedge Accounting angewendet wird. Die Änderung des Marktwertes (Fair Value) von derivativen Finanzinstrumenten, die der Absicherung zukünftiger Zahlungsströme dienen (Cashflow Hedges), wird erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst und nur bei der Realisierung des Zahlungsstromes erfolgswirksam berücksichtigt. Die negativen beizulegenden Zeitwerte von derivativen Finanzinstrumenten sind Teil der Finanzverbindlichkeiten. Die Bilanzierung von derivativen Finanzinstrumenten und Sicherungsbeziehungen mit derivativen Finanzinstrumenten werden unter den Ausführungen zum ‚Management von Finanzrisiken‘ näher erläutert. Finanzielle Verbindlichkeiten werden ausgebucht, wenn die vertraglichen Verpflichtungen beglichen, aufgehoben oder ausgelaufen sind. Bei der Ermittlung des Zeitwertes wird soweit möglich Bezug genommen auf öffentlich notierte Marktpreise auf einem aktiven Markt.

Bei der erstmaligen Erfassung von verzinslichen Darlehen werden diese mit dem beizulegenden Zeitwert der erhaltenen Gegenleistung abzüglich ggf. angefallener Transaktionskosten angesetzt. Anschließend werden die verzinslichen Darlehen unter Anwendung der Effektivzinsmethode zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Fremdkapitalkosten werden direkt in der Periode als Aufwand erfasst, in der sie angefallen sind. Gewinne und Verluste werden gemäß IAS 39.56 erfolgswirksam erfasst, wenn die Schulden ausgebucht werden sowie im Rahmen von Amortisationen.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige lang- und kurzfristige Verbindlichkeiten werden mit ihren Rückzahlungsbeträgen bewertet.

Zuwendungen der öffentlichen Hand (IAS 20) werden erfasst, wenn eine hinreichende Sicherheit dafür besteht, dass die Zuwendungen gewährt werden und das Unternehmen die damit verbundenen Bedingungen erfüllt. Aufwandsbezogene Zuwendungen werden planmäßig als Ertrag über den Zeitraum erfasst, der erforderlich ist, um sie mit den entsprechenden Aufwendungen, die sie kompensieren sollen, zu verrechnen. Zuwendungen für einen Vermögenswert werden in der Konzernbilanz als passivischer Abgrenzungsposten („Abgegrenzte Investitionszuwendungen“) dargestellt. Dieser passivische Abgrenzungsposten wird über die erwartete Nutzungsdauer des betreffenden Vermögenswertes in gleichen jährlichen Raten erfolgswirksam aufgelöst.

Die von Kunden erhaltenen Anzahlungen sowie passive Rechnungsabgrenzungsposten werden unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen. Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten dienen der periodengerechten Ertragszuordnung von Umsatzerlösen.

Auf temporäre Differenzen zwischen den Buchwerten von Vermögenswerten und Schulden in den nach den jeweiligen Vorschriften aufgestellten Steuerbilanzen werden gemäß IAS 12 aktive bzw. passive latente Steuern gebildet. Steuerliche Verlustvorträge bei den einbezogenen Unternehmen führen in dem Umfang zum Ansatz von aktiven latenten Steuern, in dem den jeweiligen Unternehmen innerhalb der nächsten 5 Geschäftsjahre unter aller Voraussicht ein wirtschaftlicher Nutzen im Rahmen der erwarteten steuerlichen Verlustabzüge zufließen wird.

Der Steuersatz für latente Steuern beträgt wie im Vorjahr 15,825 %. In der Konzernbilanz erfolgt eine Verrechnung aktiver und passiver latenter Steuern aufgrund bilanzieller Latenzen je Konzerngesellschaft, soweit die Voraussetzungen hierfür vorliegen. Ausgenommen von dieser Verrechnung sind die aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge, die nicht verrechnet wurden, da die Aufrechnungslage nicht gegeben ist.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert.

In der Gewinn- und Verlustrechnung werden Umsatzerlöse bzw. sonstige betriebliche Erträge aus der Erbringung von Dienstleistungen sowie in geringem Umfang aus dem Verkauf von Waren erfasst, wenn die maßgeblichen Risiken und Chancen an den Kunden übertragen wurden, dem Unternehmen weder ein weiter bestehendes Verfügungsrecht, wie es gewöhnlich mit dem Eigentum verbunden ist, noch eine wirksame Verfügungsmacht über die verkauften Waren verbleibt, die Höhe der Erträge der und angefallenen bzw. noch anfallenden Kosten verlässlich bestimmt werden kann und es hinreichend wahrscheinlich ist, dass dem Unternehmen der wirtschaftliche Nutzen aus dem Geschäft zufließen wird.

Umsatzerlöse werden nach Abzug von Umsatzsteuer sowie nach Abzug von Erlösminderungen ausgewiesen. So werden zum Zeitpunkt der Umsatzrealisierung auch geschätzte Beträge für Rabatte, Kundenskonti und Kundenboni umsatzmindernd erfasst. Schätzungen bezüglich der Erlösminderungen basieren vor allem auf Erfahrungen aus der Vergangenheit, spezifischen Vertragsbedingungen und Erwartungen hinsichtlich der künftigen Umsatzentwicklung der einzelnen Segmente. Es ist unwahrscheinlich, dass andere als die angeführten Schätzungsparameter der Erlösminderungen für die Geschäftstätigkeit des Konzerns wesentliche Auswirkungen haben. Die Schwankungsbreite der bilanziellen Vorsorge für Erlösminderungen ist in Bezug auf das ausgewiesene operative Ergebnis unwesentlich. Anpassungen der in vorherigen Perioden gebildeten Rückstellungen für Rabatte, Kundenskonti und Kundenboni hatten keine signifikanten Auswirkungen auf das Ergebnis vor Steuern für das abgelaufene Geschäftsjahr.

Betriebliche Aufwendungen werden im Zeitpunkt der Inanspruchnahme der den Aufwendungen zugrunde liegenden Leistung erfasst. Fremdkapitalkosten auf nicht qualifizierte Vermögenswerte werden in der Periode als Aufwand erfasst, in der sie angefallen sind. Ertragsteuern werden gemäß den steuerrechtlichen Bestimmungen der Länder, in denen der Konzern tätig ist, ermittelt.

2 Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Vor dem Hintergrund einer durch die Finanzkrise veränderten Geschäftspolitik vieler Banken, insbesondere induziert durch strengere künftige Eigenkapitalanforderungen (Basel III), werden wir im Geschäftsjahr 2010/2011 die Passivseite unserer Bilanz umstrukturieren. Bis zum Ende des Geschäftsjahres werden wir die bestehenden Kontokorrentlinien über 10,5 Mio. € bei zwei Kreditinstituten planmäßig zurückführen.

Die Gegenfinanzierung erfolgt durch Begebung einer Unternehmensanleihe über mindestens 10 Mio. €. Die Gesellschaft hat die Voraussetzungen geschaffen, um diese Kapitalmaßnahme im zweiten Quartal des Geschäftsjahres 2010/2011 abzuschließen. Die Anleihe soll eine Laufzeit von einem Jahr haben.

Darüber hinaus liegen Beschlüsse des Vorstandes vor, der Hauptversammlung die Schaffung eines genehmigten Kapitals vorzuschlagen, um daraus mit Zustimmung des Aufsichtsrates voraussichtlich im dritten Quartal eine Eigenkapitalerhöhung von bis zu 30 % durchzuführen. Der Großaktionär hat bereits signalisiert, diese Kapitalerhöhung pro rata zu zeichnen.

Der operative Geschäftsbetrieb des SWP Montabaur wurde mit Wirkung zum 30. September 2010 an den Vermieter der Immobilie abgegeben.

3 Erläuterungen zur Konzernbilanz

3.1 Konzernbilanz – AKTIVA

3.1.1 Immaterielle Vermögenswerte

Die Entwicklung der immateriellen Vermögenswerte im Geschäftsjahr 2009/2010 und im Vorjahr zeigen nachfolgende Tabellen:

Geschäftsjahr 2009/2010

	AK/HK 30.06.2009 TEUR	Zugänge TEUR	Zugänge aus Erstkons. TEUR	Umglie- derungen TEUR	Abgänge aus Endkons. TEUR	Abgänge TEUR	AK/HK 30.06.2010 TEUR	Buchwert 30.06.2009 TEUR	Buchwert 30.06.2010 TEUR
Konzessionen, Lizenzen, gewerbliche Schutzrechte	2.923	1.428	0	0	1	0	4.350	1.367	308
Software	11.909	523	0	182	816	126	11.672	3.088	2.117
Nutzungsrecht (Gestattungsvertrag)	0	0	3.572	0	0	0	3.572	0	3.572
Kundenstamm	0	0	644	0	0	0	644	0	644
Geschäfts- oder Firmenwert	28.501	0	2.366	0	2.366	0	28.521	28.198	27.024
Geleistete Anzahlungen	171	0	0	-171	0	0	0	171	0
Summe	43.504	1.951	6.602	11	3.183	126	48.759	32.824	33.665

Vorjahr:

	AK/HK 30.06.2008 TEUR	Zugänge TEUR	Umglie- derungen TEUR	Abgänge aus Endkons. TEUR	Abgänge TEUR	AK/HK 30.06.2009 TEUR	Buchwert 30.06.2008 TEUR	Buchwert 30.06.2009 TEUR
Konzessionen, Lizenzen, gewerbliche Schutzrechte	1.745	1.178	0	0	0	2.923	594	1.367
Software	10.865	831	295	82	0	11.909	3.908	3.088
Geschäfts- oder Firmenwerte	28.317	184	0	0	0	28.501	28.014	28.198
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	36	135	0	0	0	171	36	171
Summe	40.963	2.328	295	82	0	43.504	32.552	32.824

Mit dem Erwerb der Anteile an der AAP- Allgemeine Ansgar Pflegedienste GmbH wurden im Rahmen der Kaufpreisallokation auf Basis eines Bewertungsgutachtens stille Reserven aufgedeckt, die ein immaterielles Nutzungsrecht (Gestattungsvertrag) in Höhe von TEUR 3.572 und den erworbenen Kundenstamm in Höhe von TEUR 644 betreffen. Der verbleibende Restbetrag wurde als Geschäfts- oder Firmenwert qualifiziert.

Bei den Zugängen zu Konzessionen, Lizenzen und gewerblichen Schutzrechten handelt es sich in Höhe von TEUR 1.428 um die unterjährige Aktivierung von Aufwendungen für den Erwerb eines Konzeptes zur Errichtung eines spezialisierten Inkontinenz-Zentrums. Gegen Ende des Geschäftsjahres 2009/2010 hat der Vorstand im Rahmen einer strategischen Neuausrichtung nach der Veräußerung der Rehabilitationskliniken entschieden, den Bereich Inkontinenz-Zentrum nicht weiter zu verfolgen. Die bisher aktivierten Aufwendungen in Höhe von TEUR 1.952 wurden daher außerplanmäßig abgeschrieben.

Die Zugänge zu Software betreffen im Wesentlichen Softwareprogramme für die Bereiche Einkauf, Personalwesen und Zeiterfassung.

Im Geschäftsjahr 2009/2010 wurden wie im Vorjahr keine Entwicklungskosten aktiviert.

Die Entwicklung der immateriellen Vermögenswerte im Konzernabschluss ist aus dem in der Anlage zum Anhang beigefügten Anlagenspiegel ersichtlich.

Sämtliche Abschreibungen werden erfolgswirksam erfasst.

3.1.2 Geschäfts- oder Firmenwerte

Die Geschäfts- oder Firmenwerte wurden Werthaltigkeitsprüfungen auf Grundlage des Nutzungswertes unterzogen. Basis für die Werthaltigkeitsprüfungen waren die jeweiligen Planungsrechnungen der Gesellschaften sowie die daraus abgeleiteten Barwerte der geplanten Cashflows unter Berücksichtigung einer „ewigen Rente“. Den Planungen liegen Annahmen zu Umsätzen und Ergebnissen zugrunde, die sich aus den Einschätzungen des Managements und aus den Strategien für die jeweiligen regionalen Märkte ergeben. Kostensteigerungen für Personalaufwendungen und sonstige betriebliche Aufwendungen wurden berücksichtigt. Zur Diskontierung wurde ein Diskontierungszinssatz (Weighted Average Cost of Capital) im Planungszeitraum von regelmäßig 7,56 % (Vorjahr: 6,14 %) zugrunde gelegt. Der Wachstumsabschlag beträgt 0,5 % (Vorjahr 0,5 %).

Auf die Geschäfts- oder Firmenwerte werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen, wenn der Barwert der erwarteten Zahlungsmittelüberschüsse kleiner als der Nettobuchwert der Zahlungsmittel generierenden Einheit einschließlich des dieser zugeordneten Geschäfts- oder Firmenwertes ist oder wenn andere Kriterien für einen Wertberichtigungsbedarf vorliegen. Im Geschäftsjahr 2009/2010 wurde ein Wertminderungsbedarf in Höhe von TEUR 1.194 (Vorjahr: TEUR 0) ermittelt.

Der Zugang in Höhe von EUR 2,4 Mio. betrifft den Erwerb der Anteile an der AAP- Allgemeine Ansgar Pflegedienste GmbH, die zum 30. Juni 2010 erstmals konsolidiert wurde. Im Rahmen der Kaufpreisallokation wurde der das erworbene Reinvermögen übersteigende Kaufpreis dem vorhandenen Kundenstamm (TEUR 644) sowie einem vertraglichen Nutzungsrecht (Gestattungsvertrag TEUR 3.572) zugeordnet. Wir sind der Ansicht, dass die Bilanzierung des Erwerbs zu Zeitwerten sachgerecht ist und wenden insofern das Wahlrecht des IDW HFA RS 2 an.

Die Geschäfts- oder Firmenwerte setzen sich wie folgt zusammen:

	30.06.2008 TEUR	Zugänge TEUR	30.06.2009 TEUR	Zugänge aus Erstkon- solidierung TEUR	Abgänge aus Entkon- solidierung TEUR	Wert- minderungen TEUR	30.06.2010 TEUR
ADG GmbH	10.171	0	10.171	0	0	0	10.171
SWP Aschersleben	3.479	0	3.479	0	0	0	3.479
SWP Neuruppin	3.177	0	3.177	0	0	0	3.177
AAP Betreutes Wohnen Gera	0	0	0	2.317	0	0	2.317
SWP Bad Langensalza	1.163	0	1.163	0	0	0	1.163
SWP Thale	1.015	0	1.015	0	0	0	1.015
SWP Klausa	800	0	800	0	0	0	800
SWP Schollene	796	0	796	0	0	0	796
Astor Park	596	0	596	0	0	0	596
SWP Erkner	512	0	512	0	0	0	512
SWP Coswig	381	0	381	0	0	0	381
Fachklinik Blankenburg	1.173	0	1.173	0	1.173	0	0
Kasanag	876	0	876	0	0	876	0
Algos Fachklinik	722	0	722	0	722	0	0
Sigmund Weil	472	0	472	0	472	0	0
VDSE	250	0	250	0	0	250	0
sonstige Firmenwerte	2.431	184	2.615	69	0	68	2.617
	28.014	184	28.198	2.386	2.367	1.194	27.024

3.1.3 Sachanlagen

Die Sachanlagen gliedern sich wie folgt:

Geschäftsjahr 2009/2010:

	AK/HK 30.06.2009	Zugänge	Zugänge aus Erstkons.	Umliederung	Abgänge aus Entkonsol.	Abgänge	AK/HK 30.06.2010	Buchwert 30.06.2009	Buchwert 30.06.2010
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	175.291	119	0	-12.197	40	0	163.172	119.086	102.589
Technische Anlagen und Maschinen	2.747	5	0	0	1.171	937	643	346	140
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	54.195	1.081	10	275	16.161	3.029	36.371	14.279	10.897
Finanzierungsleasing Betriebs- und Geschäftsausstattung	7.908	2.177	0	0	736	508	8.841	5.105	4.237
geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	4.380	3.813	0	-1.101	27	760	6.305	3.866	6.305
Summe	244.521	7.195	10	-13.023	18.135	5.234	215.332	142.682	124.168

Vorjahr:

	AK/HK 30.06.2008	Zugänge	Zugänge aus Erstkons.	Umliederung	Abgänge aus Entkonsol.	Abgänge	AK/HK 30.06.2009	Buchwert 30.06.2008	Buchwert 30.06.2009
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	173.511	1.188	0	1.050	0	457	175.292	120.822	119.086
Technische Anlagen und Maschinen	2.674	73	0	0	0	0	2.747	369	346
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	50.956	3.041	0	616	22	396	54.195	13.156	14.279
Finanzierungsleasing Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.430	3.477	0	0	0	0	7.907	3.389	5.105
geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	5.422	2.348	0	-3.226	0	164	4.380	5.091	3.866
Summe	236.993	10.127	0	-1.560	22	1.017	244.521	142.827	142.682

Eine detaillierte Übersicht zur Entwicklung des Sachanlagevermögens ist dem Anlagenspiegel zu entnehmen.

Unter den Grundstücken und Bauten werden zum 30. Juni 2010 Stillstandsimmobilien (eine Reha-Klinik wird teilweise genutzt) mit einem Gesamtbuchwert von TEUR 9.175 (Vorjahr: TEUR 16.031) ausgewiesen. Da bei den Stillstandsimmobilien ein triggering event vorliegt, wurden diese Objekte einem Impairmenttest unterzogen. Der triggering event besteht in der Vorstandsentscheidung, die Stillstandsimmobilien aktiv vermarkten zu wollen. Für die Immobilien wird der beizulegende Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten angesetzt. Im Gegensatz zum Vorjahr wird der Fair Value Less Cost To Sell (FVLCTS) nicht durch Kapitalisierung von Zahlungsströmen ermittelt, sondern auf Basis externer Informationen geschätzt. Schätzunsicherheiten wurden berücksichtigt. Die Impairment-Tests haben die angesetzten Buchwerte nicht bestätigt. Insofern waren Wertminderungen in Höhe von TEUR 7.289 vorzunehmen.

Darüber hinaus sind im Geschäftsjahr 2009/2010 im Konzern Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von TEUR 1.081 (Vorjahr: TEUR 3.041) zugegangen. Diese betreffen insbesondere die VDSE GmbH mit TEUR 48 (Vorjahr: TEUR 158) sowie die operativen Einrichtungen der Marseille-Kliniken AG in Waldkirch (TEUR 85) und die AMARITA Hamburg (TEUR 90).

Die Zugänge aus Finanzierungsleasing für Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von TEUR 2.177 (Vorjahr TEUR 3.477) resultieren aus dem Abschluss von Verträgen im Geschäftsjahr 2009/2010, die nach IAS 17 als Finanzierungsleasing zu klassifizieren sind.

Die Zugänge zu den Anlagen im Bau betreffen im Wesentlichen die Objekte in Herne (Koppenbergs Hof und Flora Marzina) mit TEUR 3.754 (Vorjahr: TEUR 400).

Die Umgliederungen betreffen im Wesentlichen die Klassifizierung der Vermietung der Objekte Ortenau und Herrenalb als Finanzierungsleasing.

Es wurden außerplanmäßige Wertminderungen (IAS 36) auf Sachanlagevermögen in Höhe von TEUR 8.103 vorgenommen. Diese betreffen in Höhe von TEUR 7.289 Immobilien an den Standorten Reinerzau, Waldkirch und Bad Oeynhausien, die nicht bzw. nur zum Teil genutzt werden und sowie die Pflegeeinrichtungen in Herne (TEUR 578). Die weiteren außerplanmäßigen Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen betreffen Betriebs- und Geschäftsaustattung in Höhe von TEUR 236.

Den Wertminderungstests werden, soweit der Nutzungswert verwendet wird, folgende Parameter zu Grunde gelegt. Die Detailplanungsphase beträgt fünf Jahre (Abzinsungssatz 7,56 %, Vorjahr: 6,14 %), danach wird eine ewige Rente unterstellt (0,5 % Wachstumsabschlag; Vorjahr: 0,5 %). Die Planung erfolgt bzgl. der Umsatzplanung nach einem Bottom-Up Verfahren und bezüglich der Kosten- und Investitionsplanung nach einem Top-Down Verfahren. Diese bauen im Wesentlichen auf Erfahrungswerten auf.

Der beizulegende Zeitwert abzgl. Verkaufskosten wird im Wesentlichen bei der Bewertung von Stillstandsimmobilien verwendet. Sofern keine aktuellen Angebote vorliegen, erfolgt eine Bewertung anhand externer Gutachten sowie unter Zuhilfenahme von Informationen lokaler Gutachterausschüsse.

Aufgrund der speziellen Beschaffenheit der Stillstandsimmobilien und der eingeschränkten Nutzungsmöglichkeit ist eine Bewertung mit hohen Unsicherheiten behaftet; dieses Risiko wurde durch Risikoabschläge berücksichtigt.

3.1.4 Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Wie im Vorjahr sind keine als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien vorhanden.

3.1.5 Sonstige finanzielle Vermögenswerte

Die sonstigen finanziellen Vermögenswerte betragen zum Bilanzstichtag EUR 8,6 Mio. (Vorjahr: EUR 3,6 Mio.) und stellen sich wie folgt dar:

Geschäftsjahr 2009/2010

	<u>AK/HK</u> <u>30.06.2009</u> <u>TEUR</u>	<u>Zugänge</u> <u>TEUR</u>	<u>Um-</u> <u>gliederungen</u> <u>TEUR</u>	<u>Abgänge aus</u> <u>Entkonsol.</u> <u>TEUR</u>	<u>Abgänge</u> <u>TEUR</u>	<u>AK/HK</u> <u>30.06.2010</u> <u>TEUR</u>	<u>Buchwert</u> <u>30.06.2009</u> <u>TEUR</u>	<u>Buchwert</u> <u>30.06.2010</u> <u>TEUR</u>
Beteiligungen	136	0	0	4	0	132	91	88
Rückdeckungen für Pensionen	2.026	0	0	542	495	989	2.026	989
Sonstige Wertpapiere	188	0	0	0	0	188	188	188
Sonstige Ausleihungen	1.286	239	180	1	91	1.613	1.286	1.613
Finanzierungsleasing Gebäude	0	0	13.012	0	0	13.012	0	5.699
Summe	3.636	239	13.192	547	586	15.934	3.591	8.577

Vorjahr

	<u>AK/HK</u> <u>30.06.2008</u> <u>TEUR</u>	<u>Zugänge</u> <u>TEUR</u>	<u>Um-</u> <u>gliederungen</u> <u>TEUR</u>	<u>Wert-</u> <u>minderungen</u> <u>TEUR</u>	<u>Abgänge</u> <u>TEUR</u>	<u>AK/HK</u> <u>30.06.2009</u> <u>TEUR</u>	<u>Buchwert</u> <u>30.06.2008</u> <u>TEUR</u>	<u>Buchwert</u> <u>30.06.2009</u> <u>TEUR</u>
Beteiligungen	136	0	0	45	0	136	136	91
Rückdeckungen für Pensionen	2.102	37	0	0	113	2.026	2.102	2.026
Sonstige Wertpapiere	0	0	188	0	0	188	0	188
Sonstige Ausleihungen	1.049	237	0	0	0	1.286	1.049	1.286
Summe	3.287	274	188	45	113	3.636	3.287	3.591

Unter den sonstigen finanziellen Vermögenswerten werden gemäß IAS 17 die Objekte in Ortenau und in Herrenalb ausgewiesen, bei denen der Marseille-Kliniken Konzern Leasinggeber ist. Die historischen Anschaffungskosten und die kumulierten Abschreibungen des Sachanlagevermögens wurden entsprechend reduziert.

Die Veränderung der Rückdeckungen für Pensionen steht im direkten Zusammenhang mit der korrespondierenden Veränderung der Pensionsrückstellungen. Im Wesentlichen betreffen die Aktivwerte die Karlsruher-Sanatorium AG in Höhe von TEUR 729 (Vorjahr: TEUR 741) und die Mineralquelle Waldkirch Verwertungsgesellschaft mbH in Höhe von TEUR 260 (Vorjahr: TEUR 253). Unter den Abgängen aus Entkonsolidierung in Höhe von TEUR 542 sind die Rückdeckungsansprüche der veräußerten Reha-Gesellschaften ausgewiesen, insbesondere die der Psychosomatischen Fachklinik Gengenbach GmbH mit TEUR 174 (Vorjahr: TEUR 193) und der Fachklinik für psychische Erkrankungen Ortenau GmbH mit TEUR 131 (Vorjahr: TEUR 128).

Die sonstigen Ausleihungen betreffen geleistete Mietkautionen in Höhe von TEUR 186 (Vorjahr: TEUR 215), die Ansparraten für ein langfristiges Darlehen in Höhe von TEUR 1.247 (Vorjahr: TEUR 1.009) und den langfristigen Anteil von Mietsonderzahlungen in Höhe von TEUR 180, die aus den kurzfristigen Vermögenswerten umgegliedert wurden.

3.1.6 Aktive latente Steueransprüche

Die aktiven latenten Steuern wurden auf die steuerlichen Verlustvorträge der Konzerngesellschaften gebildet. Darüber hinausgehende aktive latente Steuern, welche aufgrund temporärer Differenzen entstanden sind, wurden mit passiven latenten Steuern aufgrund temporärer Differenzen verrechnet und saldiert auf der Passivseite ausgewiesen, soweit die Aufrechnungslage gegeben ist.

Insgesamt bestehen zum 30. Juni 2010 körperschaftsteuerliche Verlustvorträge von EUR 39,7 Mio. (Vorjahr: EUR 29,0 Mio.), welche grundsätzlich zeitlich unbegrenzt nutzbar sind. Diese wurden zur Bildung aktiver latenter Steuern herangezogen, soweit die Nutzung der Verlustvorträge mit hinreichender Sicherheit gewährleistet ist.

Steuerliche Verlustvorträge bei den einbezogenen Unternehmen führen in dem Umfang zum Ansatz von aktiven latenten Steuern, in dem den jeweiligen Unternehmen innerhalb der nächsten 5 Geschäftsjahre unter aller Voraussicht ein wirtschaftlicher Nutzen im Rahmen der erwarteten steuerlichen Verlustabzüge entstehen wird. Vor dem Hintergrund der Planungen sowie diverser eingeleiteter Maßnahmen ist davon auszugehen, dass in ausreichendem Umfang substanzuelle Hinweise für eine entsprechende Verlustnutzung vorhanden sind.

Insoweit als die erwarteten künftigen steuerlichen Gewinne einer Gesellschaft die Realisierung einer Steuerminderung aufgrund bestehender Verlustvorträge nicht wahrscheinlich erscheinen lassen, unterbleibt grundsätzlich ein Ansatz von aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge bzw. werden angemessene Wertberichtigungen auf aktive latente Steuern vorgenommen.

Für drei Konzerngesellschaften wurden latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge aktiviert, denen keine passiven latenten Steuern entgegenstehen. Für eine dieser Gesellschaften erfolgt die Aktivierung aufgrund einer derzeit in der Umsetzung befindlichen steuerlichen Umstrukturierung. Die anderen beiden Gesellschaften betreffen sogenannte Expansionseinrichtungen, die in der Anlaufphase Verluste erwirtschaften. Eine dieser Gesellschaften befindet sich bereits in der Gewinnzone. Die Expansionseinrichtungen entwickeln sich planmäßig bzw. leicht über Plan.

Nachfolgender Übersicht sind die steuerlichen Verlustvorträge zu entnehmen, auf die aktive latente Steuern gebildet wurden:

	30.06.2010	30.06.2009	darauf entfallende Steuer	
	TEUR	TEUR	30.06.2010	30.06.2009
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Steuerliche Verlustvorträge	5.653	5.284	895	836

3.1.7 Vorräte

Die Position Vorräte hat sich im Vergleich zum Vorjahr um EUR 3,8 Mio. auf EUR 1,2 Mio. (Vorjahr: EUR 5,0 Mio.) verringert.

Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe betragen zum Stichtag EUR 1,1 Mio. (Vorjahr: EUR 1,5 Mio.). Diese beinhalten im Wesentlichen Vorräte des medizinischen Bedarfs sowie Energieressourcen. Die geleisteten Anzahlungen betragen zum Stichtag TEUR 0 (Vorjahr: TEUR 144).

Unter den Vorräten wurde im Vorjahr das damals im Bau befindliche Objekt in Bremerhaven mit EUR 3,1 Mio. ausgewiesen, welches im Geschäftsjahr 2009/2010 (November 2009) im Rahmen einer Sale-and-Lease-Back-Transaktion zu einem Verkaufspreis von EUR 16,0 Mio. veräußert wurde. Der realisierte Buchgewinn betrug EUR 2,0 Mio. und wird in den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

3.1.8 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben sich von insgesamt TEUR 15.554 am 30. Juni 2009 um TEUR 6.294 auf TEUR 9.260 am 30. Juni 2010 verringert. Auf die Abgänge aus Entkonsolidierung entfallen dabei TEUR 6.317. Insofern haben sich bei Bereinigung um diese Abgänge die Forderungen um TEUR 23 leicht erhöht.

	30.06.2010 TEUR	30.06.2009 TEUR
Forderungen vor Wertberichtigungen	10.841	17.277
abzgl. Wertberichtigungen	-1.581	-1.723
Forderungen nach Wertberichtigungen	9.260	15.554

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gegen nahe stehende Personen und mit diesen verbundene Unternehmen, die älter als ein Jahr sind, wurden mit 8,12 % (Vorjahr: 6,0 %) verzinst. Die Zinsen betragen zum Stichtag TEUR 102 (Vorjahr: TEUR 141).

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen enthalten Wertberichtigungen für ermittelte Ausfallrisiken von EUR 1,6 Mio. (Vorjahr: EUR 1,7 Mio.). Die Wertberichtigungen entwickelten sich wie folgt:

Wertberichtigungen	2009/2010 TEUR	2008/2009 TEUR
Stand 1.7.	1.723	1.155
Zuführungen	1.575	717
Abgang aus Entkonsolidierung	826	0
Auflösung	891	149
Stand 30.6.	1.581	1.723

Forderungen, die älter als 360 Tage sind, werden zu 20 %, Forderungen, die älter als 720 Tage sind zu 40 % mit einer pauschal ermittelten Einzelwertberichtigung berichtigt. Forderungen, die bereits von Rechtsanwälten eingefordert werden, werden zu 60 % wertberichtigt.

Die Fälligkeiten der nicht wertberichtigten Forderungen werden zusammengefasst in Abschnitt 12.5 in den Erläuterungen zum Kreditrisiko dargestellt.

3.1.9 Sonstige Forderungen und Vermögenswerte

Die sonstigen Forderungen und Vermögenswerte setzen sich wie folgt zusammen:

	30.06.2010	30.06.2009
	TEUR	TEUR
Darlehen Frau Marseille	2.844	2.724
Darlehen SCS AG	2.516	2.499
Sonstige Darlehen	202	205
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	163	500
Darlehen Herr Marseille	106	4.847
Vorschüsse Berufsgenossenschaft	46	126
Kaufpreisforderung aus Verkauf Held Bau GmbH	0	760
Forderungen Trump Organisation	0	500
Übrige	1.116	799
	6.993	12.960

Die Verringerung der sonstigen Forderungen und Vermögenswerte um TEUR 5.967 auf TEUR 6.993 resultiert im Wesentlichen aus der Verrechnung von Darlehensforderungen gegen Herrn Marseille in Höhe von ursprünglich EUR 4,5 Mio. zzgl. aufgelaufener Zinsen mit Teilen der Kaufpreisverbindlichkeit für die Anteile an der ambulanten Pflegedienstgesellschaft AAP-Allgemeine Ansgar Pflegedienste GmbH. Der verbleibende Saldo in Höhe von TEUR 106 beinhaltet aufgelaufene Zinsen, die nicht verrechnet wurden.

Darüber hinaus wurde im Frühjahr 2010 die Kaufpreisforderung in Höhe von TEUR 760 aus dem Verkauf der Anteile an der Held Bau Consulting Projekt Steuerungsgesellschaft mbH beglichen.

Das Darlehen an die SCS Standard Computersysteme AG in Höhe von EUR 2,5 Mio. hat sich gegenüber dem Vorjahr um die im Geschäftsjahr 2009/2010 angefallenen Zinsen erhöht. Eine Tilgung ist bisher nicht erfolgt. Das Darlehen ist durch die Verpfändung der Anteile an der SCS Batrium GmbH, einer 100 %-igen Tochtergesellschaft der SCS Standard Computersysteme AG, besichert. Darüber hinaus besteht eine Darlehensverbindlichkeit in gleicher Höhe gegenüber der SCS Batrium GmbH.

Nähere Angaben zu den Darlehen an Frau und Herrn Marseille erfolgen unter den Angaben zu nahestehenden Personen bzw. Unternehmen.

Die Restlaufzeiten der sonstigen Forderungen liegen mit Ausnahme der Darlehen an Frau Marseille und die SCS AG unter einem Jahr, da diese jederzeit nach Rücksprache getilgt werden.

Auf die sonstigen Forderungen und Vermögenswerte wurden Wertberichtigungen, in Höhe von TEUR 2.374 (Vorjahr: TEUR 2.222) vorgenommen, wie nachfolgend dargestellt:

	30.06.2010 TEUR	30.06.2009 TEUR
Sonst. Forderungen und Vermögenswerte vor Wertberichtigungen	9.367	15.182
abzgl. Wertberichtigungen	-2.375	-2.222
Sonst. Forderungen und Vermögenswerte nach Wertberichtigungen	6.993	12.960

Wertberichtigungen	2009/2010 TEUR	2008/2009 TEUR
Stand 1.7.	2.222	641
Zuführungen	634	1.581
Umgliederungen	-481	0
Stand 30.6.	2.375	2.222

3.1.10 Laufende Steuererstattungsansprüche

Die laufenden Steueransprüche von EUR 3,3 Mio. (Vorjahr: EUR 3,6 Mio.) betreffen Körperschaftsteuer einschließlich Solidaritätszuschlag von insgesamt rund EUR 1,5 Mio. (Vorjahr: EUR 1,7 Mio.), Gewerbesteuer in Höhe von TEUR 401 (Vorjahr: TEUR 41) und Körperschaftsteueranrechnungsguthaben nach § 37 KStG in Höhe von EUR 1,4 Mio. (Vorjahr: EUR 1,9 Mio.). Die Veränderung gegenüber dem Vorjahr resultiert insbesondere aus den Abgängen im Zusammenhang mit der Entkonsolidierung in Höhe von EUR 0,4 Mio., welche mit EUR 0,3 Mio. auf Körperschaftsteueranrechnungsguthaben entfallen.

3.1.11 Liquide Mittel

Die liquiden Mittel in Höhe von insgesamt TEUR 10.104 (Vorjahr: TEUR 9.631) enthalten zum 30. Juni 2010 die Kassenbestände in Höhe von TEUR 373 (Vorjahr: TEUR 380) und die Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von TEUR 9.731 (Vorjahr: TEUR 9.251).

Von den liquiden Mitteln sind insgesamt EUR 5,1 Mio. (Vorjahr: EUR 6,3 Mio.) nicht frei verfügbar. Im Einzelnen handelt es sich um:

- Sicherheiten für Avale: TEUR 413 (Vorjahr: TEUR 412)
- Festgeldguthaben (Laufzeiten kleiner 3 Monate) sind bis zu einem Betrag von TEUR 3.697 (Vorjahr: TEUR 4.303) zum Stichtag verpfändet.
- Instandhaltungskonto Bad Langensalza TEUR 0 (Vorjahr: TEUR 500)
- Mietkautionenkonto inkl. Taschengeldkonten von Heimbewohnern in Höhe von TEUR 1.021 (Vorjahr: TEUR 1.109)

Die Festgeldguthaben haben Laufzeiten von weniger als 3 Monaten.

3.1.12 Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte

Zum Stichtag 30. Juni 2010 werden keine zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerte ausgewiesen.

Konzernbilanz – PASSIVA

3.2.1 *Eigenkapital*

Das Konzerneigenkapital betrug zum 30. Juni 2010 TEUR 24.938 (Vorjahr: TEUR 25.195). Die Veränderung wird in der Eigenkapitalveränderungsrechnung dargestellt.

Kapitalsteuerung

Eine nachhaltige Steigerung des Unternehmenswerts und die Sicherung der Liquidität sowie der Kreditwürdigkeit des Konzerns sind die wichtigsten Ziele des Finanzmanagements. Die Reduzierung der Kapitalkosten und die Verbesserung des Cashflows aus Finanzierungstätigkeit tragen hierzu ebenso bei wie die Optimierung der Kapitalstruktur und ein effektives Risikomanagement.

Im Rahmen der eingegangenen Finanzierungs- und Leasingvereinbarungen hat der Konzern Verträge unter Berücksichtigung von Financial Covenants abgeschlossen. Die Financial Covenants beziehen sich u. a. auf eine aufrecht zu erhaltende Mindesteigenkapitalquote von 12 %. Die Eigenkapitalquote ergibt sich durch die Hinzurechnung von 70 % des Sonderpostens und abzüglich 50 % der Firmenwerte, Forderungen gegenüber Gesellschaftern, eigenen Aktien und Disagio. Diese Mindestanforderung wurde im Berichtsjahr eingehalten. Die Kredit- sowie teilweise die Sale-and-Lease-Back-Verträge enthalten unterschiedliche Eskalationsstufen bei Nichteinhaltung der Financial Covenants, wie zum Beispiel die Hinterlegung zusätzlicher Sicherheiten oder die Möglichkeit der außerordentlichen Kündigung des Kreditvertrags. Die mögliche Hinterlegung von zusätzlichen Sicherheiten kann durch das Vorhalten entsprechender Barreserven erfolgen. Die Einhaltung der Covenants wird regelmäßig vom Konzerncontrolling überprüft und im Rahmen des internen Risikomanagements gesteuert. Insofern bezieht sich die Kapitalsteuerung auch auf die Einhaltung dieser Anforderungen.

In Bezug auf die Kreditwürdigkeit zielt die Finanzstrategie des Konzerns auf eine Verbesserung der Ratingkategorie ab. Das Rating des Konzerns basiert auf den von Ratingagenturen veröffentlichten Verschuldungskennziffern, die (mit unterschiedlicher Ausgestaltung) den Cashflow einer Periode in Relation zur Verschuldung setzen. Zur Umsetzung der Strategie wurden in den vergangenen Jahren Desinvestitionen und operative Cashflows größtenteils zur Reduzierung der Nettoverschuldung verwendet. Die Aufrechterhaltung einer angemessenen Eigenkapitalausstattung (Eigenkapitalquote) dient ebenfalls der Verbesserung des Ratings.

Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital (Grundkapital) der Muttergesellschaft Marseille-Kliniken AG beträgt zum Bilanzstichtag 30. Juni 2010 unverändert zum Vorjahr EUR 31.100.000,00 und ist eingeteilt in 24.300.000 nennwertlose Inhaberaktien mit einem rechnerischen Nennwert je Aktie von EUR 1,28. Das gezeichnete Kapital ist voll einbezahlt.

Auf der Hauptversammlung am 12. Dezember 2008 wurde ein Aktiensplitt von ursprünglich 12.150.000 Stückaktien auf nunmehr 24.300.000 Stückaktien und die Änderung der Satzung beschlossen, die in § 4 Ziffer 1 neu gefasst wurde. Die Satzungsänderung wurde am 5. Februar 2009 im Handelsregister eingetragen. Der börsentechnische Vollzug des Aktiensplitts ist bisher noch nicht erfolgt. Es ist vorgesehen, der nächsten Hauptversammlung die Rücknahme des Aktiensplitts zu empfehlen.

Auf der Hauptversammlung am 12. Dezember 2008 wurde der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital der Marseille-Kliniken AG bis zum 11. Dezember 2013 mit Zustimmung des Aufsichtsrates durch Ausgabe von neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlage einmalig oder mehrmalig um insgesamt EUR 3,11 Mio. zu erhöhen (genehmigtes Kapital).

Auf der Hauptversammlung am 18. Dezember 2009 wurde die auf der Hauptversammlung vom 12. Dezember 2008 beschlossene Ermächtigung des Vorstands zum Erwerb eigener Aktien aufgehoben und der Vorstand zum Erwerb eigener Aktien ermächtigt. Die Ermächtigung ist bis zum 18. Dezember 2014 sowie auf maximal 10 % des derzeitigen Grundkapitals beschränkt.

Die Ermächtigung erfolgte vor dem Hintergrund, schnell, flexibel und kostengünstig bei Erwerben von Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen handeln zu können.

Der Vorstand ist ermächtigt, Aktien der Gesellschaft mit Zustimmung des Aufsichtsrats unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre in anderer Weise als über die Börse oder durch Angebot an alle Aktionäre wieder zu veräußern. Der Vorstand ist unter bestimmten Voraussetzungen ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen.

Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage betrifft das Agio aus Bareinlagen im Rahmen von Kapitalerhöhungen. Die Verringerung der Kapitalrücklage ist in voller Höhe (TEUR 15.635) auf eine Entnahme bei der Marseille-Kliniken AG zum Ausgleich des handelsrechtlichen Verlustes zurückzuführen. Eine detaillierte Darstellung der Veränderung ist der Eigenkapitalveränderungsrechnung zu entnehmen.

Gewinnrücklage

Die Gewinnrücklagen von TEUR 627 (Vorjahr: TEUR 627) beinhalten neben der gesetzlichen Rücklage in Höhe von TEUR 207 (Vorjahr: TEUR 207) auch die anderen Gewinnrücklagen in Höhe von TEUR 420 (Vorjahr: TEUR 420).

Eigene Anteile

Eigene Anteile werden vom Eigenkapital abgezogen. Ein Kauf oder Verkauf von eigenen Anteilen wird ergebnisneutral dargestellt. Alle erhaltenen bzw. hingegebenen Gegenleistungen werden direkt im Eigenkapital erfasst.

Die nachstehend dargestellten Stückzahlen an eigenen Anteilen beziehen sich aus Praktikabilitätsgründen auf die ursprüngliche Gesamtzahl von 12.150.000 Stückaktien. Nähere Angaben befinden sich unter dem Gliederungspunkt Ergebnis je Aktie.

Im Geschäftsjahr 2009/2010 fanden keine Transaktionen mit eigenen Aktien statt. Im Vorjahr wurden 93.763 Stück eigene Aktien erworben und 54.623 Stück veräußert. Der durchschnittliche Kurs betrug im Vorjahr EUR 8,54.

Der auf die eigenen Anteile entfallende Gegenwert beträgt unverändert zum Vorjahr insgesamt EUR 902.579,62. Der auf die eigenen Anteile entfallende Betrag des Grundkapitals beträgt unverändert EUR 270.493,21, der Bestand zum 30. Juni 2010 beträgt unverändert zum Vorjahr 105.675 Stück. Dies entspricht wie im Vorjahr einem Anteil am Grundkapital von rund 0,87 %.

Zeitbewertungsrücklage

In der Zeitbewertungsrücklage sind die erfolgsneutral abgegrenzten Zinssicherungsgeschäfte ausgewiesen. Bei diesen handelt es sich um zwei Zins-Swaps, die zur Absicherung von variabel verzinslichen Darlehen erworben wurden. Dadurch werden die zukünftigen variablen Zinszahlungen in fixe Zinszahlungen transformiert. Zum 30. Juni 2010 werden in der Zeitbewertungsrücklage negative Marktwerte in Höhe von TEUR 869 (Vorjahr: TEUR 434) abzüglich latenter Steuern in Höhe von TEUR 138 (Vorjahr: TEUR 69) ausgewiesen. Die Ermittlung des Marktwertes erfolgte anhand der mark-to-market-Methode.

Währungsdifferenzen

Der Ausgleichsposten der Währungsumrechnung in Höhe von TEUR 5 (Vorjahr: TEUR 0) betrifft die Währungsumrechnung des Abschlusses der ausländischen Tochtergesellschaft in der Schweiz.

Minderheitenanteile

Die auf Minderheitengesellschafter von Tochtergesellschaften entfallenden Anteile am Eigenkapital werden in den Minderheitenanteilen ausgewiesen. Die zum 30. Juni 2010 ausgewiesenen Minderheitenanteile betragen TEUR 573 (Vorjahr TEUR 1.032). Die Verminderung der Minderheiten resultiert im Wesentlichen aus der Entkonsolidierung der Reha-Gesellschaften.

3.2.2 Abgegrenzte Investitionszuwendungen

Nachfolgender Übersicht ist die Entwicklung der Zuwendungen der öffentlichen Hand zu entnehmen:

	30.6.2010 TEUR	30.6.2009 TEUR
Beginn Geschäftsjahr	44.428	47.511
im Geschäftsjahr gewährt	0	0
Saldierung Büren	0	-1.241
erfolgsneutral abgegrenzt	0	0
erfolgswirksam aufgelöst	1.435	1.842
Ende Geschäftsjahr	42.993	44.428
davon langfristig	42.993	44.428

Der Posten betrifft wie in den Vorjahren im Wesentlichen Förderbescheide für die Senioren-Wohnpark Radensleben GmbH, die Senioren-Wohnpark Treuenbrietzen GmbH, die Senioren-Wohnpark Erkner GmbH, die Senioren-Wohnpark Kyritz GmbH, die Senioren-Wohnpark Stützerbach GmbH, die Senioren-Wohnpark Klausäule GmbH, die Senioren-Wohnpark Friedland GmbH, die „Villa Auenwald“ Seniorenheim GmbH, die Senioren-Wohnpark soziale Grundbesitzgesellschaft mbH, die Marseille-Kliniken AG und die SIV Immobilien-Verwaltungsgesellschaft mbH.

Im Vorjahr wurden die dem Krankenhaus Büren zuzuordnenden Investitionszulagen und Fördermittel in Höhe von rund EUR 1,2 Mio. mit den aufgedeckten stillen Reserven aus dem Erwerb des Krankenhauses saldiert.

3.2.3 Lang- und kurzfristige Finanzschulden

Unter den Finanzschulden werden die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, die Finanzierungsleasingverbindlichkeiten sowie die derivativen Finanzinstrumente (Swapgeschäfte) erfasst.

Die langfristigen Finanzschulden betragen insgesamt TEUR 44.593 (Vorjahr: TEUR 48.508) und setzen sich zusammen aus Schulden gegenüber Kreditinstituten in Höhe von TEUR 40.862 (Vorjahr: TEUR 44.411), derivativen Finanzinstrumenten in Höhe von TEUR 869 (Vorjahr: TEUR 434) sowie Finanzierungsleasingverbindlichkeiten in Höhe von TEUR 2.862 (Vorjahr: TEUR 3.662).

Die kurzfristigen Finanzschulden von insgesamt TEUR 17.881 (Vorjahr: TEUR 35.464) beinhalten kurzfristige Finanzschulden gegenüber Kreditinstituten in Höhe von TEUR 16.091 (Vorjahr: TEUR 33.577) sowie Finanzierungsleasingverbindlichkeiten in Höhe von TEUR 1.790 (Vorjahr: TEUR 1.887).

Der Gesamtbestand an lang- und kurzfristigen Finanzschulden beträgt zum Bilanzstichtag TEUR 62.474 (Vorjahr: TEUR 83.972). Die Inanspruchnahme der Kontokorrentlinien (inkl. Eurokredite) und der verzinslichen Darlehen zum 30. Juni 2010 und zum Vorjahresstichtag sind nachfolgender Übersicht zu entnehmen.

	Ursprungs- betrag TEUR	Valuta 30.06.2010 TEUR	davon < 1 Jahr TEUR	davon > 1 Jahr TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	101.913	56.953	16.091	40.862
davon:				
- verzinsliche Darlehen	91.361	47.315	6.453	40.862
- Kontokorrentkredite	10.552	9.638	9.638	0

	Ursprungs- betrag TEUR	Valuta 30.06.2009 TEUR	davon < 1 Jahr TEUR	davon > 1 Jahr TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	123.722	77.988	33.577	44.411
davon:				
- verzinsliche Darlehen	93.670	50.150	10.239	39.911
- Kontokorrentkredite	30.052	27.838	23.338	4.500

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind in Höhe von EUR 46,5 Mio. (Vorjahr: EUR 47,5 Mio.) durch Grundpfandrechte mit einem Zinssatz von 0,4 % p. a. sowie Sicherungsübereignungen und Sicherheiten Dritter (u.a. durch Bürgschaften der Gemeinden) besichert. Zur Besicherung der im Zusammenhang mit dem Erwerb der Anteile an der ADG eingegangenen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden die Geschäftsanteile dieser Gesellschaft verpfändet.

Von den ausgewiesenen Finanzschulden haben EUR 32,2 Mio. (Vorjahr: EUR 41,3 Mio.) eine langfristige Zinsbindung (> 1 Jahr). Die nachfolgende Aufstellung enthält die Zinsbindungsfristen und Zinskonditionen der Finanzschulden (gewogener Zinssatz) sowie deren Ursprungsbeiträge und Buchwerte zum Geschäftsjahresende:

Ende der Zinsbindung	Zinssatz %	30.06.2010 Ursprungs- betrag TEUR	30.06.2010 Buchwert TEUR
30.06.2011	4,46	51.605	24.735
30.06.2012	5,28	10.635	3.677
30.06.2013	5,76	7.799	6.450
30.06.2014	4,93	27.570	18.944
30.06.2015	6,89	405	198
ab 01.07.2015	4,60	3.899	2.949
		101.913	56.953

Ende der Zinsbindung	Zinssatz %	30.06.2009 Ursprungs- betrag TEUR	30.06.2009 Buchwert TEUR
30.06.2010	3,93	50.543	36.731
30.06.2011	4,93	22.565	8.617
30.06.2012	5,30	10.635	4.336
30.06.2013	5,62	11.039	9.400
30.06.2014	4,88	24.635	17.894
30.06.2015	6,89	405	240
30.06.2016	5,20	3.900	770
		123.722	77.988

Zu den langfristigen Finanzschulden gehören auch derivative Finanzinstrumente, die dem Zweck der Sicherung der künftigen Zahlungsströme (Cash-flow Hedging) dienen. Bei diesen handelt es sich um zwei Zins-Swaps, die zur Absicherung von variabel verzinslichen Darlehen erworben wurden. Dadurch werden die zukünftigen variablen Zinszahlungen in fixe Zinszahlungen transformiert. Zum 30. Juni 2010 sind negative Marktwerte in Höhe von TEUR 869 (Vorjahr: TEUR 434) in der Zeitbewertungsrücklage – dort abzüglich latenter Steuern in Höhe von TEUR 138 (Vorjahr: TEUR 69) – im Eigenkapital abgegrenzt. Die Ermittlung des Marktwertes erfolgte anhand der mark-to-market-Methode.

Etwaige Risiken für das Unternehmen aus dem Halten von Zins-Swaps resultieren aus der Veränderung des Marktzinssatzes und daraus möglicherweise verbundenen Schwankungen des Marktwertes. Es existieren jedoch keine wesentlichen Bonitätsrisiken, da das Sicherungsgeschäft mit der finanzierenden Bank abgeschlossen wurde.

Die Bedingungen der Zins-Swaps stimmen mit denjenigen der Darlehensverträge vollständig überein, sodass keine Ineffektivitäten der Zins-Swaps entstehen.

Die Zins-Swaps werden bis zur Endfälligkeit gehalten und erfüllen die Voraussetzungen des IAS 39. Wir verweisen im Übrigen auf unsere Erläuterungen unter „Management von Finanzrisiken“.

Hinsichtlich der erläuternden Angaben zu den Finanzierungsleasingverbindlichkeiten verweisen wir auf die Ausführungen zum Leasing.

3.2.4 Pensionsverpflichtungen

Für die Zeit nach der Pensionierung wurden einem Teil der Mitarbeiter im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung laufende Versorgungsleistungen zugesagt. Es handelt sich fast ausschließlich um leistungsorientierte Zusagen (Defined Benefit Plans) im Sinne der Anwartschaft auf betriebliche Altersversorgung nach § 1 des Gesetzes zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung (BetrAVG). Die Versorgungsberechtigten erhalten bei Invalidität, spätestens bei Vollendung des 65. (Männer) bzw. 60. (Frauen) Lebensjahres eine Rente.

Die Höhe der Rente ergibt sich nach Gruppeneinstufungen in Höhe von 5 %, 10 % oder 15 % des versorgungsberechtigten Gehaltes. Bei den männlichen Versorgungsberechtigten besteht für deren Angehörige eine Hinterbliebenenrentenanwartschaft von 60 % der fälligen Alters- bzw. Invalidenrente bzw. der Anwartschaft hierauf.

Die Pensionsverpflichtungen sind voll dotiert und umfassen sowohl bereits laufende Pensionen als auch Anwartschaften auf künftig zu zahlende Pensionen. Für die Bemessung der Pensionen sind in der Regel die Dauer der Zugehörigkeit zum Unternehmen und die versorgungsrelevanten Bezüge maßgeblich.

Die Entwicklung der Pensionsrückstellungen im Verlauf des Geschäftsjahres 2009/2010 zeigt nachfolgende Übersicht:

	30.06.2010 TEUR	30.06.2009 TEUR
Barwert der Gesamtverpflichtung zum Beginn Geschäftsjahr	16.364	16.898
Abgang aus Entkonsolidierung	-2.901	0
Dienstzeitaufwand (service cost)	13	37
Zinsaufwand (interest cost)	574	937
Zugang	458	0
Versorgungszahlungen	-1.137	-1.245
Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	897	-263
Barwert der Gesamtverpflichtung zum Ende Geschäftsjahr	14.268	16.364
Bilanzausweis Pensionsverpflichtungen	14.268	16.364

Zu den Bilanzstichtagen der Geschäftsjahre 2006/2007 bis 2008/2009 bestanden folgende Barwerte der Pensionsverpflichtungen:

	30.06.2009	30.06.2008	30.06.2007
	TEUR	TEUR	TEUR
Bilanzierte Rückstellung	16.364	16.898	18.268

In die Berechnung gingen ein Rechnungszins von 5,00 % (Vorjahr: 6,00 %), ein Gehaltstrend von bis zu 1,00 % (Vorjahr 2,00 %), eine durchschnittliche Fluktuationswahrscheinlichkeit von 6,00 % p.a. (Vorjahr: 5,00 % bis 10,00 % p.a.) sowie eine Rentendynamik in Höhe von unverändert 1,10 % ein.

Die Rückdeckungsversicherung erfüllt nicht die Kriterien des IAS 19 für das Planvermögen und wird insofern nicht vom Rückstellungswert abgezogen, sondern unter den sonstigen langfristigen Vermögenswerten aktivisch ausgewiesen.

Die versicherungsmathematischen Gewinne bzw. Verluste werden vollständig ergebniswirksam erfasst. In der Konzerngewinn- und Verlustrechnung sind Erträge /Aufwendungen aus versicherungsmathematischen Gewinnen bzw. Verlusten in Höhe von TEUR 897 (Vorjahr: TEUR ./. 263) sowie Zinsaufwendungen in Höhe von TEUR 574 (Vorjahr: TEUR 937) enthalten. Der Zinsaufwand wurde im Finanzergebnis, die versicherungsmathematischen Gewinne bzw. Verluste im Personalaufwand ausgewiesen.

Die Aufwendungen für beitragsorientierte Pläne zur unternehmenseigenen Pensionskasse für die Arbeitnehmer sowie die Aufwendungen für zwei Pflegeeinrichtungen zur Versorgungskasse des Bundes und der Länder belaufen sich insgesamt im Geschäftsjahr 2009/2010 auf TEUR 1.042 (Vorjahr: TEUR 997). Die voraussichtlichen Aufwendungen für das folgende Geschäftsjahr sind in ähnlicher Größenordnung zu erwarten.

3.2.5 Passive Latente Steuern

Die passiven latenten Steuern von TEUR 6.357 (Vorjahr: TEUR 9.174) resultieren aus dem negativen Saldo von aktiven latenten Steuern und gegeneinander aufgerechneten passiven latenten Steuern, soweit es ein Aufrechnungsrecht gibt und die Steuerforderungen und -verbindlichkeiten gegenüber der gleichen Steuerbehörde bestehen. Wenn sich aus der Aufrechnung ein positiver Betrag ergibt, erfolgt der Bilanzausweis innerhalb der langfristigen Vermögenswerte.

Zugrunde gelegt wurde wie im Vorjahr ein Steuersatz von 15,825 %.

Die passiven latenten Steuern lassen sich wie folgt zuordnen:

	temporäre Differenzen		darauf entfallende Steuer	
	30.06.2010	30.06.2009	30.06.2010	30.06.2009
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Immaterielle Vermögenswerte	339	348	54	55
Sachanlagen	26.702	26.251	4.226	4.154
Rücklagen § 6b EStG	16.364	28.388	2.590	4.492
Rücklagen § 7f EStG	0	3.868	0	612
Pensionsrückstellungen (aktive latente Steuern)	-2.349	-1.447	-372	-229
SWAP	-868	434	-137	69
kurzfristiges Fremdkapital, Übriges	120	150	19	24
langfristiges Fremdkapital, Übriges	-138	-22	-22	-3
Summe	40.170	57.970	6.357	9.174

3.2.6 Andere langfristige Schulden

Die anderen langfristigen Schulden des Vorjahres betrafen in voller Höhe (TEUR 272) die in 2009/2010 entkonsolidierte Gesellschaft in Büren.

Kurzfristige Rückstellungen

Die Entwicklung der kurzfristigen sonstigen Rückstellungen ist der nachfolgenden Übersicht zu entnehmen:

	30.06.2009	Verbrauch	Auflösung	Abgang aus Entkonsol.	Zuführung	30.06.2010
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Prozessrisiken	648	574	0	74	1.501	1.501
Ausstehende Rechnungen	2.425	2.056	10	359	4.167	4.167
Rechts- und Beratungskosten	480	464	0	16	443	443
Personalarückstellungen						
Urlaubsentgelt	2.240	1.276	625	339	2.419	2.419
Weihnachtsgeld	1.257	558	546	153	786	786
Berufsgenossenschaft	508	288	89	131	255	255
Schwerbehindertenabgabe	115	90	20	5	121	121
Überstundenvergütungen	653	345	231	77	1.678	1.678
Personalabfindungen	110	104	0	6	1.516	1.516
Tantiemen	884	610	8	266	359	359
Übrige	461	336	0	61	2.018	2.082
Übrige	1.908	790	768	414	4.255	4.191
	11.689	7.491	2.297	1.901	19.518	19.518

	30.06.2008	Verbrauch	Auflösung	Abgang aus Entkonsol.	Zuführung	30.06.2009
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Prozessrisiken	2.251	1.469	610	172	648	648
Ausstehende Rechnungen	2.337	2.020	317	0	2.425	2.425
Rechts- und Beratungskosten	374	209	164	1	480	480
Personalarückstellungen						
Urlaubsentgelt	2.241	2.235	0	6	2.240	2.240
Weihnachtsgeld	1.274	1.007	267	0	1.257	1.257
Berufsgenossenschaft	469	420	43	6	508	508
Schwerbehindertenabgabe	139	107	32	0	115	115
Überstundenvergütungen	1.329	1.325	0	4	653	653
Personalabfindungen	348	116	50	182	110	110
Tantiemen	693	613	80	0	884	884
Übrige	512	512	0	0	461	461
Sonstige	2.043	903	1.135	5	1.908	1.908
	14.010	10.936	2.698	376	11.689	11.689

Die sonstigen Rückstellungen haben Laufzeiten bis zu einem Jahr und sind nicht verzinslich. Hiervon ausgenommen ist eine Rückstellung, die im Zusammenhang mit einer ehemaligen Konzerngesellschaft gebildet wurde. Der zugrunde gelegte Abzinsungssatz beträgt 8 %. Bei einer Änderung des Zinssatzes um +/- 1 % würde sich die gebildete Rückstellung um +/- TEUR 35 erhöhen bzw. vermindern.

Bei der Bemessung einer Rückstellung wurde die mögliche Inanspruchnahme Dritter rückstellungsmindernd berücksichtigt.

Die Rückstellungen für Berufsgenossenschaft beinhalten die voraussichtlich für das Geschäftsjahr 2009/2010 zu leistenden Berufsgenossenschaftsbeiträge. Die Höhe der Rückstellung hängt von variablen Bemessungsgrößen ab, die jährlich neu von den Berufsgenossenschaften festgelegt werden. Bei der Dotierung der Rückstellung wurde von gegenüber dem Vorjahr unveränderten Rechenparametern ausgegangen. Die Beiträge zur Berufsgenossenschaft sind im Mai des jeweils folgenden Jahres zur Zahlung fällig.

Eine Schwerbehindertenabgabe muss gezahlt werden, wenn die vom Gesetzgeber geforderte Beschäftigungsquote an schwer behinderten Mitarbeitern nicht erreicht oder überschritten wird. Da dies in einigen Konzerngesellschaften der Fall ist, wurde hierfür eine Rückstellung gebildet.

Bei der Rückstellung für Tantiemen und Gratifikationen handelt es sich um vom Ergebnis des Geschäftsjahres 2009/2010 und von der Erreichung persönlicher Ziele abhängige Zahlungen an das Management und Mitarbeiter von Konzerngesellschaften. Die Genehmigung und Auszahlung dieser Beträge erfolgt im Allgemeinen im zweiten Quartal des folgenden Geschäftsjahres. Der Rückgang der Rückstellung für Tantiemen resultiert im Wesentlichen aus der Entkonsolidierung der Reha-Gesellschaften.

Die Rückstellungen für Personalabfindungen betreffen Sozialplanverpflichtungen im Zusammenhang mit der Insolvenz einer ehemaligen Konzerngesellschaft sowie Abfindungen für Mitarbeiter, die im Rahmen des Personalabbaus zum 30. Juni 2010 entlassen wurden.

Bei den übrigen Personalrückstellungen handelt es sich im Wesentlichen um mögliche Verpflichtungen für in Vorjahren übernommene Mitarbeiter.

Die übrigen Rückstellungen setzen sich im Wesentlichen aus den Mietverpflichtungen (EUR 2,7 Mio.) sowie aus Kaufpreisverpflichtungen aus der Veräußerung der Reha-Gesellschaften (EUR 0,7 Mio.) zusammen.

3.2.8 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen betragen zum Stichtag TEUR 8.256 (Vorjahr: TEUR 13.843) und haben sich um TEUR 5.587 reduziert. Dies entspricht einer Verringerung um rund 40 %. Durch die Einnahmen aus dem Reha-Verkauf konnten die kurzfristigen Verbindlichkeiten in dieser Größenordnung abgetragen werden. Die entkonsolidierungsbedingt abgehenden Verbindlichkeiten durch den Reha-Verkauf betragen TEUR 1.221.

3.2.9 Laufende Steuerverbindlichkeiten

Die laufenden Steuerverbindlichkeiten in Höhe von insgesamt TEUR 4.833 (Vorjahr: TEUR 7.451) setzen sich wie folgt zusammen:

	30.06.2010 TEUR	30.06.2009 TEUR
Körperschaftsteuer	2.755	4.079
Gewerbesteuer	584	1.504
Umsatzsteuer	164	793
Lohnsteuer, übrige	1.329	1.075
Summe	4.833	7.451

Die laufenden Steuerverbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr und sind mit dem erwarteten Zahlungsbetrag bilanziert.

3.2.10 Übrige kurzfristige Schulden

Nachfolgend wird die Zusammensetzung der übrigen kurzfristigen Schulden dargestellt:

	30.06.2010 TEUR	30.06.2009 TEUR
Rechnungsabgrenzungsposten	5.682	5.921
Darlehen von Dritten	2.648	2.522
kreditorische Debitoren	2.058	1.947
Kaufpreisverbindlichkeiten aus dem Erwerb der AAP (Gera)	1.462	0
erhaltene Mietkautionen und Sicherheiten	345	335
Verbindlichkeiten aus Sozialabgaben	189	375
Kaufpreis Wärmeerzeugungsanlage	0	821
Übrige sonstige Verbindlichkeiten	2.120	2.283
	14.505	14.204

Der Rechnungsabgrenzungsposten enthält im Wesentlichen vorausgezahlte Erlöse des Folge-
monats, die insbesondere auf das Segment Pflege entfallen.

Unter den Darlehen von Dritten ist im Wesentlichen ein Darlehen in Höhe von EUR 2,5 Mio.
(Vorjahr: EUR 2,4 Mio.) ausgewiesen, welches von der SCS Betrium GmbH an die Marseille-
Kliniken AG ausgereicht wurde. Dieses Darlehen steht in direktem Zusammenhang mit dem von
der Marseille-Kliniken AG an die SCS Standard Computersysteme AG ausgereichten Darlehen,
welches als sonstige Forderung in Höhe von EUR 2,5 Mio. (Vorjahr: EUR 2,5 Mio.) bilanziert ist.

In den übrigen sonstigen Verbindlichkeiten sind im Wesentlichen in Höhe von TEUR 716 (Vor-
jahr: TEUR 641) Verbindlichkeiten gegenüber den Bewohnern unserer Einrichtungen sowie
Verbindlichkeiten für Nutzungsüberlassungen in Höhe von TEUR 267 (Vorjahr: TEUR 240) ent-
halten.

4 Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

Gemäß IFRS 5.33 A stellt der Marseille-Kliniken Konzern die aufgegebenen Geschäftsbereiche in der Gewinn- und Verlustrechnung sowie in der Cashflow-Rechnung gesondert dar. Die Rehabilitation und Akutkrankenhäuser Vorjahresvergleichszahlen wurden entsprechend angepasst. Für das in der Gewinn- und Verlustrechnung gewählte Matrixformat wurde im Hinblick auf die aufgegebenen Geschäftsbereiche die Grenzbetrachtung (incremental approach) gewählt.

4.1 Umsatzerlöse

Die Entwicklung der Umsätze nach den einzelnen Geschäftsbereichen ist in der Segmentberichterstattung dargestellt.

Im Berichtsjahr erhöhte sich der Konzernumsatz um rund 2 % (Vorjahr: 3 %) von EUR 235,5 Mio. auf EUR 240,7 Mio. Davon entfielen EUR 193,2 Mio. (Vorjahr: EUR 182,3) auf den fortgeführten Geschäftsbereich, was einer Steigerung um rund 6 % entspricht. Der Anstieg resultiert insbesondere aus der im Geschäftsjahr 2009/2010 neu hinzugekommenen und operativ tätigen Einrichtungen in Bremerhaven und Oberhausen sowie aus der verbesserten Auslastung der beiden Anlaufeinrichtungen in Meerbusch.

Der Umsatz des aufgegebenen Geschäftsbereichs (Segment Rehabilitation) beträgt für 10 Monate EUR 47,6 Mio. (Vorjahr für 12 Monate: EUR 53,2 Mio.).

4.2 Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge betragen im Berichtsjahr EUR 12,0 Mio. (Vorjahr: EUR 10,4 Mio.) und setzen sich wie folgt zusammen:

	2009/2010 TEUR	2008/2009 TEUR
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	2.297	2.699
Erträge aus Anlagenverkäufen	2.185	21
Erträge aus der Auflösung von Investitionszuschüssen	1.448	1.844
Zuschüsse für Personal	1.349	754
Neutrale Erträge	699	244
Miet- und Pächterlöse	627	435
Periodenfremde Erträge	618	914
Erträge aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen	481	442
Sachbezüge Kfz	198	226
Sonstige Erstattungen	194	262
Erträge aus der Entkonsolidierung Fachklinik IA GmbH	0	457
Erträge aus Kursdifferenzen	0	30
Sonstige	1.948	2.116
	12.044	10.444

In den Erträgen aus Anlagenverkäufen ist der Ertrag aus der Veräußerung des Objektes in Bremerhaven im Rahmen einer Sale-and-lease-back-Transaktion in Höhe von EUR 2,0 Mio. enthalten.

4.3 Materialaufwand

Der Materialeinsatz beinhaltet Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, bezogene Waren sowie Aufwendungen für bezogene Leistungen. Betriebliche Aufwendungen werden mit Inanspruchnahme der Leistung bzw. zum Zeitpunkt ihrer Verursachung ergebniswirksam. Da im Wesentlichen kein Vorsteuerabzug besteht, beinhalten die Aufwendungen auch die gesetzliche Umsatzsteuer.

Der Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe hat sich von EUR 28,1 Mio. im Vorjahr um EUR 3,0 Mio. auf EUR 25,1 Mio. reduziert. Ursache sind insbesondere um EUR 2,2 Mio. gesunkene Energiekosten und der Wegfall von im Vorjahr enthaltenen Swap-Geschäften (EUR 0,7 Mio.).

Der Aufwand für bezogene Leistungen hat sich von EUR 4,4 Mio. im Vorjahr um EUR 0,8 Mio. auf EUR 5,2 Mio. insbesondere aufgrund gestiegener medizinischer Fremdleistungskosten erhöht.

4.4 Personalaufwand

Der Personalaufwand gliedert sich wie folgt:

	2009/2010 TEUR	2008/2009 TEUR
Löhne und Gehälter	103.463	99.968
Tantiemen und Gratifikationen	1.768	2.106
Berufsgenossenschaft	955	1.250
Sozialaufwendungen	19.392	18.718
Altersvorsorge	5.863	2.355
	131.441	124.397

Aktienbasierte Vergütungen nach IFRS 2 (Share-based payments) wurden nicht gewährt.

Die durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres 2009/2010 beschäftigten Mitarbeiter (nach Köpfen), getrennt nach Gruppen, ist der folgenden Übersicht zu entnehmen:

in Köpfen	2009/2010	2008/2009
Ärztlicher Dienst	144	166
Pflegedienst	3.329	3.144
Medizinisch-technischer Dienst	13	19
Medizinischer Dienst	3.486	3.329
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	1.370	1.424
Technischer Dienst	135	160
Verwaltung	593	622
	2.098	2.206
Gesamt	5.584	5.535

Im Rahmen der Entkonsolidierung der Reha-Gesellschaften (zum 30. April 2010) sowie des Krankenhauses Büren (zum 30. Juni 2010) sind durchschnittlich 509 Mitarbeiter abgegangen.

Die durchschnittliche Mitarbeiterzahl des Geschäftsjahres 2009/2010 enthält nicht die 44 Mitarbeiter der zum 30. Juni 2010 erstmals konsolidierten Allgemeine Ansgar Pflegedienste GmbH.

Im Geschäftsjahr 2009/2010 sind Aufwendungen aus der Beendigung von Arbeitsverhältnissen (Abfindungszahlungen) im Zusammenhang mit dem Personalabbau in Höhe von insgesamt TEUR 969 (Vorjahr: TEUR 276) angefallen.

4.5 Abschreibungen

Die Abschreibungen betragen im Berichtsjahr EUR 21,6 Mio. (Vorjahr: EUR 10,4 Mio.).

Darin enthalten sind außerplanmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte in Höhe von EUR 3,2 Mio. (Vorjahr: EUR 0,0 Mio.), die in Höhe von EUR 1,2 Mio. auf Firmenwerte und in Höhe von EUR 2,0 Mio. auf das Konzept zum Bau eines Inkontinenz-Zentrums entfallen. Auf das Sachanlagevermögen sind außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von EUR 8,1 Mio. (Vorjahr: EUR 0,4 Mio.) vorgenommen worden, die mit EUR 7,3 Mio. auf Stillstandsimmobilien entfallen. Die Abschreibungen auf aktivierte Finanzierungsleasingverhältnisse beliefen sich auf EUR 2,1 Mio. (Vorjahr: EUR 1,8 Mio.).

Wir verweisen auf den als Anlage zum Anhang beigefügten Anlagenspiegel.

4.6 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind mit EUR 84,9 Mio. (Vorjahr: EUR 84,3 Mio.) auf Vorjahresniveau konstant geblieben.

Die Zusammensetzung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist der nachfolgenden Übersicht zu entnehmen:

	2009/2010 TEUR	2008/2009 TEUR
Miete, Pachten, Leasing	49.742	46.951
Verwaltungsbedarf	8.761	8.166
Rechts-, Beratungs- und Prozesskosten	7.733	6.298
Instandhaltung und Wartungskosten	4.453	5.411
Werbe- und Repräsentationsaufwand, Hauptversammlung	2.710	3.527
Wirtschaftsbedarf	2.427	2.436
Wertberichtigungen, Forderungsverluste	2.208	3.714
Kfz- u. Flugzeugkosten	1.156	1.483
Versicherungen	880	1.102
Gebühren, Abgaben	666	528
Sonstiger Sozialaufwand	480	380
Aus- und Fortbildung	441	426
Schadensfälle	413	231
Verlust aus der Entkonsolidierung (Krankenhaus Büren)	333	0
Aufwendungen Kursdifferenzen	247	6
Verluste aus Anlagenabgang	199	192
Übrige Aufwendungen	2.041	3.483
	84.890	84.334

Der Anstieg der Mieten, Pachten und Leasing resultiert im Wesentlichen der Zuführung zu Rückstellungen für Mietverpflichtungen im Zusammenhang mit einer ehemaligen Konzerngesellschaft, aus den Mietaufwendungen für die Anlaufeinrichtungen Oberhausen und Bremerhaven des Geschäftsjahres 2009/2010 sowie Mietpreisanpassungen für diverse Pflegeeinrichtungen. Der Zunahme der Mietaufwendungen steht der Wegfall der Mietaufwendungen für die Monate Mai und Juni 2010 der entkonsolidierten Reha-Gesellschaften gegenüber.

Bei dem Verwaltungsaufwand handelt es sich im Wesentlichen um Aufwendungen für Fremdpersonal in Höhe von EUR 3,8 Mio. (Vorjahr: EUR 3,8 Mio.) sowie für Literatur, Porti, Telefon,

Telefax und EDV in Höhe von EUR 2,8 Mio. (Vorjahr: EUR 2,6 Mio.) und für Büromaterial in Höhe von EUR 0,5 Mio. (Vorjahr: EUR 0,6 Mio.).

Der Anstieg der Rechts-, Beratungs- und Prozesskosten resultiert im Wesentlichen aus Prozessrisiken der Karlsruher-Sanatorium-Aktiengesellschaft für weitere Erläuterungen verweisen wir auf Punkt 12.1. Der überwiegende Anteil des Anstiegs der Beratungskosten entstand im Zusammenhang mit der Veräußerung der Reha-Sparte.

Wertberichtigungen und Forderungsverluste enthalten Wertberichtigungen in Höhe von EUR 1,1 Mio. (Vorjahr: EUR 2,3 Mio.) sowie Forderungsverluste in Höhe von EUR 1,1 Mio. (Vorjahr: EUR 1,4 Mio.).

Hinsichtlich der Verluste aus der Entkonsolidierung des Krankenhauses Büren (inkl. der Tochtergesellschaften) verweisen wir auf die Erläuterungen unter Punkt 2.1.3.

Die übrigen Aufwendungen beinhalten überwiegend Aufwendungen für freiwillige soziale Leistungen sowie Übernachtungskosten.

In den Rechts- und Beratungskosten sind nachstehende Honorare für den Abschlussprüfer (inklusive Auslagen und Umsatzsteuer) des Konzernabschlusses zum 30. Juni 2010 enthalten:

	2009/2010 TEUR	2008/2009 TEUR
Abschlussprüfung 2009/2010	328	0
Abschlussprüfung 2008/2009	0	381
Abschlussprüfung 2007/2008	0	60
sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen	70	0
Sonstige Leistungen	278	28
	676	469

4.7 Gewinn aus dem Verkauf der Reha-Sparte

Hinsichtlich der Ermittlung des Gewinns aus dem Verkauf der Reha-Sparte verweisen wir auf die Ausführungen unter 2.1.3.

4.8 Finanzergebnis

Das Finanzergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

	2009/2010 TEUR	2008/2009 TEUR
Zinsen aus Kapitalanlagen	1.035	1.137
Finanzerträge	1.035	1.137
Darlehenszinsen	4.002	5.749
Zinsen aus Finanzierungsleasing	651	652
Finanzaufwendungen	4.653	6.401
Finanzergebnis	-3.618	-5.264

4.9 Ertragsteuern

Im Ertragsteuerergebnis sind laufende und latente Steuern enthalten. Nachfolgende Tabelle zeigt die Überleitungsrechnung vom erwarteten zum tatsächlich ausgewiesenen Steueraufwand. Zur Ermittlung des erwarteten Steueraufwands wird das Ergebnis vor Ertragsteuern mit dem gegenüber dem Vorjahr unveränderten Körperschaftsteuersatz (inkl. SolZ) von 15,825 % multipliziert.

	2009/2010 TEUR	2008/2009 TEUR
Ergebnis vor Ertragsteuern	78	-12.067
Konzernsteuersatz	15,825%	15,825%
Erwartete Ertragsteuern	12	-1.910
Auswirkungen von Steuersatzänderungen	0	0
Effekt aufgrund abweichender inländischer Steuersätze	483	722
Steuererhöhung aufgrund nicht abzugsfähiger Aufwendungen	16	319
Steuererhöhung aufgrund außerbilanzieller Hinzurechnungen	587	67
Effekt aus gemeinnützigen Verlusten	0	172
Steuerminderung aufgrund Nutzung Verluste, Vorjahr nicht werthaltig	-201	-1
Wertberichtigung/Veränderung aktive latente Steuern	0	0
Steuererhöhung aufgrund Verluste lfd. Jahr, nicht werthaltig	1.439	1.408
Effekte aus Abweichungen in der steuerlichen Bemessungsgrundlage, für die keine latenten Steuern gebildet werden dürfen	-1	17
Periodenfremder Steueraufwand	1.677	793
Steuereffekte aus Entkonsolidierung	-4.089	-72
Sonstige Effekte	51	13
Tatsächliche Ertragsteuern	-26	1.528
Tatsächliche Steuerquote	-32,89%	-12,67%

Bei den Steuererhöhungen aufgrund von Verlusten des laufenden Jahres (nicht werthaltig) in Höhe von TEUR 1.439 handelt es sich um aktivierungsfähige, jedoch nicht aktivierbare latente Steuern auf Verluste des laufenden Jahres. Bei der Steuererminderung aufgrund von Verlustnutzung (Vorjahr nicht werthaltig) handelt es sich um Erträge, die aus Verlustvorträgen resultieren, die jedoch im Vorjahr nicht genutzt wurden.

Die Ertragsteuern setzen sich wie folgt zusammen:

	2009/2010 TEUR	2008/2009 TEUR
Latenter Steuerertrag	2.759	639
Laufender Steueraufwand	-2.733	-2.167
Ertragsteuern	26	-1.528

Insbesondere aus der Auflösung von nicht genutzten § 6b-EStG-Rücklagen und § 7f-EStG-Rücklagen auf Einzelabschlussebene resultieren die latenten Steuererträge. Dem steht in fast entsprechender Höhe laufender Steueraufwand gegenüber. Der laufende Steueraufwand des Vorjahres beinhaltete mit EUR 1,4 Mio. die Rückstellungen für die Betriebsprüfung 2001 bis 2004.

Zum Bilanzstichtag sind insgesamt latente Steuern in Höhe von TEUR 68 (Vorjahr: 69) in der Bilanz eigenkapitalerhöhend berücksichtigt, die auf direkt im Eigenkapital erfasste Aufwendungen entfallen.

4.10 Sonstige Steuern

Die sonstigen Steuern beinhalten insbesondere Kfz- und Grundsteuer. Die Verringerung resultiert insbesondere aus der im Vorjahr gebildeten Rückstellung für Grundsteuern.

4.11 Anteil Minderheiten am Konzernergebnis

Der auf die Minderheiten entfallende Teil des Konzernergebnisses beträgt TEUR 96 (Vorjahr: TEUR ./ 83) und entfällt auf den fortgeführten Bereich mit TEUR ./ 48 (Vorjahr: TEUR ./ 206) sowie auf den aufgegebenen Bereich mit TEUR 144 (Vorjahr: TEUR 123).

4.12 Konzernergebnis

Das Konzernergebnis für das Geschäftsjahr 2009/2010 beträgt TEUR 660 (Vorjahr: TEUR ./ 13.596). Davon entfallen auf die Anteilseigner des Mutterunternehmens TEUR 564 (Vorjahr: TEUR ./ 13.513) und auf die Minderheiten TEUR 96 (Vorjahr: TEUR ./ 83).

Der Konzernverlustvortrag zum 30. Juni 2009 betrug EUR 21,9 Mio. und verringerte sich insbesondere durch die Auflösung der Kapitalrücklage der Marseille-Kliniken AG auf Einzelabschlusssebene auf EUR 5,7 Mio. zum 30. Juni 2010. Die Entwicklung ist der Eigenkapitalveränderungsrechnung zu entnehmen.

5 Zusätzliche Angaben zu Finanzinstrumenten

Nachfolgende Tabelle enthält für jede Klasse von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Schulden den beizulegenden Zeitwert (Fair Value) und den korrespondierenden Buchwert. Die sich ggf. hieraus ergebende Differenz stellt den Betrag der stillen Reserven bzw. Lasten in den Finanzinstrumenten dar:

in TEUR	Bewertungs- kategorie nach IAS 39	Buchwert 30.06.2010	beizulegen- der Zeitwert 30.06.2010	Buchwert 30.06.2009	beizulegen- der Zeitwert 30.06.2009
AKTIVA					
Langfristige finanzielle Vermögenswerte					
Ausleihungen	LaR	1.613	1.613	1.286	1.286
Aktivwerte Pensionsrückdeckungen	Fvtpl	989	989	2.026	2.026
sonstige Wertpapiere	AfS	188	188	188	188
Finance Lease Gebäude	IAS 17	5.699	5.699	0	0
Kurzfristige finanzielle Vermögenswerte					
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	LaR	9.260	9.260	15.554	15.554
Sonstige Forderungen	LaR	5.669	5.669	11.897	11.897
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	n.a.	10.104	10.104	9.631	9.631
PASSIVA					
Langfristige finanzielle Verbindlichkeiten					
Finanzschulden	FLAC	40.862	40.862	44.412	44.412
Finance Lease	IAS 17	2.862	2.862	3.662	3.662
Derivative Finanzinstrumente	Derivate in wirksamer Sicherungs- beziehung	869	869	434	434
Derivative Finanzinstrumente	FVTPL	0	0	47	47
Kurzfristige finanzielle Verbindlichkeiten					
Finanzschulden	FLAC	16.091	16.091	33.577	33.577
Finance Lease	IAS 17	1.790	1.790	1.887	1.887
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	FLAC	8.256	8.256	13.843	13.843
Übrige kurzfristige finanzielle Verbindlichkeiten	FLAC	8.635	8.635	7.908	7.908

Aggregiert nach Bewertungskategorien stellen sich die Vermögenswerte und Schulden wie folgt dar:

in TEUR	Vermögens- werte	Vermögens- werte	Schulden	Schulden	Vermögens- werte	Vermögens- werte	Schulden	Schulden
	Buchwert 30.06.2010	beizulegen- der Zeitwert 30.06.2010	Buchwert 30.06.2010	beizulegen- der Zeitwert 30.06.2010	Buchwert 30.06.2009	beizulegen- der Zeitwert 30.06.2009	Buchwert 30.06.2009	beizulegen- der Zeitwert 30.06.2009
Forderungen und Kredite (Loans and Receivables, LaR)	16.542	16.542	-	-	28.737	28.737	-	-
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente (Fair value through profit and loss, Fvtpl)	989	989	0	0	2.026	2.026	47	47
Zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte (Available for sale, AfS)	188	188	-	-	188	188	-	-
Mit dem Barwert bewertete Finanzierungsleasingforderungen (IAS 17)	5.699	5.699	-	-	0	0	-	-
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten (Financial liabilities at cost, FLAC)	-	-	73.844	73.844	-	-	99.740	99.740
Mit dem Barwert bewertete Finanzierungsleasingverbindlichkeiten (IAS 17)	-	-	4.652	4.652	-	-	5.549	5.549
Derivate in wirksamer Sicherheitsbeziehung	-	-	869	869	-	-	434	434

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige Forderungen haben überwiegend kurze Restlaufzeiten. Daher entsprechen deren Buchwerte zum Abschlussstichtag dem beizulegenden Zeitwert. Die Aktivwerte von Pensionsrückdeckungsversicherungen werden zu aktuellen Zeitwerten gemäß versicherungsmathematischer Gutachten bilanziert. Die Ausleihungen werden im Wesentlichen zu aktuellen Marktkonditionen verzinst, so dass der Fair Value unserer Einschätzung nach dem Buchwert entspricht. Die sonstigen Wertpapiere sind zu Anschaffungskosten bewertet, der ebenfalls ihrem geschätzten Zeitwert entspricht, und sind im Konzern von untergeordneter Bedeutung.

Für die gegenüber Kreditinstituten bestehenden Finanzschulden sind weitgehend Zinskonditionen vereinbart, die dem aktuellen Marktniveau Rechnung tragen. Wir gehen daher davon aus, dass der bilanzierte Buchwert den Zeitwert widerspiegelt.

Der für die bilanzierten Leasingverbindlichkeiten zugrunde gelegte Zinssatz entspricht im Wesentlichen der marktüblichen Effektivverzinsung der Leasinggeber von ausgewählten Leasinggütern.

Derivative Finanzinstrumente bestehen in Form von Swap-Geschäften, die nach der mark-to-market-Methode mit ihrem aktuellen Zeitwert angesetzt werden.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, die kurzfristigen Finanzschulden sowie die sonstigen Verbindlichkeiten haben regelmäßig kurze Restlaufzeiten. Die bilanzierten Werte stellen insofern die beizulegenden Zeitwerte dar.

Alle vorgenannten Vermögens- und Schuldposten werden bis zur jeweiligen Endfälligkeit gehalten.

Darüber hinaus hat der Marseille-Kliniken Konzern bei einer Gesellschaft, die zu 50 % im Besitz des Konzerns steht, das Vorkaufsrecht auf weitere Anteile. Der geschätzte Wert des Vorkaufsrechts beträgt EUR 0,00.

Die Netto-Gewinne und -Verluste sowie Zinserträge und -aufwendungen der finanziellen Vermögenswerte und Schulden stellen sich wie folgt dar:

	Zinsertrag / Zinsaufwand	Netto- ergebnis	Zeit- bewertungs- rücklage	Zinsertrag / Zinsaufwand	Netto- ergebnis	Zeit- bewertungs- rücklage
in TEUR	30.06.2010	30.06.2010	30.06.2010	30.06.2009	30.06.2009	30.06.2009
Forderungen und Kredite (Loans and receivables, LaR)	1.035	-2.208	0	1.137	-3.714	0
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente (Fair value through profit and loss, Fvtpl)	0	0	0	0	-836	0
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten (Financial liabilities at cost, FLAC)	-4.002	0	0	-5.207	0	0
Mit dem Barwert bewertete Finanzierungsleasingverbindlichkeiten (IAS 17)	-651	0	0	-652	0	0
Derivate in wirksamer Sicherungsbeziehung	0	0	869	0	0	434
Summe	-3.618	-2.208	869	-4.722	-4.550	434

Das Nettoergebnis betrifft in der Kategorie Forderungen und Kredite Wertminderungsaufwendungen in Höhe von TEUR ./ 2.208 (Vorjahr: TEUR ./ 3.714).

6 Segmentberichterstattung

In der Segmentberichterstattung werden die Finanzzahlen in Übereinstimmung mit der internen Berichterstattung nach Segmenten dargestellt. Die Geschäftssegmente bilden das primäre Format für die interne Segmentberichterstattung des Konzerns, da die Risiken und die Eigenkapitalverzinsung des Konzerns von Unterschieden in den Produkten und Dienstleistungen beeinflusst werden.

Eine Darstellung nach geographischen Segmenten wird nicht vorgenommen, da die Marseille-Kliniken AG nur in Deutschland und in der Schweiz tätig ist. Die in der Schweiz erzielten Umsätze sind im Rahmen eines Geschäftssegmentes getrennt angegeben.

Die Finanzierungsentscheidungen werden nicht für die einzelnen Segmente vorgenommen, sondern für den Gesamtkonzern. Aus diesem Grund erfolgt keine Angabe von Zinsaufwendungen und Zinserträgen auf Segmentebene.

Der Konzern ist in drei Geschäftssegmenten organisiert:

Pflege

Das Segment Pflege stellt den Unternehmensschwerpunkt dar und umfasst den Betrieb von Seniorenpflegeeinrichtungen, die Erbringung von Leistungen in der stationären Altenpflege sowie der Erbringung von ambulanten Pflegedienstleistungen (Betreutes Wohnen). Das Segmentergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr insbesondere durch den Ertrag aus der Veräußerung der Immobilie in Bremerhaven im Rahmen eines Sale-and-lease-back-Geschäftes (EUR 2,0 Mio.) erhöht.

Dienstleistungsbereich (inkl. Marseille-Kliniken AG)

Das Segment beinhaltet die Erbringung von Leistungen der zentralen Dienste, die für die Einrichtungen erbracht werden. Zu diesen gehören Management-, Finanz-, Vermögensverwaltungs- und IT-Dienstleistungen sowie weitere Servicedienstleistungen, wie beispielsweise Food & Beverage, Bekleidungs- und Unterhaltsreinigung sowie das Facility-Management. Die Verminderung des Segmentergebnisses um EUR 4,0 Mio. auf EUR -12,7 Mio. resultiert insbesondere aus außerplanmäßigen Abschreibungen mit EUR 6,4 Mio.

Sonstige

Im Segment Sonstige sind die Leistungen der medizinischen Anschlussheilbehandlung und Heilverfahren, die nach der Veräußerung der neun Reha-Kliniken im Konzern verblieben sind, zusammengefasst. Darüber hinaus ist im Geschäftsjahr 2009/2010 die Marseille-Kliniken AG, Zug (Schweiz), die im Wesentlichen Krankenhausmanagementdienstleistungen erbringt, diesem Segment zugeordnet worden. Insgesamt sind somit in diesem Segment die Gesellschaften erfasst, die Versorgungs- und Dienstleistungen rund um Krankenhäuser bzw. medizinische Versorgungszentren erbringen.

Das Segmentergebnis wurde im Wesentlichen durch außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von EUR 8,4 Mio. negativ beeinflusst.

Die Segmentwerte sind getrennt nach Ländern dargestellt.

Zur Überleitung der Segmente auf die Konzernzahlen werden nicht an die Segmente weiterbelastete Aufwendungen der Marseille-Kliniken AG sowie Konsolidierungseffekte zwischen diesen Gesellschaften und den Segmenten in einer gesonderten Spalte dargestellt. Weiterhin werden Konsolidierungseffekte des aufgegebenen Geschäftsbereichs mit den anderen Segmenten in einer separaten Spalte dargestellt. Die Geschäfte zwischen den Segmenten erfolgen zu marktüblichen Konditionen.

Die Jahresverkehrszahlen der entkonsolidierten Reha-Gesellschaften sowie des insolventen Krankenhauses St. Nikolaus Hospital Büren GmbH werden in einer separaten Spalte als aufgebene Geschäftsbereiche ausgewiesen.

6.1 Segmentergebnisrechnung

Nachfolgende Aufstellung zeigt die Segmentberichterstattung bezüglich der Segmentergebnisse des Geschäftsjahres 2009/2010 mit den Vorjahresvergleichszahlen:

Alle Angaben in TEUR	Fortgeführte Geschäftsbereiche										Aufgegebene Geschäftsbereiche		Gesamt Konzern					
	Pflege		Dienstleistungs- bereich inkl. AG		Sonstige (ehem. Rehabilitation)				Eliminierungen		Gesamt		Eliminierungen					
	Inland		Inland		Inland		Ausland											
	2009/2010	2008/2009	2009/2010	2008/2009	2009/2010	2008/2009	2009/2010	2008/2009	2009/2010	2008/2009	2009/2010	2008/2009	2009/2010	2008/2009	2009/2010	2008/2009	2009/2010	2008/2009
Externe Umsatzerlöse	190.280	180.617	1.321	1.025	668	664	882	0	0	0	193.152	182.307	47.590	53.228	0	0	240.742	235.535
Umsatzerlöse mit anderen Segmenten	0	0	61.104	62.887	0	0	0	0	-50.964	-52.251	14.209	15.841	0	0	-10.139	-10.636	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	7.612	5.362	27.226	26.111	1.475	1.892	0	0	-21.778	-20.335	10.465	7.824	1.580	2.620	-4.070	-5.205	12.045	10.444
Gesamtleistung	197.893	185.979	89.652	90.023	2.144	2.556	882	0	-72.743	-72.586	217.827	205.972	49.170	55.849	-14.209	-15.841	252.787	245.979
Materialaufwand	-38.860	-41.723	-12.817	-13.241	-280	-1.356	-124	0	27.857	30.420	-17.958	-18.581	-12.335	-13.869	6.265	7.318	-30.293	-32.451
Personalaufwand	-78.738	-69.019	-31.898	-33.366	-4.424	-1.847	-33	0	1.023	1	-114.194	-104.231	-17.247	-20.166	-124	0	-131.441	-124.397
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-67.782	-66.057	-47.196	-48.218	-4.482	-1.811	-552	0	42.883	43.149	-69.185	-64.414	-15.705	-19.920	7.944	8.523	-84.890	-84.334
Sonstige Steuern	-259	-140	-92	-443	29	-491	0	0	0	1	-323	-1.074	-19	-80	0	0	-342	-1.154
Planmäßige Abschreibungen	-4.953	-4.859	-3.930	-3.472	-756	-560	-34	0	328	21	-9.345	-8.869	-673	-1.577	0	0	-10.019	-10.446
Außerplanmäßige Abschreibungen	-578	0	-6.102	0	-7.525	0	0	0	3.769	0	-10.435	0	0	0	0	0	-10.435	0
Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte	0	0	-319	0	-876	0	0	0	0	0	-1.194	0	0	0	0	0	-1.194	0
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit	6.723	4.181	-12.701	-8.717	-16.171	-3.509	139	0	3.118	1.006	-4.807	8.802	3.190	237	-124	0	-15.826	-6.803
Gewinn aus dem Verkauf der Reha-Sparte																	20.080	0
Erträge aus Zinsen und Finanzanlagen																	1.035	1.137
Zinsen und ähnliche Aufwendungen																	-4.653	-6.400
Ergebnis vor Steuern																	634	-12.066
Steuern vom Einkommen u. Ertrag																	26	-1.529
Konzernergebnis																	660	-13.596

6.2 Sonstige Segmentangaben

Nachfolgender Aufstellung sind weitere Angaben zur Segmentberichterstattung des Geschäftsjahres 2009/2010 und die entsprechenden Vorjahresvergleichszahlen zu entnehmen:

Alle Angaben in TEUR	Fortgeführte Geschäftsbereiche										Aufgegebene Geschäftsbereiche				Gesamt Konzern			
	Pflege		Dienstleistungs- bereich inkl. AG		Sonstige (ehem. Rehabilitation)				Eliminierungen		Gesamt		Eliminierungen					
	Inland		Inland		Inland		Ausland											
	2009/2010	2008/2009	2009/2010	2008/2009	2009/2010	2008/2009	2009/2010	2008/2009	2009/2010	2008/2009	2009/2010	2008/2009	2009/2010	2008/2009	2009/2010	2008/2009		
Investitionen	12.071	6.435	2.935	3.218	113	981	0	0	0	0	15.119	10.633	879	1.822	0	0	15.998	12.456

Die Segmentinvestitionen beinhalten nicht den konzerninternen Immobilienverkauf vom Segment Sonstige an das Segment Dienstleistungen in Höhe von EUR 3,1 Mio.

Alle Angaben in TEUR	Fortgeführte Geschäftsbereiche										Aufgegebene Geschäftsbereiche				Gesamt Konzern			
	Pflege		Dienstleistungs- bereich inkl. AG		Sonstige (ehem. Rehabilitation)				Eliminierungen		Gesamt		Eliminierungen					
	Inland		Inland		Inland		Ausland											
	2009/2010	2008/2009	2009/2010	2008/2009	2009/2010	2008/2009	2009/2010	2008/2009	2009/2010	2008/2009	2009/2010	2008/2009	2009/2010	2008/2009	2009/2010	2008/2009		
Sonstige nicht zahlungswirksame																		
Erträge(-) und	-2.812	-2.825	-805	-1.446	-468	-741	0	0	349	480	-3.737	-4.532	-619	-602	0	0	-4.355	-5.134
Aufwendungen(+)	819	537	64	2.567	830	360	0	0	145	-500	1.744	2.964	465	429	-114	0	2.208	3.394

In den sonstigen nicht zahlungswirksamen Aufwendungen und Erträgen sind die vorstehend unter Punkt „Segmentergebnisrechnung“ erläuterten planmäßigen- und außerplanmäßigen Abschreibungen nicht enthalten. Berücksichtigt sind im Wesentlichen die Auflösungen von Rückstellungen, die Aufwendungen aus der Auflösung von Investitionszuwendungen sowie die Aufwendungen für Pauschal- und Einzelwertberichtigungen und Forderungsverluste. In der Berechnung der nicht zahlungswirksamen Aufwendungen und Erträgen sind in Abweichung zum Vorjahr die Erträge aus der Anpassung der Aktivwerte der Pensionsrückstellungen sowie aus der Auflösung von Pauschalwertberichtigungen enthalten.

7 Ergebnis je Aktie

Bei der Berechnung des unverwässerten Ergebnisses je Aktie wird das den Inhabern von Stammaktien des Mutterunternehmens zuzurechnende Ergebnis durch die gewichtete durchschnittliche Anzahl von Stammaktien, die sich während des Geschäftsjahres im Umlauf befinden (d.h. ohne die eigenen Anteile), geteilt.

Auf der Hauptversammlung am 12. Dezember 2008 wurde die Neustückelung des Grundkapitals, ein Aktiensplitt von ursprünglich 12.150.000 Stückaktien auf nunmehr 24.300.000 Stückaktien und die Änderung der Satzung beschlossen, die in § 4 Ziffer 1 neu gefasst wurde. Die Satzungsänderung wurde am 5. Februar 2009 im Handelsregister eingetragen. Der börsentechnische Vollzug des Aktiensplitts ist bisher noch nicht erfolgt und soll anlässlich der nächsten Hauptversammlung rückgängig gemacht werden.

Das Ergebnis je Aktie beträgt unter Berücksichtigung des von der Hauptversammlung am 18. Dezember 2008 beschlossenen und am 5. Februar 2009 im Handelsregister eingetragenen, börsentechnisch aber noch nicht vollzogenen Aktiensplitts von 12.150.000 auf 24.300.000 Stückaktien 0,02 € (Vorjahr: -0,56 €). Auf Basis der ursprünglichen Anzahl von 12.150.000 Stückaktien ergibt sich ein Ergebnis je Aktie von 0,05 € (Vorjahr: -1,12 €).

Die Gesamtzahl aller 24.300.000 Stück (Vorjahr: 24.300.000 Stück) Aktien setzt sich zum Stichtag zusammen aus der Anzahl der eigenen Aktien mit 211.350 Stück (Vorjahr: 211.350 Stück) Aktien sowie den im Umlauf befindlichen Aktien mit 24.088.650 Stück (Vorjahr: 24.088.650 Stück) Aktien. Die nachstehend dargestellte Entwicklung des Bestands an eigenen Anteilen bezieht sich aus Praktikabilitätsgründen auf die ursprüngliche Gesamtzahl von 12.150.000 Stückaktien.

Datum	Kauf in Stück	Verkauf in Stück	Kurs in EUR	Bestand in Stück	Gegenwert in EUR	Anteil am Grundkapital in %	Betrag am Grundkapital in EUR
Bestand 01.07.2009	0	0	8,541	105.675	902.579,62	0,87	270.493,21
Bestand 30.06.2010	0	0	8,541	105.675	902.579,62	0,87	270.493,21

Im Zeitraum zwischen dem Bilanzstichtag und der Aufstellung des Konzernabschlusses hat die Marseille-Kliniken AG keine Transaktionen mit Stammaktien oder potenziellen Stammaktien durchgeführt.

8 Gezahlte und vorgeschlagene Dividende

Der Bilanzverlust der Marseille-Kliniken AG, Berlin, beträgt EUR 311.136,05 (Vorjahr: Bilanzgewinn TEUR 1.320). Der Bilanzverlust wird auf neue Rechnung vorgetragen.

9 Eigenkapitalveränderungsrechnung

Die Entwicklung des Eigenkapitals ist in der Eigenkapitalveränderungsrechnung dargestellt.

10 Konzern-Kapitalflussrechnung

Die Kapitalflussrechnung zeigt, wie sich der Finanzmittelfonds (Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten) der Marseille-Kliniken-Gruppe im Berichtsjahr verändert hat. Die Zahlungsströme wurden nach der betrieblichen Tätigkeit, der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit gegliedert. Die Darstellung der Cashflows aus der betrieblichen Tätigkeit erfolgt nach der indirekten Methode.

Der Finanzmittelfonds zum 30. Juni 2010 beinhaltet die liquiden Mitteln von TEUR 10.104 (Vorjahr: TEUR 9.631.), die sich aus Kassenbeständen in Höhe von TEUR 373 (Vorjahr: TEUR 380) und Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von TEUR 9.251 (Vorjahr: TEUR 9.251) zusammensetzen. Von den liquiden Mitteln sind insgesamt TEUR 5.129 (Vorjahr: EUR 6,3 Mio.) nicht frei verfügbar, für weitere Erläuterungen verweisen wir auf 4.1.11.

Die Änderungen betreffen im Wesentlichen den Ausweis der gezahlten und erhaltenen Zinsen und werden im Cashflow aus Finanzierungstätigkeit angegeben.

Die Einzahlungen in Höhe von TEUR 15.993 aus dem Verkauf der Immobilien in Bremerhaven, die im Vorjahr in der Konzernbilanz in den Vorräten ausgewiesen wurde, wurden in der Kapitalflussrechnung im Cashflow aus Investitionstätigkeit in den Einzahlungen als Abgängen von Sachanlagen ausgewiesen. Die unterjährige Auszahlung für die Fertigstellung der Immobilie in Höhe von TEUR 10.771 wurde in den Auszahlungen aus Anlagenzugängen im Bereich Sachanlagen erfasst.

11 Sonstige Angaben

11.1 Haftungsverhältnisse und Eventualverbindlichkeiten

Unbeschränkte Patronatserklärungen wurden durch die Marseille-Kliniken AG in der Weise abgegeben, dass sie für Ansprüche aus mit einzelnen Tochtergesellschaften geschlossenen Mietverträgen eintritt. Dies betrifft die geschlossenen Mietverträge zwischen der Logo 7. Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, der Senioren-Wohnpark Landshut GmbH und der AMARITA Oldenburg GmbH mit den konzernfremden Vermietungsgesellschaften. Für die SWP - Senioren-Wohnpark Klötze GmbH wurde eine unbeschränkte Liquiditätszusage abgegeben, damit diese den Verpflichtungen aus abgeschlossenen Immobilienleasingverträgen nachkommen kann.

Eine Patronatserklärung hat die Marseille-Kliniken AG für Darlehensverpflichtungen der DaTess Gesellschaft für Datendienste mbH gegenüber der Sparkasse Prignitz in Höhe von TEUR 405 am 6. Juli 2004 abgegeben. Das Darlehen valutiert zum Stichtag mit TEUR 198. Mit einer Inanspruchnahme wird aufgrund der planmäßigen Tilgung nicht gerechnet.

Einzelne Mietverträge räumen bei Zahlungsverzug dem Vermieter das Recht zu einer Rückabwicklung der Sale-and-Lease-Back-Verträge ein.

Im Zusammenhang mit der Insolvenz einer ehemaligen Konzerngesellschaft sind Klagen ehemaliger Mitarbeiter aufgrund der Beendigung des Arbeitsverhältnisses gegen die Karlsruher Sanatorium-Aktiengesellschaft anhängig. Das nach unserer Einschätzung zu erwartende Risiko ist in den Rückstellungen berücksichtigt. Darüber hinaus wurde das Mietverhältnis zwischen dieser Gesellschaft und dem Vermieter durch den Insolvenzverwalter vorzeitig gekündigt. Der Mietzins wird derzeit von einer Tochtergesellschaft entrichtet. Hinsichtlich dieses Sachverhalts sind ebenfalls Klagen anhängig. Für die zuvor genannten Verpflichtungen und weitere Prozessrisiken wurden insgesamt Rückstellungen in Höhe von EUR 4,1 Mio. gebildet. Das maximal mögliche Risiko aus diesen Verpflichtungen und Prozessrisiken beläuft sich auf EUR 7,8 Mio.

Im Zusammenhang mit der Veräußerung der Reha-Gesellschaften bestehen vertragliche Steuerfreistellungsklauseln für zurückliegende Geschäftsjahre.

Darüber hinaus besteht das grundsätzliche Risiko einer Rückabwicklung von Sale-and-Lease-Back-Verträgen, sofern die vertraglich festgelegten Financial Covenants nicht erreicht werden.

Die Marseille-Kliniken AG führt diverse Passivprozesse, bei denen die Gesellschaft nicht mit einer überwiegenden Wahrscheinlichkeit mit einer Inanspruchnahme rechnet.

Weitere Haftungsverhältnisse bestehen am Bilanzstichtag nicht.

11.2 Leasing

Leasingnehmer – Finance-Lease-Verhältnisse

Zu den als Finance-Lease klassifizierten Vermögenswerten gehören der Betriebs- und Geschäftsausstattung zugeordnete Anlagegüter. Bei der Klassifizierung der Mobilienleasingverträge wurde zur Barwertermittlung ein interner Zinssatz von 11,1 % (Vorjahr: 11,1 %) zugrunde gelegt. Die Herleitung dieses Zinssatzes beruht auf der Auswertung von Verträgen für ausgewählte Leasinggüter.

Die wesentlichen während der Laufzeit der Leasingverhältnisse eingegangenen Verpflichtungen betreffen außer den Mietzahlungen selbst die Tragung der Instandhaltungskosten sowie der Versicherungsbeiträge. Die Laufzeiten der Leasingverhältnisse umfassen in der Regel 3 bis 5 Jahre und daneben bestehen Verlängerungsoptionen zu unterschiedlichen Konditionen.

Nachstehende Aufstellung enthält die Vermögenswerte, die im Rahmen von Finanzierungsleasingverhältnissen genutzt werden:

	30.06.2010 TEUR	30.06.2009 TEUR
Anschaffungskosten	8.841	7.908
abzüglich: kumulierte Abschreibungen	-4.605	-2.803
Nettobuchwert	4.236	5.105

	30.06.2009 TEUR	30.06.2008 TEUR
Anschaffungskosten	7.908	4.431
abzüglich: kumulierte Abschreibungen	-2.803	-1.041
Nettobuchwert	5.105	3.390

Die zukünftigen Mindestleasingzahlungen für die oben beschriebenen Finance-Lease-Verhältnisse betragen:

30. Juni 2010	Barwert	Zins	Mindest- leasing raten
	TEUR	TEUR	TEUR
Während des ersten Jahres	1.790	457	2.247
1. bis 5. Jahr	2.862	453	3.315
Nach 5 Jahren	0	0	0
Summe	4.652	910	5.562

Die Vorjahreswerte zum 30. Juni 2009 betragen:

30. Juni 2009	Barwert	Zins	Mindest- leasing raten
	TEUR	TEUR	TEUR
Während des ersten Jahres	1.887	562	2.449
1. bis 5. Jahr	3.662	600	4.262
Nach 5 Jahren	0	0	0
Summe	5.549	1.162	6.711

Leasinggeber – Finance-Lease-Verhältnisse

Die als Forderungen aus Finanzierungsleasing klassifizierten sonstigen finanziellen Vermögenswerte resultieren aus der Vermietung der Gebäude in Herrenalb und Ortenau ab dem Geschäftsjahr 2009/2010. Bei der Klassifizierung der Immobilienleasingverträge wurde zur Barwertermittlung ein gewichteter interner Zinssatz von 7,42 % zugrunde gelegt.

Die Laufzeiten der Leasingverhältnisse betragen jeweils 22,5 Jahre.

	30.06.2010 TEUR
ausstehende Mindestleasingzahlungen	11.851
+ nicht garantierte Restwerte	570
= Bruttoinvestitionen	12.421
- nicht realisierte Finanzerträge	6.722
= Nettoinvestitionen	5.699
- Barwerte der nicht garantierten Restwerte	148
= Barwert der Mindestleasingzahlungen	5.551

30. Juni 2010	Bruttogesamt- investitionen	Barwert der Mindestleasing- zahlungen
	TEUR	TEUR
Während des ersten Jahres	527	485
1. bis 5. Jahr	2.107	1.597
Nach 5 Jahren	9.787	3.617
Summe	12.421	5.699

11.3 Eventualforderungen

Der Marseille-Kliniken Konzern führt diverse Aktivprozesse mit dem Ziel der Abrechnung höherer Investitionskostensätze. Sollte der Marseille-Kliniken Konzern obsiegen, wären auch rückwirkend höhere Investitionskosten abzurechnen. Diese Ansprüche wurden zum 30. Juni 2010 nicht aktiviert.

11.4 Operate-Leasing- und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Gesamtverpflichtungen des Konzerns aus Operate-Leasing- und sonstigen finanziellen Verpflichtungen belaufen sich zum Bilanzstichtag 30. Juni 2010 auf EUR 634,4 Mio. (Vorjahr: EUR 804,8 Mio.). Die aus den Operate-Leasing-Verträgen resultierenden jährlichen Leasingzahlungen sind im Berichtsjahr in Höhe von EUR 49,7 Mio. (Vorjahr: EUR 47,0 Mio.) aufwandswirksam erfasst worden.

Von den Operate-Leasing-Verträgen entfallen EUR 621,5 Mio. (Vorjahr: EUR 791,0 Mio.) auf langfristig angemietete Immobilien. Diese mit langfristigen Verträgen geleaste bzw. gemieteten 45 (Vorjahr: 51) Immobilien sind aufgrund der vertraglichen Grundlagen nach IAS 17 als Operate-Lease-Verhältnisse zu klassifizieren und werden beim Leasinggeber bilanziert. Die zugrunde liegenden Mietverträge haben i. d. R. eine Laufzeit von 20-25 Jahren. In den Verträgen ist eine anteilige Mieterhöhung anhand der bis dahin erfolgten Steigerung des Verbraucherpreisindex festgelegt.

Im Geschäftsjahr 2009/2010 wurde eine Immobilie im Rahmen eines Sale-and-Lease-Back-Vertrages veräußert. Der aus der Veräußerung realisierte Ertrag beträgt EUR 2,0 Mio. und wurde ertragswirksam realisiert, da der Verkaufspreis als marktgerecht angesehen werden kann. Der sog. Barwerttest mit einem internen Zins von 8,81 % hat zu einem Verhältnis kleiner 90 % geführt. Auch die weiteren Kriterien für eine Klassifizierung als Finance-Lease sind nicht erfüllt, so dass eine Klassifizierung als Operate-Lease erfolgte.

Die Mietverträge beziehen sich im Wesentlichen auf die Immobilien in Tangerhütte, Aschersleben, Coswig, Lemwerder, Klötze, Waldkirch, Bad Langensalza, Wolmirstedt, Thale, Leipzig, Berlin-Lichtenberg, Buxtehude, Hennigsdorf, Hohen Neuendorf, Langen, Schollene, Datteln, Lutzerath, Kreuztal-Krombach, Büren, Arnsberg, Hamburg, Düsseldorf und Meerbusch. Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen aus den Mietverträgen für Immobilien der verkauften Reha-Betriebe in Blankenburg, Bad Klosterlausnitz, Gengenbach, Schömberg und Bad Schönborn sind ab dem 1. Mai 2010 entfallen.

	2009/2010	Restlaufzeiten		
	TEUR	bis 1 Jahr TEUR	1-5 Jahre TEUR	> 5 Jahre TEUR
Miet- und Pachtverträge, (Immobilien und Mobilien)	621.451	34.342	138.117	448.992
Erbbaurechtsverpflichtungen	7.462	203	814	6.445
Leasingverträge (BGA inkl. Kfz)	10.914	4.648	6.266	0
Dienstleistungsverträge	1.034	668	322	44
Gesamt	640.861	39.861	145.519	455.481

Vorjahr:

	2008/2009	Restlaufzeiten		
	TEUR	bis 1 Jahr TEUR	1-5 Jahre TEUR	> 5 Jahre TEUR
Miet- und Pachtverträge, (Immobilien und Mobilien)	790.987	41.033	163.143	586.811
Erbbaurechtsverpflichtungen	7.666	203	814	6.649
Leasingverträge (BGA inkl. Kfz)	5.878	2.770	3.070	38
Dienstleistungsverträge	253	84	105	64
Gesamt	804.784	44.090	167.132	593.562

Für die Ermittlung der sonstigen finanziellen Verpflichtungen wurden vertragliche Preissteigerungen (Indexierung) sowie Laufzeitänderungen berücksichtigt.

Das Bestellobligo beträgt zum 30. Juni 2010 rd. EUR 1,5 Mio. und entfällt im Wesentlichen auf die Objekte in Herne in Höhe von EUR 1,0 Mio. (Vorjahr: EUR 4,8 Mio.) sowie auf Softwarelizenzen in Höhe von EUR 0,5 Mio.

Die Marseille-Kliniken AG hat sich verpflichtet 10 % der Anteile an einer ausländischen Krankenhausgesellschaft zu erwerben. Der Kaufpreis wurde noch nicht bestimmt.

Weitere Eventualverbindlichkeiten und wesentliche sonstige finanzielle Verpflichtungen bestehen am Bilanzstichtag nicht.

11.5 Management von Finanzrisiken

Der Marseille-Kliniken Konzern unterliegt hinsichtlich seiner Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und geplanten Transaktionen insbesondere Risiken aus der Veränderung der Zinssätze. Ziel des finanziellen Risikomanagements ist es, diese Marktrisiken durch die laufenden operativen und finanzorientierten Aktivitäten zu begrenzen. Hierzu werden je nach Einschätzung des Risikos ausgewählte derivative und nicht derivative Sicherungsinstrumente eingesetzt. Grundsätzlich werden jedoch nur die Risiken besichert, die Auswirkungen auf den Cashflow des Konzerns haben.

Derivative Finanzinstrumente werden ausschließlich als Sicherungsinstrumente genutzt, d. h. für Handels- oder andere spekulative Zwecke kommen sie nicht zum Einsatz. Zur Minderung des Ausfallrisikos werden die Sicherungsgeschäfte grundsätzlich nur mit führenden Finanzinstituten abgeschlossen.

Die Grundzüge der Finanzpolitik werden jährlich vom Vorstand festgelegt und vom Aufsichtsrat überwacht. Die Umsetzung der Finanzpolitik sowie das laufende Risikomanagement obliegen den im Konzern verantwortlichen Personen (Ressort Finanzen). Transaktionen bedürfen der vorherigen Genehmigung durch den Vorstand, der darüber hinaus regelmäßig über den Umfang und den Betrag des aktuellen Risiko-Exposures informiert wird.

Das effektive Management des Marktrisikos ist dabei eine der Hauptaufgaben. Um die Auswirkungen unterschiedlicher Gegebenheiten am Markt einschätzen zu können, werden bei Bedarf Simulationsrechnungen unter Verwendung verschiedener Worst-Case- und Markt-Szenarien vorgenommen.

Zu weiteren Erläuterungen siehe das Kapitel Risikobericht im Lagebericht.

Zinsrisiko/Marktpreisrisiko

Derivative Finanzinstrumente lagen im Geschäftsjahr 2009/2010 in Form eines Commodity-Swaps und zweier Zins-Swaps vor, wobei der Commodity-Swap im Berichtsjahr ausgelaufen ist.

Bei den Commodity-Swaps wurde für einen vorab bestimmten Zeitraum ein vereinbarter Festpreis an den variablen Heizölpreis (Referenzpreis) in diesem Zeitfenster geknüpft. Am Ende der Laufzeit wurde die Differenz aus diesen Preisen ausgeglichen. Die Marseille-Kliniken AG war Zahler des Festpreisbetrags (Payer-Swap), um sich gegen steigende Heizölpreise abzusichern.

Zu den Fälligkeitszeitpunkten hat der Konzern Ausgleichszahlungen in Höhe von insgesamt TEUR 37 erhalten (Vorjahr: TEUR 714 geleistet), die ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt wurden.

Darüber hinaus hat die Marseille-Kliniken AG zur Finanzierung von 100% der Geschäftsanteile an der Allgemeine Dienstleistungsgesellschaft mbH (ADG) einen Kreditvertrag mit der Commerzbank AG (vormals: Dresdner Bank) in Höhe von TEUR 7.500 abgeschlossen. Das Darlehen ist in 20 vierteljährlichen Raten in Höhe von TEUR 375, beginnend am 31. März 2006 zu tilgen. Die letzte Tilgungsrate erfolgt am 31. Dezember 2010. Hinsichtlich der Verzinsung wurde ein Festzins-Swap vereinbart mit 3,64 % p. a. zzgl. 2 % Marge. Dieser Festzinssatz wird gegen den aus dem Darlehen resultierenden variablen Zinssatz auf Basis 3-Monats-EURIBOR quartalsmäßig getauscht.

Die mark-to-market-Bewertung des Zins-Swaps per 30. Juni 2010 ergibt, dass die Marseille-Kliniken AG bei einem Verkauf des Derivats TEUR 8 zahlen müsste (Vorjahr: TEUR 47). Dieses Zins-Swap-Geschäft erfüllt nicht die strengen Voraussetzungen für Sicherungsbeziehungen und wird daher nicht als Hedging designiert. Aufgrund dessen wurde die Veränderung des Marktwertes im Rahmen der Bilanzierung erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt.

Im Geschäftsjahr 2008/2009 hatte die Marseille-Kliniken AG zwei Kreditverträge mit der HSH Nordbank AG abgeschlossen, die zur Finanzierung der Bauvorhaben in Herne dienen. Zur Absicherung dieser variabel verzinslichen Darlehen wurden zwei Festzins-Swaps abgeschlossen. Dadurch werden die zukünftigen variablen Zinszahlungen in fixe Zinszahlungen transformiert.

Die Bedingungen der Zins-Swaps stimmen mit den Konditionen der Darlehensverträge zu 100 % überein, sodass keine Ineffektivitäten der Zins-Swaps entstehen. Die Zins-Swaps werden bis zur Endfälligkeit gehalten und erfüllen die Voraussetzungen des IAS 39. Sie wurden im Geschäftsjahr 2009/2010 als Hedging-Geschäfte designiert.

Zum 30. Juni 2010 sind negative Marktwerte in Höhe von TEUR 869 (Vorjahr: TEUR 434) in der Zeitbewertungsrücklage ergebnisneutral im Eigenkapital unter Berücksichtigung latenter Steuern abgegrenzt. Die Ermittlung des Marktwerts erfolgte anhand der mark-to-market-Methode. Im Geschäftsjahr 2009/2010 wurden auf Basis der Zinssicherungskontrakte Ausgleichszahlungen in Höhe von TEUR 272 fällig, die somit ergebniswirksam aus der Zeitbewertungsrücklage ausgebucht und im Zinsergebnis erfasst wurden. Die derivativen Finanzinstrumente setzen sich wie folgt zusammen:

	Nominalvolumen	Marktwert* per 30.06.2010
	TEUR	TEUR
SWAP 1	8.199	-505
SWAP 2	3.100	-364
Summe	11.299	-869

	Nominalvolumen	Marktwert* per 30.06.2009
	TEUR	TEUR
SWAP 1	8.967	-392
SWAP 2	3.100	-42
Summe	12.067	-434

* = Clean Prices

Die Tilgungsleistungen (erwartete Cashflows) der Swaps verteilen sich wie folgt:

30.6.2010	TEUR
0 bis 1 Jahr	859
1 bis 2 Jahre	920
2 bis 3 Jahre	964
3 bis 4 Jahre	1.011
4 bis 5 Jahre	1.060
5 bis 12 Jahre	6.485
Summe	11.299

30.6.2009	TEUR
0 bis 1 Jahr	786
1 bis 2 Jahre	883
2 bis 3 Jahre	925
3 bis 4 Jahre	970
4 bis 5 Jahre	319
5 bis 12 Jahre	8.184
Summe	12.067

Zur Abschätzung, welche Auswirkungen hypothetische Änderungen von relevanten Risikovariablen auf Ergebnis und Eigenkapital haben, schreibt IFRS 7 die Durchführung von Sensitivitätsanalysen vor. Zum Bilanzstichtag 30. Juni 2010 unterliegt der Marseille-Kliniken Konzern im Wesentlichen Zinsänderungsrisiken. Die Auswirkungen werden bestimmt, indem die hypothetischen Änderungen der Risikovariablen auf den Bestand der Finanzinstrumente zum Abschlussstichtag bezogen werden. Dabei wird unterstellt, dass der Bestand zum Abschlussstichtag repräsentativ für das Gesamtjahr ist.

Den Zinssensitivitätsanalysen liegen die folgenden Annahmen zu Grunde:

Marktzinssatzänderungen von originären Finanzinstrumenten mit fester Verzinsung wirken sich nur dann auf das Ergebnis aus, wenn diese zum beizulegenden Zeitwert bewertet sind. Demnach unterliegen alle zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Finanzinstrumente mit fester Verzinsung keinen Zinsänderungsrisiken im Sinne von IFRS 7.

Marktzinssatzänderungen von Finanzinstrumenten, die als Sicherungsinstrumente im Rahmen eines Cashflow Hedges zur Absicherung zinsbedingter Zahlungsschwankungen designiert wurden, haben Auswirkungen auf die Sicherungsrücklage im Eigenkapital und werden daher bei den eigenkapitalbezogenen Sensitivitätsberechnungen berücksichtigt.

Marktzinssatzänderungen wirken sich auf das Zinsergebnis von originären variabel verzinslichen Finanzinstrumenten, deren Zinszahlungen nicht durch Sicherungsgeschäfte im Rahmen von Cashflow Hedges gegen Zinsänderungsrisiken abgesichert sind, aus und gehen demzufolge in die Berechnung der ergebnisbezogenen Sensitivitäten mit ein.

Marktzinssatzänderungen von Zinsderivaten (Zins-Swaps, Zins-/ Währungsswaps), die nicht in eine Sicherungsbeziehung nach IAS 39 eingebunden sind, haben Auswirkungen auf das sonstige Finanzergebnis (Bewertungsergebnis aus der Anpassung der finanziellen Vermögenswerte an den beizulegenden Zeitwert) und werden daher bei den ergebnisbezogenen Sensitivitätsberechnungen berücksichtigt.

Wenn das Marktzinsniveau zum 30. Juni 2010 um 100 Basispunkte höher (niedriger) gewesen wäre, wäre das Ergebnis vor Steuern um rund EUR 0,2 Mio. (Vorjahr: EUR 0,4 Mio.) geringer (höher) gewesen. Diese hypothetische Ergebnisauswirkung ergibt sich aus potenziellen Effekten aus originär variabel verzinslichen Finanzschulden von rund EUR 22,9 Mio. (Vorjahr: EUR 42,0 Mio.) und positiven Effekten aus Geldanlagen von rund EUR 3,7 Mio. (Vorjahr: EUR 4,1 Mio.).

Hinsichtlich der Cashflow Hedges würden sich bei Veränderung des Zinsniveaus um +/- 100 Basispunkte folgende Effekte auf das Eigenkapital ergeben:

Erhöhung / Verminderung in Basispunkten	Auswirkungen auf das Eigenkapital in Mio. EUR
+ 100	+ 0,4
- 100	- 0,4

Vorjahr:

Erhöhung / Verminderung in Basispunkten	Auswirkungen auf das Eigenkapital in Mio. EUR
+ 100	ca. + 0,5
- 100	ca. - 0,5

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko besteht darin, dass der Marseille-Kliniken Konzern seinen gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht zeitgerecht bzw. nicht in voller Höhe nachkommen kann.

Ein Refinanzierungsrisiko entsteht als spezielle Ausprägung des Liquiditätsrisikos, wenn bei Bedarf die erforderliche Liquidität nicht zu den erwarteten Konditionen beschafft werden kann.

Daneben kann ein Liquiditätsrisiko aus der möglichen Veränderung des Marktzinsniveaus entstehen. Diesem Risiko wird durch sachgerechte Laufzeiten und einem ausgewogenen Verhältnis von fest- und variabel verzinslichen Netto-Finanzverbindlichkeiten begegnet.

Zum 30. Juni 2010 weisen die finanziellen Verbindlichkeiten des Konzerns nachfolgend dargestellte Fälligkeiten auf. Die Angaben erfolgen auf Basis der vertraglichen, undiskontierten Zahlungen unter Berücksichtigung des erwarteten Zinsdienstes.

	Fälligkeiten			Summe TEUR
	kleiner 1 Jahr TEUR	1 bis 5 Jahre TEUR	größer 5 Jahre TEUR	
Verzinsliche Darlehen ¹⁾ und Zinssicherung	19.071	25.505	42.879	87.455
Finanzierungsleasing	2.247	3.315	0	5.562
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	7.670	586	0	8.256
Übrige finanzielle Verbindlichkeiten	8.478	0	345	8.822
Summe	37.466	29.406	43.224	110.095

¹⁾ Zins- und Tilgungsleistungen inkl. Kontokorrente

Vorjahr:

	Fälligkeiten			Summe TEUR
	kleiner 1 Jahr TEUR	1 bis 5 Jahre TEUR	größer 5 Jahre TEUR	
Verzinsliche Darlehen ¹⁾ und Zinssicherung	33.383	30.048	34.608	98.039
Finanzierungsleasing	2.449	4.262	0	6.711
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	13.843	0	0	13.843
Übrige finanzielle Verbindlichkeiten	7.401	492	806	8.699
Summe	57.076	34.802	35.414	127.292

Darüber hinaus wird durch ein vorsichtiges Liquiditätsmanagement mit einem Halten ausreichender Reserven an liquiden Mitteln sowie einem adäquaten Betrag an zugesagten Kreditlinien dem Liquiditätsrisiko vorgebeugt. Eine weitere Sicherungsmaßnahme ist die konzernweite Liquiditätsversorgung durch ein zentrales Cashpool-Management. Freie liquide Mittel werden als kurzfristige Termingelder angelegt.

Die zum 30. Juni 2010 frei verfügbaren Kreditlinien betragen EUR 10,5 Mio. Im Zuge der geplanten Umstrukturierung der Passivseite im Geschäftsjahr 2010/2011 werden die bestehenden Kreditlinien in zwei Schritten zurückgeführt und durch die Begebung einer Unternehmensanleihe von mindestens EUR 10,0 Mio. ersetzt. Des Weiteren bereitet der Vorstand zur Sicherstellung der Liquidität eine Kapitalerhöhung im 3. Quartal des Geschäftsjahres 2010/2011 vor. Hinsichtlich weiterer Erläuterungen verweisen wir auf die Abschnitte zu den finanzwirtschaftlichen Risiken und den Ereignissen nach dem Bilanzstichtag im zusammengefassten Lage- und Konzernlagebericht hin.

Financial Covenants

Mit den Vermietern von Immobilien wurden verbindlich einzuhaltende Finanzkennzahlen vereinbart. Diese werden von der Marseille-Kliniken AG in vollem Umfang erfüllt.

Kreditrisiko

Durch seine Geschäftstätigkeit ist der Konzern einem Kreditrisiko ausgesetzt. Unter Kreditrisiko versteht man das Risiko der Zahlungsunfähigkeit oder der Verschlechterung der Bonität eines Vertragspartners.

Das maximale Ausfallrisiko aus finanziellen Vermögenswerten (zum Beispiel Liquide Mittel, Wertpapiere, Ausleihungen, Forderungen, Derivate) entspricht ihrem in der Bilanz angesetzten Buchwert.

Im operativen Geschäft werden die Außenstände bereichsbezogen, also dezentral, fortlaufend überwacht. Im Rahmen der Risikomanagements ist der Marseille-Kliniken Konzern bestrebt, ein Ausfallrisiko von Kundenforderungen möglichst zu vermeiden. Da die Marseille-Kliniken AG zum Großteil ihre Umsätze mit Rentenversicherungsträgern sowie gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen abwickelt, ist das Kreditrisiko tendenziell als gering einzustufen. Alle anderen wesentlichen Kontrahenten werden einer Bonitätsprüfung unterzogen. Darüber hinaus bestehende Ausfallrisiken werden mittels Einzelwertberichtigungen und auf Basis der Altersstruktur pauschalierten Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen.

Im Konzernabschluss bestehen fällige, aber nicht wertberichtigte Forderungen mit nachfolgender Fälligkeit. Einbezogen in die Darstellung sind Ausleihungen, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige Forderungen analog der Zuordnung zur Bewertungskategorie „Kredite und Forderungen“.

	<u>30.06.2010</u>	<u>30.06.2009</u>
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Weder fällige noch wertberichtigte Forderungen	7.282	12.478
Fällige, aber nicht wertberichtigte Forderungen		
Kleiner 30 Tage	4.820	9.786
Zwischen 31 und 90 Tagen	710	2.330
Zwischen 91 und 180 Tagen	221	306
Zwischen 181 und 360 Tagen	759	0
Größer 360 Tage	0	0
Summe	13.792	24.900
Restbuchwert wertberichtigter Forderungen	2.751	3.837
Nettobuchwert	16.543	28.737

Währungsrisiko

Transaktionen in fremder Währung lagen nur in geringem Umfang vor, sodass keine Sicherungsmaßnahmen zur Absicherung von Währungsrisiken notwendig waren.

11.6 Beteiligungen an der Marseille-Kliniken AG, die ihr nach § 21 Abs. 1 oder Abs. 4 WpHG mitgeteilt worden sind

Artio Global Holdings LLC, New York, USA, hatte uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 4. Juli 2008 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Marseille-Kliniken AG, Berlin, am 27. Juni 2008 die Schwelle von 3 % bzw. 5 % überschritten hat und zu diesem Tag 9,40 % (entspricht 1.141.607 Stimmrechten) in Bezug auf die Gesamtmenge der Stimmrechte betrug.

Dabei wurden der Agio Global Holdings LLC, New York, USA, Stimmrechtsanteile an der Marseille-Kliniken AG, Berlin, von 3 % oder mehr von der Julius Baer International Equity Fund, 330 Madison Avenue, New York, USA, zugerechnet.

Gemäß § 160 Abs. 1 Nr. 8 AktG besteht von Seiten Herrn Ulrich Marseilles und Frau Estella-Maria Marseilles, Hamburg, eine unmittelbare bzw. mittelbare Beteiligung an der Marseille-Kliniken AG, Berlin, in Höhe von 60,00 % der Stimmrechte.

Darüber hinaus sind dem Konzern keine Beteiligungen an der Marseille-Kliniken AG, die ihr nach § 21 Abs. 1 oder Abs. 4 WpHG mitzuteilen sind, mitgeteilt worden.

11.7 Director's Dealings

Gemäß § 15a WpHG haben Personen, die bei einem Emittenten von Aktien Führungsaufgaben wahrnehmen oder mit einer solchen Person in einer engen Verbindung stehen, eigene Geschäfte mit Aktien des Emittenten oder sich darauf beziehenden Finanzinstrumenten zu melden, wenn die Gesamtsumme der Geschäfte insgesamt EUR 5.000,00 pro Kalenderjahr überschreitet.

Dem Konzern wurden im Geschäftsjahr 2009/2010 keine meldepflichtigen Wertpapiergeschäfte nach § 15a WpHG mitgeteilt.

11.8 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus folgenden Mitgliedern:

Ulrich Marseille, Kaufmann, Hamburg (Vorsitzender bis zum 5. März 2010)

- Vorsitzender der Aufsichtsräte:
 - Karlsruher-Sanatorium-AG, Hamburg
 - SCS Standard Computer Systeme AG, Hamburg
- Mitglied des Aufsichtsrats:
 - WMP EuroCom AG, Berlin
 - Columbia Hospital AG, Berlin
- Vorsitzender vergleichbarer Gremien:
 - REHA-Klinik Sigmund Weil GmbH, Hamburg (bis zum 30. Juni 2010)

Uwe Bergheim, Kommunikations-Betriebswirt, Düsseldorf (Vorsitzender seit dem 5. März 2010)

- Geschäftsführung:
 - Falke KGaA, Schmallenberg
- Beirat:
 - Nordmilch AG

Hans-Hermann Tiedje, Medienunternehmer, Berlin (Stellvertretender Vorsitzender)

- Vorstandsvorsitzender:
 - WMP EuroCom AG, Berlin
- Mitglied des Aufsichtsrats:
 - Wadan Yards AS, Oslo
 - Columbia Hospital AG, Berlin

Mathias D. Kampmann, Betriebswirt, Hamburg

Prof. Dr. med. Matthias Schönermark, Universitätsprofessor,

Unternehmensberater, Hannover

Dr. Peter Schneider, Facharzt, Hohen Neuendorf (bis zum 18. Dezember 2009)

Dr. Thomas Middelhoff, Kaufmann, Essen (seit dem 18. Dezember 2009)

- Vorstandsvorsitzender:
 - Senator Entertainment AG, Berlin

- Mitglied des Aufsichtsrats:
 - New York Times Company, New York, USA

- Beirat:
 - BHF-Bank, Frankfurt am Main
 - Fitch, Frankreich
 - NRW. Bank, Düsseldorf
 - RWE AG, Essen

Estella-Maria Marseille, Rechtsanwältin, Hamburg (seit dem 31. August 2010)

- Mitglied des Aufsichtsrates:
 - TD Treasury Deutschland AG, Berlin
 - Columbia Hospital AG, Berlin

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben im Geschäftsjahr 2009/2010 Bezüge von insgesamt TEUR 155 (Vorjahr: TEUR 205) erhalten.

11.9 Vorstand

Vorstandsmitglieder sind bzw. waren die folgenden Herren:

- Ulrich Marseille, Kaufmann, Hamburg, Vorsitzender (seit dem 5. März 2010)
- Axel Regenhardt, IT-Spezialist, Seesen, Vorstand IT (seit dem 1. März 2010)
- Dr. Thomas Klaue, Kaufmann, Pullach, Vorstand Finanzen und stv. Vorsitzender (seit dem 1. Juli 2010)
- Claus Dobrowolski, Kaufmann, Hamburg (vom 2. April 2010 bis zum 30. Juni 2010)
- Axel Hölzer, Diplom-Kaufmann, Hamburg, Vorsitzender (bis zum 5. März 2010)
- Peter Paul Gardosch von Krosigk, Kaufmann, Hamburg (vom 1. August 2008 bis zum 31. Juli 2009).

Die Vertretung der Gesellschaft erfolgt durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmitglied in Gemeinschaft mit einem Prokuristen. Ist nur ein Vorstand bestellt, so vertritt dieser die Gesellschaft allein. Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB kann durch den Aufsichtsrat erteilt werden.

Für 2009/2010 fielen folgende Gesamtbezüge für Organmitglieder an:

	2009/2010 TEUR fix	2009/2010 TEUR variabel	2009/2010 TEUR gesamt
Vorstand			
Herr Ulrich Marseille (Vorstandsvorsitzender)	0	0	0
Herr Axel Regenhardt (Vorstandsmitglied)	96	1	97
Herr Claus Dobrowolski (Vorstandsmitglied)	54	41	95
Herr Axel Hölzer (Vorstandsvorsitzender bis 5. März 2010)	320	11	331
Herr Peter Paul Gardosch von Krosigk (Vorstandsmitglied)	25	0	25
Summe	495	53	548

Die Bezüge für den Vorstand im Geschäftsjahr 2009/2010 wurden ausschließlich über die Marseille-Kliniken AG ausgezahlt. Darlehen zwischen der Gesellschaft und Mitgliedern des Vorstandes bestanden im Berichtsjahr lediglich mit dem Vorstandsvorsitzenden Herrn Ulrich Marseille. Eine detaillierte Aufstellung befindet sich unter Punkt 12.10.

Die Pensionszahlungen für frühere Mitglieder des Vorstands und ihrer Hinterbliebenen betragen TEUR 57 (Vorjahr: TEUR 58), für die künftigen Verpflichtungen sind Rückstellungen in Höhe von TEUR 453 (Vorjahr: TEUR 471) gebildet worden.

11.10 Beziehungen zu nahestehenden Personen und Unternehmen

Geschäftsbeziehungen zwischen allen im Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen werden im Konzernabschluss vollständig eliminiert. Geschäftsvorfälle zwischen den Unternehmen der Marseille-Kliniken-Gruppe und den nahestehenden Personen und Unternehmen werden nachfolgend dargestellt:

Insgesamt betragen die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie aus Darlehen gegenüber der Familie Marseille und diesen nahestehenden Unternehmen EUR 7,5 Mio. (Vorjahr: EUR 12,5 Mio.), die Verbindlichkeiten betragen insgesamt EUR 5,9 Mio. (Vorjahr: EUR 5,7 Mio.). Der Marseille-Kliniken Konzern hat Waren und Dienstleistungen sowie Vermögenswerte von nahestehenden Personen und Unternehmen im Umfang von insgesamt EUR 24,7 Mio. (Vorjahr: EUR 9,3 Mio.) erworben bzw. in Anspruch genommen. Der Marseille-Kliniken Konzern hat an nahestehende Personen und Unternehmen im Berichtszeitraum Waren und Dienstleistungen in Höhe von insgesamt EUR 0,3 Mio. (Vorjahr: EUR 0,2 Mio.) geliefert bzw. erbracht.

Im Laufe des Geschäftsjahres führten Konzerngesellschaften die folgenden (wesentlichen) Transaktionen mit nahestehenden Unternehmen und Personen durch, die nicht dem Konzern angehören:

- Anmietung des Verwaltungsgebäudes Sportallee 1 in Hamburg von der Citycomp Grundstücks GbR durch die VDSE GmbH – Verwaltungsdienstleister sozialer Einrichtungen GmbH (im Folgenden: VDSE GmbH) mit Wirkung zum 1. Juli 2001 gemäß Mietvertrag vom 23. August 2000. Der Vertrag hat eine Laufzeit von 10 Jahren. Gemäß Nachtrag vom 2. November 2009 wurde die monatliche Miete ab dem 1. November auf TEUR 60 angepasst. Gemäß Nachtrag vom 21. Dezember 2009 wurde das Mietverhältnis für die Dauer von weiteren 10 Jahren, beginnend ab dem 1. Januar 2010 fest abgeschlossen. Der Mietaufwand im Geschäftsjahr 2009/2010 beträgt TEUR 702.
- Gebühr für die Übernahme des Pflegedienstes von der Hansel/ Gehrckens Grundstücks GbR durch die Allgemeine soziale Dienstleistungsgesellschaft GmbH. Der mit Wirkung zum 1 April 1998 geschlossene Gestattungsvertrag ist auf unbestimmte Zeit geschlossen und wurde im Geschäftsjahr 2009/2010 nicht gekündigt. Die Kündigungsfrist beträgt 6 Monate zum Ablauf eines Kalenderhalbjahres. Der Aufwand im Berichtszeitraum beläuft sich auf TEUR 45.
- Die Marseille-Kliniken AG hatte der SCS Standard Computersysteme AG lt. Darlehensvertrag vom 9. März 2001 ein Darlehen mit einer unbestimmten Laufzeit gewährt. Per 30. Juni 2010 valutiert dieses Darlehen inklusive der aufgelaufenen Zinsforderungen bei TEUR 2.516. Das Darlehen ist gemäß notarieller Sicherheitenvereinbarung durch eine Verpfändung der Geschäftsanteile der SCS Standard Computersysteme AG an der

- SCS Batrium GmbH besichert. Die Verzinsung berechnet sich aus dem Basiszinssatz der Bundesbank zuzüglich einer Marge von 2,0 % sowie einem Risikozuschlag von 4,5 %. Der Zinsertrag belief sich auf TEUR 167.
- Die Marseille-Kliniken AG hatte am 25. Mai 2000 mit der SCS Standard Computersysteme AG, Hamburg, einen Software - Wartungsvertrag abgeschlossen, der rückwirkend am 1. Mai 2000 in Kraft getreten war. Die Kündigungsfrist beträgt sechs Monate. Eine Kündigung ist nicht erfolgt. Im Geschäftsjahr 2009/2010 sind Aufwendungen von TEUR 325 angefallen.
 - Die Marseille-Kliniken AG hat am 25. Mai 2000 einen Customer-Support-Vertrag mit der SCS Standard Computersysteme AG abgeschlossen. Der Vertrag ist rückwirkend am 1. Mai 2000 in Kraft getreten und kann binnen einer Frist von sechs Monaten gekündigt werden. Im Geschäftsjahr 2009/2010 sind Aufwendungen von TEUR 55 angefallen.
 - Die VDSE GmbH hat mit der SCS Standard Computersysteme am 27. Juni einen Dienstleistungsvertrag zur Übernahme der Finanz- und Personalbuchhaltung abgeschlossen. Der Vertrag trat am 1. Juli in Kraft und wurde zunächst für die Dauer bis zum 30. Juni 2001 fest geschlossen. Nach Ablauf dieses Zeitraums verlängerte sich der Vertrag um ein weiteres Jahr. Im Geschäftsjahr 2009/2010 sind Erträge von TEUR 2 angefallen.
 - Mit Darlehensvertrag vom 9. April 2001 wurde Frau Estella-Maria Marseille ein Darlehen in Höhe von TEUR 1.722 zum Erwerb von 6,0 % der Anteile an der Karlsruher-Sanatorium AG gewährt. Das Darlehen ist durch eine Verpfändung der erworbenen 28.802 Aktien der Karlsruher-Sanatorium AG besichert. Einschließlich der aufgelaufenen Zinsen von TEUR 860 valutierte das Darlehen zum 30. Juni 2010 mit TEUR 2.582. Der Zinssatz errechnet sich aus dem Refinanzierungssatz des Darlehensgebers zuzüglich einer Gewinnmarge von 1,0 % per annum. Das Darlehen ist am 30. Juni 2010 nicht mehr in voller Höhe besichert, die Differenz zwischen dem Darlehensstand und dem anteiligen Substanzwert der Anteile an der Kasanag beträgt rd. TEUR 683. Die Zinserträge betragen im Berichtsjahr TEUR 114.
 - Mit Darlehensvertrag vom 9. April 2001 wurde Frau Estella - Maria Marseille zum Erwerb von 5,9 % der Anteile an der Mineralquelle Waldkirch Verwertungsgesellschaft mbH von der Marseille-Kliniken AG ein Darlehen in Höhe von TEUR 151 gewährt, das im November 2005 um TEUR 24 aufgestockt wurde. Eine Besicherung des Darlehens ist nicht erfolgt. Einschließlich der aufgelaufenen Zinsen von TEUR 88 beträgt der Darlehensstand zum 30. Juni 2010 TEUR 263. Der Darlehensforderung stehen Verbindlichkeiten der Marseille-Kliniken AG und ihrer Tochtergesellschaften gegenüber Frau Estella - Maria Marseille in Höhe von TEUR 323 gegenüber. Der Zinssatz errechnet sich aus dem Refinanzierungssatz des Darlehensgebers zuzüglich einer Gewinnmarge von 1,0 % per annum. Die Zinserträge betragen im Berichtsjahr TEUR 7.
 - Vertrag vom 11. Februar 2002 über die Wartung eines Management-Information-Systems (MIS) zwischen der SCS Standard Computersystem AG und der VDSE GmbH. Die Kündigung war für beide Parteien erstmals zum 31. Dezember 2003 unter der Einhaltung einer Kündigungsfrist von drei Monaten möglich. Der Vertrag ist nicht gekündigt. Im Geschäftsjahr 2009/2010 sind Aufwendungen in Höhe von TEUR 27 angefallen.
 - Mit dem Rahmen-Werkvertrag über die Entwicklung und Implementierung von Software zwischen der SCS Standard Computersysteme AG und der VDSE GmbH ist beabsichtigt, die von der SCS Standard Computersysteme AG entwickelten Software-Systeme, insbesondere APLAN, ECO, PSB, SENATOR P4 und InformationWarehouse weiterzuentwickeln und an die von der VDSE GmbH definierten Anforderungen zukünftig anzupassen. Die Vergütung beträgt TEUR 1 pro Entwicklertag zzgl. der gesetzlichen Umsatzsteuer. Im Geschäftsjahr 2009/2010 sind insgesamt Aufwendungen von TEUR 334 entstanden.
 - Für die Marseille-Kliniken AG und ihre Tochtergesellschaften wurden Service- und Wartungsleistungen für EDV-Lizenzen seitens der SCS Standard Computersysteme AG erbracht. Im Geschäftsjahr 2009/2010 sind Aufwendungen in Höhe von TEUR 477 angefallen.
 - Die SCS Standard Computersysteme AG hat mit der Marseille-Kliniken AG einen Nutzungslizenzvertrag für das Krankenhausinformationssystem Senator@Hospital abgeschlossen. Das gesamte Auftragsvolumen beläuft sich auf TEUR 714. Auf das Geschäftsjahr 2009/2010 entfallen Anzahlungen von TEUR 238.

- Im Geschäftsjahr 2009/2010 hat die Rechtsanwaltskanzlei Marseille für die Marseille-Kliniken AG und ihre Tochtergesellschaften diverse Beratungsleistungen in Höhe von TEUR 654 erbracht.
- Die Marseille-Kliniken AG hat zum 30. Juni 2010 100 % der Geschäftsanteile an der AAP – Allgemeine Ansgar Pflegedienste GmbH, Zirchow, von der Telekommunikation TV Service – TTVS – GmbH (im Folgenden: TTVS) zu einem gutachterlich ermittelten Kaufpreis von TEUR 6.500 erworben. Der Kaufpreis ist zum 30. Juni 2010 zur Zahlung fällig. Ab dem 1. Juli 2010 sind die Restkaufpreisverbindlichkeiten mit 8,0 % p. a. zu verzinsen. Sofern der Restkaufpreis nicht bis zum 31. Dezember 2010 gezahlt wurde, steht der Verkäuferpartei auf deren Verlangen bis zur vollständigen Kaufpreiszahlung anstelle der Zinszahlung der Betrag zu, der dem anteiligen Gewinnbezugsrecht entspricht. Einen Teilbetrag der Kaufpreisforderung von TEUR 5.500 hat die TTVS an Herrn Ulrich Marseille abgetreten, der den abgetretenen Betrag mit Darlehensverbindlichkeiten (inkl. Zinsen) gegenüber der Gesellschaft von TEUR 5.039 verrechnet hat. Nach Abtretung und Verrechnung bestehen Restkaufpreisverbindlichkeiten gegenüber der TTVS in Höhe von TEUR 1.000 und gegenüber Herrn Ulrich Marseille in Höhe von TEUR 461. Im Berichtsjahr sind keine Zinsaufwendungen angefallen. Das Herr Ulrich Marseille im Geschäftsjahr 2007/2008 von der Marseille-Kliniken AG gewährte Darlehen in Höhe von TEUR 4.500 war durch eine Eigentümergrundschuld über TEUR 4.500 auf dem Grundstück der DL Immobilienverwaltung GmbH & Co. „Altmark Ansgar“ KG besichert. Einschließlich der aufgelaufenen Zinsen in Höhe von TEUR 645 betrug der Darlehensbestand (vor Verrechnung mit den Kaufpreisverbindlichkeiten aus dem Erwerb von 100 % der Geschäftsanteile an der AAP – Allgemeine Ansgar Pflegedienste GmbH) zum 30. Juni 2010 TEUR 5.145. Der Zinssatz errechnete sich aus dem Refinanzierungssatz des Darlehensgebers zuzüglich einer Gewinnmarge von 1,0 % per annum. Die Zinserträge betragen im Berichtsjahr TEUR 297. Nach der Verrechnung bestehen noch Forderungen aus Zinsen gegen Herrn Ulrich Marseille von TEUR 106.
- Im Geschäftsjahr 2009/2010 hat Herr Ulrich Marseille der Marseille-Kliniken AG ein kurzfristiges Darlehen in Höhe von TEUR 5.000 gewährt, welches im Berichtsjahr vollständig getilgt wurde. Die aus der Verzinsung mit 7,0 % p.a. (TEUR 51) sowie aus den weiterbelasteten Bearbeitungsgebühren (TEUR 21) resultierenden Aufwendungen betragen insgesamt TEUR 72.
- Am 18. August 1999 wurde ein Darlehensvertrag zwischen der SCS Batrium GmbH und der Marseille-Kliniken AG abgeschlossen. Per 30. Juni 2010 valutierte das Darlehen inklusive der aufgelaufenen Zinsforderungen mit TEUR 2.501. Im Geschäftsjahr 2009/2010 erhielt die SCS Batrium GmbH von der Marseille-Kliniken AG Zinsen (5,5 % p.a.) in Höhe von TEUR 145.
- Am 25. November 2008 wurde ein Mietvertrag für die Räumlichkeiten in der Alsterkrugchaussee 283 zwischen VDSE GmbH und SCS Standard Computersysteme AG abgeschlossen. Der Ertrag beträgt TEUR 4.
- Vertrag über den Betrieb einer SAP-Umgebung vom 8. April 2009 zwischen VDSE GmbH und Telekommunikation TV Service –TTVS– GmbH. Die Erträge im Geschäftsjahr 2009/2010 für die VDSE GmbH betragen TEUR 39.
- Zwischen der Pro Work Dienstleistungsgesellschaft mbH und der Held Bau Consulting GmbH liegt ein Reinigungsvertrag vor. Hieraus resultieren im Geschäftsjahr Erträge in Höhe von TEUR 5.
- Im Rahmen des Leasingvertrags für die Überlassung von Betriebs- und Geschäftsausstattung mit der Held Bau Consulting GmbH erzielte die VDSE GmbH im Geschäftsjahr 2009/2010 Erträge in Höhe von TEUR 8.
- Aufgrund der Rahmenvereinbarung über Fuhrparkverwaltung für PKW und LKW zwischen der VDSE GmbH und der Car Professional Fuhrparkmanagement und Beratungsgesellschaft mbH & Co. werden Fahrzeuge an die Held Bau Consulting GmbH überlassen. Hieraus resultieren Erträge in Höhe von TEUR 8.
- Zwischen der Marseille-Akademie GmbH und der Held Bau Consulting GmbH besteht ein Untermietvertrag vom 12. Dezember 2006 über die Räumlichkeiten in Heselstücken 7, Hamburg. Aus dem Vertrag entstanden im Geschäftsjahr 2009/2010 Erträge in Höhe von TEUR 35.
- Darlehensvertrag zwischen TD Artos Verwaltungsgesellschaft mbH und der Marseille-Kliniken AG. Der Darlehensstand zum 30. Juni 2010 beträgt TEUR 160. Das Darlehen wird mit einem Zinssatz von 6 % verzinst. Die Zinsen für das Geschäftsjahr 2009/2010

betragen TEUR 9. Das Darlehen wurde im Verlauf des Berichtsjahres um insgesamt TEUR 19 aufgestockt und zum 30. Juni 2010 aufgrund der Vermögenslosigkeit der Gesellschaft vollständig wertberichtigt. Aus der Wertberichtigung ergaben sich Aufwendungen in Höhe von TEUR 19.

- Die Held Bau Consulting GmbH hat auf vertraglicher Basis für die Marseille-Kliniken AG und ihre Tochtergesellschaften diverse Bauleistungen abgerechnet. Diese betragen im abgelaufenen Geschäftsjahr insgesamt TEUR 15.035.
- Am 1. August 1998 wurde für die zeitweise Gebrauchsüberlassung eines Luftfahrzeuges ein Nutzungs-Überlassungs-Vertrag zwischen der SGS GmbH (vormals: Katharina-Wohnanlage GmbH) und der VDSE – Verwaltungsdienstleister sozialer Einrichtungen GmbH mit einer Laufzeit zunächst bis zum 31. Dezember 2003 abgeschlossen. Der Vertrag verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn er nicht mindestens drei Monate vor Ablauf schriftlich gekündigt worden ist. Die VDSE – Verwaltungsdienstleister sozialer Einrichtungen GmbH verpflichtete sich, das Luftfahrzeug über die Laufzeit des Vertrages mit jährlich 300 bis 450 Flugstunden in Anspruch zu nehmen. Im Berichtsjahr wurden hierfür Rückstellungen in Höhe von TEUR 240 gebildet..
- Zwischen der VDSE GmbH und Held Bau Consulting GmbH besteht ein Vertrag über die Erbringung von diversen Verwaltungsleistungen. Die daraus resultierenden Erträge im Berichtsjahr beliefen sich auf TEUR 26.
- Die Marseille-Kliniken AG gewährte eine Patronatserklärung für die M. Held GmbH & Co. Baubetreuungs-KG, die im Zusammenhang mit einer Werkslohnklage von der Hall-schen Mitteldeutschen Bau AG gegen die Beklagte M. Held GmbH & Co. Baubetreuungs-KG auf Zahlung eines Werklohnes steht. Die Höhe der Patronatserklärung betrug TEUR 6.200. Die nach einem geschlossenen Vergleich geschuldeten Zahlungen sind von der M. Held GmbH & Co. Baubetreuungs-KG beglichen worden. Die Patronatserklärung wurde am 12. Juli 2010 an die Marseille-Kliniken AG zurückgegeben. Der Ergebniseffekt im Berichtsjahr betrug TEUR 0.

- Die Marseille-Kliniken AG hatte im Geschäftsjahr 2007/2008 die Anteile an der Held Bau Consulting Projekt Steuerungsgesellschaft mbH an die DL-Holding GmbH verkauft. Der Kaufpreis betrug TEUR 760 und sollte bis zum 31. Mai 2009 beglichen werden. Die Zahlung erfolgte tatsächlich erst am 24. März 2010. Da die Firma Held Bau Consulting jedoch im abgelaufenen Geschäftsjahr noch erhebliche Dienstleistungen zu günstigen Konditionen erbracht hat, wurde unter Berücksichtigung der verbleibenden Restlaufzeit von einer zusätzlichen Verzinsung für die Stundung der Kaufpreisforderung abgesehen. Die Verlängerung des Zahlungsziels führte daher zu keinen Zinserträgen. Der theoretische entstandene Zinsverlust der Marseille-Kliniken AG beträgt bei einer Verzinsung von 8,12 % gemäß § 247 i.V.m. § 288 BGB TEUR 46.
- Zwischen der DaTess GmbH und diversen nahestehenden Unternehmen wurde ein Dienstleistungsvertrag zur Erbringung der Finanzbuchhaltung und der Lohnbuchhaltung geschlossen. Aus dem Vertragsverhältnis erzielte die DaTess GmbH im Berichtsjahr Erlöse in Höhe von TEUR 119.
- Die Marseille-Kliniken AG verfolgte eine Wachstumsstrategie im Bereich Akutkliniken. Teil dieser Strategie war die Errichtung eines spezialisierten Inkontinenzentrums, für welches ein Konzept- und Planungsleistungen bei der M. Held GmbH & Co. Baubetreuungs KG in Auftrag gegeben worden sind. Mit Veräußerung der Rehabilitationskliniken zum 30. April 2010 wurde die Wachstumsstrategie im Bereich Akutkliniken verworfen und ein Strategiewechsel hin zum Kerngeschäft Pflege beschlossen. Aufgrund dieses Strategiewechsels stellen die aktivierten Konzept- und Planungsaufwendungen keinen werthaltigen Vermögenswert mehr dar, sodass dieser im Geschäftsjahr 2009/2010 in voller Höhe außerplanmäßig abgeschrieben worden ist. Der Marseille-Kliniken AG entstanden dadurch neben planmäßigen Abschreibungen von TEUR 393 Aufwendungen in Höhe von TEUR 1.952.
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige Forderungen werden gemäß § 247 i. V. m. § 288 BGB mit 8,0 %-Punkten über dem Basiszinssatz, dementsprechend mit 8,12 % p.a., verzinst. Aus der Verzinsung von Forderungen gegen Herrn Marseille erzielte die VDSE – Verwaltungsdienstleister sozialer Einrichtungen GmbH Zinserträge in Höhe von TEUR 20.
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige Forderungen werden gemäß § 247 i. V. m. § 288 BGB mit 8,0 %-Punkten über dem Basiszinssatz, dementsprechend mit 8,12 % p.a., verzinst. Aus der Verzinsung von Forderungen gegen die Telekommunikation TV Service – TTVS – GmbH erzielte die VDSE – Verwaltungsdienstleister sozialer Einrichtungen GmbH Zinserträge in Höhe von 9.
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige Forderungen werden gemäß § 247 i. V. m. § 288 BGB mit 8,0 %-Punkten über dem Basiszinssatz, dementsprechend mit 8,12 % p.a., verzinst. Aus der Verzinsung von Forderungen gegen die Held Bau Consulting GmbH wurden im Berichtsjahr folgende Zinserträge erzielt: Marseille-Kliniken AG TEUR 9, VDSE GmbH TEUR 8 sowie ProTec Dienstleistungsgesellschaft mbH TEUR 5.
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige Forderungen werden gemäß § 247 i. V. m. § 288 BGB mit 8,0 %-Punkten über dem Basiszinssatz, dementsprechend mit 8,12 % p.a., verzinst. Aus der Verzinsung von Forderungen gegen die EWG Hansel Wohnungs KG wurden im Berichtsjahr folgende Zinserträge erzielt: Pro Work Dienstleistungsgesellschaft mbH TEUR 26, ProTec Dienstleistungsgesellschaft mbH TEUR 2 sowie Marseille-Kliniken AG TEUR 1.
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige Forderungen werden gemäß § 247 i. V. m. § 288 BGB mit 8,0 %-Punkten über dem Basiszinssatz, dementsprechend mit 8,12 % p.a., verzinst. Aus der Verzinsung von Forderungen gegen die Columbus Nr. 13 GmbH erzielte die Marseille-Kliniken AG im Berichtsjahr Zinserträge in Höhe von TEUR 14.

- Sonstige Forderungen werden gemäß § 247 i. V. m. § 288 BGB mit 8,0 %-Punkten über dem Basiszinssatz, dementsprechend mit 8,12 % p.a., verzinst. Aus der Verzinsung von Forderungen gegen Herrn Ulrich Marseille erzielte die Allgemeine Dienstleistungsgesellschaft mbH im Berichtsjahr Zinserträge in Höhe von TEUR 12.
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige Forderungen werden gemäß § 247 i. V. m. § 288 BGB mit 8,0 %-Punkten über dem Basiszinssatz, dementsprechend mit 8,12 % p.a., verzinst. Aus der Verzinsung von Forderungen gegen Herrn Ulrich Marseille erzielte die Marseille-Kliniken AG im Berichtsjahr Zinserträge in Höhe von TEUR 9.
- Übrige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige Forderungen werden gemäß § 247 i. V. m. § 288 BGB mit 8,0 %-Punkten über dem Basiszinssatz, dementsprechend mit 8,12 % p.a., verzinst. Aus der Verzinsung von weiteren Forderungen gegen Herrn Ulrich Marseille erzielten die Marseille-Kliniken AG und ihre Tochtergesellschaften Zinserträge in Höhe von TEUR 13.
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstigen Verbindlichkeiten werden gemäß § 247 i. V. m. § 288 BGB mit 8,0 %-Punkten über dem Basiszinssatz, dementsprechend mit 8,12 % p.a., verzinst. Aus der Verzinsung von Verbindlichkeiten gegenüber der Held Bau Consulting GmbH entstanden der Mineralquelle Waldkirch Verwertungsgesellschaft mbH Zinsaufwendungen in Höhe von TEUR 10.
- Übrige Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige Verbindlichkeiten werden gemäß § 247 i. V. m. § 288 BGB mit 8,0 %-Punkten über dem Basiszinssatz, dementsprechend mit 8,12 % p.a., verzinst. Aus der Verzinsung von Verbindlichkeiten gegenüber Herrn Ulrich Marseille und Frau Estella-Maria Marseille entstanden der Marseille-Kliniken AG und ihren Tochtergesellschaften Zinsaufwendungen in Höhe von TEUR 77.
- Die Marseille-Kliniken AG erwarb zum 30. Juni 2010 die gesamten Geschäftsanteile an der AAP – Allgemeine Ansgar Pflegedienste GmbH. Der am 30. Juni fällige Kaufpreis betrug TEUR 6.500. Gleichzeitig wurden die zwischen der AAP – Allgemeine Ansgar Pflegedienste GmbH und nahestehenden Unternehmen bestehenden Forderungen und Verbindlichkeiten vollständig übernommen. Zum 30. Juni 2010 bestanden somit Forderungen einschließlich Zinsen gegenüber folgenden Frau und Herrn Marseille nahestehenden Gesellschaften in Höhe von:

	<u>TEUR</u>
- Herrn Ulrich Marseille	43
- Service Gesellschaft sozialer Einrichtung – SGS – GmbH	42
- U M H GmbH	21
- Norddeutsche Lignum AG	20
- Ligni Term GmbH	18
- Aladin Kino gGmbH	12
- diverse	28
	184
	184

Die Verbindlichkeiten gegenüber nachfolgend genannten nahestehenden Unternehmen beliefen sich einschließlich Zinsen auf: Telekommunikation TV Service – TTVS – GmbH TEUR 104, Citycomp Grundstücks GbR TEUR 39 und SDG – Soziale Dienste Gesellschaft mbH TEUR 31.

Der Verkauf von Waren und Dienstleistungen an nahestehende Unternehmen und Personen erfolgte zu marktüblichen Preisen. Einkäufe wurden zu Marktpreisen abzüglich handelsüblicher Mengenrabatte sowie von Nachlässen aufgrund der Beziehungen zwischen den Parteien getätigt.

Die Außenstände aus dem Verkauf von Waren und Dienstleistungen sind nicht besichert und werden in bar beglichen.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind bis auf das Darlehen an Frau Marseille nicht besichert.

11.11 Veröffentlichung

Die Billigung des Konzernabschlusses durch den Aufsichtsrat und die Freigabe zur Veröffentlichung des Konzernabschlusses ist für den 29. November 2010 vorgesehen. Der Konzernabschluss des Geschäftsjahres 2009/2010 wird im amtlichen Unternehmensregister bekannt gemacht und im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Die folgenden Konzerngesellschaften sind in den Konzernabschluss der Marseille-Kliniken AG einbezogen und machen von den Befreiungen gemäß § 264 Abs. 3 HGB Gebrauch:

- Senioren-Wohnpark Langen GmbH,
- Senioren-Wohnpark Lemwerder GmbH,
- ASTOR Park Wohnanlage Langen GmbH,
- Senioren-Wohnpark Hennigsdorf GmbH,
- Senioren-Wohnpark Radensleben GmbH,
- Senioren-Wohnpark Neuruppin GmbH,
- Senioren-Wohnpark Treuenbrietzen GmbH,
- Senioren-Wohnpark Erkner GmbH,
- Senioren-Wohnpark Tangerhütte GmbH,
- Senioren-Wohnpark Kyritz GmbH,
- Senioren-Wohnpark Thale GmbH,
- Senioren-Wohnpark Wolmirstedt GmbH,
- Senioren-Wohnpark Aschersleben GmbH,
- Senioren-Wohnpark Coswig GmbH,
- Senioren-Wohnpark Stützerbach GmbH,
- Senioren-Wohnpark Schollene GmbH,
- Senioren-Wohnpark Bad Langensalza GmbH,
- Senioren-Wohnpark Ballenstedt GmbH,
- Senioren-Wohnpark HES GmbH,
- PRO F & B Gastronomische Dienstleistungsgesellschaft mbH,
- Senioren-Wohnpark Klauska GmbH,
- Senioren-Wohnpark OES GmbH,
- Senioren-Wohnpark Friedland GmbH,
- Senioren-Wohnpark ZES GmbH,
- Senioren-Wohnpark Klötze GmbH,
- Senioren-Wohnpark Leipzig – Am Kirschberg GmbH,
- Senioren-Wohnpark soziale Grundbesitzgesellschaft mbH,
- AMARITA Buxtehude GmbH,
- PRO WORK Dienstleistungsgesellschaft mbH,
- Senioren-Wohnpark Cottbus – SWP – GmbH,
- Marseille-Klinik Delta GmbH,
- Marseille-Klinik Omega GmbH,
- „Villa Auenwald“ Seniorenheim GmbH,
- VDSE Verwaltungsdienstleister sozialer Einrichtungen GmbH,
- PROMINT Dienstleistungsgruppe Neuruppin GmbH,
- Senioren-Wohnpark Hennigsdorf – SWP – GmbH,
- SCS Standard Computersysteme Entwicklungsgesellschaft mbH,
- SIV Immobilien-Verwaltungsgesellschaft mbH,
- DaTess Gesellschaft für Datendienste mbH,
- Senioren-Wohnpark Friedland – SWP – GmbH,
- Marseille-Akademie GmbH,
- Senioren-Wohnpark Leipzig „Stadtpalais“ GmbH,
- Senioren-Wohnpark Leipzig „Eutritzscher Markt“ GmbH,

- Senioren-Wohnpark Lichtenberg GmbH,
- Senioren-Wohnpark Landshut GmbH,
- AMARITA Datteln GmbH,
- AMARITA Hohen Neuendorf GmbH,
- Teufelsbad Residenz Blankenburg GmbH,
- Betrium Nr. 44 Vermögensverwaltungs-GmbH,
- Betrium Nr. 53 Vermögensverwaltungs-GmbH,
- MobiRent Vermietung GmbH
- Betrium Nr. 55 Vermögensverwaltungs-GmbH,
- AMARITA Oldenburg GmbH,
- Senioren-Wohnpark Düsseldorf – Volksgarten GmbH,
- Senioren-Wohnpark Dresden „Am Großen Garten“ GmbH,
- Senioren-Wohnpark Arnshausen GmbH,
- Senioren-Wohnpark Büren GmbH,
- Senioren-Wohnpark Kreuztal-Krombach GmbH,
- Senioren-Wohnpark Lutzerath GmbH,
- ProTec Dienstleistungsgesellschaft mbH,
- Allgemeine Dienstleistungsgesellschaft mbH – ADG –,
- MK IT-Entwicklungs GmbH.

11.12 Erklärung zum Corporate Governance Codex (§161 AktG)

Die Entsprechungserklärung nach § 161 AktG der Marseille-Kliniken Aktiengesellschaft wurde und wird den Aktionären immer in der aktuellen Fassung auf den Internetseiten der Gesellschaft (unter www.marseille-kliniken.de) dauerhaft zugänglich gemacht.

Berlin, den 26. November 2010

Marseille-Kliniken Aktiengesellschaft

Ulrich Marseille
Vorstandsvorsitzender

Dr. Thomas Klaue
Vorstand Finanzen
stv. Vorstandsvorsitzender

Axel Regenhardt
Vorstand IT

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Zu dem als Anlagen 1 bis 5 beigefügten Konzernabschluss zum 30. Juni 2010 sowie zu dem mit dem Lagebericht zusammenfassten Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2009/2010 (Anlage 6) erteilen wir folgenden uneingeschränkten, mit einem hinweisenden Zusatz versehenen Bestätigungsvermerk:

Wir haben den von der **Marseille-Kliniken Aktiengesellschaft, Berlin**, aufgestellten Konzernabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Gesamtergebnisrechnung, Kapitalflussrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung und Anhang - sowie den mit dem Lagebericht zusammengefassten Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Juli 2009 bis zum 30. Juni 2010 geprüft. Die Aufstellung des Konzernabschlusses und des mit dem Lagebericht zusammengefassten Konzernlageberichts nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den mit dem Lagebericht zusammengefassten Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den mit dem Lagebericht zusammengefassten Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und in dem mit dem Lagebericht zusammengefassten Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des mit dem

Lagebericht zusammengefassten Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet. Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der mit dem Lagebericht zusammengefasste Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Ohne diese Beurteilung einzuschränken, weisen wir auf die vom Vorstand in Abschnitt 11.4 „Finanzwirtschaftliche Risiken“ des zusammengefassten Lage- und Konzernlageberichts dargestellten Sachverhalte hin. Dort wird ausgeführt, dass die Marseille-Kliniken AG eine umfassende Neuordnung ihrer Finanzstruktur mit dem Ziel der Stärkung der Eigenkapitalbasis sowie der Ablösung der bestehenden kurzfristigen Bankfinanzierung anstrebt. Falls die erforderlichen Maßnahmen im Rahmen der Neuordnung der Finanzstruktur nicht oder nicht zeitgerecht umgesetzt werden können, könnten sich für die Marseille-Kliniken AG und den Konzern bestandsgefährdende Liquiditätsrisiken ergeben.

Hamburg, 29. November 2010

Ebner Stolz Mönning Bachem GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

Werner von Salzen
Wirtschaftsprüfer

Thomas Götze
Wirtschaftsprüfer

Versicherung der gesetzlichen Vertreter der Marseille-Kliniken AG (Bilanzeid)

„Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss zum 30.06.2010 ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im zusammengefassten Lage- und Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.“

Ulrich Marseille
Vorstandsvorsitzender

Dr. Thomas Klaue
Vorstand Finanzen

Axel Regenhardt
Vorstand IT

Marseille-Kliniken Aktiengesellschaft, Berlin

Zusammengefasster Lagebericht und Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2009/2010

1	Überblick und Kennzahlen des Konzerns	3
2	Geschäftstätigkeit und Rahmenbedingungen	4
2.1	Geschäftstätigkeit	4
2.2	Rahmenbedingungen	6
3	Strategie des Konzerns	8
4	Ertragslage des Marseille-Kliniken Konzerns.....	10
4.1	Umsatzerlöse	10
4.2	Sonstige betriebliche Erträge (einschließlich Gewinn aus dem Verkauf der Reha-Sparte).....	12
4.3	Materialaufwand.....	12
4.4	Personalaufwand	12
4.5	Abschreibungen	13
4.6	Sonstige betriebliche Aufwendungen / Sonstige Steuern.....	13
4.7	Finanzergebnis	13
4.8	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	13
4.9	Einmaleffekte, die das Ergebnis beeinflusst haben	14
4.10	Betriebliches Ergebnis und Ertragskennzahlen	14
4.11	Konzernergebnis.....	14
4.12	Ergebnis je Aktie/ Dividende.....	15
5	Vermögenslage des Konzerns	15
6	Finanzlage des Konzerns	18
7	Investitionen des Konzerns	21
8	Forschung und Entwicklung	21
9	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.....	22
10	Einzelabschluss der Marseille-Kliniken AG.....	22
10.1	Ertragslage.....	23
10.2	Vermögens- und Finanzlage	26
11	Risikobericht	29
11.1	Risikomanagementsystem	29
11.2	Umfeld- und Branchenrisiken	30
11.3	Leistungswirtschaftliche Risiken.....	31
11.4	Finanzwirtschaftliche Risiken	31
11.5	Rechtliche Risiken	33
11.6	Sonstige Risiken	34
11.7	Risikosituation und strategische Risiken des Konzerns	34
11.8	Rechnungslegungsbezogenes Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem	36
12	Nachtragsbericht.....	38
13	Vergütungsbericht.....	39
14	Corporate Governance (Entsprechenserklärung, Bericht des Vorstandes über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen, Angabepflichten gemäß § 315 Abs. 4 HGB) Angabepflichten gemäß § 315 Abs. 4 HGB	39 40
15	Prognosebericht.....	45

Der Lagebericht der Marseille-Kliniken AG wird gemäß § 315 Abs. 3 HGB mit dem des Marseille-Kliniken Konzerns zusammengefasst. Die Risiken und Chancen der Marseille-Kliniken AG, als Muttergesellschaft, sind untrennbar mit dem Konzern verbunden. In diesem Lagebericht enthaltene Informationen beziehen sich, sofern nicht anders angegeben, auf den Konzern. Die Informationen zur Lage des Mutterunternehmens Marseille-Kliniken AG sind in einem separaten Abschnitt aufgeführt.

Der Marseille-Kliniken Konzernabschluss ist nach den International Financial Reporting Standards und der Einzelabschluss der Marseille-Kliniken AG nach den Grundsätzen des deutschen Handelsrechts (HGB) und der aktienrechtlichen (AktG) Vorschriften aufgestellt.

1 Überblick und Kennzahlen des Konzerns

Die Marseille-Kliniken AG ist ein führender börsennotierter Betreiber von Pflegeheimen in Deutschland. Der Schwerpunkt des Unternehmens liegt mit einer Kapazität von rund 8.370 Betten in der stationären Altenpflege. Der Konzern betreibt 62 Senioreneinrichtungen, davon drei Pflegeheime für Behinderte. Marseille-Kliniken ist nahezu bundesweit – in 13 von 16 Bundesländern – vertreten. Das Kernsegment Pflege wird durch den Bereich „Betreutes Wohnen“ ergänzt. Hier versorgt das Unternehmen als Dienstleister in vier Gebäudekomplexen in Gera, Halle und Potsdam ältere Menschen in 1.169 Wohneinheiten.

Das Geschäftsjahr 2009/2010 war für den Marseille-Kliniken Konzern ein Jahr des Umbruchs. Mit dem Wechsel im Vorstand begann eine wesentliche Neuausrichtung des Konzerns. Im März 2010 übernahm Ulrich Marseille den Vorstandsvorsitz. Ebenfalls im März 2010 wurde Axel Regenhardt in den Vorstand bestellt und leitet seitdem die Geschäftsbereiche Informationstechnologie, Betriebsorganisation und Revision. Von April bis Juni 2010 agierte Claus Dobrowolski als Finanzvorstand. Schließlich übernahm Dr. Thomas Klaue am 1. Juli 2010 diese Vorstandsfunktion und wurde gleichzeitig zum stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden bestellt.

Mit dem Verkauf der aktiven Rehabilitationskliniken mit Wirkung zum 30. April 2010 und Beendigung der Akutkrankenhaus-Aktivitäten haben wir die Weichen gestellt für die Fokussierung unseres Unternehmens auf die Kernaktivitäten stationäre Altenpflege und Betreutes Wohnen. Darüber hinaus haben wir mit einem umfassenden Kostensenkungsprogramm im Personal- und Sachkostenbereich die Voraussetzungen für eine nachhaltige Steigerung der Ertragskraft geschaffen.

Die Führungsstruktur des Konzerns haben wir dezentralisiert, indem die operative Führung jetzt über eine neu geschaffene Regionalleiterstruktur erfolgt.

Im Geschäftsjahr 2009/2010 erwirtschaftete der Marseille-Kliniken Konzern einen Umsatz in Höhe von 240,7 Mio. €, nach 235,5 Mio. € im Vorjahr. Die Umsatzerlöse der Rehabilitationskliniken waren in 2009/2010 noch für 10 Monate enthalten. Bereinigt um die veräußerten Rehabilitationskliniken wuchs der Umsatz im Kerngeschäft Pflege um 5,4 % auf 190,3 Mio. € im Berichtsjahr, nach 180,6 Mio. € im Vorjahr. Damit ist unser Pflegegeschäft stärker als der Markt mit ca. 4 % gewachsen.

Das Ergebnis des Konzerns vor Abschreibungen, Zinsen, Mietaufwendungen und Steuern (EBITDAR) verbesserte sich von 50,6 Mio. € im Vorjahr um 25,0 Mio. € bzw. 49,4 % auf 75,6 Mio. € im abgelaufenen Geschäftsjahr. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf den Entkonsolidierungserfolg in Höhe von 20,1 Mio. € durch den Verkauf der Rehabilitationskliniken zurückzuführen. Im operativen Geschäft konnte das Ergebnis insbesondere durch das Kostensenkungsprogramm um 2,7 Mio. € gesteigert werden, obwohl für Prozessrisiken Vorsorge durch Rückstellungen in Höhe von 5,3 Mio. € getroffen wurde. Nach Verrechnung der Mietaufwendungen, die von 47,0 Mio. € auf 49,7 Mio. € anstiegen, ergibt sich im EBITDA eine Verbesserung um 21,7 Mio. € auf 25,9 Mio. €.

Im Zuge der Neuausrichtung hat das neue Management strenge Maßstäbe bei Bewertungsfragen angelegt, Strategieänderungen vollzogen und daraufhin notwendige bilanzielle Anpassungen vorgenommen. Die Abschreibungen stiegen daher von 10,4 Mio. € im Vorjahr auf 21,6 Mio. €. Darin enthalten sind Abwertungen auf Stillstandsimmobilien von nicht mehr betriebenen Kliniken in Höhe von rund 7,3 Mio. €. Das Finanzergebnis verbesserte sich durch geringere Zinsaufwendungen um 1,6 Mio. € auf -3,6 Mio. €.

Das Konzernergebnis nach Steuern und Minderheiten verbesserte sich um 14,1 Mio. € nach einem Vorjahresverlust in Höhe von 13,5 Mio. € auf einen Gewinn von 0,6 Mio. €.

2 Geschäftstätigkeit und Rahmenbedingungen

2.1 Geschäftstätigkeit

Die Gesellschaft ist ein führender börsennotierter Anbieter von stationären und ambulanten Pflegedienstleistungen. Dazu betreibt der Marseille-Kliniken Konzern Pflegeheime in Deutschland, nahezu bundesweit in 13 von 16 Bundesländern. Die Aktivitäten des Konzerns sind in Segmenten zusammengefasst. Der operative Schwerpunkt des Unternehmens liegt im Kernsegment Pflege, das die Aktivitäten stationäre Altenpflege und „Betreutes Wohnen“ umfasst. Im Bereich der stationären Altenpflege betreibt der Konzern 62 Senioreneinrichtungen mit einer Kapazität von rund 8.370 Betten, davon drei Pflegeheime für Behinderte. Im Bereich des Betreuten Wohnens versorgt Marseille-Kliniken in vier Gebäudekomplexen in Gera, Halle und Potsdam ältere Menschen in 1.169 Wohneinheiten als Serviceanbieter.

Im Segment Dienstleistungen sind Service- und administrative Dienstleistungen zusammengefasst, die zentral für die operativen Geschäfte nach einheitlichen Konzernstandards geleistet werden.

Die Segmente werden durch eine verantwortliche operative Leitung geführt und durch interne Dienstleister für die Zentralfunktionen Personal, Finanzen und Controlling, Rechnungswesen, Steuern, Informationstechnologie, Organisationsentwicklung und Marketing unterstützt. Innerhalb der Segmente werden die einzelnen Einrichtungen als juristisch eigenständige Tochtergesellschaften, angebunden an die Muttergesellschaft Marseille-Kliniken AG, geführt. Jede der Tochtergesellschaften ist einem Unternehmenssegment gemäß den International Financial Reporting Standards (IFRS) zugeordnet.

Grundlage der Konzernsteuerung sind die strategische Planung und die regelmäßig aktualisierte Vorschau. Hierbei werden die aktuellen Ereignisse des laufenden Geschäftsjahres sowie zukünftig erwartete Einflüsse der Marktentwicklung, der neueste Stand der Informationstechnologie und die finanziellen Möglichkeiten des Konzerns berücksichtigt. Die Unternehmensplanung wird für einen Prognosezeitraum von fünf Jahren erstellt. Dabei wird jeweils für das dem laufenden Geschäftsjahr folgende Geschäftsjahr ein detailliertes Budget erstellt. Das Budget gibt die Zielwerte für die monatlich erfolgende Berichterstattung über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage jeder einzelnen Gesellschaft des Konzerns, der Segmente des Konzerns und des Konzerns insgesamt vor. Die Monatsberichte sind ergänzt um zahlreiche Steuerungsdaten, wie Kennzahlen, Auslastungen, qualitative Werte und Detailinformationen. Damit werden die Steuerung des operativen Geschäfts sichergestellt und Risiken für die strategische Zielerreichung frühzeitig aufgezeigt. Ergänzt werden die Monatsberichte um eine Vorschau auf das Ende des laufenden Geschäftsjahres. Diese Berichte bilden die wesentliche Entscheidungsgrundlage für Vorstand und Aufsichtsrat.

Der Aufsichtsrat berät den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens und arbeitet zum Wohle der Gesellschaft eng mit ihm zusammen. Zwischen Aufsichtsrat und Vorstand erfolgt die Abstimmung und Festlegung der Strategie einvernehmlich. Der Aufsichtsrat überwacht den Vorstand in dem von Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung vorgesehenen Rahmen sowie unter Beachtung der Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex und ist in die Entscheidungen von grundlegender Bedeutung eingebunden. Aufsichtsrat und Vorstand haben die Entsprechenserklärung zu den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ gemäß § 161 AktG abgegeben und den Aktionären zusammen mit der Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB auf der Website der Gesellschaft unter www.marseille-kliniken.de dauerhaft zugänglich gemacht.

2.2 Rahmenbedingungen

2.2.1 Gesamtwirtschaftliches Umfeld

Nach einem Rückgang des realen Bruttoinlandsproduktes in Deutschland von 4,7 % im Jahr 2009, befindet sich die deutsche Wirtschaft im Jahr 2010 im Aufschwung. Für das Gesamtjahr wird ein reales Wachstum der Wirtschaftsleistung um 3,5 % erwartet. Dabei hat die wirtschaftliche Erholung an Breite gewonnen. So wird die Expansion nicht mehr allein vom Anstieg der Exporte und den Lagerinvestitionen getrieben. Vielmehr legt im Jahr 2010 auch die Binnenkonjunktur spürbar zu. Der deutliche Anstieg der Kapazitätsauslastung der deutschen Industrie von 71 % im zweiten Quartal 2009 auf 82,7 % im dritten Quartal 2010 schlägt sich in einer zunehmenden Investitionsbereitschaft der Unternehmen nieder. Der private Konsum profitiert insbesondere von der schneller als erwartet verlaufenden Erholung am Arbeitsmarkt. So ging die Zahl der Kurzarbeiter wesentlich schneller und stärker zurück als noch zu Jahresbeginn prognostiziert. Für das Gesamtjahr 2010 wird ein Rückgang der Arbeitslosenquote von 8,2 % im Vorjahr auf 7,7 % erwartet. Die Arbeitslosenquote liegt damit bereits wieder unter dem Wert des Jahres 2008 von 7,8 %. Beide Faktoren führen zu einem deutlichen Anstieg der verfügbaren Haushaltseinkommen.

Die Lage der öffentlichen Haushalte stellt sich aufgrund des günstigeren Konjunkturverlaufs ebenfalls besser dar als im Frühjahr 2010 prognostiziert. Zwar weitet sich das staatliche Budgetdefizit im Jahr 2010 noch aus, allerdings nicht in so großem Ausmaß wie zu Jahresbeginn befürchtet.

2.2.2 Der deutsche Gesundheitsmarkt

In Deutschland hat das Gesundheitswesen einen Anteil am Bruttoinlandsprodukt von mehr als 10 % und beschäftigt rund 4,4 Millionen Menschen. Der Gesundheitsmarkt unterliegt keinen konjunkturellen Schwankungen, sondern wird durch andere Faktoren beeinflusst. Das Wachstum des Gesundheitsmarktes wird vor allem durch die Alterung der Gesellschaft getrieben. Immer mehr Menschen erreichen ein höheres Lebensalter und die Überlebensrate bei schweren Erkrankungen nimmt stetig zu. Parallel dazu wandelt sich das Selbstverständnis vom passiven Patienten als Opfer seiner Krankheit zum selbstbestimmten, aktiven Kunden. Vor diesem Hintergrund werden für den deutschen Gesundheitsmarkt langfristige jährliche Wachstumsraten zwischen 6 % und 10 % prognostiziert.

Den positiven Wachstumsperspektiven für den Gesundheitsmarkt stehen die Grenzen der Finanzierbarkeit des Gesundheitssystems gegenüber. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes haben die Ausgaben für Gesundheit im Jahr 2008 mit rund 263 Mrd. € ein Rekordhoch erreicht. Deutlich über die Hälfte der Ausgaben werden mit 179 Mrd. € von der gesetzlichen Sozialversicherung getragen. Auf die privaten Krankenkassen entfallen rund 24 Mrd. €. Die Ausgaben werden zu rund 78 % für ärztliche, pflegerische und therapeutische Leistungen sowie Waren aufgewendet. Umgerechnet auf den einzelnen Bundesbürger hat jeder Deutsche 3.190 € für Gesundheit ausgegeben. Die Anforderung an das Gesundheitssystem als Ganzes besteht darin, einen stark wachsenden Bedarf mit einer gleichzeitig politisch begrenzten Steigerung der Finanzmittelausstattung zu befriedigen, da bereits heute für einen zunehmenden Teil der Bevölkerung die Belastungsgrenze für Sozialabgaben erreicht ist.

Aus den übergeordneten Einflussfaktoren auf den gesamten Gesundheitsmarkt ergeben sich für die Zukunft drei bedeutende Trends. Der hohe Kostendruck bei weitgehend gesetzlich festgelegtem Leistungsumfang führt erstens zu einem Konzentrationsprozess, so dass Einzeleinrichtungen langfristig kaum noch Überlebenschancen haben werden. Zweitens führt der medizinische Fortschritt zu einer kürzeren Verweildauer der Patienten im kostenintensiven stationären Bereich und zu einer engeren Verzahnung der verschiedenen Sektoren des Gesundheitsmarktes. Die Integration wird durch neue gesetzliche Regelungen erleichtert, die unter anderem die Etablierung von Medizinischen Versorgungszentren ermöglicht. Drittens ist der Markt in den vergangenen Jahren durch eine Welle von Privatisierungen gekennzeichnet; ein Trend, der weiter zunehmen wird. Die öffentliche Hand ist weder in der Lage, die notwendigen Investitionen in den Einrichtungen vorzunehmen, noch kann sie die Verluste in vielen ihrer Häuser auf Dauer tragen. Allein im Bereich der Krankenhäuser ist bereits heute ein Investitionsstau von rund 50 Mrd. € entstanden, der nach Meinung von Experten nur durch privatwirtschaftliche Strukturen und Investitionen aufgelöst werden kann. Der Gesundheitsmarkt ist daher in zunehmendem Maße auf privates Kapital angewiesen.

Die Betreiber werden künftig durch wachsende Ansprüche an Qualität bei geringen Kosten zunehmend unter wirtschaftlichen Druck geraten. Steigende Anforderungen an die Ausstattung mit Informationstechnologie und an effiziente Organisationsabläufe werden zur Bildung größerer Einheiten führen, um durch das Erreichen kritischer Größen im Umsatzvolumen eine Degression der Fixkosten und dadurch Wettbewerbsvorteile zu realisieren.

3 Strategie des Konzerns

Unsere Strategie leitet sich unmittelbar aus der **Vision** und **Mission** des Konzerns ab.

Vision der Marseille-Kliniken AG

Wir wollen der Qualitätsführer auf dem deutschen Pflegemarkt sein. Dabei streben wir ein ertragreiches Wachstum an. Mit unseren innovativen Branchenlösungen sind wir Vorreiter auf dem nationalen Markt für Pflegedienstleistungen und setzen Maßstäbe bei Qualität und Weiterbildung von Mitarbeitern.

Mission der Marseille-Kliniken AG: Kompetenz in Gesundheit und Pflege

Die Marseille-Kliniken AG zählt als börsennotierter Betreiber von Altenpflegeheimen zu den führenden Anbietern von Pflegedienstleistungen in Deutschland. In einem Markt, der vor allem von Wohlfahrtsverbänden bestimmt wird, sind wir ein Pionierunternehmen, das mit seiner konsequenten Ausrichtung als bundesweiter Anbieter den Gesundheitsmarkt prägt und angesichts der demographischen Entwicklung zukunftsweisend aufgestellt ist.

Unsere Unternehmenskultur basiert auf den drei Grundsätzen: **Kundenorientierung**, **Wirtschaftlichkeit** und **soziale Verantwortung**.



Strategie der Marseille-Kliniken AG

Wesentliches strategisches Ziel ist die **Qualitätsführerschaft** und ein **ertragreiches Wachstum** im Markt der privatwirtschaftlich organisierten stationären und ambulanten Altenpflege. Mit innovativen und spezialisierten Angeboten setzt das Unternehmen im Pflegemarkt Maßstäbe. Die Verbindung von sozialem und wirtschaftlichem Handeln ist dabei Verpflichtung und Herausforderung zugleich. Bausteine der Unternehmensstrategie sind die einzelnen Bereiche:

- Seniorenwohnparks als 2-, 3- und 4-Sterne Einrichtungen (Sterne-Konzept)
- Betreutes Wohnen
- Spezialkonzepte (wie z.B. die Betreuung von Demenzkranken).

Mittelfristig wird ergänzend der Ausbau von Software- und Management-Dienstleistungen im Gesundheitsbereich für Dritte betrieben.

Kern der Unternehmensstrategie ist die Fokussierung auf den Pflegemarkt. Dies hat Auswirkungen auf die Struktur des Immobilienportfolios: Das Portfolio wird permanent im Hinblick auf die mittel- und langfristige Sicherung der Liquidität hin optimiert.

Im Rahmen dieser Strategie haben wir im Berichtsjahr

1. unsere Rehabilitationskliniken im April 2010 veräußert,
2. unser Engagement im Bereich Akutklinik beendet und entschieden, unsere Aktivitäten zum Aufbau eines Inkontinenz-Zentrums nicht weiter zu verfolgen und
3. mit der Übernahme der AAP (Allgemeine Ansgar Pflegedienste GmbH), einer Pflegedienstgesellschaft im Betreuten Wohnen,

unser Kerngeschäft „Pflege“ weiter gestärkt.

Unsere **Mitarbeiterinnen** und **Mitarbeiter** sind integraler Teil unserer Konzernstrategie. Die Mitarbeiter sind gerade in der Gesundheitsbranche der wichtigste Produktionsfaktor. „**Bilden und Binden**“ ist Motto der breit angelegten Personaloffensive unseres Konzerns mit dem Ziel, die eigene Attraktivität als Arbeitgeber zu steigern und gute Fachkräfte im ausgedünnten Arbeitsmarkt für Pflegekräfte zu akquirieren. Zu den strategischen Ansätzen im Personalbereich zählen eine kontinuierliche Personalentwicklung, leistungsbezogene Gehaltskomponenten, die Möglichkeit der Teilhabe an einer firmeneigenen Pensionskasse sowie eine durchgängig kooperative Führung.

Um den hohen Qualitätsanforderungen in der Pflege und der individuellen Betreuung zu entsprechen, nehmen die regelmäßigen Fort- und Weiterbildungen der Mitarbeiter einen hohen Stellenwert ein. Mit computergestützten E-Learning-Kursen hat die Marseille-Akademie dafür ein in der Branche einmaliges System aufgebaut, das schnellen Informationstransfer aus Forschung und Lehre zum Pflegepersonal gewährleistet. Die Marseille-Kliniken AG ist bundesweit einer der größten Anbieter von E-Learning für pflegerische Lerninhalte.

Die **Qualität** ist eine weitere Säule unserer Konzernstrategie. Die **Qualitätsführerschaft** der Marseille-Kliniken AG in der Altenpflege lässt sich an Kriterien wie Qualität und Transparenz messen: Hier haben wir hohe Standards definiert – sowohl bei der Pflege als auch beim Umgang mit kranken Menschen, bei der sozialen Betreuung und schließlich im Bereich Unterbringung und Service. Die Pflegeeinrichtungen wurden freiwillig nach anerkannten Normen wie DIN EN ISO 9001:2008 oder KTQ-Pflege (2 Einrichtungen) von externer Stelle zertifiziert. Zur Sicherung der hohen Qualitätsstandards und zur Weiterentwicklung der Einrichtungen haben wir ein umfangreiches, für die Pflegebranche beispielgebendes Auditsystem etabliert (differenziert in Prozess-, Besuchs- und Systemaudit). Das konzerninterne Qualitätsmanagementsystem basiert auf Kennzahlen und einer EDV-Erfassung, die eine Früherkennung von Pflegerisiken ermöglicht und permanent über den Stand der Pflegequalität Auskunft gibt.

Die Analyse unserer täglichen Arbeit, ein differenziert ausgestaltetes Beschwerdemanagement sowie eine regelmäßige, anonyme Befragung von Angehörigen fördern unseren kontinuierlichen Verbesserungsprozess (KVP). Ziel ist es zudem, mit angepassten Softwarelösungen unser Pflegepersonal von administrativen Aufgaben zu entlasten, so dass unsere Mitarbeiter mehr Zeit für die individuelle Betreuung unserer Bewohner haben.

4 Ertragslage des Marseille-Kliniken Konzerns

4.1 Umsatzerlöse

Im Berichtszeitraum ist der Konzernumsatz um 2,2 % auf 240,7 Mio. € (Vorjahr: 235,5 Mio. €) gestiegen. Dabei entfielen auf den Bereich Pflege 190,3 Mio. € (Vorjahr: 180,6 Mio. €), was einem Umsatzwachstum von 5,4 % entspricht. Die Umsätze des aufgegebenen Geschäftsbereichs Rehabilitation (bis 30.04.2010) und des Akut-Krankenhauses (bis 30.06.2010) betragen 47,6 Mio. € (Vorjahr für 12 Monate: 53,3 Mio. €).

Gekürzte Konzerngewinn- und Verlustrechnung

	1.7.2009 bis 30.6.2010	1.7.2008 bis 30.6.2009	Veränderung relativ
	TEUR	TEUR	in %
Umsatzerlöse	240.742	235.535	2,2%
Sonstige betriebliche Erträge / Gewinn aus dem Verkauf der Reha-Sparte	32.124	10.444	207,6%
Gesamtleistung	272.866	245.979	10,9%
Materialaufwand	30.293	32.451	-6,6%
Personalaufwand	131.441	124.397	5,7%
Abschreibungen	21.648	10.446	107,2%
Sonstige betriebliche Aufwendungen inkl. Sonstige Steuern	85.232	85.488	-0,3%
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit	4.252	-6.803	n.a.
Finanzergebnis	-3.619	-5.264	-31,3%
Ergebnis vor Steuern	634	-12.067	n.a.
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-26	1.529	n.a.
Konzernergebnis	660	-13.596	n.a.
Minderheitenanteile	-96	83	-215,6%
Marseille-Kliniken AG zuzurechnendes Konzernergebnis	564	-13.513	n.a.

Materialaufwandsquote (zu den Umsatzerlösen)	12,6%	13,8%	-8,7%
Personalaufwandsquote (zu den Umsatzerlösen)	54,6%	52,8%	3,4%

Die Bettenkapazität im Konzern beträgt zum 30.06.2010 in den 62 Pflegeeinrichtungen 8.370 Betten gegenüber 7.750 Betten in 58 Pflegeeinrichtungen im Vorjahr. Die Steigerung der Bettenkapazität in der Pflege resultiert aus den Eröffnungen in Oberhausen, Bremerhaven und Waldkirch in der stationären Pflege sowie in Gera im Betreuten Wohnen. Zum Vorjahresstichtag standen – einschließlich Rehabilitationskliniken - in 67 Einrichtungen 9.085 Betten zur Verfügung. Die Bettenkapazität in der Rehabilitation (1.269 Betten) sowie im Krankenhaus Büren (60 Betten) entfielen zum 30.04.2010 bzw. zum 30.06.2010.

Der Umsatz im Segment Pflege wurde um 9,7 Mio. € gesteigert. Wesentlicher Grund hierfür ist der Ausbau der Kapazitäten bei nur leicht rückläufiger Auslastung aufgrund des Anlaufes neuer Pflegeeinrichtungen.

4.2 Sonstige betriebliche Erträge (einschließlich Gewinn aus dem Verkauf der Reha-Sparte)

Die sonstigen betrieblichen Erträge betragen 32,1 Mio. € (Vorjahr: 10,4 Mio. €). Die Steigerung ist insbesondere auf den Entkonsolidierungserfolg (Verkauf der Rehabilitationskliniken) in Höhe von 20,1 Mio. € zurückzuführen. Des Weiteren wurde ein Ertrag aus der Veräußerung der Immobilie in Bremerhaven im Rahmen eines Sale-and-lease-back-Geschäftes von 2,0 Mio. € erzielt.

4.3 Materialaufwand

Der Materialaufwand reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um 2,2 Mio. € auf 30,3 Mio. €. Davon entfielen 1,5 Mio. € auf die verkauften Rehabilitationskliniken. Der Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sank mit 25,1 Mio. € um 2,9 Mio. € gegenüber dem Vorjahr (28,0 Mio. €) überwiegend aufgrund geringerer Energieaufwendungen (-2,2 Mio. €). Die Aufwendungen für bezogene Leistungen sind von 4,4 Mio. € auf 5,2 Mio. € - in erster Linie aufgrund höherer bezogener medizinischer Fremdleistungen angestiegen.

4.4 Personalaufwand

Der Personalaufwand erhöhte sich um 7,0 Mio. € auf 131,4 Mio. €. Der Anstieg ist u.a. auf die Eröffnung von neuen Pflegeeinrichtungen in Oberhausen und Bremerhaven mit 1,4 Mio. € zurückzuführen. Des Weiteren erhöhten sich die Personalaufwendungen gegenüber dem Vorjahr im Wesentlichen durch höhere Aufwendungen für Überstunden (+1,1 Mio. €), Abfindungen insbesondere im Zusammenhang mit der Restrukturierung (+0,6 Mio. €), Pensionsaufwendungen (+1,9 Mio. €) sowie durch Rückstellungen für mögliche Ansprüche für in Vorjahren übernommene Mitarbeiter (1,6 Mio. €).

Gegenläufig wurden im Dienstleistungsbereich Einsparungen bei den Personalkosten in Höhe von rund 1,5 Mio. € erzielt.

Die durchschnittliche Mitarbeiterzahl betrug 5.584 im Wirtschaftsjahr 2009/2010 nach 5.535 im Vorjahr. Nach dem Verkauf der Rehabilitation zum 30.04.2010 waren zum 30.06.2010 4.531 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Konzern beschäftigt.

4.5 Abschreibungen

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und auf Sachanlagen lagen bei 21,6 Mio. € nach 10,4 Mio. € im Vorjahr. Die Erhöhung resultiert insbesondere aus Abwertungen auf Stillstandsimmobilien (7,3 Mio. €), Abschreibungen auf aktivierte Aufwendungen für Konzept- und Planungsleistungen zum Bau eines Inkontinenz-Zentrums (2,0 Mio. €) sowie aus Abschreibungen auf Firmenwerte (1,2 Mio. €).

4.6 Sonstige betriebliche Aufwendungen / Sonstige Steuern

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen und sonstigen Steuern bewegten sich mit 85,2 Mio. € leicht unter dem Vorjahresniveau. Höhere Aufwendungen sind für Miete und Leasing angefallen. Diese sind von 47,0 Mio. € im Vorjahr um 2,7 Mio. € auf 49,7 Mio. € gestiegen. Ursächlich hierfür waren die Mieten für neue Einrichtungen sowie Rückstellungen für Mietverpflichtungen für die ehemalige Einrichtung in Bad König. Dem standen insbesondere Einsparungen bei den Instandhaltungs- und Wartungsaufwendungen (1,0 Mio. €) sowie den Werbekosten (0,7 Mio. €) gegenüber. Weiterhin waren gegenüber dem Vorjahr geringere Zuführungen zu Einzelwertberichtigungen notwendig (1,2 Mio. €).

In den sonstigen Steuern sind insbesondere Kfz- und Grundsteuer enthalten. Die Verringerung der sonstigen Steuern resultiert im Wesentlichen aus der Tatsache, dass im Vorjahr eine Rückstellung für aperiodische Grundsteuern gebildet werden musste.

4.7 Finanzergebnis

Das Finanzergebnis verbesserte sich gegenüber dem Vorjahreswert von -5,3 Mio. € um 1,7 Mio. € auf -3,6 Mio. €. Beigetragen hat dazu wesentlich die Verringerung der Finanzschulden durch die Tilgung von kurz- und langfristigen Darlehen. Daneben haben sich der Wegfall von Zinsen für die im Vorjahr abgeschlossene Betriebsprüfung (0,5 Mio. €) und der Wegfall von Zinsen im Zusammenhang mit einem Prozess (0,4 Mio. €) entsprechend ausgewirkt.

4.8 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag beliefen sich nach 1,5 Mio. € Steueraufwand im Vorjahr auf 26 T€ Steuerertrag im Berichtsjahr. Grund für die Verminderung des Steueraufwands ist im Wesentlichen der Wegfall der Steueraufwendungen im Zusammenhang mit der Betriebsprüfung (1,4 Mio. €). Aus der Auflösung von nicht genutzten § 6b-EStG-Rücklagen und § 7f-EStG-

Rücklagen auf Einzelabschlussenebene resultieren latente Steuererträge, welche in fast entsprechender Höhe laufendem Steueraufwand gegenüberstehen.

4.9 Einmaleffekte, die das Ergebnis beeinflusst haben

Das Konzernergebnis vor Steuern (EBT) beträgt 0,6 Mio. € (Vorjahr: -12,1 Mio. €). Darin sind folgende Einmaleffekte enthalten:

Wesentliche Einmaleffekte im Konzern

Bezeichnung	Aufwand Mio. €	Ertrag Mio. €
Entkonsolidierungen	0,3	20,1
Verkauf Immobilie Bremerhaven		2,0
Immobilienabwertungen	7,3	
Abschreibungen Immaterielle Vermögenswerte inkl. Firmenwerte	3,2	
Rückstellungen (insb. Prozesse)	5,9	
Aperiodische Personalaufwendungen	1,6	
Einzelwertberichtigungen / Forderungsverluste	0,8	
Pensionsrückstellungen	0,8	
Summe	19,9	22,1

4.10 Betriebliches Ergebnis und Ertragskennzahlen

Der nachfolgenden Kennzahlenübersicht ist die Entwicklung der Ertragslage des Konzerns zu entnehmen:

Kennzahl	2009/2010 Mio. €	2008/2009 Mio. €	Veränderung in Prozent
EBITDAR	75,6	50,6	49,5%
EBITDA	25,9	3,6	619,5%
EBIT	4,3	-6,8	n.a.
EBT	0,6	-12,1	n.a.
EBITDAR-Marge	31,4%	21,5%	46,1%
EBITDA-Marge	10,8%	1,5%	617,2%
EBIT-Marge	1,8%	-2,9%	n.a.

4.11 Konzernergebnis

Der Konzernjahresüberschuss beträgt 0,7 Mio. € (Vorjahr: -13,6 Mio. €) vor Minderheitenanteilen und 0,6 Mio. € (Vorjahr: -13,5 Mio. €) nach Minderheitenanteilen.

Das Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit des Segments Pflege verbesserte sich gegenüber dem Vorjahreswert um 2,5 Mio. € auf 6,7 Mio. €, wobei die Veräußerung der Immobilie Bremerhaven mit 2,0 Mio. € wesentlich dazu beigetragen hat.

4.12 Ergebnis je Aktie/ Dividende

Die Hauptversammlung am 12. Dezember 2008 hat die Neustückelung des Grundkapitals mit einem Aktiensplit von ursprünglich 12.150.000 Stückaktien auf 24.300.000 Stückaktien und die Änderung der Satzung beschlossen, die in § 4 Ziffer 1 neu gefasst wurde. Die Satzungsänderung wurde am 5. Februar 2009 im Handelsregister eingetragen. Der börsentechnische Vollzug des Aktiensplits ist bisher noch nicht erfolgt. Vorstand und Aufsichtsrat werden der kommenden Hauptversammlung vorschlagen, diesen Aktiensplitt zurückzunehmen.

Das Ergebnis je Aktie erreichte auf Basis der Zahl von 24.300.000 Stückaktien +0,02 € (Vorjahr: -0,56 €), auf Basis von 12.150.000 Stückaktien ein Ergebnis je Aktie von +0,05 € (Vorjahr: -1,12 €);.

5 Vermögenslage des Konzerns

Die Bilanzsumme beträgt zum Stichtag 198,1 Mio. € (Vorjahr: 226,6 Mio. €) und hat sich im Vergleich zum Vorjahr deutlich reduziert. Die wesentliche Ursache liegt im Abgang von Vermögenswerten (14,1 Mio. €) und Schulden (9,8 Mio. €) der entkonsolidierten Rehabilitationskliniken.

verkürzte Darstellung der Konzernbilanz

	30.06.2010	30.06.2009	Veränderung relativ in %
	TEUR	TEUR	
Immaterielle Vermögenswerte	33.665	32.824	2,6%
Sachanlagen	124.168	142.682	-13,0%
Übrige langfristige Vermögenswerte	9.472	4.428	113,9%
Langfristige Vermögenswerte	167.305	179.933	-7,0%
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	9.260	15.554	-40,5%
Übrige kurzfristige Vermögenswerte	11.473	21.473	-46,6%
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	10.104	9.631	4,9%
Kurzfristige Vermögenswerte	30.837	46.658	-33,9%
Summe Aktiva	198.142	226.591	-12,6%
Eigenkapital	24.938	25.195	-1,0%
Langfristige Schulden	108.211	118.746	-8,9%
Kurzfristige Schulden	64.993	82.651	-21,4%
Summe Passiva	198.142	226.591	-12,6%

Liquidität 1. Grades	15,5%	11,7%	33,4%
Liquidität 2. Grades	29,8%	30,5%	-2,2%
Eigenkapitalquote	12,6%	11,1%	13,2%

Die Liquidität 1. Grades gibt an, wie hoch der Anteil der flüssigen Mittel an dem kurzfristigen Fremdkapital ist. Die Liquidität 2. Grades gibt an, wie hoch der Anteil der Forderungen und der flüssigen Mittel an dem kurzfristigen Fremdkapital ist.

Der Anstieg der immateriellen Vermögenswerte beträgt 2,6 %. Dazu beigetragen haben vor allem Zugänge (Kundenstamm, Gestattungsvertrag und Firmenwert) in Höhe von 6,6 Mio. €, die im Wesentlichen aus der Erstkonsolidierung der AAP-Allgemeine Ansgar Pflegedienste GmbH zum 30.06.2010 stammen. Mindernd wirkten sich im Wesentlichen die außerplanmäßigen Abschreibungen auf die aktivierten Aufwendungen für ein Inkontinenz-Zentrum (2,0 Mio. €) sowie auf Firmenwerte (1,2 Mio. €) aus.

Die Verringerung des Sachanlagevermögens ist im Wesentlichen auf die Abgänge von Vermögenswerten der Rehabilitationskliniken zurückzuführen. Darüber hinaus werden die vermieteten Grundstücke in Ortenau und Bad Herrenalb nach IFRS 5 als Finance-Lease klassifiziert und unter den übrigen langfristigen Vermögenswerten (5,7 Mio. €) ausgewiesen. Die Objekte befinden sich unverändert im Besitz des Marseille-Kliniken Konzerns, jedoch erfolgt die Vermietung der Objekte seit der Veräußerung der Rehabilitationskliniken nicht mehr an eigene

Gesellschaften, sondern an Externe. Darüber hinaus waren außerplanmäßige Abwertungen auf Stillstandsimmobilien (7,3 Mio. €) und auf Betriebs- und Geschäftsausstattungen (0,2 Mio. €) vorzunehmen.

Erhöht haben sich, wie erwähnt, die übrigen finanziellen Vermögenswerte vor allem durch die Klassifizierung als Finance-Lease der seit dem 01.05.2010 an die veräußerten Rehabilitationsgesellschaften vermieteten Immobilien in Ortenau und Bad Herrenalb.

Die übrigen kurzfristigen Vermögenswerte beliefen sich auf 21,5 Mio. € und haben sich in erster Linie durch die Verminderung der sonstigen Forderungen und Vermögenswerte (-6,0 Mio. €) und Vorräten (-3,8 Mio. €) gegenüber dem Vorjahr auf 11,5 Mio. € vermindert. Neben dem Reha-Verkauf hat auch die Veräußerung einer im Vorjahr im Umlaufvermögen ausgewiesenen Immobilie in Bremerhaven zu dem Rückgang beigetragen. Ein weiterer Effekt in Höhe von 5,0 Mio. € ergibt sich aus der Verrechnung der Kaufpreisverbindlichkeit (6,5 Mio. €) aus dem Erwerb der Anteile an der AAP-Allgemeine Ansgar Pflegedienste GmbH mit der bilanzierten Darlehensforderung (inkl. aufgelaufener Zinsen) gegen Herrn Ulrich Marseille.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen reduzierten sich um 6,3 Mio. € aufgrund des Reha-Verkaufes und eines verbesserten Forderungsmanagements.

Die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente haben sich von 9,6 Mio. € auf 10,1 Mio. € erhöht.

Das bilanzielle Eigenkapital beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 24,9 Mio. € (Vorjahr: 25,2 Mio. €), was einer Quote von 12,6 % (Vorjahr: 11,1 %) entspricht. Das Eigenkapital zuzüglich 84,2 % der abgegrenzten Investitionszuwendungen (Vorjahr: 84,2 %) beträgt 61,1 Mio. € nach 62,6 Mio. € im Vorjahr. Die um den Eigenkapitalanteil der Investitionszuschüsse erhöhte Eigenkapitalquote beträgt damit 30,9 %, nach 27,6 % im Vorjahr bei deutlich gesunkener Bilanzsumme.

Der Anteil der langfristigen Schulden an der Bilanzsumme liegt bei 54,6 % (Vorjahr: 52,4 %). Unter Berücksichtigung des Fremdkapitalanteils von 15,8 % der abgegrenzten Investitionszuwendungen (Vorjahr: 15,8 %) sind es 36,3 % (Vorjahr: 35,9 %).

Die langfristigen Schulden haben sich von 118,7 Mio. € auf 108,2 Mio. € vermindert. Die Gründe liegen neben der Reduzierung durch den Reha-Verkauf im Wesentlichen in der Rückführung der

langfristigen Finanzschulden und in der Verringerung der abgegrenzten Investitionszuwendungen.

Die kurzfristigen Schulden haben sich um 17,7 Mio. € auf 65,0 Mio. € vermindert. Neben dem Reha-Verkauf ist dies in erster Linie auf die Reduzierung der kurzfristigen Finanzschulden um 17,6 Mio. € zurückzuführen. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen konnten um 5,6 Mio. € und die laufenden Steuerverbindlichkeiten um 2,6 Mio. € abgebaut werden. Dagegen haben sich die kurzfristigen Rückstellungen um 7,8 Mio. € erhöht. Es wurden dabei für Prozessrisiken (1,5 Mio. €) sowie für Mietverpflichtungen für eine ehemalige Konzerngesellschaft (2,7 Mio. €) höhere Rückstellungen als im Vorjahr gebildet. Für ausstehende Rechnungen erhöhten sich die Rückstellungen um 1,8 Mio. €. Die Personalrückstellungen erhöhten sich um 3,0 Mio. € insbesondere aufgrund von möglichen Verpflichtungen gegenüber in Vorjahren übernommenen Mitarbeitern (1,6 Mio. €), Überstundenrückstellungen (0,6 Mio. €) und Personalabfindungen (1,5 Mio. €).

Finanzierungsleasingverbindlichkeiten in Höhe von 2,9 Mio. € (Vorjahr: 3,6 Mio. €) sind in den langfristigen Finanzschulden bilanziert. In den kurzfristigen Finanzschulden werden zum Stichtag 30.06.2010 Finanzierungsleasingverbindlichkeiten in Höhe von 1,8 Mio. € (Vorjahr: 1,9 Mio. €) ausgewiesen.

6 Finanzlage des Konzerns

Der Konzern finanziert seine Geschäftstätigkeit aus dem operativen Cashflow und mittels kurz- und langfristiger Kreditlinien verschiedener Banken. Langfristige Immobiliendarlehen sichern die Finanzierung von Investitionen in unsere Einrichtungen. Bei etwa zwei Drittel unserer Einrichtungen arbeiten wir mit Immobilieninvestoren eng zusammen, mit denen wir langfristige Mietverträge geschlossen haben.

Zu Beginn des Berichtsjahres hatte der Konzern vier Kontokorrentlinien über 25,5 Mio. €, die zu 21,4 Mio. € in Anspruch genommen waren. Im Verlauf des Geschäftsjahres wurden diese Linien auf 10,5 Mio. € bei zwei Instituten zurückgeführt, die zu 9,6 Mio. € ausgeschöpft waren.

Insgesamt konnten die Nettofinanzschulden des Konzerns im abgelaufenen Geschäftsjahr von 74,3 Mio. € auf 52,4 Mio. € reduziert werden. Darüber hinaus haben wir die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen auf 8,3 Mio. € abgebaut (Vorjahr 13,8 Mio. €). Dies war möglich

durch den Verkauf der Rehabilitationskliniken und den hieraus resultierenden Barmittelzufluss von 24,5 Mio. €

Die liquiden Mittel am Ende des Geschäftsjahres 2009/2010 lagen schließlich mit 10,1 Mio. € leicht über dem Vorjahresniveau von 9,6 Mio. €

Vor dem Hintergrund neuer Eigenkapitalregeln für die Banken, die künftig eine höhere Kernkapitalquote von 6 % auf die sogenannten risikogewichteten Aktiva vorschreiben, werden die Banken zunehmend restriktiver bei der Ausreichung insbesondere von unbesicherten Kontokorrentkrediten. Der Vorstand der Marseille-Kliniken AG ist daher in Vorbereitung von anderen Finanzierungsmaßnahmen, um die Liquidität der Gesellschaft sicherzustellen und die Unabhängigkeit von den Banken zu erhöhen. In diesem Zusammenhang verweisen wir auf unsere Ausführungen unter Punkt 11.4 (Finanzwirtschaftliche Risiken).

Konzern-Kapitalflussrechnung

	Konzern gesamt	
	vom 01.07.2009 bis 30.06.2010 TEUR	vom 01.07.2008 bis 30.06.2009 TEUR
Cash Flow aus der betrieblichen Tätigkeit		
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit	-15.828	-6.804
Ergebnis aus dem Abgang von Anlagevermögen (Gewinn/Verlust)	-1.652	171
Abschreibungen	21.648	10.446
Sonstige zahlungsunwirksame Erträge und Aufwendungen	1.061	1.869
Ab- / Zunahme (+/-) der Vorräte	335	-200
Zu- / Abnahme (+/-) der Pensionsrückstellungen	809	-533
Zu- / Abnahme (+/-) der kurzfristigen Rückstellungen	9.048	-2.322
Gezahlte Ertragsteuern	-4.159	-2.044
Veränderung des sonstigen Nettoumlaufvermögens	-4.862	6.730
Cash Flow aus der betrieblichen Tätigkeit	6.400	7.313
davon aus:		
- fortgeführten Geschäftsbereichen	3.519	6.361
- aufgegebenen Geschäftsbereichen	2.881	952
Cash Flow aus dem Investitionsbereich	20.442	-388
davon aus:		
- fortgeführten Geschäftsbereichen	-1.837	1.050
- aufgegebenen Geschäftsbereichen	22.279	-1.438
Cash Flow aus dem Finanzierungsbereich	-25.717	-11.707
davon aus:		
- fortgeführten Geschäftsbereichen	-25.557	-11.578
- aufgegebenen Geschäftsbereichen	-160	-129
Erhöhung/ Verminderung des Netto - Geldvermögens	1.125	-4.782
Zunahme/Abnahme der liquiden Mittel	1.125	-4.782
Konsolidierungskreisbedingte Veränderung	-652	-20
Liquide Mittel zu Beginn des Geschäftsjahres	9.631	14.433
Liquide Mittel am Ende des Geschäftsjahres	10.104	9.631
davon Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	10.104	9.631

7 Investitionen des Konzerns

Das Investitionsvolumen des Marseille-Kliniken Konzerns belief sich im Geschäftsjahr 2009/2010 auf 9,4 Mio. € (ggü. 12,4 Mio. € im Geschäftsjahr 2008/2009). Dies entspricht einem Rückgang von 3,0 Mio. € bzw. 24,5 % im Vergleich zum Geschäftsjahr 2008/2009. Von den getätigten Investitionen entfielen auf den Bereich der immateriellen Vermögenswerte 2,0 Mio. € (-0,3 Mio. € bzw. -15,2 % ggü. dem Vorjahr) und auf Sachanlagen 7,4 Mio. € (-2,7 Mio. € entsprechend -26,7 % ggü. dem Vorjahr).

<u>Geschäftsjahr</u>	<u>2009/10</u>	<u>2008/09</u>	<u>Abweichung</u>	
immat. Vermögenswerte	2,0	2,3	-0,3	-15,2%
Sachanlagen	7,4	10,1	-2,7	-26,7%
Summe Investitionen	9,4	12,4	-3,0	-24,5%

Die wesentlichen Zugänge im Anlagevermögen betreffen im Bau befindliche Anlagen der Einrichtungen Koppenbergs Hof und Flora Marzina (zusammen 3,8 Mio. €) sowie 1,1 Mio. € für Betriebs- und Geschäftsausstattung.

8 Forschung und Entwicklung

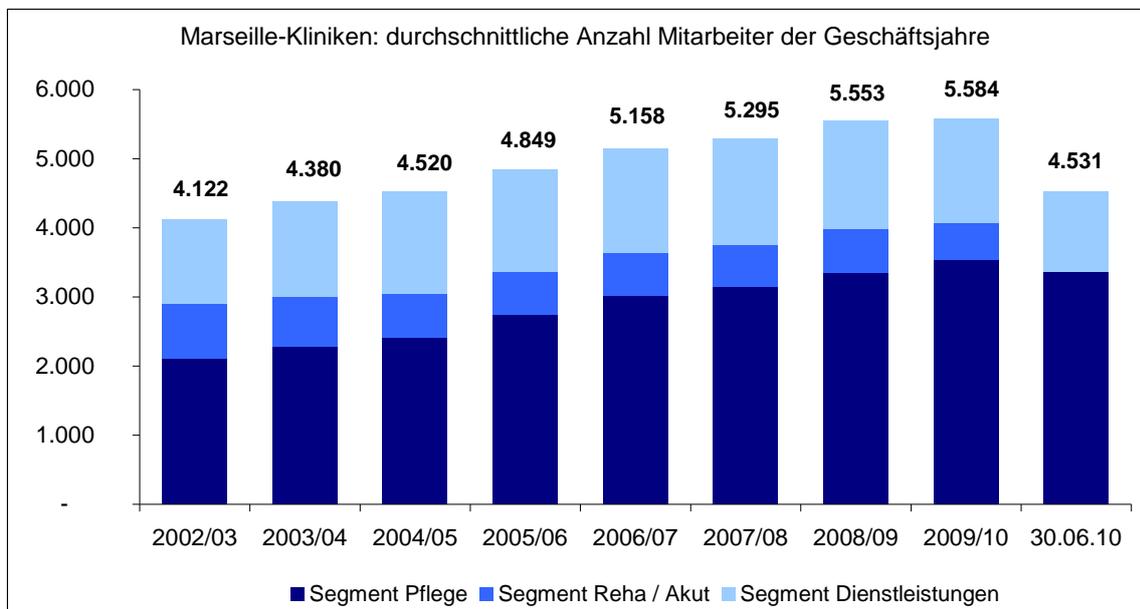
Unsere Entwicklungsarbeit konzentriert sich auf die Entwicklung neuer computergestützter Systeme zur Verbesserung unserer Dienstleistungen. Dazu gehören Systeme wie das neu geschaffene Internetportal www.MeinGesundheitsbuch.de, mit dem sich Angehörige ständig über Gesundheits- und Pflegedaten ihrer Lieben in unseren Pflegeeinrichtungen informieren werden, oder innovative Schulungsprogramme (insbesondere unser E-Learning-System) unter Verwendung modernster Informationstechnologie.

Unsere Entwicklungsarbeit orientiert sich an den individuellen Bedürfnissen unserer Bewohner. Vor dem Hintergrund, den ständig wachsenden Anforderungen des Gesundheitsmarktes gerecht zu werden, liegt der Schwerpunkt unserer Entwicklungstätigkeit auf der Entwicklung neuer Ansätze, die bei der Erstellung neuer Behandlungs- und Einrichtungskonzepte eine wichtige Rolle spielen. Ziel unserer Entwicklungsarbeit ist, unser Pflegepersonal von administrativen Tätigkeiten soweit wie möglich zu entlasten, um mehr Zeit für unsere Kunden zu haben.

9 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind der wesentliche Erfolgsfaktor des Konzerns. Sie sind deshalb auch ein integraler Baustein der Strategie des Marseille-Kliniken Konzerns (siehe hierzu auch Punkt 3 „Strategie des Konzerns“).

Der Marseille-Kliniken Konzern beschäftigte im Geschäftsjahr 2009/2010 durchschnittlich 5.584 Mitarbeiter nach Köpfen (Vorjahr: 5.553 Mitarbeiter). Am 30.06.2010 waren 4.531 Mitarbeiter (Stichtagesbetrachtung) im Konzern beschäftigt. Der Rückgang der Anzahl der Beschäftigten ist auf den Verkauf der Reha-Kliniken (790 Mitarbeiter) sowie auf interne Reorganisationsmaßnahmen zur Effizienzsteigerung zurückzuführen.



10 Einzelabschluss der Marseille-Kliniken AG

Die Marseille-Kliniken AG mit Sitz in Berlin ist eine börsennotierte Kapitalgesellschaft und zugleich Muttergesellschaft der Marseille-Kliniken Gruppe.

Der Jahresabschluss der Marseille-Kliniken AG wird nach deutschen handelsrechtlichen (HGB) und aktienrechtlichen (AktG) Vorschriften aufgestellt.

Das Jahresergebnis der Marseille-Kliniken AG ist geprägt von umfangreichen Einzelwertberichtigungen auf Forderungen und Forderungsverzichten gegenüber Tochtergesellschaften, die in ihrem Ergebnis hinter den wirtschaftlichen Erwartungen zurück blieben. Zudem wurde die Beteiligung an der Karlsruher-Sanatorium-Aktiengesellschaft nach Veräußerung der weitgehend dort gehaltenen Reha-Aktivitäten weiter abgeschrieben.

10.1 Ertragslage

Die Umsatzerlöse der Marseille-Kliniken AG lagen mit 15,9 Mio. € um 1,0 Mio. € unter dem Vorjahresniveau von 16,9 Mio. €. Diese stammen wie im Vorjahr aus den fünf direkt zur Muttergesellschaft gehörenden Pflegeeinrichtungen. Der Rückgang der Umsatzerlöse ist im Übrigen durch die Umbaumaßnahmen in den Einrichtungen Flora Marzina und Koppenbergs Hof begründet.

Gekürzte Gewinn- und Verlustrechnung

	1.7.2009 bis 30.6.2010	1.7.2008 bis 30.6.2009	Veränderung
	TEUR	TEUR	in %
Umsatzerlöse	15.929	16.890	-5,7%
Sonstige betriebliche Erträge	29.552	24.902	18,7%
Gesamtleistung	45.481	41.792	8,8%
Materialaufwand	4.009	5.467	-26,7%
Personalaufwand	11.085	9.504	16,6%
Abschreibungen	22.530	3.307	581,3%
Sonstige betriebliche Aufwendungen / Sonstige Steuern	35.910	33.953	5,8%
Beteiligungsergebnis	11.221	11.034	1,7%
Finanzergebnis	-156	-717	-78,2%
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit	-16.988	-122	n.a.
Steuern vom Einkommen und Ertrag	574	1.974	-70,9%
Jahresfehlbetrag	-17.562	-2.096	n.a.

Die sonstigen betrieblichen Erträge wuchsen von 24,9 Mio. € auf 29,5 Mio. €. Wesentlich hierfür ist der Veräußerungsgewinn in Höhe von 4,5 Mio. € durch den Verkauf von bisher direkt durch die Muttergesellschaft gehaltenen Anteilen an vier Rehabilitationsgesellschaften. Zusätzlich trug die Auflösung von Einzelwertberichtigungen auf Verbundforderungen in Höhe von 1,5 Mio. € dazu bei. Die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil steuerten ertragswirksam 0,4 Mio. € zum Ergebnis bei (Vorjahr: 1,6 Mio. €). Gegenläufig gab es um 1,2 Mio. € geringere Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen als im Vorjahr.

Der Materialaufwand reduzierte sich von 5,5 Mio. € im Vorjahr auf 4,0 Mio. €. Dazu beigetragen haben insbesondere um 0,8 Mio. € geringere Aufwendungen für Energie vor allem bedingt durch den Wegfall von im Vorjahr enthaltenen Verlusten aus Heizölswapgeschäften mit 0,7 Mio. € sowie 0,6 Mio. € gesunkenen Aufwendungen für bezogene Leistungen, die im Wesentlichen auf höhere Rückvergütungen der Pro-Gesellschaften und den umsatzbedingten Rückgang der bezogenen Leistungen zurückzuführen ist.

Der Personalaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr um 1,6 Mio. € auf 11,1 Mio. € (Vorjahr: 9,5 Mio. €) gestiegen. Die Ursache liegt insbesondere in der Berücksichtigung von möglichen weiteren Aufwendungen im Zusammenhang mit der Übernahme von Mitarbeitern in Vorjahren in Höhe von 1,6 Mio. € sowie in höheren Rückstellungen für Urlaub und Abfindungen.

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen sind gegenüber dem Vorjahr von 0,8 Mio. € auf 3,8 Mio. € gestiegen. Der wesentliche Grund liegt in der außerplanmäßigen Abschreibung in Höhe von 2,0 Mio. € auf aktivierte Aufwendungen für Konzept- und Planungsleistungen zur Errichtung eines Inkontinenz-Zentrums. Aufgrund getroffener Strategieentscheidungen ist dieser Vermögensgegenstand nicht mehr werthaltig, da das Konzept nicht weiterverfolgt wird.

Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, die den üblichen Umfang übersteigen, wurden in Höhe von 18,7 Mio. € (Vorjahr: 2,5 Mio. €) vorgenommen. Dies betrifft vor allem Forderungsverzichte und Einzelwertberichtigungen auf Forderungen der Marseille-Kliniken AG gegen Tochtergesellschaften. Die Abwertungen bzw. Verzichte wurden erforderlich, um den aufgelaufenen Verlusten dieser Gesellschaften Rechnung zu tragen. Darüber hinaus haben wir die Restforderung von 0,5 Mio. € gegenüber der Trump Organisation vollständig wertberichtigt.

Aufgrund der unbefriedigenden finanzwirtschaftlichen Ergebnisse einzelner Tochtergesellschaften in der Vergangenheit hat sich die Marseille-Kliniken AG dazu entschlossen, gezielt auf Forderungen zu verzichten bzw. außerplanmäßig abzuschreiben, um die Bilanzstruktur dieser Tochtergesellschaften der Ertragskraft anzupassen. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um die Amarita Hamburg-Mitte Plus GmbH (9,6 Mio. €), die Pflegehaus Kreuzberg gGmbH, ehemals Türk Bakim Evi gGmbH (4,3 Mio. €), die ASD gGmbH (1,2 Mio. €), die Batrium Nr. 49 Vermögensverwaltungs-GmbH (1,1 Mio. €) und die VDSE - Verwaltungsdienstleister sozialer Einrichtungen GmbH (0,8 Mio. €). Mit den Forderungsverzichten verfolgt die Marseille-Kliniken AG das Ziel, mittelfristig die Ergebnissituation ihrer Tochtergesellschaften zu verbessern.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen / sonstigen Steuern haben sich von 34,0 Mio. € im Vorjahr auf 35,9 Mio. € erhöht, überwiegend bedingt durch gestiegene Miet-, Pacht- und Leasingaufwendungen (1,0 Mio. €).

Das Finanzergebnis von -0,2 Mio. € konnte gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Mio. € verbessert werden. Die sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträge waren auf Vorjahresniveau (jeweils 4,6 Mio. €) wogegen sich die sonstigen Zinsen und ähnlichen Aufwendungen von 5,3 Mio. € auf 4,7 Mio. € reduzierten. Insbesondere der Wegfall von Einmaleffekten des Vorjahres (Zinsen auf Steuernachzahlungen im Zusammenhang mit der Betriebsprüfung sowie Prozesszinsen) und die Rückführung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben zu diesem Effekt beigetragen. Dem steht ein Anstieg der Zinsaufwendungen im Verbundbereich gegenüber.

Das Beteiligungsergebnis liegt mit 11,2 Mio. € leicht über dem des Vorjahresergebnisses mit 11,0 Mio. €. Durch eine Verringerung der Aufwendungen aus Verlustübernahmen auf 1,5 Mio. (Vorjahr: 5,2 Mio. €) bei gleichzeitiger Steigerung der Erträge aus Gewinnabführungsverträgen (17,9 Mio. € zu Vorjahr 15,7 Mio. €) konnten getätigte Abschreibungen auf das Finanzanlagevermögen in Höhe von 5,2 Mio. € (Vorjahr: 0,4 Mio. €) kompensiert werden.

Die Beteiligung an der Karlsruher-Sanatorium-Aktiengesellschaft wurde mit 3,6 Mio. € auf 29,4 Mio. € abgeschrieben. Der Buchwert entspricht nunmehr dem wirtschaftlichen Eigenkapital der Karlsruher-Sanatorium-Aktiengesellschaft zum 30.06.2010, nachdem sie ihre operativen Rehabilitationsgesellschaften veräußert hat und Rückstellungen für Prozessrisiken im Zusammenhang mit einer ehemaligen Konzerngesellschaft in Höhe von 4,0 Mio. € gebildet wurden. Weitere Abschreibungen wurden auf die Beteiligung an der SWP Hennigsdorf in Höhe von 0,7 Mio. €, auf die Beteiligung an der Senioren-Wohnpark Aschersleben GmbH in Höhe von 0,5 Mio. € und auf die Beteiligung an der VDSE-Verwaltungsdienstleister sozialer Einrichtungen GmbH mit 0,3 Mio. € vorgenommen. Zudem wurden die Beteiligungen am St. Nikolaus Hospital Büren GmbH und an der Betrium Nr. 49 Vermögensverwaltungs-GmbH abgeschrieben.

In den Erträgen aus Gewinnabführungsverträgen ist auch die Auflösung von für steuerliche Zwecke in den Vorjahren gebildeten Sonderposten mit Rücklageanteil (§ 6b EStG) in Höhe von 1,1 Mio. € aus der Senioren-Wohnpark Hennigsdorf GmbH enthalten. Im Vorjahr waren Erträge aus solchen Auflösungen von 1,5 Mio. € bezüglich der Algos Fachklinik Bad Klosterlausnitz GmbH enthalten.

Für das abgelaufene Geschäftsjahr ergibt sich unter Berücksichtigung von sonstigen Steuern aufgrund der oben beschriebenen Einflüsse ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von -16,9 Mio. € (Vorjahr: -0,1 Mio. €). Die vorgenommenen Abschreibungen auf Forderungen sowie Forderungsverzichte zugunsten von Tochtergesellschaften summieren sich auf insgesamt 18,0 Mio. €. Zudem wurden Beteiligungen insgesamt um 5,2 Mio. € abgewertet. Im Vorjahr resultierte das positive Ergebnis nicht zuletzt aus der Auflösung von gebildeten Sonderposten mit Rücklageanteil (§ 6b EStG) in Höhe von insgesamt 1,6 Mio. €.

Insbesondere aufgrund des Wegfalls der Sonderbelastung im Vorjahr durch die Betriebsprüfung in Höhe von 1,1 Mio. € ergibt sich ein signifikant niedrigerer Steueraufwand im Geschäftsjahr 2009/2010.

Aufgrund der vorgenannten Effekte ist das Jahresergebnis der Marseille-Kliniken AG insbesondere durch nicht zahlungswirksame Aufwendungen stark belastet. Somit beläuft sich der Jahresfehlbetrag der Marseille-Kliniken AG auf -17,6 Mio. € (Vorjahr: -2,1 Mio. €). Mit dem bestehenden Gewinnvortrag in Höhe von 1,3 Mio. € (Vorjahr: 6,4 Mio. €) und dem Entschluss, die diesjährigen Sondereinflüsse auf die Ergebnisrechnung mit der Auflösung der Kapitalrücklage in Höhe von 15,9 Mio. € teilweise auszugleichen, beträgt der diesjährige Bilanzverlust 0,3 Mio. € (Vorjahr: Bilanzgewinn 1,3 Mio. €).

10.2 Vermögens- und Finanzlage

Einen Überblick über die Vermögenslage der Gesellschaft gibt nachfolgende verkürzte Darstellung der Bilanz:

verkürzte Darstellung der Bilanz

	30.06.2010	30.06.2009	Veränderung
	TEUR	TEUR	relativ
			in %
Immaterielle Vermögensgegenstände	283	1.284	-78,0%
Sachanlagen	24.105	18.511	30,2%
Finanzanlagen	76.770	77.896	-1,4%
Summe langfristiges Vermögen	101.158	97.691	3,5%
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	795	859	-7,5%
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	55.286	77.254	-28,4%
Übriges kurzfristiges Vermögen	7.606	13.634	-44,2%
Liquide Mittel	4.426	3.157	40,2%
Summe kurzfristiges Vermögen	68.113	94.904	-28,2%
Summe Aktiva	169.271	192.595	-12,1%
Eigenkapital	31.438	49.000	-35,8%
Sonderposten	1.850	2.257	-18,0%
Rückstellungen	11.525	11.139	3,5%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	28.175	46.786	-39,8%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.617	2.210	-26,8%
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	89.347	77.618	15,1%
Übrige Verbindlichkeiten	5.319	3.585	48,4%
Verbindlichkeiten	124.458	130.199	-4,4%
Summe Passiva	169.271	192.595	-12,1%

Liquidität 1. Grades	33,7%	23,6%	42,4%
Liquidität 2. Grades	39,7%	30,1%	32,1%
Eigenkapitalquote	18,6%	25,4%	-27,0%
Nettoliquidität (in Mio. €)	-23,7	-43,6	19,9

Die Liquidität 1. Grades gibt an, wie hoch der Anteil der flüssigen Mittel an dem kurzfristigen Fremdkapital ist. Die Liquidität 2. Grades gibt an, wie hoch der Anteil der Forderungen und der flüssigen Mittel an dem kurzfristigen Fremdkapital ist. Die Nettoliquidität beinhaltet die liquiden Mittel abzüglich der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Das Anlagevermögen der Marseille-Kliniken AG hat sich von 97,7 Mio. € im Vorjahr auf 101,2 Mio. € erhöht. Der Rückgang der immateriellen Vermögensgegenstände resultiert im Wesentlichen aus der außerplanmäßigen Abschreibung der Konzept- und Planungsleistungen zum Bau eines spezialisierten Inkontinenz-Zentrums infolge der Umsetzung des Strategiewechsels. Im Sachanlagevermögen gab es einen Zugang von 5,6 Mio. € der

überwiegend auf den Erwerb des Stillstandsobjektes in Blankenburg (3,3 Mio. € inkl. Grunderwerbsteuer) zurückzuführen ist. Die Übertragung auf die Marseille-Kliniken AG erfolgte vor der Veräußerung der Rehabilitationsklinik Teufelbad Fachklinik Blankenburg GmbH. Zudem wurden umfassende Umbaumaßnahmen in den Einrichtungen Koppenbergs Hof und Flora Marzina in Höhe von 3,8 Mio. € vorgenommen. Die Anteile an verbundenen Unternehmen reduzierten sich aufgrund des Verkaufes der an den Rehabilitationsgesellschaften (Buchwert 4,4 Mio. €) gehaltenen Anteile sowie der außerplanmäßigen Abschreibungen mit 5,2 Mio. €. Kompensiert wurde die Verringerung durch den Erwerb der Anteile an der AAP Allgemeine Ansgar Pflegedienste GmbH, Zirchow, in Höhe von 6,5 Mio. €.

In den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen haben sich die Ansprüche gegen verbundene Unternehmen von 77,3 Mio. € im Vorjahr auf 55,3 Mio. € reduziert. Der Grund liegt in den Wertberichtigungen und Forderungsverzichten, wie oben zur Position Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, die den üblichen Umfang übersteigen, ausgeführt. Die sonstigen Vermögensgegenstände betragen 7,0 Mio. € (Vorjahr: 13,0 Mio. €). Wesentlich für den Rückgang war die Verrechnung der Kaufpreisverbindlichkeit für den Erwerb der Anteile an der AAP mit dem Herrn Ulrich Marseille gewährten Darlehen inklusive Zinsen in Höhe von 5,0 Mio. € sowie die Begleichung der Forderung in Höhe von 0,8 Mio. €, die gegenüber der DL Holding GmbH bestand.

Die Gesellschaft weist zum Bilanzstichtag 30.06.2010 Forderungen gegen verbundene Unternehmen von 55,3 Mio. € aus, die in Höhe von 45,9 Mio. € (Vorjahr: 54,5 Mio. €) auf Cash-Pool Forderungen entfallen. Die in den Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen enthaltenen Forderungen aus Ergebnisabführungsverträgen stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 2,2 Mio. € auf 17,9 Mio. €. Für die genannten Positionen gilt, dass diese nur werthaltig bleiben, wenn die Planungen für die jeweiligen Gesellschaften realisiert werden können.

Die Gesellschaft weist zum Bilanzstichtag 30.06.2010 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen von 89,3 Mio. € aus. Davon entfallen auf Verbindlichkeiten aus Cash-Pool 54,3 Mio. € (Vorjahr: 66,5 Mio. €). Der Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen ist im Wesentlichen auf ein von der Karlsruher-Sanatorium AG gewährtes Darlehen in Höhe von 19,6 Mio. € zurückzuführen. Die Verluste, die sich aus Verlustübernahmeverpflichtungen (EAV) ergeben, haben sich dagegen um 3,7 Mio. € auf 1,5 Mio. € deutlich reduziert.

Die flüssigen Mittel haben sich zum Stichtag um 1,2 Mio. € auf 4,4 Mio. € (Vorjahr: 3,2 Mio. €) verbessert.

Das Eigenkapital der Marseille-Kliniken AG hat sich maßgeblich um den Jahresfehlbetrag von 17,6 Mio. € auf 31,4 Mio. € reduziert.

Die Rückstellungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 3,5 % auf 11,5 Mio. € gestiegen. Der Anstieg resultiert aus der Berücksichtigung möglicher weiterer Ansprüche, die gegenüber der Marseille-Kliniken AG im Zusammenhang mit der Übernahme von Mitarbeitern in Vorjahren geltend gemacht werden könnten. Die übrigen Rückstellungen haben sich reduziert. Diese setzen sich aus den Pensionsverpflichtungen mit 0,4 Mio. € (Vorjahr: 0,5 Mio. €), Rückstellungen für Steuern mit 5,4 Mio. € (Vorjahr: 7,9 Mio. €) und den sonstigen Rückstellungen mit 5,7 Mio. € (Vorjahr: 2,8 Mio. €) zusammen. Die Verminderung der Steuerrückstellungen betrifft insbesondere die Bezahlung der Steuern aus der Betriebsprüfung 2001 bis 2004. Die sonstigen Rückstellungen haben sich in erster Linie durch die Zuführung für Prozess- und sonstigen Risiken (1,2 Mio. €) erhöht.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden von 46,8 Mio. € im Vorjahr um 18,6 Mio. €, in erster Linie durch Tilgung von Krediten, auf 28,2 Mio. € reduziert. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen reduzierten sich von 2,2 Mio. € auf 1,6 Mio. €. Die übrigen Verbindlichkeiten haben sich dagegen um 1,7 Mio. € erhöht. Diese Erhöhung ist auf die ausstehende Kaufpreisverbindlichkeit in Höhe von 1,5 Mio. € aus dem Erwerb der Anteile an der AAP- Allgemeine Ansgar Pflegedienste GmbH, die nicht mit bestehenden Forderungen verrechnet wurde, zurückzuführen.

Das Gesamtvermögen der Marseille-Kliniken AG beläuft sich auf 169,3 Mio. € (Vorjahr: 192,6 Mio. €) und ist zu 81,4 % (Vorjahr: 74,6 %) durch Fremdkapital finanziert.

11 Risikobericht

11.1 Risikomanagementsystem

Im Rahmen ihrer geschäftlichen Tätigkeit ist die Marseille-Kliniken AG unterschiedlichen Risiken ausgesetzt, die untrennbar mit ihrem unternehmerischen Handeln verbunden sind. Die grundlegende Risikobegrenzung geschieht in der Weise, dass wir nur Risiken eingehen, die mit anerkannten Methoden und Maßnahmen innerhalb unserer Organisation handhabbar sind.

Unser zentrales Risikomanagementsystem ist in unserem Organisationshandbuch verankert, und die relevanten Risiken sind in einer Risk-Map zusammengetragen, welche turnusmäßig aktualisiert wird, sodass der Vorstand regelmäßig über den Stand und die Entwicklung

vorhandener Risiken informiert wird. Zudem gewährleisten regelmäßige Abstimmungen des Managements und des Controllings die rechtzeitige Verfügbarkeit und Auswertung entscheidungsrelevanter Informationen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Ein detailliertes, mehrstufiges IT-gestütztes Planungs- und Kontrollsystem stellt sicher, dass einheitliche risikopolitische Grundsätze implementiert, realisiert und eingehalten werden. Das integrierte, konzernweite Reportingsystem informiert die Entscheidungsträger über sämtliche risikorelevanten Daten und Sachverhalte.

Derivative Finanzinstrumente werden zum Zwecke der Sicherung der künftigen Zahlungsströme (Cashflow Hedging) gehalten. Bei den derivativen Finanzinstrumenten handelt es sich um zwei Zins-Swaps, die zur Absicherung von variabel verzinslichen Darlehen erworben wurden. Dadurch werden die zukünftigen variablen Zinszahlungen in fixe Zinszahlungen transformiert. Die Ermittlung des Marktwertes erfolgte anhand der mark-to-market-Methode.

Etwaige Risiken für das Unternehmen aus dem Halten von Zins-Swaps resultieren aus der Veränderung des Marktzinssatzes und daraus möglicherweise verbundenen Schwankungen des Marktwertes. Es existieren jedoch keine wesentlichen Bonitätsrisiken, da das Sicherungsgeschäft mit der finanzierenden Bank abgeschlossen wurde.

Das Risikomanagement ist somit ein integraler Bestandteil in der Unternehmensführung und ist in sämtliche Geschäftsprozesse eingebunden.

11.2 Umfeld- und Branchenrisiken

Das wirtschaftliche Umfeld wird unverändert durch eine fortschreitende Dynamisierung des Wettbewerbs und die Konsolidierung des Marktes, steigende Qualitätsanforderungen der Bewohner und Patienten sowie des Gesetzgebers geprägt. Darüber hinaus bestehen bundesweit Überkapazitäten in der Branche, wodurch das Auslastungsrisiko steigt.

Das gesetzlich vorgeschriebene Verhalten qualifizierter Mitarbeiter in den Einrichtungen kann zu einer zusätzlichen Erhöhung der Personalkosten führen, da qualifiziertes Personal immer mehr zum Engpassfaktor wird. Personalmaßnahmen zwecks Bindung der qualitativ hochwertigen Mitarbeiter an unser Unternehmen werden von uns forciert. Wir pflegen die kontinuierliche Aus-, Weiter- und Fortbildung unserer Mitarbeiter auch zur Umsetzung unserer Spezialkonzepte. Unsere Vergütungen sind überdurchschnittlich und wir bieten daneben zusätzliche Leistungsanreizsysteme.

Die Preise für Leistungen der Gruppe bilden sich nicht am freien Markt, sondern die Preisfindung ist gesetzlich geregelt. Der Konzern erzielt einen wesentlichen Teil seiner Erträge aus Leistungen an Mitglieder der gesetzlichen Pflegeversicherungen. Die Preise hängen somit insbesondere von der Finanzlage der Kostenträger (Pflegekassen, Sozialämter) ab. Der Konzern hat nur begrenzt Einfluss auf die Festsetzung der Preise. Diese Preise können durch Gesetzesänderungen zum Nachteil der Pflegeeinrichtungen geändert werden. Preisänderungen können gegebenenfalls nicht oder nicht vollständig durch Mehrleistungen und Einsparungen kompensiert werden. Preisanpassungen können auch erst nach längeren Zeiträumen erfolgen, so dass inflationsbedingt erhebliche Realwertverluste eintreten können. Dies kann erheblich nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

11.3 Leistungswirtschaftliche Risiken

Risiken im Rahmen der Pflege-, Behandlungs- und Betreuungsqualität wird durch kontinuierliche Weiterentwicklung und Schulung der Mitarbeiter auf der Grundlage neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden begegnet.

Die Durchführung von Angehörigenbefragungen und Prüfungen unseres Bereiches Zentrales Qualitätsmanagement in den Einrichtungen erlauben uns eine Beurteilung der erbrachten bzw. wahrgenommenen Qualität. Wir verfügen über konzernweite Qualitätsberichte, welche auf internen Prüfverfahren, die sich an den Prüfungsrichtlinien des MDK orientieren, sowie auf den Ergebnissen der Angehörigenbefragungen basieren. Darüber hinaus haben wir die Strukturen und Prozesse des Qualitätsmanagementsystems extern zertifizieren lassen. Bereits seit März 2009 sind alle Pflegeeinrichtungen sowie die Konzernzentrale mit ihren Tochtergesellschaften nach DIN EN ISO 9001:2008 zertifiziert.

Die Einführung eines konzerninternen Beschwerdemanagementsystems und die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Heimbeiräten der einzelnen Standorte sowie dem Konzernheimbeirat bewirken einen permanenten Verbesserungsprozess durch Aufnahme von Kundenwünschen.

11.4 Finanzwirtschaftliche Risiken

Das Management der Gesellschaft erstellt mindestens einmal jährlich einen ausführlichen Geschäftsplan. In diesen fließen die Ergebnisse der Steuerung und Bewertung unseres Unternehmensportfolios ein. Der Plan schließt zahlreiche Annahmen zu Pflegesätzen und Auslastung ein, die für das Erreichen der geplanten Umsätze Voraussetzung sind. Die

zukünftige Entwicklung kann jedoch von den getroffenen Annahmen abweichen. Es kann daher nicht garantiert werden, dass die Gesellschaft die für das Erreichen der finanziellen Ziele erforderlichen Umsätze erlöst.

Oberste Priorität hat für uns die Sicherung der Liquidität. Auf Basis ständiger Überwachung der Liquidität leiten wir die rollierende Liquiditätsplanung auf Tages-, Monats-, Quartals- und Jahresbasis ab. Die Marseille-Kliniken AG erwartet im Geschäftsjahr 2010/2011 einen positiven Cashflow aus betrieblicher Tätigkeit.

Vor dem Hintergrund einer durch die Finanzkrise veränderten Geschäftspolitik vieler Banken, insbesondere induziert durch strengere künftige Eigenkapitalanforderungen (Basel III), werden wir im Geschäftsjahr 2010/2011 die Passivseite unserer Bilanz umstrukturieren. Bis zum Ende des Geschäftsjahres werden wir die bestehenden Kontokorrentlinien über 10,5 Mio. € bei zwei Instituten in zwei Schritten zurückführen.

Die Gegenfinanzierung erfolgt durch Begebung einer Unternehmensanleihe über mindestens 10 Mio. €. Die Gesellschaft hat die Voraussetzungen geschaffen, um diese Kapitalmaßnahme im zweiten Quartal des Geschäftsjahres 2010/2011 abzuschließen. Die Anleihe soll eine Laufzeit von einem Jahr haben.

Darüber hinaus liegen Beschlüsse des Vorstandes vor, der Hauptversammlung die Schaffung eines genehmigten Kapitals vorzuschlagen, um daraus mit Zustimmung des Aufsichtsrates voraussichtlich im dritten Quartal des laufenden Geschäftsjahres eine Eigenkapitalerhöhung von bis zu 30 % durchzuführen. Der Großaktionär hat bereits signalisiert, diese Kapitalerhöhung pro rata zu zeichnen.

Zusätzliche Mittelzuflüsse von 3,0 Mio. € planen wir aus dem Verkauf von Stillstandsimmobilien.

Die Gesellschaft ist zudem in Vorbereitung weiterer Maßnahmen zur fristgerechten Prolongation oder Ablösung von kurzfristigen Finanzierungen. Ziel der Finanzstrategie der Marseille-Kliniken AG ist eine ausgewogene Finanzierung der Gesellschaft im kurz-, mittel- und langfristigen Bereich.

Wir gehen weiter davon aus, dass die hohen zum 30.06.2010 gebildeten Rückstellungen im Geschäftsjahr 2010/2011 mit ca. 3,0 Mio. € abgebaut werden. Gleiches haben wir für den Abbau von zum 30.06.2010 fälligen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen geplant.

Sollten wider Erwarten die von uns geplanten Maßnahmen zur Prolongation oder Ablösung von Krediten nicht oder nicht zeitgerecht erfolgreich umgesetzt werden, bestünde für die Marseille-Kliniken AG die Gefahr einer bestandsgefährdenden Liquiditätssituation.

Die Marseille-Kliniken AG und ihre Tochtergesellschaften haben mit verschiedenen Investoren in den Jahren 2004 bis 2008 mehrere Rahmenvereinbarungen anlässlich des Verkaufs und der Rückmietung von Senioren-Wohnparks und Pflegeheimen (sog. „Sale-and-Lease-Back“) geschlossen. Die Struktur der geschlossenen Rahmenvereinbarungen ist im Wesentlichen gleich: Die Objekte werden von der Gesellschaft oder von ihren Tochtergesellschaften an Dritte verkauft und diese vermieten die Senioren-Wohnparks und Pflegeheime an die Gesellschaft zurück. Die Rahmenvereinbarungen sehen hierbei ein per Vormerkung gesichertes Andienungs- bzw. Eintrittsrecht zugunsten der jeweiligen Gruppengesellschaft vor für den Fall, dass der jeweilige Eigentümer das Objekt verkaufen möchte. Am Ende der Mietzeit hat die Gesellschaft jeweils ein Ankaufsrecht. Die unter der jeweiligen Rahmenvereinbarung abgeschlossenen Kauf- und Mietverträge je verkauftem Grundstück bilden wie folgt eine rechtliche Einheit: Wird einer der beiden Verträge nicht wirksam, nicht durchgeführt oder rückabgewickelt, ist auch der andere Vertrag insgesamt nicht durchzuführen und rückabzuwickeln.

Die Gesellschaft hat sich jeweils gegenüber den Käufern verpflichtet, allen Verpflichtungen aus den Grundstückskaufverträgen vollumfänglich und fristgerecht nachzukommen. So begründet insbesondere der Verzug mit Mietzahlungen nicht nur die Möglichkeit der Kündigung des Mietvertrags, sondern auch des Rücktritts vom Kaufvertrag durch den jeweiligen Käufer und Vermieter des Grundstücks.

11.5 Rechtliche Risiken

Risiken aus Änderungen der Gesetzgebung in den sozialen Sicherungssystemen können für die Marseille-Kliniken AG eher als geringfügig eingestuft werden. Es werden zwar immer wieder neue Anläufe unternommen, durch gesetzliche Regelungen das Gesundheits- und Pflegesystem finanziell zu stabilisieren, doch die wirtschaftlichen Auswirkungen von Gesetzesänderungen werden aufgrund der politischen Rahmenbedingungen als sehr begrenzt angenommen. Die Föderalismusreform führt zur Differenzierung des Heimrechtes durch die einzelnen Bundesländer, wodurch die Komplexität erhöht wird.

Die Einführung der Pflegeversicherung wurde seinerzeit von allen gesellschaftlichen Gruppen als positiv angesehen. Die Mitte 2008 erfolgte Pflegeversicherungsreform ist bei Experten

umstritten, hat allerdings auch nicht zu einer Beeinträchtigung der für die Marseille-Kliniken AG komfortablen Risikoeinschätzung geführt.

Sollte der Gesetzgeber zukünftig bundesweite Rahmenbedingungen ändern, sind wir davon überzeugt, aufgrund unserer Ausrichtung auf den Kunden und die Wirtschaftlichkeit wie bisher unsere führende Position im Wettbewerb zu halten.

Zur Abdeckung von Risiken werden die Entscheidungen und die Gestaltung der Geschäftsprozesse generell auf eine umfassende rechtliche und steuerliche Beratung gestützt.

Einzelne Gesellschaften des Marseille-Kliniken Konzerns führen Aktiv- und Passivprozesse an verschiedenen Gerichtsstandorten. Hinsichtlich der laufenden Verfahren kann zur Sicherung der Informationen keine Detaildarstellung gegeben werden, da diese die Angriffs- und Verteidigungslinien in solche Verfahren beeinträchtigen würden. Insoweit werden nach dem heutigen Erkenntnisstand hinreichende Rückstellungen vorgenommen.

Für sonstige bestehende Prozessrisiken haben wir aus unserer Sicht ausreichende Rückstellungen gebildet, so dass damit sämtliche aktuell bestehenden Risiken aus Prozessen aus unserer Sicht zutreffend abgebildet sind.

Eine Inanspruchnahme aus gegebenen Patronatserklärungen wird als gering eingeschätzt.

11.6 Sonstige Risiken

Die Energieträger Wasser, Strom, Gas und Öl werden strikt verbrauchsorientiert eingesetzt. In den Wäschereien werden Spezialmaschinen und umweltschonende Waschmittel eingesetzt. Die Spülmaschinentaktung ist bedarfsoptimiert und minimiert den Einsatz von Ressourcen.

Daher sehen wir uns auch bei weiteren Preissteigerungen, beispielsweise im Energiesektor, gut aufgestellt, um uns erfolgreich im Wettbewerb zu behaupten.

11.7 Risikosituation und strategische Risiken des Konzerns

Die aktiven Rehabilitationskliniken wurden im Berichtsjahr veräußert. Somit sind keine Risiken aus dem operativen Geschäft dieser Gesellschaften mehr zu erwarten. Das vor Verkauf von den Rehabilitationskliniken genutzte und bilanzierte Immobilienvermögen wurde nicht mit veräußert. Es handelt sich dabei um die Immobilien in Zell am Harmersbach und Bad Herrenalb. Diese

werden für die nächsten 22 Jahre zu marktüblichen Mieten an die jeweilige Rehabilitationsklinik vermietet.

Wir beabsichtigen weiterhin, die drei Reha-Stillstandsstandorte Reinerzau, Bad Oeynhausen und Blankenburg mit einem Buchwert von insgesamt 7,4 Mio. € (Vorjahr: 12,6 Mio. €) zu veräußern. Die außerplanmäßigen Abwertungen in Höhe von 4,9 Mio. € wurden vorgenommen, da wir nach zahlreichen Verkaufsbemühungen davon ausgehen müssen, die ursprünglichen Buchwerte beim Verkauf nicht erlösen zu können. Auf die Immobilie in Waldkirch am Kandel (Buchwert 1,8 Mio. €) wurde eine Abwertung entsprechend der erwarteten Wirtschaftlichkeit des Standortes in Höhe von 2,3 Mio. € vorgenommen.

Wir haben die Managementebene zur Optimierung der operativen Steuerung des Segments Pflege reorganisiert. Dabei wurden acht Regionen definiert, die jeweils von einem Regionalleiter geführt werden. Dies ist verbunden mit der Stärkung von Entscheidungskompetenzen und Verantwortlichkeiten der Einrichtungen selbst. Damit wollen wir einem möglichen Belegungsrückgang in unseren Pflegeeinrichtungen begegnen.

Weiterhin haben wir den Spezialisierungsgrad auf altersbedingte Krankheitsbilder in unseren Einrichtungen weiter ausgebaut, um der Nachfragesituation besser zu entsprechen und damit die Belegungen in unseren Häusern zu erhöhen. Eine über alle Bestandshäuser durchgängig sehr hohe Auslastung bleibt dabei immer unser Ziel.

Es besteht jedoch immer das Risiko, dass einige Standorte temporär niedriger belegt sind als geplant. Unser Standort in Hamburg, Angerstraße, hat trotz Kooperation mit dem Marienkrankenhaus sowie den eingeführten Spezialisierungen noch nicht das gewünschte Ergebnis erreicht. Die Belegung ist von 70,5 % im Vorjahresdurchschnitt auf 75,9 % im Berichtsjahr gestiegen. Um den Standort weiter zu stärken, wird die Einrichtung künftig von einem erfahrenen Regionalleiter direkt betreut. Weitere Anstrengungen sind notwendig, um die Vermarktung und die Kostensituation so zu verbessern, dass die geplanten Umsätze und Ergebnisse realisiert werden. Unsere Einrichtung in Berlin, das Pflegehaus Kreuzberg (ehemals Türk Bakim Evi), haben wir aufgrund der anhaltend schwachen Auslastung (2009: 34,3 %; 2010: 37,8 %) als internationales Pflegehaus neu positioniert. Wir arbeiten zusammen mit unseren weiteren Einrichtungen im Berliner Raum an Spezialkonzepten zur nachhaltigen Steigerung der Belegung für dieses Haus.

Künftiges Kapazitätswachstum planen wir nicht mehr im stationären Bereich mit all den vorgenannten möglichen Risiken, sondern allenfalls im Bereich der ambulanten Pflegebetriebe im Betreuten Wohnen.

Im Hinblick auf die Profitabilität des Gesamtkonzerns ist neben der Expansion auch die Kostenstruktur von Bedeutung. Eine überdurchschnittlich gute Belegung im Pflegebereich bestimmt zwar weiterhin den Zielschwerpunkt, jedoch wissen wir, dass ein strafferes Kostenmanagement notwendig ist, um vorgenannte Umsatzrisiken aufzufangen und den Konzern dauerhaft profitabel auszurichten.

11.8 Rechnungslegungsbezogenes Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem

Zu den Aufgaben eines rechnungslegungsbezogenen IKS bzw. RMS gemäß § 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB zählen in erster Linie die Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Geschäftstätigkeit, die Gewährleistung einer ordnungsgemäßen internen und externen Rechnungslegung sowie die Sicherstellung der Einhaltung von für das Unternehmen maßgeblichen gesetzlichen und rechtlichen Vorschriften.

Der Marseille-Kliniken Konzern verfügt über ein internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den (Konzern-) Rechnungslegungsprozess, in dem geeignete Strukturen sowie Prozesse definiert und in der Organisation umgesetzt sind. Dies ist so konzipiert, dass eine zeitnahe, einheitliche und korrekte buchhalterische Erfassung aller geschäftlichen Prozesse bzw. Transaktionen gewährleistet ist und die Einhaltung der gesetzlichen Normen und der Rechnungslegungsvorschriften sichergestellt werden.

Änderungen der Gesetze, Rechnungslegungsstandards und andere Verlautbarungen werden fortlaufend bezüglich der Relevanz und Auswirkungen auf den Konzernabschluss analysiert und die daraus resultierenden Änderungen in den konzerninternen Systemen angepasst.

Grundlagen des internen Kontrollsystems sind neben definierten Kontrollmechanismen, z. B. systemtechnische und manuelle Abstimmprozesse, die Trennung von Funktionen sowie die Einhaltung von Richtlinien und Arbeitsanweisungen. Die Steuerung des Prozesses der Konzernrechnungslegung erfolgt bei den Marseille-Kliniken durch die Zentralbereiche Konzernbilanzen und Steuern sowie Controlling und Berichtswesen.

Die Datess Gesellschaft für Datendienste GmbH, eine Konzerngesellschaft, erstellt für die Konzerngesellschaften die Einzelabschlüsse und übermittelt sie über ein konzernweit einheitlich definiertes Datenmodell. Der Zwischenabschluss unserer Auslandsgesellschaft wird durch ein externes Buchhaltungsbüro erstellt und unter Beachtung derselben Grundsätze übermittelt. Die

Konzerngesellschaften sind für die Einhaltung der konzernweit gültigen Verfahren sowie den ordnungsgemäßen und zeitgerechten Ablauf ihrer rechnungslegungsbezogenen Prozesse und Systeme verantwortlich. Die in den Konzernrechnungslegungsprozess involvierten Mitarbeiter werden dazu regelmäßig geschult.

Im gesamten Rechnungslegungsprozess werden zudem zentrale Ansprechpartner eingesetzt. Im Rahmen des Rechnungslegungsprozesses sind Maßnahmen implementiert, die die Regelungskonformität des Konzernabschlusses sicherstellen sollen. Dabei dienen die Maßnahmen der Identifikation und Bewertung der Risiken sowie der Begrenzung erkannter Risiken und deren Überprüfung. Beispielsweise werden wesentliche neu eingegangene Vertragsbeziehungen systematisch erfasst und analysiert.

Auf Basis der Daten der in den Konsolidierungskreis einbezogenen Tochterunternehmen werden die konsolidierten Rechenwerke zentral, in der VDSE Verwaltungsdienstleister sozialer Einrichtungen GmbH (im Folgenden: VDSE GmbH), einer Konzerntochtergesellschaft der Marseille-Kliniken AG, erstellt. Die Konsolidierungsmaßnahmen, bestimmte Abstimmarbeiten und die Überwachung der zeitlichen und prozessualen Vorgaben erfolgen durch die Abteilung Konzernbilanzen und Steuern. Systemtechnische Kontrollen werden durch die Mitarbeiter überwacht und durch manuelle Prüfungen ergänzt. Grundsätzlich gibt es auf jeder Ebene zumindest ein Vier-Augenprinzip. Im gesamten Rechnungslegungsprozess müssen bestimmte Freigabeprozesse durchlaufen werden. In ihrer Funktion nimmt die Marseille-Kliniken AG zentrale Steuerungsaufgaben wahr; die VDSE GmbH, übernimmt die Aufgaben auf dem Gebiet der Rechnungslegung bzw. Konzernrechnungslegung. Dabei handelt es sich unter anderem um die Konsolidierung der Zahlen, die Bilanzierung von Pensionsrückstellungen und die Prüfung der Werthaltigkeit bilanzierter Firmenwerte und Beteiligungen. Der VDSE GmbH sind Aufgaben zugeordnet, die die Verwaltung und Überwachung von Finanzinstrumenten, den Zahlungsverkehr, die Geldanlagen und die Konzernabrechnungen betreffen.

Das Risiko der Finanzberichterstattung besteht darin, dass Jahres- und Zwischenabschlüsse Falschdarstellungen enthalten könnten, die möglicherweise wesentlichen Einfluss auf die Entscheidungen ihrer Adressaten haben. Unser rechnungslegungsbezogenes internes Kontrollsystem (IKS) zielt darauf ab, mögliche Fehlerquellen zu identifizieren und die daraus resultierenden Risiken zu begrenzen. Es erstreckt sich auf die Finanzberichterstattung im gesamten Marseille-Kliniken Konzern, um mit hinreichender Sicherheit zu gewährleisten, dass ein den gesetzlichen Vorschriften entsprechender Jahres- und Konzernabschluss erstellt wird. Grundsätzlich ist zu berücksichtigen, dass ein internes Kontrollsystem, unabhängig von der Ausgestaltung, keine absolute Sicherheit dafür liefert, dass wesentliche Fehlaussagen in der Rechnungslegung vermieden oder aufgedeckt werden.

Die Ausgestaltung des rechnungslegungsbezogenen IKS ergibt sich aus der Organisation unseres Rechnungslegungs- und Finanzberichterstattungsprozesses. Eine der Kernfunktionen dieses Prozesses ist die Steuerung des Gesamtkonzerns und seiner operativen Einheiten. Ausgangspunkt sind dabei die Zielvorgaben des Vorstands der Marseille-Kliniken AG. Aus ihnen und aus unseren Erwartungen hinsichtlich der operativen Entwicklung erarbeiten wir einmal im Jahr unsere Mittelfristplanung. Diese umfasst Budgetwerte für das jeweils bevorstehende Geschäftsjahr und Planzahlen für die Folgejahre. Für laufende Geschäftsjahre erstellen wir Prognosen, die am Budget anknüpfen. Der Vorstand der Marseille-Kliniken AG und Entscheidungsträger der wichtigsten Tochtergesellschaften kommen regelmäßig zusammen, um Quartals- und Jahresabschlüsse auszuwerten und die Prognosen zu aktualisieren.

Im Rahmen der externen Berichterstattung leisten die Mitglieder des Vorstands der Marseille-Kliniken AG zum Gesamtjahr einen Bilanzeid und unterzeichnen die Versicherung der gesetzlichen Vertreter. Sie bestätigen damit, dass die vorgeschriebenen Rechnungslegungsstandards und die Bilanzierungsrichtlinien des Marseille-Kliniken Konzerns eingehalten wurden und dass die Zahlen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermitteln.

12 Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres 2009/2010 sind mit Ausnahme der hier erläuterten Punkte keine wesentlichen Ereignisse eingetreten, die das im vorliegenden Konzernabschluss vermittelte Bild der Lage des Konzerns beeinflussen und somit wesentliche Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf der Marseille-Kliniken AG oder des Konzerns haben können.

Der Seniorenwohnpark Montabaur hat auch im abgelaufenen Geschäftsjahr hohe Verluste verursacht, was uns zur Aufnahme von Verkaufsgesprächen veranlasst hat. Der Betriebsübergang an einen neuen Betreiber ist zum 01.10.2010 erfolgt. Dadurch wird uns in Zukunft der Standort im Ergebnis nicht mehr belasten. Sollten andere Einrichtungen, die wie Montabaur schon lange in unserem Bestand sind, trotz weiterer Anstrengungen in der Vermarktung nachhaltig Verluste schreiben, so muss auch für diese Einrichtungen rechtzeitig eine andere Lösung herbeigeführt werden.

Wir haben in den ersten Monaten des Geschäftsjahres 2010/2011 damit begonnen, die Passivseite unserer Bilanz umzustrukturieren. Wir planen, eine Unternehmensanleihe über mindestens 10 Mio. € zu begeben zur Durchführung von Modernisierungsmaßnahmen in den Einrichtungen, zur Finanzierung von Wachstum im Bereich Betreutes Wohnen und zur Stärkung

der Unabhängigkeit von Bankenfinanzierungen. Die Gesellschaft hat die Voraussetzungen dafür geschaffen, diese Kapitalmaßnahme im zweiten Quartal des Geschäftsjahres 2010/2011 abzuschließen.

Darüber hinaus liegen Beschlüsse des Vorstandes vor, der Hauptversammlung die Schaffung eines genehmigten Kapitals vorzuschlagen, um daraus mit Zustimmung des Aufsichtsrates voraussichtlich im dritten Quartal des Geschäftsjahres 2010/2011 eine Eigenkapitalerhöhung von bis zu 30 % durchzuführen. Der Großaktionär hat bereits signalisiert, diese Kapitalerhöhung pro rata zu zeichnen. Weitere Maßnahmen im Hinblick auf eine ausgewogene Finanzierung in kurz-, mittel- und langfristigen Bereich werden folgen.

13 Vergütungsbericht

Die Vergütung der Mitglieder des Vorstands setzt sich aus fixen (Festgehalt) und variablen Komponenten (Tantieme) zusammen. Die variablen Vergütungskomponenten sind erfolgsbezogen und orientieren sich am Unternehmenserfolg.

Die Gesamtbezüge der im Geschäftsjahr 2009/2010 bestellten Vorstandsmitglieder sind im Anhang bzw. den Notes zum Jahres- und Konzernabschluss aufgeführt.

14 Corporate Governance (Entsprechenserklärung, Bericht des Vorstandes über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen, Angabepflichten gemäß § 315 Abs. 4 HGB)

Der Vorstand hat entsprechend § 312 AktG für das Geschäftsjahr 2009/2010 einen Bericht über Beziehungen zu allen verbundenen Unternehmen aufgestellt. Der Bericht wurde gemäß § 313 AktG dem Abschlussprüfer zur Prüfung vorgelegt. Der Bericht endet mit folgender Erklärung des Vorstandes:

„Der Vorstand der Marseille-Kliniken AG erklärt, dass die Marseille-Kliniken AG, Berlin, bei den im Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften und Maßnahmen nach den Umständen, die ihm im Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen oder die Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, bekannt waren, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten hat und dadurch, dass Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, nicht benachteiligt worden ist“.

Die Abschlussprüfer haben gegen den Bericht keine Einwendungen erhoben.

Angabepflichten gemäß § 315 Abs. 4 HGB

Gezeichnetes Kapital

Das voll eingezahlte Grundkapital der Gesellschaft beträgt zum 30. Juni 2010 31.100.000,00 € und ist in 24.300.000 (vor Aktiensplitt: 12.150.000) Stück nennwertlose Stammstückaktien mit einem rechnerischen Anteil von je 1,28 Euro (vor Aktiensplitt: 2,56 Euro) aufgeteilt. Die börsentechnische Umsetzung des Aktiensplitts ist bisher nicht erfolgt.

Direkte oder indirekte Beteiligungen

Beteiligungen (auch mittelbare über Zurechnungen gemäß §§ 21, 22 WpHG), die 10 % der Stimmrechte der Gesellschaft überschreiten, werden von der Familie Marseille gehalten.

Inhaber von Aktien mit Sonderrechten

Es bestehen keine Aktien mit Sonderrechten.

Art der Stimmrechtskontrolle im Falle von Arbeitnehmerbeteiligungen

Es gibt keine Arbeitnehmer, die an der Gesellschaft beteiligt sind.

Gesetzliche Vorschriften und Satzungsbestimmungen über die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern und über die Änderung der Satzung

Mitglieder des Vorstands werden gemäß §§ 84, 85 AktG bestellt und abberufen. Satzungsänderungen erfolgen gemäß §§ 133, 179 AktG. Bestimmungen der Satzung der Gesellschaft, die diese Punkte betreffen, finden sich in der Satzung.

Befugnisse des Vorstands zur Ausgabe und zum Rückkauf von Aktien

Auf der Hauptversammlung am 18. Dezember 2009 wurde die auf der Hauptversammlung vom 12. Dezember 2008 beschlossene Ermächtigung des Vorstands zum Erwerb eigener Aktien aufgehoben und der Vorstand zum Erwerb eigener Aktien ermächtigt. Die Ermächtigung ist bis zum 18. Dezember 2014 sowie auf maximal 10 % des derzeitigen Grundkapitals beschränkt. Die Ermächtigung erfolgte vor dem Hintergrund, schnell, flexibel und kostengünstig bei Erwerben von Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen handeln zu können.

Zusammensetzung des gezeichneten Kapitals

Die Hauptversammlung am 12. Dezember 2008 hat die Neustückelung des Grundkapitals mit einem Aktiensplitt von ursprünglich 12.150.000 Stückaktien auf 24.300.000 Stückaktien und die Änderung der Satzung beschlossen, die in § 4 Ziffer 1 neu gefasst wurde. Die Satzungsänderung wurde am 5. Februar 2009 im Handelsregister eingetragen. Der börsentechnische Vollzug des Aktiensplitts ist bisher noch nicht erfolgt. Vorstand und Aufsichtsrat werden der kommenden Hauptversammlung vorschlagen, diesen Aktiensplitt zurückzunehmen.

Zum 30.06.2010 betrug das gezeichnete Kapital der Marseille-Kliniken AG €31.100.000,00, eingeteilt in 24.300.000 Stückaktien, die auf den Inhaber lauten. Die Aktien sind voll eingezahlt. Jede Aktie gewährt eine Stimme.

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen

Die Aktien der Marseille-Kliniken AG sind nicht vinkuliert. Uns sind auch keine sonstigen Beschränkungen, die die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, bekannt.

Beteiligungen am Kapital, die mehr als 10 % der Stimmrechte überschreiten

Der Gründungsaktionär und Aufsichtsratsvorsitzende/Vorstandsvorsitzende (bis/ab 5. März 2010) Herr Ulrich Marseille und seine Ehefrau Estella-Maria Marseille halten ca. 60 % am Grundkapital der Marseille-Kliniken AG. Nach dem Wertpapierhandelsgesetz muss jeder Anleger, der durch Erwerb, Veräußerung oder in sonstiger Weise bestimmte Stimmrechte erreicht, überschreitet oder unterschreitet, dies uns und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht anzeigen. Der niedrigste Schwellenwert für diese Anzeigepflicht liegt bei 3 %. Uns sind hiernach keine weiteren direkten oder indirekten Beteiligungen am Kapital bekannt, die 10 % der Stimmrechte überschreiten.

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen

Kein Aktionär der Marseille-Kliniken AG ist durch deren Satzung ermächtigt, Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden. Auch im Übrigen wurden Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, nicht ausgegeben.

Art der Stimmrechtskontrolle, wenn Arbeitnehmer am Kapital beteiligt sind und ihre Kontrollrechte nicht unmittelbar ausüben

Sofern Arbeitnehmer Aktien der Marseille-Kliniken AG halten, üben sie ihre Kontrollrechte wie andere Aktionäre unmittelbar nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften und der Satzung aus. Es existieren keine Stimmrechtsbeschränkungen für Aktien der Marseille-Kliniken AG, die von deren Arbeitnehmern gehalten werden.

Bestimmungen über die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern

Gemäß der Satzung der Marseille-Kliniken AG besteht der Vorstand aus einem oder mehreren Mitgliedern, deren Zahl vom Aufsichtsrat bestimmt wird und die gemäß § 84 AktG durch den Aufsichtsrat für jeweils höchstens fünf Jahre bestellt werden. Der Aufsichtsrat kann ein Vorstandsmitglied zum Vorsitzenden des Vorstandes bestimmen, wenn der Vorstand aus mehreren Vorstandsmitgliedern besteht. Er kann auch stellvertretende Vorstandsmitglieder bestellen. Die Bestellung des Vorstandes bedarf der einfachen Mehrheit der Stimmen des Aufsichtsrates. Im Falle der Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Aufsichtsratsvorsitzenden der betreffenden Sitzung. Die Bestellung zum Vorstand kann gemäß § 84 AktG durch den Aufsichtsrat widerrufen werden, wenn in Bezug auf das Vorstandsmitglied ein wichtiger Grund vorliegt. Fehlt ein erforderliches Vorstandsmitglied, so hat in dringenden Fällen das Gericht gemäß § 85 AktG auf Antrag eines Beteiligten das Mitglied zu bestellen.

Bestimmungen über die Änderung der Satzung

Jede Satzungsänderung bedarf eines Beschlusses der Hauptversammlung (§ 179 AktG). Dem Aufsichtsrat ist gemäß § 9 der Satzung i.V. mit § 179 AktG die Befugnis eingeräumt, Änderungen und Ergänzungen der Satzung zu beschließen, die nur die Fassung betreffen. Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden, soweit das Gesetz nicht zwingend etwas anderes vorschreibt, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen und soweit eine Kapitalerhöhung erforderlich ist, mit einfacher Kapitalmehrheit gefasst (§ 15 Absatz 2). Satzungsänderungen werden gemäß § 181 Absatz 3 AktG mit der Eintragung in das Handelsregister wirksam.

Befugnisse des Vorstandes, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen

Nach § 4 der Satzung der Marseille-Kliniken AG ist der Vorstand ermächtigt, deren Grundkapital bis zum 11. Dezember 2013 mit Zustimmung des Aufsichtsrates durch Ausgabe von neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlage einmalig oder mehrmalig

um bis zu insgesamt 3,11 Mio. € zu erhöhen (genehmigtes Kapital). Den Aktionären ist dabei grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Die neuen Aktien können auch von einem oder mehreren durch den Vorstand bestimmten Kreditinstituten mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären anzubieten (mittelbares Bezugsrecht). Der Vorstand ist ferner mit Zustimmung des Aufsichtsrates berechtigt, den weiteren Inhalt der Aktienrechte, die Einzelheiten der Kapitalerhöhung sowie die Bedingungen der Ausgabe, insbesondere den Ausgabebetrag, festzulegen. Weiterhin ist er ermächtigt das Bezugsrecht der Aktionäre in bestimmten Fällen auszuschließen. Die näheren Einzelheiten ergeben sich aus § 4 Absatz 5/6/7 der Satzung.

Auf der Hauptversammlung am 18. Dezember 2009 wurde der Vorstand zum Erwerb und zur Veräußerung eigener Aktien unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre ermächtigt. Die Ermächtigung ist auf 5 Jahre bis zum 18. Dezember 2014 sowie auf maximal 10 % des Grundkapitals beschränkt. Die zeitliche Befristung gilt für den Zeitpunkt des Erwerbes, nicht jedoch auch für das Halten der Aktien über diesen Zeitpunkt hinaus. Der Erwerb zum Zwecke des Handelns mit eigenen Aktien und zur kontinuierlichen Kurspflege ist ausgeschlossen. Die Ermächtigung kann ganz oder in Teilbeträgen, einmal oder mehrmals ausgeübt werden, auch durch Konzernunternehmen oder für ihre oder deren Rechnung handelnde Dritte. Der Erwerb erfolgt über die Börse oder über ein öffentliches Kaufangebot. Erfolgt der Erwerb der Aktien über die Börse, darf der von der Gesellschaft gezahlte Gegenwert je Aktie (ohne Erwerbsnebenkosten) den durchschnittlichen Börsenkurs der Aktien der Gesellschaft in der Xetra-Schlussauktion (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Frankfurter Wertpapierbörse während der letzten fünf Börsentage vor dem Erwerb der Aktien um nicht mehr als 10 % über- oder unterschreiten. Erfolgt der Erwerb über ein an alle Aktionäre gerichtetes öffentliches Kaufangebot bzw. eine öffentliche Aufforderung zur Abgabe eines solchen Angebots, dürfen der gebotene Kaufpreis oder die Grenzwerte der Kaufpreisspanne je Aktie (ohne Erwerbsnebenkosten) den durchschnittlichen Börsenkurs der Aktien der Gesellschaft in der Xetra-Schlussauktion (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) während der letzten fünf Börsentage vor dem Tag der öffentlichen Ankündigung des Angebots bzw. der öffentlichen Aufforderung zur Abgabe eines Kaufangebotes um nicht mehr als 15 % über- oder unterschreiten. Ergeben sich nach Veröffentlichung eines öffentlichen Angebotes bzw. der öffentlichen Aufforderung zur Abgabe eines Kaufangebotes erhebliche Abweichungen des maßgeblichen Kurses, so kann das Angebot bzw. die Aufforderung zur Abgabe eines solchen Angebots angepasst werden. In diesem Fall wird auf den durchschnittlichen Börsenkurs der Aktien der Gesellschaft in der Xetra-Schlussauktion (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) während der letzten fünf Börsentage vor dem Tag der öffentlichen Ankündigung einer etwaigen Anpassung abgestellt. Sollte das Angebot überzeichnet sein bzw.

im Fall einer Aufforderung zur Abgabe eines solchen Angebots von mehreren gleichwertigen Angeboten nicht sämtlich angenommen werden, muss die Annahme nach Quoten erfolgen. Eine bevorrechtigte Annahme geringer Stückzahlen bis zu 100 Stück angedienter Aktien je Aktionär kann vorgesehen werden. Das öffentliche Angebot bzw. die Aufforderung zur Abgabe eines solchen Angebots kann weitere Bedingungen vorsehen.

Der Vorstand wurde ermächtigt, Aktien der Gesellschaft, die aufgrund vorstehender Ermächtigung erworben werden, mit Zustimmung des Aufsichtsrates, unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre, in anderer Weise als über die Börse oder durch Angebot an alle Aktionäre wieder zu veräußern, und zwar wenn der bar zu zahlende Veräußerungspreis den Börsenpreis der Aktien nicht wesentlich unterschreitet. Die Anzahl der in dieser Weise veräußerten Aktien darf zusammen mit der Anzahl der neuen Aktien, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung aus genehmigtem Kapital nach Bezugsrechtsausschluss nach § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegeben werden, und der Anzahl der Aktien, die durch die Ausübung (etwaiger) Options- und/oder Wandlungsrechte oder die Erfüllung von Wandlungspflichten aus Options- und/oder Wandlungsrechten und/oder Genussrechten entstehen könnten, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Bezugsrechtsausschluss nach § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegeben werden, 10 % des Grundkapitals weder im Zeitpunkt des Wirksamwerdens noch im Zeitpunkt der Ausübung dieser Ermächtigung überschreiten oder als Gegenleistung an Dritte im Rahmen des Erwerbs von oder des Zusammenschlusses mit Unternehmen oder des Erwerbs von Beteiligungen an Unternehmen.

Der Vorstand wurde ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates Aktien, die aufgrund der vorgenannten Ermächtigung erworben werden, ganz oder in Teilen einzuziehen, ohne dass die Einziehung oder ihre Durchführung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf. Durch die Einziehung erhöht sich der Anteil der übrigen Aktien am Grundkapital. Der Vorstand kann abweichend hiervon bestimmen, dass das Grundkapital nicht herabgesetzt wird, sondern sich der Anteil der übrigen Aktien gemäß § 8 Abs. 3 AktG erhöht. Der Vorstand ist in diesem Fall ermächtigt, die Angabe der Zahl der Aktien in der Satzung anzupassen.

Sämtliche vorbezeichneten Ermächtigungen können ganz oder in Teilbeträgen, einmal oder mehrmals, in Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke durch die Gesellschaft ausgeübt werden. Die Ermächtigungen – mit Ausnahme der Ermächtigung zur Einziehung der eigenen Aktien – können auch durch Dritte für Rechnung der Gesellschaft ausgeübt werden.

Die Satzung enthält keine Bestimmung, die den Vorstand ermächtigt – etwa im Fall einer Übernahmesituation –, Aktien zurückzukaufen.

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen

Es bestehen keine wesentlichen Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebotes stehen.

Entschädigungsvereinbarungen für den Fall eines Übernahmeangebots

Es bestehen keine Vereinbarungen mit den Mitgliedern des Vorstandes zur Entschädigung im Falle eines Kontrollwechsels. Ebenso gibt es keine entsprechenden Vereinbarungen mit Mitarbeitern.

15 Prognosebericht

Die Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise scheinen in Deutschland inzwischen weitestgehend überwunden zu sein. Deutschland ist derzeit der Wachstumsmotor der europäischen Wirtschaft. Die Prognosen gehen für das Jahr 2010 von einem Anstieg der Wirtschaftsleistung um 3,5% aus. Dabei wird der Export als Impulsgeber zunehmend durch eine Belebung der Binnennachfrage abgelöst. Die Investitionen liefern hier den stärksten Wachstumsbeitrag. Der robuste Arbeitsmarkt und sogar verbesserte Beschäftigungsaussichten unterstützen die Konsumausgaben der privaten Haushalte. Für das Jahr 2011 gehen die führenden wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute davon aus, dass die deutsche Wirtschaft dem globalen Konjunkturmuster folgen und um voraussichtlich 2,1 Prozent wachsen wird. Die Lage am Arbeitsmarkt wird sich voraussichtlich ebenfalls weiter positiv entwickeln und die Zahl der Arbeitslosen erstmals seit fast zwanzig Jahren unter die Drei-Millionen-Marke sinken.

Allerdings kommt der nachhaltigen Stabilisierung des Bankensektors eine entscheidende Rolle für die weitere konjunkturelle Entwicklung zu. Insbesondere die Kreditvergabepolitik muss sich verstetigen. Entlastungen werden sich für die Unternehmen durch den derzeit geringen Inflationsdruck und durch die Niedrigzinspolitik der EZB ergeben.

Bedingt durch die weitere demographische Entwicklung ist der Pflegemarkt von diesen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen weitestgehend unabhängig. Die alternde Gesellschaft sorgt in den stationären Versorgungsbereichen für eine wachsende Nachfrage. Dieser Nachfrage steht jedoch in den Alt-Bundesländern eine über die letzten Jahren geschaffene aktuelle Überkapazität gegenüber. Dadurch entwickelte sich bei der Belegung der

Pflegeheime ein deutlicher Wettbewerbsdruck. Unser Unternehmen ist aufgrund seiner Ausrichtung auf die neuen Bundesländer von dieser Entwicklung allerdings nur in geringerem Umfang betroffen. Dagegen erwarten wir eine weitere Zunahme des Konsolidierungsdrucks, der zum einen durch die schärferen Qualitätskontrollen der Behörden und zum anderen durch die Einführung des Mindestlohnes verursacht wird. Viele Betreiber ohne entsprechend effiziente Systeme werden diesen Anforderungen nur durch eine deutliche Ausweitung ihrer Struktur- und Personalkosten gerecht werden können. In der Vergangenheit haben viele Betreiber die in der Höhe nunmehr vorgegebenen Mindestlöhne für Hilfskräfte nicht gezahlt. Die höheren Kosten können bei einem laut RWI (Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung) durchschnittlichen Nachsteuerergebnis von 2 % vom Umsatz nicht mehr ohne Gegenfinanzierung über Pflegesatzerhöhungen erwirtschaftet werden. Pflegesatzerhöhungen sind jedoch aufgrund der finanziellen Lage der Pflegekassen und der Wettbewerbsintensität nur gegen erheblichen Widerstand durchzusetzen.

Für das Geschäftsjahr 2010/2011 erwarten wir einen Anstieg des Konzern EBIT auf 6,8 Mio. €. Das abgelaufene Geschäftsjahr 2009/2010, als auch das kommende Geschäftsjahr 2010/2011 sind sowohl im Personal- als auch im Sachkostenbereich noch geprägt von umfangreichen Strukturanpassungsmaßnahmen. Insgesamt werden hier Kosteneinsparungen von rund 10,0 Mio. € erwartet, die im Geschäftsjahr 2011/2012 erstmals vollständig greifen werden. Für das Geschäftsjahr 2011/2012 erwarten wir ein Konzern EBIT von rund 13,0 Mio. €. Die Umsatz und Ergebnisentwicklung in den ersten drei Monaten des Geschäftsjahres 2010/2011 bestätigen unsere Erwartungen.

Für die Marseille-Kliniken AG erwarten wir für das Geschäftsjahr 2010/2011 und für das Geschäftsjahr 2011/2012 jeweils ein Umsatzniveau auf Höhe des Vorjahres sowie ein deutlich verbessertes Ergebnis ohne gravierende Sondereffekte.

Nach dem Verkauf der Rehabilitationseinrichtungen im abgelaufenen Geschäftsjahr wird die Optimierung unseres Kerngeschäftes Pflege und die Restrukturierung der Finanzierung den strategischen Schwerpunkt für das laufende Geschäftsjahr bilden.

Natürgemäß können Abweichungen zwischen den von uns erwarteten und den tatsächlichen Ergebnissen eintreten. Wir erwarten jedoch, dass sich diese Abweichungen in Grenzen halten.

Berlin, den 26. November 2010

Der Vorstand

<u>Passiva</u>	Stand am 30.6.2010 EUR	Stand am 30.6.2009 EUR
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	31.100.000,00	31.100.000,00
II. Kapitalrücklage	0,00	15.887.038,24
III. Gewinnrücklagen		
1. Gesetzliche Rücklage	207.073,21	207.073,21
2. Rücklage für eigene Anteile	441.721,50	486.105,00
	<u>648.794,71</u>	<u>693.178,21</u>
IV. Bilanzverlust (Vj. Bilanzgewinn)	-311.136,05	1.319.735,72
	<u>31.437.658,66</u>	<u>48.999.952,17</u>
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse für Grundstücke und Bauten gemäß gesondertem Förderbescheid		
	<u>1.849.598,42</u>	<u>1.907.373,50</u>
C. Sonderposten mit Rücklageanteil nach § 6b EStG		
	<u>0,00</u>	<u>350.000,00</u>
D. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	453.056,00	471.023,00
2. Steuerrückstellungen	5.404.084,87	7.898.251,19
3. Sonstige Rückstellungen	5.668.153,76	2.770.078,32
	<u>11.525.294,63</u>	<u>11.139.352,51</u>
E. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	28.175.324,79	46.786.064,72
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.616.672,85	2.209.812,66
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	89.346.814,97	77.618.372,90
4. Sonstige Verbindlichkeiten	4.962.783,68	3.123.801,91
- davon aus Steuern: EUR 279.674,67 (Vorjahr: EUR 213.982,26)		
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 188.407,46 (Vorjahr: EUR 135.970,06)		
	<u>124.101.596,29</u>	<u>129.738.052,19</u>
F. Rechnungsabgrenzungsposten		
	356.296,02	460.423,26
	<u>169.270.444,02</u>	<u>192.595.153,63</u>

Gewinn- und Verlustrechnung der
Marseille-Kliniken Aktiengesellschaft, Berlin,
für die Zeit vom 1. Juli 2009 bis zum 30. Juni 2010

	2009/2010 EUR	2008/2009 EUR
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
1. Umsatzerlöse	15.928.531,75	16.890.644,77
2. Sonstige betriebliche Erträge	29.551.730,75	24.901.955,79
- davon Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil: EUR 350.000,00 (Vj. EUR 1.563.992,14)		
	<u>45.480.262,50</u>	<u>41.792.600,56</u>
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebs- stoffe und für bezogene Waren	1.342.484,91	2.191.543,31
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.666.441,30	3.275.497,38
	<u>4.008.926,21</u>	<u>5.467.040,69</u>
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	7.851.034,63	7.891.151,52
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	3.234.001,45	1.612.472,89
- davon für Altersversorgung: EUR 1.900.824,36 (Vj. EUR 253.866,43)		
	<u>11.085.036,08</u>	<u>9.503.624,41</u>
5. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	3.847.606,54	825.259,12
b) auf Vermögensgegenstände des Umlauf- vermögens, soweit diese die in der Kapital- gesellschaft üblichen Abschreibungen überschreiten	18.681.642,13	2.481.902,29
	<u>22.529.248,67</u>	<u>3.307.161,41</u>
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	35.861.599,58	33.535.097,37
	<u>-28.004.548,04</u>	<u>-10.020.323,32</u>
7. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	17.949.658,06	15.661.409,16
8. Erträge aus Beteiligungen	3.613,00	971.794,62
- davon aus verbundenen Unternehmen EUR 0,00 (Vj. EUR 968.143,42)		
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4.581.373,24	4.574.918,50
- davon aus verbundenen Unternehmen EUR 3.879.706,59 (Vj. EUR 3.897.107,47)		
10. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wert- papiere des Umlaufvermögens	5.234.288,37	365.333,11
11. Aufwendungen aus Verlustübernahme	1.498.698,20	5.234.294,07
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.737.360,84	5.291.889,11
- davon aus verbundenen Unternehmen EUR 2.374.045,24 (Vj. EUR 1.627.067,80)		
	<u>11.064.296,89</u>	<u>10.316.605,99</u>
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>-16.940.251,15</u>	<u>296.282,67</u>
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	574.171,64	1.973.943,16
15. Sonstige Steuern	47.870,72	418.283,85
16. Jahresfehlbetrag	<u>-17.562.293,51</u>	<u>-2.095.944,34</u>
17. Gewinnvortrag	1.319.735,72	6.352.103,81
18. Entnahmen aus der Kapitalrücklage	15.887.038,24	0,00
19. Entnahmen aus der Rücklage für eigene Anteile	44.383,50	79.442,50
20. Gewinnausschüttung	0,00	3.015.866,25
21. Bilanzverlust (Vj. Bilanzgewinn)	<u>-311.136,05</u>	<u>1.319.735,72</u>

MARSEILLE-KLINIKEN AKTIENGESELLSCHAFT
BERLIN

ANHANG
FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2009/2010

1. Allgemeine Hinweise

Die Gesellschaft ist eine große Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 3 HGB i.v.m. § 264 d HGB.

Der Jahresabschluss zum 30. Juni 2010 ist unter Beachtung der Vorschriften der §§ 242 ff. HGB und §§ 150 ff. AktG aufgestellt worden.

Die Gliederung der Bilanz zum 30. Juni 2010 erfolgt gemäß § 266 HGB, die Gewinn- und Verlustrechnung wird unter Anwendung des Gesamtkostenverfahrens gemäß § 275 HGB gegliedert. Das HGB-Gliederungsschema gemäß § 266 HGB wurde um den Sonderposten für Investitionszuschüsse für Grundstücke und Bauten gemäß gesondertem Förderbescheid erweitert.

Die folgenden Neuregelungen des Bilanzmodernisierungsgesetzes wurden in diesem Jahresabschluss angewendet:

- Außerbilanzielle Geschäfte (§ 285 Nr. 3 HGB),
- Corporate Governance-Erklärung (§ 285 Nr. 16 HGB),
- Angaben zum Abschlussprüferhonorar (§ 285 Nr. 17 HGB),
- Geschäfte mit nahe stehenden Personen (§ 285 Nr. 21 HGB).

Aufgrund eines Strategiewechsels hin zum Kerngeschäft Pflege wurden im Geschäftsjahr 2010/2011 neun operative Gesellschaften des Segments Rehabilitation Ende April 2010 mit schuldrechtlicher Wirkung zum 1. Januar 2010 durch die Gesellschaft und die Kasanag veräußert.

Insbesondere hohe Abschreibungen auf Anteile an verbundenen Unternehmen und Einzelwertberichtigungen/Forderungsverzichte auf Forderungen gegen verbundene Unternehmen haben zu dem Jahresfehlbetrag von TEUR 17.562 geführt. Der bei der Gesellschaft erzielte Gewinn aus der Veräußerung der operativen Gesellschaften des Segments Rehabilitation von EUR 4,5 Mio. sowie die Auflösung von Sonderposten gemäß § 6b EStG konnten die Verluste nur zum Teil kompensieren. Die Verluste und die vereinbarte Rückführung von kurzfristigen Kreditlinien in Höhe von EUR 18,1 Mio. bei drei der vier bislang finanzierenden Kreditinstitute, denen die Mittelzuflüsse aus der Veräußerung der operativen Gesellschaften des Segments Rehabilitation gegenüber stehen, haben im Geschäftsjahr 2009/2010 dazu geführt, dass der Vor-

stand der Marseille-Kliniken AG umfassende Restrukturierungsmaßnahmen eingeleitet bzw. umgesetzt hat.

Im Fokus des Geschäftsjahres 2010/2011 wird darüber hinaus die Neuordnung der Finanzstruktur stehen mit dem Ziel der Stärkung der Eigenkapitalbasis sowie der Rückführung der bestehenden Kontokorrentlinien über EUR 10,5 Mio. bei zwei Instituten in zwei Schritten bis zum Ende des Geschäftsjahres 2010/2011. Die Gegenfinanzierung erfolgt durch die Begebung einer Unternehmensanleihe über mindestens EUR 10 Mio. im 2. Quartal des Geschäftsjahres. Die Unternehmensanleihe wird eine Laufzeit von einem Jahr haben. Darüber hinaus liegen Beschlüsse des Vorstands vor, der Hauptversammlung die Schaffung eines genehmigten Kapitals vorzuschlagen, um daraus voraussichtlich im dritten Quartal eine Eigenkapitalerhöhung von bis zu 30% durchzuführen. Der Großaktionär hat bereits signalisiert, diese Kapitalerhöhung pro rata zu zeichnen. Weitere Maßnahmen mit dem Ziel einer ausgewogenen Finanzierung der Gesellschaft im kurz-, mittel- und langfristigen Bereich sollen folgen. Der Jahresabschluss wurde daher unter der Annahme der Unternehmensfortführung aufgestellt.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bewertung der **immateriellen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens** und der **Sachanlagen** erfolgt zu Anschaffungskosten bzw. Herstellungskosten vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen.

Die **Abschreibungen** werden grundsätzlich unter Berücksichtigung steuerlich zulässiger Nutzungszeiten nach der linearen Methode vorgenommen. Neu erstellte Gebäude werden regelmäßig über 50 Jahre abgeschrieben. **Geringwertige Wirtschaftsgüter** mit Anschaffungskosten bis zu EUR 150,00 netto werden sofort im Jahr der Anschaffung abgeschrieben. Wirtschaftsgüter im Bereich von über EUR 150,00 bis EUR 1.000,00 netto werden seit dem 1. Januar 2008 gemäß § 6 Abs. 2a EStG in einen wirtschaftsjahrbezogenen Sammelposten eingestellt und unter Zugrundelegung einer Nutzungsdauer von fünf Jahren abgeschrieben.

Finanzanlagen werden zu Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert gemäß § 253 Abs. 3 HGB bilanziert.

Soweit der nach vorstehenden Grundsätzen ermittelte Wert von Gegenständen des **Anlagevermögens** über dem Wert liegt, der ihnen am Bilanzstichtag beizulegen ist, wird dem durch außerplanmäßige Abschreibungen Rechnung getragen. Stellt sich in einem späteren Geschäftsjahr heraus, dass die Gründe hierfür nicht mehr bestehen, so wird der Betrag dieser Abschreibungen im Umfang der Werterhöhung unter Be-

rücksichtigung der Abschreibungen, die inzwischen vorzunehmen gewesen wären, zugeschrieben.

Die Bewertung der **Vorräte** erfolgt mit den Anschaffungskosten. Das Niederstwertprinzip wird beachtet.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit den Nennwerten unter Berücksichtigung von notwendigen Pauschal- und Einzelwertberichtigungen für die erkennbaren Risiken bewertet.

Auf die **Wertpapiere des Umlaufvermögens** wurden Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 4 HGB zur Berücksichtigung des Börsenpreises am Abschlussstichtag vorgenommen.

Kassenbestände sowie **Guthaben bei Kreditinstituten** werden mit dem Nennwert bilanziert.

Der **Sonderposten für Investitionszuschüsse** für Grundstücke und Bauten gemäß gesondertem Förderbescheid wird in Höhe der gewährten Beträge angesetzt und jährlich um den anteiligen Abschreibungsbetrag der geförderten Anlagegüter aufgelöst.

Der Ansatz der **Rückstellungen** erfolgt nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung. Sie umfassen alle bis zur Bilanzerstellung bekannt gewordenen ungewissen Verbindlichkeiten und Risiken, die das abgelaufene Geschäftsjahr betreffen.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sind mit dem Teilwert angesetzt. Der Wertansatz wurde auf Basis eines Rechnungszinsfußes von 6% anhand der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck berechnet.

Für **latente Steuern** wird auf Unterschiede zwischen handels- und steuerrechtlichen Nutzungsdauern bei den Abschreibungen auf Gebäude sowie auf in der Handels- und Steuerbilanz abweichend gebildete § 6b-EStG Rücklagen (in der Steuerbilanz höher als in der Handelsbilanz), überwiegend über Ergebnisabführungsverträge eingebundene Tochterunternehmen betreffend, eine Rückstellung gebildet.

Sämtliche **Verbindlichkeiten** werden mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

3. Erläuterungen zur Bilanz

Zur **Entwicklung des Anlagevermögens** wird auf den Anlagenspiegel verwiesen.

Der **Buchwert des Sachanlagevermögens** zum 30. Juni 2010 setzt sich im Wesentlichen aus den Grundstücken und den Gebäuden sowie den Anlagen im Bau der Betriebsstätte Flora Marzina in Höhe von TEUR 8.501 (Vj.: TEUR 6.934) und der Betriebsstätte Koppenbergs Hof in Höhe von TEUR 6.339 (Vj.: TEUR 4.947) zusammen. Des Weiteren sind die im Geschäftsjahr 2009/2010 erworbenen Stillstandsimmobilien in Blankenburg in Höhe von TEUR 2.912 und der Buchwert der Gebäude in Cottbus von TEUR 5.660 (Vj.: TEUR 5.800) enthalten. Letztere werden von der Marseille-Kliniken AG im Verbund vermietet.

Auf die in den **immateriellen Vermögensgegenständen** aktivierten Aufwendungen für Konzept- und Planungsleistungen einer Fachklinik für Inkontinenzbehandlungen erfolgte eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von TEUR 1.952 (Vj.: TEUR 0) aufgrund eines im Berichtsjahr vollzogenen Strategiewechsels.

Die Marseille-Kliniken AG, Berlin, ist unmittelbar oder mittelbar an folgenden Tochterunternehmen beteiligt, die unter der Position **Anteile an verbundenen Unternehmen** (Finanzanlagen) bilanziert werden:

		Ge- zeich- netes Kapital	Eigen- kapital	Jahresergebnis, ggf. nach Gewinnabführung bzw. Verlustausgleich	
	Anteil in %	TEUR	30. Juni 2010 TEUR	2009/ 2010 TEUR	2008/ 2009 TEUR
Senioren-Wohnpark Langen GmbH, Langen	100	102	102	0	0
Senioren-Wohnpark Lemwerder GmbH, Lem- werder	100	26	26	0	0
Astor Park Wohnanlage Langen GmbH, Langen	100	26	26	0	0
Senioren-Wohnpark Hennigsdorf GmbH, Hennigsdorf	100	102	102	0	0
Senioren-Wohnpark Radensleben GmbH, Radensleben	100	26	26	0	0
Senioren-Wohnpark Neuruppin GmbH, Neuruppin	100	26	26	0	0
"Senioren-Wohnpark Treuenbrietzen GmbH", Treuenbrietzen	100	26	26	0	0
Senioren-Wohnpark Erkner GmbH, Erkner	100	26	26	0	0
Senioren-Wohnpark Tangerhütte GmbH, Tangerhütte	100	26	44	0	0
Senioren-Wohnpark Kyritz GmbH, Kyritz	100	26	26	0	0
Senioren-Wohnpark Thale GmbH, Thale	100	26	26	0	0

	Anteil in %	Ge- zeich- netes Kapital	Eigen- kapital 30. Juni 2010	Jahresergebnis, ggf. nach Gewinnabführung bzw. Verlustausgleich	
		TEUR	TEUR	2009/ 2010 TEUR	2008/ 2009 TEUR
Senioren-Wohnpark Wolmirstedt GmbH, Wolmirstedt	100	26	26	0	0
"Senioren-Wohnpark Aschersleben GmbH", Aschersleben	100	26	42	0	0
Senioren-Wohnpark Coswig GmbH, Coswig	100	26	26	0	0
Senioren-Wohnpark Stützerbach GmbH, Stützerbach	100	26	26	0	0
Senioren-Wohnpark Schollene GmbH, Schollene	100	26	26	0	0
Senioren-Wohnpark Bad Langensalza GmbH, Bad Langensalza	100	26	31	0	0
Senioren-Wohnpark Ballenstedt GmbH, Ballenstedt	100	26	26	0	0
Senioren-Wohnpark HES GmbH, Hamburg PRO F & B Gastronomische Dienstleistungs- gesellschaft mbH, Hamburg	100	26	26	0	0
Senioren-Wohnpark Klausä GmbH, Nobitz "Senioren-Wohnpark Friedland GmbH", Friedland	100	26	26	0	0
- SWP - Senioren-Wohnpark Klötze GmbH, Klötze	100	38	38	0	0
Senioren-Wohnpark Leipzig - Am Kirschberg - GmbH, Leipzig	100	26	26	0	0
SWP soziale Grundbesitzgesellschaft mbH, Hamburg	100	26	-84	0	0
AMARITA Buxtehude GmbH, Buxtehude	100	26	26	0	0
Pro Work Dienstleistungsgesellschaft mbH, Hamburg	100	26	26	0	0
Senioren-Wohnpark Cottbus -SWP- GmbH, Cottbus	100	26	26	0	0
Medina Meerbusch GmbH, Pritzwalk	100	26	-1.509	-379	-994
Marseille-Klinik-Delta GmbH, Hamburg	100	26	51	0	0
Senioren-Wohnpark soziale Altenbetreuung gemeinnützige GmbH, Langen	100	26	4.692	391	-28
Allgemeine soziale Dienstleistungen gemeinnützige GmbH, Langen	100	26	-2.096	86	-513
Medina soziale Behindertenbetreuung gemeinnützige GmbH, Wolmirstedt	100	38	1.497	451	448
MK "Vorrat Nr. 26" Vermögensverwaltungs GmbH, Berlin	100	51	-66	-5	-44
"Villa Auenwald" Seniorenheim GmbH, Böhlitz-Ehrenberg	100	26	26	0	0
VDSE GmbH - Verwaltungsdienstleister sozialer Einrichtungen Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Hamburg	100	26	108	0	0

		Ge- zeich- netes Kapital	Eigen- kapital 30. Juni 2010	Jahresergebnis, ggf. nach Gewinnabführung bzw. Verlustausgleich	
	Anteil in %	TEUR	TEUR	2009/ 2010	2008/ 2009
PROMINT / Dienstleistungsgruppe Neuruppin GmbH, Neuruppin	100	51	51	0	0
Senioren-Wohnpark Hennigsdorf - SWP - GmbH, Hennigsdorf	100	26	26	0	0
SIV Immobilien-Verwaltungsgesellschaft mbH, Hamburg	100	26	26	0	0
DaTess Gesellschaft für Datendienste mbH, Pritzwalk	100	25	25	0	0
Alstersee 124. V V GmbH, Hamburg	100	25	21	-4	0
eqs. Privatinstitut für Evaluation und Qualitätssicherung im Gesundheits- und Sozialwesen mbH, Hamburg	100	26	287	45	11
Marseille-Akademie GmbH, Hamburg	100	25	-1.281	7	138
Betrium Nr. 29 Vermögensverwaltungs-GmbH, Pritzwalk	100	25	-372	-419	-8
Senioren-Wohnpark Leipzig "Stadtpalais" GmbH, Leipzig	100	25	25	0	0
Senioren-Wohnpark Leipzig "Eutritzscher Markt" GmbH, Leipzig	100	25	25	0	0
Senioren-Wohnpark Lichtenberg GmbH, Berlin	100	25	25	0	0
MVZ Hennigsdorf Medizinisches Versorgungszentrum Am Senioren-Wohnpark Hennigsdorf GmbH, Hennigsdorf	100	25	-189	-91	-112
Senioren-Wohnpark Landshut GmbH, Landshut	100	25	25	184	363
AMARITA Datteln GmbH, Datteln	100	25	25	0	0
AMARITA Hohen Neuendorf GmbH, Hohen Neuendorf	100	25	25	0	0
Marseille-Kliniken-Beteiligungsgesellschaft Nr. 46 mbH, Pritzwalk	100	25	-216	-114	-46
Senioren-Wohnpark Bad Oeynhausen GmbH, Pritzwalk	100	25	19	-1	-1
Betrium Nr. 49 Vermögensverwaltungs-GmbH, Pritzwalk	100	25	1.277	814	-308
Senioren-Wohnpark Siekertal GmbH, Pritzwalk	100	25	8	-2	-1
Betrium Nr. 52 Vermögensverwaltungs-GmbH, Pritzwalk	100	25	1.051	9	14
MobiRent Vermietung GmbH, Pritzwalk	100	25	23	0	0
Betrium Nr. 55 Vermögensverwaltungs-GmbH, Pritzwalk	100	25	18	0	0
AMARITA Bremerhaven GmbH, Bremerhaven	100	25	-1.894	-1.906	-12
Pflegehaus Kreuzberg gemeinnützige GmbH (vormals: TÜRK BAKIM EVI Pflegeeinrichtung Berlin-Kreuzberg gemeinnützige GmbH), Berlin	100	50	-839	2.698	-1.355

	Anteil in %	Ge- zeich- netes Kapital TEUR	Eigen- kapital 30. Juni 2010 TEUR	Jahresergebnis, ggf. nach Gewinnabführung bzw. Verlustausgleich		
				2009/ 2010 TEUR	2008/ 2009 TEUR	
Senioren-Wohnpark Meerbusch GmbH, Pritzwalk	100	51	-1.431	-322	-726	
AMARITA Oldenburg GmbH, Oldenburg Spezial-Pflegeheim Hennigsdorf	100	51	100	0	0	
gemeinnützige GmbH, Hennigsdorf	100	51	1.608	906	779	
TÜRK GÜNDÜZ BAKIM EVI GmbH, Pritzwalk	100	51	-60	-6	-25	
SFS Dienstleistungs-GmbH, Pritzwalk	100	51	-183	142	-124	
Senioren-Wohnpark Montabaur GmbH, Montabaur	100	51	-6.973	-1.398	-1.277	
Senioren-Wohnpark Lessingplatz GmbH, Düsseldorf	100	51	-402	164	81	
Senioren-Wohnpark Dresden "Am Großen Garten" GmbH, Dresden	100	50	50	0	0	
Senioren-Wohnpark Arnberg GmbH, Arnberg	100	25	-90	0	0	
Senioren-Wohnpark Büren GmbH, Büren	100	25	359	0	0	
Senioren-Wohnpark Kreuztal-Krombach GmbH, Kreuztal-Krombach	100	25	-115	0	0	
Senioren-Wohnpark Lutzerath GmbH, Lutzerath	100	25	25	0	0	
AMARITA Hamburg - Mitte PLUS GmbH, Hamburg	100	52	-8.337	1.183	-6.131	
Senioren-Wohnpark Oberhausen GmbH (vormals: Atrium Senioren-Wohnstift Nr. 31 GmbH), Pritzwalk	100	50	-614	-168	-327	
Senioren-Wohnpark Düsseldorf-Volksgarten GmbH, Düsseldorf	100	50	50	0	0	
CareAktiv GmbH, Hamburg	100	25	340	-306	-11	
Logo 7. Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, Pritzwalk	100	25	302	-463	117	
"ProTec Dienstleistungsgesellschaft mbH", Pritzwalk	100	25	25	0	0	
Medina Belzig GmbH, Belzig	100	25	-670	-141	-347	
Marseille Projektgesellschaft "Bremerhaven" mbH, Berlin	100	25	1.385	1.701	-233	
Allgemeine Dienstleistungsgesellschaft mbH -ADG-, Pritzwalk	100	26	26	0	0	
Grundstücksgesellschaft Nikolaus Büren mbH, Hamburg	100	25	73	-464	319	
Marseille-Kliniken AG, Zug, Schweiz	100	67	146	146	-	
AAP – Allgemeine Ansgar Pflegedienste GmbH, Zirchow	100	25	-33	65	-	
Karlsruher-Sanatorium-Aktiengesellschaft, Hamburg	93,8	*	12.271	31.644	12.943	-516
Mineralquelle Waldkirch Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Hamburg	93,8	*	26	46	1	-2

	Anteil in %		Ge- zeich- netes Kapital	Eigen- kapital 30. Juni 2010	Jahresergebnis, ggf. nach Gewinnabführung bzw. Verlustausgleich	
			TEUR	TEUR	2009/ 2010 TEUR	2008/ 2009 TEUR
Mineralquelle Waldkirch Verwertungsgesellschaft mbH, Hamburg	88,5	*	2.557	-6.505	-2.161	-918
Talhaus "Waldkirch" GmbH & Co. KG, Hamburg	88,5	*	26	-252	463	-454
MK "Vorrat Nr. 23" Vermögensverwaltungs GmbH i.L., Pritzwalk	100		25	16	-1	0
MK IT-Entwicklungs GmbH i.L., Hamburg	100		25	25	0	0
Atrium Senioren-Wohnstift Nr. 34 GmbH i.L., Pritzwalk	100		50	42	-2	5
Collateral Transparency GmbH i.L., Pritzwalk	100		50	30	0	1
Atrium Senioren-Wohnstift Nr. 32 GmbH i.L., Pritzwalk	100		50	-88	-7	-65
Atrium Senioren-Wohnstift Nr. 42 GmbH i.L., Pritzwalk	100		25	-7	-2	-1
Sozialimmobilien "Südharz" GmbH i.L., Wolmirstedt	100		50	-8	-3	-50
Atrium Senioren-Wohnstift Nr. 24 GmbH i.L., Pritzwalk	100		51	33	-2	0
VSE Vermietungsgesellschaft für soziale Einrichtungen mbH i.L., Hamburg	100		51	51	-1	1
WK Grundstücksverwaltung Nr. 52 GmbH i.L., Pritzwalk	100		25	24	-1	0
WK Grundstücksverwaltung Nr. 54 GmbH i.L., Pritzwalk	100		25	24	-1	0
WK Grundstücksverwaltung Nr. 55 GmbH i.L., Pritzwalk	100		25	24	-1	0
WK Grundstücksverwaltung Nr. 56 GmbH i.L., Pritzwalk	100		25	24	-1	0
WK Grundstücksverwaltung Nr. 57 GmbH i.L., Pritzwalk	100		25	24	-1	0
WK Grundstücksverwaltung Nr. 58 GmbH i.L., Pritzwalk	100		25	24	-1	0
WK Grundstücksverwaltung Nr. 59 GmbH i.L., Pritzwalk	100		25	24	-1	0
WK Grundstücksverwaltung Nr. 50 GmbH i.L., Pritzwalk	100		25	11	-2	-3
Betrium Nr. 53 Vermögensverwaltungs-GmbH i.L., Pritzwalk	100		25	25	0	0
Marseille-Kliniken R.S.A. GmbH i.L., Pritzwalk	100		25	12	-2	0
Betrium Nr. 50 Vermögensverwaltungs-GmbH i.L., Pritzwalk	100		25	17	-1	0
Teufelsbad Residenz Blankenburg GmbH i.L., Blankenburg	100		25	25	0	0
Betrium Nr. 44 Vermögensverwaltungs-GmbH i.L., Pritzwalk	100		25	22	0	0
Tessenow Bau- und Vermögensverwaltung Nr. 20 GmbH i.L., Pritzwalk	100		25	-22	8	-18

	Anteil in %	Ge- zeich- netes Kapital TEUR	Eigen- kapital 30. Juni 2010 TEUR	Jahresergebnis, ggf. nach Gewinnabführung bzw. Verlustausgleich	
				2009/ 2010 TEUR	2008/ 2009 TEUR
Tessenow Vermögensverwaltungs GmbH i.L., Pritzwalk	100	25	-14	-2	4
MHCC - Marseille Health Care Consulting GmbH i.L., Hamburg	100	25	15	-1	0
Senioren-Wohnpark Neuruppin - SWP – GmbH i.L., Neuruppin	100	25	17	-1	0
Cefugium Betriebsmanagement GmbH i.L., Pritzwalk	100	25	12	-2	0
Ausgleich- und Bürgschaftsgesellschaft im Heim- und Pflegewesen mbH i.L., Pritzwalk	100	25	15	-2	0
Betrium Nr. 20 Vermögensverwaltungs-GmbH i.L., Pritzwalk	100	25	17	-1	0
Cetrium Vermögensverwaltungs-GmbH i.L., Hamburg	100	25	-9	-3	-1
"Senioren-Wohnpark Friedland -SWP- GmbH" i.L., Friedland	100	25	24	0	0
SCS Standard Computersysteme Entwick- lungsgesellschaft mbH i.L., Hamburg	100	51	54	0	0
Marseille-Klinik-Omega GmbH i.L., Hamburg	100	26	25	0	0
CASA Trainingsstätte und Bildungszentrum für Dienstleister im Gesundheitswesen GmbH i.L. (vormals: CASA Trainingsstätte und Bildungszentrum für Dienstleister im Gesund- heitswesen gemeinnützige GmbH), Pritzwalk	100	26	14	-2	0
Senioren-Wohnpark ZES GmbH i.L., Hamburg	100	26	26	0	0
Senioren-Wohnpark OES GmbH i.L., Hamburg	100	26	26	0	0

* Konzernanteil nach Abzug der direkten und indirekten Minderheitenanteile

Darüber hinaus werden unter den Beteiligungen der Marseille-Kliniken AG nachfolgende Gesellschaften ausgewiesen:

	Anteil in %	Ge- zeich- netes Kapital TEUR	Eigen- kapital 30. Juni 2010 TEUR	Jahresergebnis, ggf. nach Gewinnabführung bzw. Verlustausgleich	
				2009/2010 TEUR	2008/2009 TEUR
SCS Standard Computersysteme AG, Hamburg	1,6	3.211	1.181	301	99
Kurbetriebsgesellschaft Bad Klosterlausnitz mbH, Bad Klosterlausnitz	49,5	52	59	-60	41

Die **Forderungen gegen verbundene Unternehmen** setzen sich aus Darlehen mit TEUR 3.300 (Vj.: TEUR 9.083), Forderungen aus dem Cashpool mit TEUR 45.934 (Vj.: TEUR 54.520), Forderungen aus Lieferungen und Leistungen mit TEUR 1.486 (Vj.: TEUR 2.828), Forderungen aus Gewinnausschüttungen mit TEUR 0 (Vj.: TEUR 381) und Forderungen aus Ergebnisabführungsverträgen mit TEUR 17.407 (Vj.: TEUR 15.661) abzüglich Einzelwertberichtigungen auf Forderungen gegen verbundene Unternehmen von TEUR -12.840 (Vj.: TEUR -5.219) zusammen. Von den Forderungen gegen verbundene Unternehmen haben TEUR 31.302 eine wirtschaftliche Laufzeit von mehr als einem Jahr.

Die **sonstigen Vermögensgegenstände** von insgesamt TEUR 7.047 (Vj.: TEUR 13.041) beinhalten in Höhe von TEUR 5.627 (Vj.: TEUR 10.212) Darlehen an Dritte einschließlich deren Verzinsung. Davon entfallen TEUR 106 (Vj.: TEUR 4.847) auf Darlehen gegen Herrn Ulrich Marseille. Die Reduzierung des Darlehens resultierte aus der Verrechnung des Darlehens mit einem Teilbetrag des Kaufpreises für den ambulanten Pflegedienst im Bereich des betreuten Wohnens in Gera, welcher im Geschäftsjahr 2009/2010 durch die Marseille-Kliniken AG erworben wurde. In Höhe von TEUR 2.844 (Vj.: TEUR 2.723) werden Darlehen an Frau Estella-Maria Marseille ausgewiesen. Die Darlehen gegen Herrn und Frau Marseille werden zum Refinanzierungssatz der Marseille-Kliniken AG zuzüglich einer Marge von 1% verzinst. Des Weiteren ist ein Darlehen in Höhe von TEUR 2.516 (Vj.: TEUR 2.499) an die SCS AG enthalten. Dieses wird zum Basiszinssatz des § 247 BGB (derzeit 0,12%) zuzüglich einer Marge von 2% und einem Risikoaufschlag von 4,5% verzinst.

Daneben enthalten die sonstigen Vermögensgegenstände im Wesentlichen Steuererstattungsansprüche in Höhe von TEUR 1.350 (Vj.: TEUR 1.375).

Die sonstigen Vermögensgegenstände haben mit TEUR 5.410 (Vj.: TEUR 5.675) eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

Die **Wertpapiere des Umlaufvermögens** weisen zum 30. Juni 2010 eigene Anteile in Höhe von TEUR 442 (Vj.: TEUR 486) aus. Der Bestand der eigenen Aktien zum 30.06.2010 beträgt 105.675. Im Geschäftsjahr 2009/2010 wurden keine Transaktionen mit eigenen Aktien durchgeführt.

Auf der Hauptversammlung am 12. Dezember 2008 wurde die Neustückelung des Grundkapitals, der Aktiensplitt von ursprünglich 12.150.000 Stückaktien auf nunmehr 24.300.000 Stückaktien und die Änderung der Satzung beschlossen. Die Satzungsänderung wurde am 5. Februar 2009 im Handelsregister eingetragen. Der börsentechnische Vollzug des Aktiensplitts ist bisher nicht erfolgt. Die oben dargestellte Entwicklung des Bestands an eigenen Anteilen bezieht sich aus Praktikabilitätsgründen auf die ursprüngliche Gesamtzahl von 12.150.000 Stückaktien. Der kommenden Hauptversammlung soll vorgeschlagen werden, den Aktiensplitt zurückzunehmen.

Das **gezeichnete Kapital** (Grundkapital) der Marseille-Kliniken AG beträgt zum Stichtag unverändert EUR 31.100.000,00 und setzt sich zum Bilanzstichtag aus 24.300.000 auf den Inhaber lautenden Stückaktien zusammen. Die Aktien sind voll eingezahlt. Jede Aktie gewährt eine Stimme. Hinsichtlich der eigenen Aktien verweisen wir auf unsere Ausführungen zu den Wertpapieren des Umlaufvermögens.

Auf der Hauptversammlung am 12. Dezember 2008 wurde der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital der Marseille-Kliniken AG bis zum 11. Dezember 2013 mit Zustimmung des Aufsichtsrates durch Ausgabe von neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlage einmalig oder mehrmalig um insgesamt EUR 3,11 Mio. zu erhöhen (**genehmigtes Kapital**).

Die **Kapitalrücklage des Vorjahres** betraf das Agio aus den Bareinlagen, welche im Rahmen der Kapitalerhöhungen gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB direkt zugeführt wurden. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde die Kapitalrücklage nach § 150 Abs. 3 AktG zum Ausgleich des Jahresfehlbetrages komplett entnommen.

Der **Sonderposten für Investitionszuschüsse für Grundstücke und Bauten** gemäß gesondertem Förderbescheid betrifft einen Baukostenzuschuss für die Errichtung eines Seniorenwohn-parks in Cottbus.

Aus dem Buchgewinn aus der im Geschäftsjahr 2006/2007 erfolgten Veräußerung des Grundstücks einschließlich des Gebäudes Leipzig - Am Kirschberg - wurde ein Teilbetrag in Höhe von TEUR 5.914 in einen **Sonderposten mit Rücklagenanteil** nach § 247 Abs. 3 HGB in Verbindung mit § 273 HGB eingestellt. Dieser Sonderposten wurde steuerrechtlich auf Grundlage des § 6b EStG gebildet. In den Geschäftsjahren 2007/2008 sowie 2008/2009 wurden hiervon TEUR 5.564 ertragswirksam aufgelöst. Der verbliebene Teil des Sonderpostens in Höhe von TEUR 350 wurde im Geschäftsjahr 2009/2010 für den Erwerb der Grundstücke und Gebäude in Blankenburg Anschaffungskosten mindernd in Anspruch genommen.

Die Entwicklung der **Rückstellungen** ist dem nachstehenden Rückstellungsspiegel zu entnehmen:

Rückstellungen in TEUR	1. Juli 2009	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	30. Juni 2010
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	471	57	0	39	453
2. Steuerrückstellungen	7.898	2.053	1.389	948	5.404
3. Sonstige Rückstellungen	2.770	2.224	195	5.317	5.668
	11.139	4.334	1.584	6.304	11.525

Die **Steuerrückstellungen** von TEUR 5.404 (Vj.: TEUR 7.898) setzen sich im Wesentlichen aus latenten Steuern von TEUR 2.754 (Vj.: TEUR 3.971), Grunderwerbsteuer für den Erwerb der Grundstücke und Gebäude in Blankenburg von TEUR 141 (Vj.: TEUR 0), Gewerbesteuern von TEUR 77 (Vj.: TEUR 281), Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag der Jahre 2007/2008 und 2008/2009 von TEUR 1.792 (Vj.: TEUR 1.557) sowie Ertragsteuern für Vorjahre von TEUR 640 (Vj.: TEUR 2.051) zusammen.

Die **sonstigen Rückstellungen** in Höhe von TEUR 5.668 (Vj.: TEUR 2.770) setzen sich im Wesentlichen aus Rückstellungen für mögliche Verpflichtungen mit in Vorjahren übernommenen Mitarbeitern von TEUR 1.600 (Vj.: TEUR 0), möglichen Risiken aus laufenden Prozessen/Vergleichen/sonstigen Verpflichtungen von TEUR 1.265 (Vj.: TEUR 890), Verpflichtungen aus dem Personalbereich in Höhe von TEUR 620 (Vj.: TEUR 521), ausstehenden Rechnungen von TEUR 1.036 (Vj.: TEUR 599), Rückstellungen für Abschluss- und Beratungskosten von TEUR 414 (Vj.: TEUR 419), Aufsichtsratsvergütungen in Höhe von TEUR 154 (Vj.: TEUR 252) sowie Tantiemen in Höhe von TEUR 55 (Vj.: TEUR 45) zusammen.

Die Fristigkeiten der **Verbindlichkeiten** zeigt folgende Übersicht:

	Restlaufzeit			
	Insgesamt	bis 1 Jahr	1 Jahr bis 5 Jahre	Über 5 Jahre
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Vorjahr)	28.175 (46.786)	12.182 (30.770)	5.938 (6.728)	10.055 (9.288)
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (Vorjahr)	1.617 (2.210)	1.304 (2.155)	313 (55)	0 (0)
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr)	89.347 (77.618)	50.315 (39.159)	10.512 (8.764)	28.520 (29.695)
4. Sonstige Verbindlichkeiten (Vorjahr)	4.963 (3.124)	4.963 (3.124)	0 (0)	0 (0)
Summe Verbindlichkeiten (Vorjahr)	<u>124.102</u> <u>(129.738)</u>	<u>66.416</u> <u>(72.821)</u>	<u>16.763</u> <u>(15.547)</u>	<u>40.923</u> <u>(41.370)</u>

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** sind in voller Höhe durch Grundpfandrechte, Verpfändungen von Geschäftsanteilen sowie Sicherheiten einiger Tochtergesellschaften durch verpfändete Festgelder, Sicherungsübereignung von Inventar, eine Mietabtretungserklärung und Mithaftung von Grundstücken besichert.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen** setzen sich aus Darlehen in Höhe von TEUR 26.730 (Vj.: TEUR 5.360), Verbindlichkeiten aus dem Cashpool von TEUR 54.323 (Vj.: TEUR 66.545), Verlustübernahmeverpflichtungen in Höhe von TEUR 1.499 (Vj.: TEUR 5.234) und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 6.795 (Vj.: TEUR 479) zusammen.

Die **sonstigen Verbindlichkeiten** in Höhe von TEUR 4.963 (Vj.: TEUR 3.124) enthalten im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus einem Darlehen (inkl. Zinsen) von der nahe stehenden SCS Betrium GmbH in Höhe von TEUR 2.501 (Vj.: TEUR 2.387), sowie mit TEUR 1.461 Restkaufpreisverbindlichkeiten aus dem Erwerb des ambulanten Pflegedienstes im Bereich des betreuten Wohnens in Gera (Erläuterungen zu den sonstigen Vermögensgegenständen) gegenüber der TTVS (TEUR 1.000) und Herrn Ulrich Marseille (TEUR 461).

4. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die **Umsatzerlöse** in Höhe von TEUR 15.929 (Vj.: TEUR 16.891) bestehen im Wesentlichen aus Erlösen aus Pflegesatzleistungen und wurden ausschließlich im Inland erbracht.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** von TEUR 29.352 (Vj.: TEUR 24.902) setzen sich im Wesentlichen aus Miet- und Pächterlösen in Höhe von TEUR 19.615 (Vj.: TEUR 19.138) und dem Gewinn aus der Veräußerung der Anteile an Rehabilitationseinrichtungen in Höhe von TEUR 4.534 zusammen. Des Weiteren sind Erträge aus der Auflösung von Einzelwertberichtigungen von TEUR 1.489 (Vj.: TEUR 0) enthalten, die im Wesentlichen auf verbundene Unternehmen (TEUR 1.415) entfallen. Die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen betragen TEUR 195 (Vj.: TEUR 1.386). Die Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens mit Rücklageanteil (§ 6b EStG) des Geschäftsjahres belaufen sich auf TEUR 350 (Vj.: TEUR 1.564).

Von den sonstigen betrieblichen Erträgen sind TEUR 1.750 (Vj.: TEUR 540) als periodenfremd zu klassifizieren.

In den Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen des Geschäftsjahres in Höhe von TEUR 1.418 sind TEUR 350 für **steuerliche Abschreibungen** nach § 6b EStG enthalten.

Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der Kapitalgesellschaft üblichen Abschreibungen überschreiten, wurden in Höhe von TEUR 18.682 (Vj.: TEUR 2.482) vorgenommen. Die Abschreibungen entfallen im Wesentlichen auf Forderungen gegen die Trumpf Organisation, New York, mit TEUR 501 (Vj.: TEUR 1.029), die WCM Beteiligungs- und Grundbesitz AG mit TEUR 15 (Vj.: TEUR 552), die AMARITA Hamburg – Mitte PLUS GmbH mit TEUR 9.638 (Vj.: TEUR 0), die Pflegehaus Kreuzberg gemeinnützige GmbH mit TEUR 4.300 (Vj.: TEUR 0), die Betrium Nr. 49 Vermögensverwaltungs-GmbH mit TEUR 1.100 (Vj.: TEUR 0), die VDSE GmbH – Verwaltungsdienstleister sozialer Einrichtungen Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit TEUR 800 (Vj.: TEUR 0), die Betrium Nr. 29 Vermögensverwaltungs-GmbH mit TEUR 335 (Vj.: TEUR 0), die Allgemeine soziale Dienstleistungen gemeinnützige GmbH mit TEUR 1.200 (Vj.: TEUR 250), und die St. Nikolaus-Hospital Büren GmbH mit TEUR 355 (Vj.: TEUR 250).

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** von TEUR 35.862 (Vj.: TEUR 33.535) enthalten im Wesentlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen, und zwar insbesondere Aufwendungen für Miete, Pacht und Leasing in Höhe von TEUR 22.156 (Vj.: TEUR 21.109), Rechts- und Beratungskosten einschließlich Prozessrisiken in Höhe von TEUR 3.719 (Vj.: TEUR 4.718), Werbe- und Repräsentationskosten in Höhe von TEUR 896 (Vj.: TEUR 1.219) sowie Aufwendungen für Dienstleistungen

(Verwaltungskostenumlage) von verbundenen Unternehmen in Höhe von TEUR 1.171 (Vj.: TEUR 1.222). In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind periodenfremde Aufwendungen von TEUR 617 (Vj.: TEUR 1.548) enthalten.

Die **Erträge aus Gewinnabführungsverträgen** von TEUR 17.950 (Vj.: TEUR 15.661) setzen sich im Wesentlichen zusammen aus den Erträgen von Unternehmen im Bereich Pflege in Höhe von TEUR 15.079 (Vj.: TEUR 10.336), von Dienstleistungsgesellschaften in Höhe von TEUR 2.327 (Vj.: TEUR 3.430) und TEUR 543 (Vj.: TEUR 1.895) für das Rumpfwirtschaftsjahr der veräußerten Rehabilitationseinrichtungen, von denen 2 mit einem Ergebnisabführungsvertrag versehen waren, welcher zum 31.12.2009 beendet wurde. Die **Aufwendungen aus der Verlustübernahme** von TEUR 1.499 (Vj.: TEUR 5.234) betreffen im Wesentlichen die Verwaltungsdienstleistungsgesellschaft VDSE mit TEUR 945 (Vj.: TEUR 2.121).

Außerplanmäßige Abschreibungen

Auf die in den **immateriellen Vermögensgegenständen** aktivierten Aufwendungen für Konzept- und Planungsleistungen für eine Fachklinik für Inkontinenzbehandlungen erfolgte eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von TEUR 1.952 (Vj.: TEUR 0).

Auf die in den **Sachanlagen** aktivierten Umbaumaßnahmen in der Betriebsstätte Waldkirch wurden außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von TEUR 682 (Vj.: TEUR 0) vorgenommen.

Die **Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens** in Höhe von TEUR 5.234 (Vj.: TEUR 365) betreffen fast ausschließlich die Anteile an verbundenen Unternehmen (TEUR 5.190). Wesentliche Beträge betreffen die Karlsruher-Sanatorium-Aktiengesellschaft mit TEUR 3.606, die Senioren-Wohnpark Henningsdorf GmbH mit TEUR 700, die „Senioren-Wohnpark Aschersleben GmbH“ mit TEUR 494 und die VDSE GmbH - Verwaltungsdienstleister sozialer Einrichtungen Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit TEUR 250. Weiterhin wurden die eigenen Anteile in Höhe von TEUR 44 (Vj.: TEUR 365) abgeschrieben.

5. Sonstige Angaben

5.1. Haftungsverhältnisse

Die Marseille-Kliniken AG hat selbstschuldnerische Bürgschaften für die Besicherung von Darlehen, die an Tochtergesellschaften gegeben worden sind, in Höhe von TEUR 20.456 (Vj.: TEUR 18.116) begeben. Das Risiko aus der Inanspruchnahme aus Bürgschaften für die Tochtergesellschaften wird als gering eingestuft.

Unbeschränkte Patronatserklärungen wurden durch die Marseille-Kliniken AG in der Weise abgegeben, dass sie für Ansprüche aus mit einzelnen Tochtergesellschaften geschlossenen Mietverträgen eintritt. Dies betrifft die geschlossenen Mietverträge zwischen der Logo 7. Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, der Senioren-Wohnpark Landshut GmbH und der AMARITA Oldenburg GmbH mit den konzernfremden Vermietungsgesellschaften. Für die SWP - Senioren-Wohnpark Klötze GmbH wurde eine unbeschränkte Liquiditätszusage abgegeben, damit diese den Verpflichtungen aus abgeschlossenen Immobilienleasingverträgen nachkommen kann. Das Risiko aus der Inanspruchnahme aus Patronatserklärungen für die Tochtergesellschaften wird als gering eingestuft.

Einzelne Mietverträge räumen bei Zahlungsverzug dem Vermieter das Recht zu einer Rückabwicklung der Sale-and-lease-back-Verträge ein.

Eine Patronatserklärung hat die Marseille-Kliniken AG für Darlehensverpflichtungen der DaTess Gesellschaft für Datendienste mbH gegenüber der Sparkasse Prignitz in Höhe von TEUR 405 am 6. Juli 2004 abgegeben. Zum 30. Juni 2010 valutiert das Darlehen mit TEUR 198. Das Risiko aus der Inanspruchnahme aus der Patronatserklärung der Tochtergesellschaft wird aufgrund der planmäßigen Tilgung des Darlehens als gering eingestuft.

Des Weiteren hat die Marseille-Kliniken AG Patronatserklärungen für diverse andere Tochtergesellschaften im Volumen von TEUR 1.355 abgegeben.

Weitere Haftungsverhältnisse bestehen am Bilanzstichtag nicht.

5.2. Absicherung von Zinsänderungs-, Rohstoffpreis- und Währungsrisiken

Derivative Finanzinstrumente lagen in Form eines Commodity-Swaps und zweier Zins-Swaps im Geschäftsjahr 2009/2010 vor, wobei der vorgenannte Commodity-Swap im Geschäftsjahr 2009/2010 ausgelaufen ist.

Bei den **Commodity-Swaps** wurde für einen vorab bestimmten Zeitraum ein vereinbarter Festpreis an den variablen Heizölpreis (Referenzpreis) in diesem Zeitfenster geknüpft. Am Ende der Laufzeit wurde die Differenz aus diesen Preisen ausgeglichen. Die Marseille-Kliniken AG war Zahler des Festpreisbetrages (Payer-Swap), um sich gegen steigende Heizölpreise abzusichern.

Für die Monate Oktober 2009 und Februar 2010 wurden auf Basis der geplanten Heizölkäufe Swap-Geschäfte abgeschlossen.

Die jeweiligen Referenzpreise waren am Abrechnungstag größer als die Festpreise. Aus diesem Grund hat die Marseille-Kliniken AG für das Swap-Geschäft im Oktober eine Ausgleichszahlung in Höhe von TEUR 20 und für das Swap-Geschäft im Februar 2010 eine Ausgleichszahlung in Höhe von TEUR 18 erhalten.

Darüber hinaus hat die Marseille-Kliniken AG zur Finanzierung von 100% der Geschäftsanteile an der Allgemeine Dienstleistungsgesellschaft mbH (ADG) einen Kreditvertrag mit der Commerzbank AG (vormals: Dresdner Bank AG) in Höhe von TEUR 7.500 abgeschlossen. Das Darlehen ist in 20 vierteljährlichen Raten in Höhe von TEUR 375, beginnend am 31. März 2006 zu tilgen. Die letzte Tilgungsrate erfolgt am 31. Dezember 2010.

Hinsichtlich der Verzinsung wurde ein **Festzins-Swap** vereinbart mit 3,64% p. a. zzgl. 2% Marge. Dieser Festzinssatz wird gegen den aus dem Darlehen resultierenden variablen Zinssatz auf Basis 3-Monats-EURIBOR quartalsmäßig getauscht.

Wesentlicher Vorteil bei einer Kombination eines Zins-Swaps mit einem variabel verzinsten Darlehen ist es, dass diese, im Vergleich zu einem fest verzinsten Darlehen, vorzeitig abgelöst werden können und hierfür keine Vorfälligkeitsentschädigung anfällt.

Der Preis bestimmt sich dabei nach dem Marktpreis des Zins-Swaps. Bei dem zugrunde liegenden Geschäft ist der Verkauf des Zins-Swaps zum 30. September eines jeden Jahres möglich.

Die mark-to-market-Bewertung des Zins-Swaps per 30. Juni 2010 ergab, dass die Marseille-Kliniken AG bei einem Verkauf des Derivats TEUR 8 zahlen müsste. Bewertungsgrundlage war hier ein 3-Monats-EURIBOR in Höhe von 0,767 %. Dieses Zinsswap-Geschäft wurde nicht als Hedging designiert. Aufgrund dessen wurde der Marktwert im Rahmen der Bilanzierung erfolgswirksam berücksichtigt.

Die Marseille-Kliniken AG hat weiterhin 2 Kreditverträge mit der HSH Nordbank abgeschlossen, die zur Finanzierung des Bauvorhabens in Herne dienen. Zur Absicherung der variabel verzinslichen Darlehen wurden **zwei weitere Festzins-Swaps** abgeschlossen. Dadurch werden die zukünftigen variablen Zinszahlungen in fixe Zinszahlungen transformiert.

Die Bedingungen der Zins-Swaps stimmen mit den Konditionen der Darlehensverträge zu 100 % überein, sodass keine Ineffektivitäten der Zins-Swaps entstehen. Die Zins-Swaps werden bis zur Endfälligkeit gehalten und erfüllen die Voraussetzungen

für eine effektive Sicherungsbeziehung. Sie wurden im Geschäftsjahr 2009/2010 als Hedging-Geschäfte designiert.

Zum 30. Juni 2010 betragen die negativen Marktwerte insgesamt TEUR 869 (Vj.: TEUR 434). Da die Voraussetzungen für eine Bewertungseinheit erfüllt sind, wurde hierfür keine Rückstellung gebildet.

Die Ermittlung des Marktwertes erfolgte anhand der mark-to-market-Methode.

Die derivativen Finanzinstrumente setzen sich wie folgt zusammen:

	Nominalvolumen TEUR	Marktwert per 30.06.10 *TEUR
SWAP 1	8.199	- 505
SWAP 2	3.100	- 364
	11.299	-869

	Nominalvolumen TEUR	Marktwert per 30.06.09 *TEUR
SWAP 1	8.967	- 392
SWAP 2	3.100	- 42
	12.067	-434

* Clean Prices nach Abzug der vereinbarten Nettingbeträge

Aufgrund des geringen Umfangs der Transaktionen in fremder Währung erfolgten keine Maßnahmen zur Absicherung von **Währungsrisiken**.

5.3. Außerbilanzielle Geschäfte

Sale-and-lease-back-Geschäfte

Zur Beschaffung liquider Mittel für den Abbau der Verschuldung und für Investitionen wurden im Berichtsjahr und auch in den Vorjahren durch die Tochtergesellschaften der Marseille-Kliniken AG Pflege- und Rehabilitationsimmobilien veräußert und unmittelbar durch die Marseille-Kliniken AG für 20 bis 25 Jahre zurückgemietet (Sale-and-lease-back-Vereinbarung). Risiken bestehen überwiegend aus der fest abgeschlossenen Grundmietzeit und der damit verbundenen langfristigen Bindung an die Standorte. Des Weiteren enthalten die Mietverträge Preissteigerungsklauseln, die zu einem Anstieg der Miete bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen führen.

Aus der Veräußerung der Pflegeimmobilie durch die Projektgesellschaft Bremerhaven sind im Geschäftsjahr 2009/2010 liquide Mittel von (netto) TEUR 5.104 zugeflossen. Der abgeschlossene Mietvertrag hat eine Grundmietzeit von 20 Jahren und enthält für den Mieter nach Ablauf der Grundmietzeit die Option, den Mietvertrag zweimal um jeweils fünf Jahre zu verlängern. Risiken bestehen in der Vertragsbindung über 20 Jahre, falls die Einrichtung aufgrund der Konkurrenzsituation nicht rentabel zu betreiben ist. Mieterhöhungen ergeben sich in Abhängigkeit von dem vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Verbraucherpreisindex.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die **sonstigen finanziellen Verpflichtungen** setzen sich einschließlich der Sale-and-lease-back-Verpflichtungen wie folgt zusammen:

	Restlaufzeiten			
	2009/2010 TEUR	bis 1 Jahr TEUR	1 bis 5 Jahre TEUR	über 5 Jahre TEUR
Miet- und Pachtverträge (Immobilien und Mobilien)	375.092	18.266	74.228	282.598
(Vorjahr)	(456.846)	(20.605)	(83.953)	(352.288)
Erbbaurechtsverpflichtung	5.013	173	691	4.149
(Vorjahr)	(5.186)	(173)	(691)	(4.322)
Leasingverträge (BGA inkl. Kfz)	333	195	138	0
(Vorjahr)	(905)	(377)	(528)	(0)
Dienstleistungsverträge	13.720	6.325	7.386	8
(Vorjahr)	(14.763)	(6.715)	(6.817)	(1.231)
Gesamt	394.158	24.959	82.443	286.755
(Vorjahr)	(477.700)	(27.870)	(91.989)	(357.841)
- davon ggü. verbundenen Unternehmen	12.835	5.689	7.142	4
(Vorjahr)	(12.413)	(5.289)	(5.898)	(1.226)

Die Immobilienmietverträge beziehen sich im Wesentlichen auf die Immobilien in Lemwerder, Klötze (Medina und SWP), Waldkirch, Bad Schönborn, Bad Langensalza, Wolmirstedt, Thale, Hamburg Angerstraße, Leipzig - Am Kirschberg -, Berlin (Pflegehaus Kreuzberg), Schömberg, Buxtehude, Hennigsdorf, Hohen Neuendorf, Langen, Schollene, Datteln und Aschersleben (St. Elisabeth). Darüber hinaus bestehen zwei Erbbaurechtsverpflichtungen mit Restlaufzeiten von rund 15 und 45 Jahren.

Zudem bestehen diverse Dienstleistungsverträge, hauptsächlich mit verbundenen Unternehmen wie Pro Work GmbH, Pro F&B, PROMINT GmbH, ProTec GmbH und eqs. Privatinstitut GmbH sowie Geschäftsbesorgungsverträge mit der VDSE GmbH. Für die finanziellen Auswirkungen der Folgejahre wurde das derzeitige Niveau unterstellt.

Die finanziellen Verpflichtungen aus sonstigen Leasingverträgen betragen TEUR 333 (Vj: TEUR 905) und resultieren überwiegend aus dem Leasing von Inventar.

Eine Kündigung der oben genannten Verträge ist bis zum Bilanzstichtag nicht erfolgt.

Für die Bauvorhaben in Herne (Betriebsstätten Flora Marzina, Koppenbergs Hof) besteht ein offenes Bestellobligo in Höhe von rd. EUR 1,0 Mio. (Vj.: EUR 4,8 Mio.). Des Weiteren besteht ein Bestellobligo für Softwarelizenzen in Höhe von EUR 0,5 Mio.

Zur Absicherung der Strompreisschwankungen wurde im Geschäftsjahr 2009/2010 ein Vertrag über die Stromlieferung abgeschlossen, in dem der Stromverbrauch für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2011 zu einem fixen Preis von 6,227 Ct/kWh, dies entspricht einem Brutto Durchschnittspreis von 14,2 Ct/kWh, gesichert wird. In diesem Zusammenhang besteht eine Verpflichtung seitens der Marseille-Kliniken AG zur Abnahme der vereinbarten Strommenge während der Vertragslaufzeit.

5.5. Geschäfte mit nahe stehenden Personen und Unternehmen

Die Geschäftsbeziehungen zwischen der Marseille-Kliniken AG und nahe stehenden Personen und Unternehmen stellen sich wie folgt dar:

1. Die Marseille-Kliniken AG hat der SCS Standard Computersysteme AG lt. Darlehensvertrag vom 9. März 2001 ein Darlehen mit einer unbestimmten Laufzeit gewährt. Zum 30. Juni 2010 valutiert dieses Darlehen inklusive der aufgelaufenen Zinsforderungen bei TEUR 2.516. Das Darlehen ist gemäß notarieller Sicherheitenvereinbarung durch eine Verpfändung der Geschäftsanteile der SCS Standard Computersysteme AG an der SCS Batrium GmbH besichert. Die Verzinsung berechnet sich aus dem Basiszinssatz der Bundesbank zuzüglich einer Marge von 2,0 % sowie einem Risikozuschlag von 4,5 %. Der Zinsertrag beläuft sich auf TEUR 167.

2. Die Marseille-Kliniken AG hatte am 25. Mai 2000 mit der SCS Standard Computersysteme AG, Hamburg, einen Software - Wartungsvertrag abgeschlossen, der rückwirkend am 1. Mai 2000 in Kraft getreten war. Die Kündigungsfrist beträgt sechs Monate. Eine Kündigung ist derzeit nicht erfolgt. Im Geschäftsjahr betragen die Aufwendungen TEUR 325.
3. Die Marseille-Kliniken AG hatte am 25. Mai 2000 einen Customer-Support-Vertrag mit der SCS Standard Computersysteme AG abgeschlossen. Der Vertrag ist rückwirkend am 1. Mai 2000 in Kraft getreten und kann binnen einer Frist von sechs Monaten gekündigt werden. Die daraus resultierenden Aufwendungen beliefen sich auf TEUR 55.
4. Mit Darlehensvertrag vom 9. April 2001 wurde Frau Estella-Maria Marseille ein Darlehen in Höhe von TEUR 1.722 zum Erwerb von 6,0 % der Anteile an der Karlsruher-Sanatorium AG gewährt. Das Darlehen ist durch eine Verpfändung der erworbenen 28.802 Aktien der Karlsruher-Sanatorium AG besichert. Einschließlich der aufgelaufenen Zinsen von TEUR 860 valutierte das Darlehen zum 30. Juni 2010 mit TEUR 2.582. Der Zinssatz errechnet sich aus dem Refinanzierungssatz des Darlehensgebers zuzüglich einer Gewinnmarge von 1,0 % per annum. Das Darlehen ist am 30. Juni 2010 nicht mehr in voller Höhe besichert, die Differenz zwischen dem Darlehensstand und dem anteiligen Substanzwert der Anteile an der Kasanag beträgt rd. TEUR 683. Die Zinserträge betragen im Berichtsjahr TEUR 114.
5. Mit Darlehensvertrag vom 9. April 2001 wurde Frau Estella - Maria Marseille zum Erwerb von 5,9 % der Anteile an der Mineralquelle Waldkirch Verwertungsgesellschaft mbH von der Marseille-Kliniken AG ein Darlehen in Höhe von TEUR 151 gewährt, das im November 2005 um TEUR 24 aufgestockt wurde. Eine Besicherung des Darlehens ist nicht erfolgt. Einschließlich der aufgelaufenen Zinsen von TEUR 88 beträgt der Darlehensstand zum 30. Juni 2010 TEUR 263. Der Darlehensforderung stehen Verbindlichkeiten der Marseille-Kliniken AG und ihrer Tochtergesellschaften gegenüber Frau Estella - Maria Marseille in Höhe von TEUR 323 gegenüber. Der Zinssatz errechnet sich aus dem Refinanzierungssatz des Darlehensgebers zuzüglich einer Gewinnmarge von 1,0 % per annum. Die Zinserträge betragen im Berichtsjahr TEUR 7.
6. Die SCS Standard Computersysteme AG hat mit der Marseille-Kliniken AG einen Nutzungslizenzvertrag für das Krankenhausinformationssystem Senator@Hospital abgeschlossen. Das gesamte Auftragsvolumen beläuft sich auf

TEUR 714. Der Aufwand im Geschäftsjahr 2009/2010 beläuft sich auf TEUR 238.

7. Im Geschäftsjahr 2009/2010 hat die Rechtsanwaltskanzlei Marseille für die Marseille-Kliniken AG und ihre Tochtergesellschaften diverse Beratungsleistungen erbracht. Der Aufwand im Geschäftsjahr 2009/2010 beläuft sich auf TEUR 654.
8. Die Marseille-Kliniken AG hat zum 30. Juni 2010 100 % der Geschäftsanteile an der AAP – Allgemeine Ansgar Pflegedienste GmbH, Zirchow, von der Telekommunikation TV Service – TTVS – GmbH (im Folgenden: TTVS) zu einem gutachterlich ermittelten Kaufpreis von TEUR 6.500 erworben. Der Kaufpreis war zum 30. Juni 2010 zur Zahlung fällig.

Ab dem 1. Juli 2010 ist die etwaige Restkaufpreisverbindlichkeit mit 8,0 % p. a. zu verzinsen. Sofern der Restkaufpreis nicht bis zum 31. Dezember 2010 gezahlt wird, steht der Verkäuferpartei auf deren Verlangen bis zur vollständigen Kaufpreiszahlung anstelle der Zinszahlung der Betrag zu, der dem anteiligen Gewinnbezugsrecht entspricht.

Einen Teilbetrag der Kaufpreisforderung von TEUR 5.500 hat die TTVS an Herrn Ulrich Marseille abgetreten, der den abgetretenen Betrag mit Darlehensverbindlichkeiten (inkl. Zinsen) gegenüber der Gesellschaft von TEUR 5.039 verrechnet hat.

Die nach Abtretung und Verrechnung verbliebenen Restkaufpreisverbindlichkeiten gegenüber der TTVS in Höhe von TEUR 1.000 und gegenüber Herrn Ulrich Marseille in Höhe von TEUR 461 waren zum 30. Juni 2010 zur Zahlung fällig und sind ab dem 1. Juli 2010 zu verzinsen. Im Berichtsjahr sind keine Zinsaufwendungen angefallen.

Das Herrn Ulrich Marseille im Geschäftsjahr 2007/2008 von der Marseille-Kliniken AG gewährte Darlehen in Höhe von TEUR 4.500 war durch eine Eigentümergrundschuld über TEUR 4.500 auf dem Grundstück der DL Immobilienverwaltung GmbH & Co. „Altmark Ansgar“ KG besichert. Einschließlich der aufgelaufenen Zinsen in Höhe von TEUR 645 betrug der Darlehenstand (vor Verrechnung mit den Kaufpreisverbindlichkeiten aus dem Erwerb von 100 % der Geschäftsanteile an der AAP – Allgemeine Ansgar Pflegedienste GmbH) zum 30. Juni 2010 TEUR 5.145. Der Zinssatz errechnete sich aus dem Refinanzierungssatz des Darlehensgebers zuzüglich einer Gewinnmar-

ge von 1,0 % per annum. Die Zinserträge betragen im Berichtsjahr TEUR 297.

Nach der Verrechnung bestehen noch Forderungen aus Zinsen gegen Herrn Ulrich Marseille von TEUR 106.

9. Im Geschäftsjahr 2009/2010 hat Herr Ulrich Marseille der Marseille-Kliniken AG ein kurzfristiges Darlehen in Höhe von TEUR 5.000 gewährt, welches im Berichtsjahr vollständig getilgt wurde. Die aus der Verzinsung mit 7,0 % p. a. (TEUR 51) sowie aus den weiterbelasteten Bearbeitungsgebühren (TEUR 21) resultierenden Aufwendungen betragen insgesamt TEUR 72.
10. Am 18. August 1999 wurde ein Darlehensvertrag zwischen der SCS Batrium GmbH und der Marseille-Kliniken AG abgeschlossen. Am 30. Juni 2010 valuierte das Darlehen inklusive der aufgelaufenen Zinsforderungen mit TEUR 2.501. Im Geschäftsjahr 2009/2010 erhielt die SCS Batrium GmbH von der Marseille-Kliniken AG Zinsen (5,5 % p.a.) in Höhe von TEUR 145.
11. Am 8. Dezember 2005 wurde ein Darlehensvertrag zwischen der TD Artos Verwaltungsgesellschaft mbH und der Marseille-Kliniken AG abgeschlossen. Der aktuelle Darlehensstand beträgt TEUR 160 und wird mit einem Zinssatz von 6,0 % p. verzinst. Die Zinsen für 2009/2010 betragen TEUR 9.

Das Darlehen wurde im Verlauf des Berichtsjahres um insgesamt TEUR 19 aufgestockt und per 30. Juni 2010 aufgrund von Vermögenslosigkeit vollständig wertberichtigt. Aus der Wertberichtigung ergaben sich Aufwendungen in Höhe von TEUR 19.
12. Die Held Bau Consulting GmbH hat auf vertraglicher Basis für die Marseille-Kliniken AG diverse Bauleistungen abgerechnet. Diese betragen im abgelaufenen Geschäftsjahr 2009/2010 TEUR 3.854.
13. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden gemäß § 247 i. V. m. § 288 BGB mit 8,0 %-Punkten über dem Basiszinssatz, dementsprechend mit 8,12 % p. a., verzinst. Im Berichtsjahr wurden Zinserträge in Höhe von insgesamt TEUR 28 erzielt.
14. Sonstige Forderungen werden gemäß § 247 i. V. m. § 288 BGB mit 8,0 %-Punkten über dem Basiszinssatz, dementsprechend mit 8,12 % p. a., verzinst. Im Berichtsjahr wurden Zinserträge in Höhe von insgesamt TEUR 9 erzielt.

15. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen werden gemäß § 247 i. V. m. § 288 BGB mit 8,0 %-Punkten über dem Basiszinssatz, dementsprechend mit 8,12 % p. a., verzinst. Im Berichtsjahr entstanden der Marseille-Kliniken AG Zinsaufwendungen in Höhe von TEUR 6.
16. Sonstige Verbindlichkeiten werden gemäß § 247 i. V. m. § 288 BGB mit 8,0 %-Punkten über dem Basiszinssatz, dementsprechend mit 8,12 % p. ., verzinst. Im Berichtsjahr entstanden der Marseille-Kliniken AG Zinsaufwendungen in Höhe von TEUR 47.
17. Die Marseille-Kliniken AG hat in Vorjahren eine Patronatserklärung zugunsten der M. Held GmbH & Co. Baubetreuungs-KG, die im Zusammenhang mit einer Werkslohnklage von der Halleschen Mitteldeutschen Bau AG gegen die Beklagte M. Held GmbH & Co. Baubetreuungs-KG auf Zahlung eines Werklohnes stand, abgegeben. Die Höhe der Patronatserklärung betrug TEUR 6.200. Die Patronatserklärung wurde am 12. Juli 2010 an die Marseille-Kliniken AG zurückgegeben. Der Ergebniseffekt im Berichtsjahr betrug TEUR 0.
18. Die Marseille-Kliniken AG verfolgte eine Wachstumsstrategie im Bereich Akutkliniken. Teil dieser Strategie war die Errichtung eines spezialisierten InkontinenzZentrums, für welches Konzept- und Planungsleistungen bei der M. Held GmbH & Co. Baubetreuungs KG in Auftrag gegeben worden waren. Mit Veräußerung der Rehabilitationskliniken am 30. April 2010 wurde die Wachstumsstrategie im Bereich Akutkliniken verworfen und ein Strategiewechsel hin zum Kerngeschäft Pflege beschlossen. Aufgrund dieses Strategiewechsels stellen die zunächst aktivierten Konzept- und Planungsaufwendungen keinen werthaltigen Vermögensgegenstand mehr da, sodass dieser im Geschäftsjahr 2009/2010 in voller Höhe außerplanmäßig abgeschrieben worden ist. Der Marseille-Kliniken AG entstanden dadurch neben der planmäßigen Abschreibung von TEUR 393 Aufwendungen in Höhe von TEUR 1.952.
19. Die Marseille-Kliniken AG hatte im Geschäftsjahr 2007/2008 Anteile der Held Bau Consulting Projekt Steuerungsgesellschaft mbH an die DL-Holding GmbH verkauft. Der Kaufpreis betrug TEUR 760 und sollte bis zum 31. Dezember 2009 beglichen werden. Die Zahlung erfolgte tatsächlich erst am 24. März 2010. Da die Held Bau Consulting jedoch im abgelaufenen Geschäftsjahr erhebliche Dienstleistungen zu günstigen Marktkonditionen an verschiedene Konzerngesellschaften erbracht hat, wurde unter Berücksichti-

gung der verbliebenen Restlaufzeit von einer zusätzlichen Verzinsung der Kaufpreisforderung abgesehen. Die Verlängerung des Zahlungsziels hat daher im Berichtsjahr zu keinen Zinserträgen geführt. Der theoretisch entstandene Zinsverlust der Marseille-Kliniken AG betrug bei einer Verzinsung von 8,12 % gemäß § 247 i. V. m. § 288 BGB TEUR 46.

20. Für die Überlassung von ärztlichem Personal durch die REHA-Klinik Sigmund-Weil GmbH sind der Marseille-Kliniken AG im Berichtsjahr bis zum Verkauf der Klinik im April 2010 Aufwendungen in Höhe von TEUR 49 entstanden

21. Die Marseille-Kliniken AG erzielte im Berichtsjahr Erträge aus der Vermietung von Immobilien zum Zweck des Betriebes eines Pflegeheimes, welche aus vertraglich geregelten Mietverhältnissen mit den folgenden Tochtergesellschaften resultieren:

	<u>TEUR</u>
- Teufelsbad Fachklinik Blankenburg GmbH (bis zum 30. April 2010)	2.367
- Algos Fachklinik Bad Klosterlausnitz GmbH (bis zum 30. April 2010)	763

22. Mit Abtretungsvereinbarung vom 30. Juni 2010 hat die Waldkirch GmbH ihre Forderungen gegenüber der Marseille-Kliniken AG in Höhe von TEUR 1.462 an die Karlsruher-Sanatorium AG abgetreten und mit dieser Abtretung ihre Darlehensverbindlichkeit gegenüber der Karlsruher-Sanatorium AG von TEUR 5.040 auf TEUR 3.578 reduziert.

23. Von der Marseille-Kliniken AG wurden im Geschäftsjahr 2009/2010 Personalaufwendungen in Höhe von TEUR 39 an die Reha-Klinik Sigmund Weil GmbH weiterbelastet.

24. Aus dem Verkauf der Rehabilitationssparte entstanden bei den Gesellschaften Alstersee 124 V V, Karlsruher-Sanatorium AG und Marseille-Kliniken AG aus dem Kaufvertrag und der Abtretung von Verbundsalden sowohl Forderungen als auch Verbindlichkeiten. Nach Verrechnung dieser Forderungen und Verbindlichkeiten verbleiben bei der Marseille-Kliniken AG Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 2.289 gegenüber der Alstersee 124 V V GmbH und TEUR 2.819 gegenüber der Karlsruher-Sanatorium AG. Des Weiteren bestehen bei der Marseille-Kliniken AG im Zusammenhang mit der Veräußerung

der Reha-Gesellschaften stehende Darlehensverbindlichkeiten in Höhe von TEUR 19.638 gegenüber der Karlsruher-Sanatorium AG. Aus der Verzinsung dieser Verbindlichkeiten mit 6,0 % per annum entstanden der Marseille-Kliniken AG im Geschäftsjahr insgesamt Zinsaufwendungen in Höhe von TEUR 221.

5.6. Anzahl der Mitarbeiter

Bei der Marseille-Kliniken AG waren im Geschäftsjahr 2009/2010 durchschnittlich 332 (Vj.: 335) Personen beschäftigt. Die durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer gliedert sich in folgende Gruppen:

	<u>Mitarbeiter</u> <u>2009/2010</u>	<u>Mitarbeiter</u> <u>2008/2009</u>
Verwaltung	34	40
Pflegedienst	287	288
Wirtschaftsdienst	11	7
	<u>332</u>	<u>335</u>

5.7. Honorar des Abschlussprüfers

Für das Geschäftsjahr 2009/2010 beträgt das vertraglich vereinbarte Gesamthonorar (inkl. Umsatzsteuer) des Abschlussprüfers TEUR 328 (Vj.: TEUR 381). Darüber hinaus wurden sonstige Bestätigungs- und Bewertungsleistungen in Höhe von TEUR 70 sowie sonstige Dienstleistungen in Höhe von TEUR 278 (Vj.: TEUR 28) erbracht.

5.8. Angaben nach dem AktG

Gemäß § 160 Abs. 1 Nr. 8 AktG besteht von Seiten Herrn Ulrich Marseille und Frau Estella-Maria Marseille, Hamburg, eine Beteiligung an der Marseille-Kliniken AG, Berlin, in Höhe von 60,00 % der Stimmrechte.

Artio Global Holdings LLC, New York, USA hatte uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 4. Juli 2008 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Marseille-Kliniken AG, Berlin, am 27. Juni 2008 die Schwelle von 3 % bzw. 5 % überschritten hat und zu diesem Tag 9,40 % (entspricht 1.141.607 Stimmrechten) in Bezug auf die Gesamtmenge der Stimmrechte betrug.

Dabei wurden der Agio Global Holdings LLC, New York, USA, Stimmrechtsanteile an der Marseille-Kliniken AG, Berlin, von 3 % oder mehr von der Julius Baer International Equity Fund, 330 Madison Avenue, New York, USA, zugerechnet.

Die nach § 161 AktG vorgeschriebene Erklärung zu den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ wurde den Aktionären unter www.marseille-kliniken.de unter Investor Relations/Corporate Governance dauerhaft zugänglich gemacht.

5.9. Organe der Gesellschaft

Vorstand

Vorstandsmitglieder sind bzw. waren die folgenden Herren:

- Herr Ulrich Marseille, Hamburg, Vorstandsvorsitzender (seit 5. März 2010)
- Herr Dr. Thomas Klaue, Pullach, Vorstand Finanzen und stv. Vorsitzender (seit 1. Juli 2010)
- Herr Axel Regenhardt, Seesen, Vorstand IT (seit 1. März 2010)
- Herr Claus Dobrowolski, Hamburg, Vorstand Finanzen (vom 2. April bis 30. Juni 2010)
- Herr Axel Hölzer, Hamburg, Vorstandsvorsitzender (bis 5. März 2010)
- Herr Peter Paul Gardosch von Krosigk, Vorstand Krankenhäuser (vom 1. August 2008 bis 31. Juli 2009).

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht bzw. bestand aus folgenden Mitgliedern:

Herr Uwe Bergheim, Kommunikations-Betriebswirt, Düsseldorf (Vorsitzender seit dem 5. März 2010)

- Geschäftsführung:
 - Falke KGaA, Schmallenberg
- Beirat:
 - Nordmilch AG, Bremen

Herr Hans-Hermann Tiedje, Medienunternehmer, Berlin (Stellvertretender Vorsitzender)

- Vorstandsvorsitzender:
 - WMP EuroCom AG, Berlin

- Aufsichtsratsmitglied:
 - Wadan Yards AS, Oslo
 - Columbia Hospital AG, Berlin

Herr Mathias D. Kampmann, Betriebswirt, Hamburg

Herr Prof. Dr. med. Matthias Schönermark, Universitätsprofessor, Unternehmensberater, Hannover

Herr Dr. Thomas Middelhoff, Kaufmann, Essen (ab 18. Dezember 2009)

- Vorstandsvorsitzender:
 - Senator Entertainment AG, Berlin

- Aufsichtsratsmitglied:
 - New York Times Company, New York, USA

- Beirat:
 - BHF-Bank, Frankfurt am Main
 - Fitch, Frankreich
 - NRW Bank, Düsseldorf
 - RWE AG, Essen

Frau Estella-Maria Marseille, Rechtsanwältin, Hamburg (seit 31. August 2010)

- Mitglied des Aufsichtsrates:
 - TD Treasury Deutschland AG, Berlin
 - Columbia Hospital AG, Berlin

Herr Ulrich Marseille, Kaufmann, Hamburg (Vorsitzender bis 5. März 2010)

- Vorsitzender der Aufsichtsräte:
 - Karlsruher-Sanatorium-AG, Hamburg
 - SCS Standard Computer Systeme AG, Hamburg

- Mitglied des Aufsichtsrates:
 - WMP EuroCom AG, Berlin
 - Columbia Hospital AG, Berlin

- Vorsitzender vergleichbarer Gremien:
 - REHA-Klinik Sigmund Weil GmbH, Hamburg (bis 30. Juni 2010)

Herr Dr. Peter Schneider, Facharzt, Hohen Neuendorf (bis 18. Dezember 2009)

Es haben im Geschäftsjahr 2009/2010 am 23. Oktober 2009, 2. November 2009, 17. und 18. Dezember 2009, 5. März 2010, 19. März 2010 und am 10. Juni 2010 Aufsichtsratssitzungen stattgefunden.

5.10. Vergütung des Vorstandes und des Aufsichtsrates

Für die Festlegung der Vorstandsvergütung ist der Aufsichtsrat zuständig. Der Aufsichtsrat hat die Möglichkeit, für besondere Leistungen eine Prämie als Bestandteil der variablen Vergütung zu gewähren.

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder setzt sich aus fixen und variablen Bestandteilen zusammen. Die feste Vergütung wird monatlich als Gehalt ausbezahlt.

Die Bezüge für den Vorstand im Geschäftsjahr 2009/2010 wurden ausschließlich über die Marseille-Kliniken AG gewährt und betragen TEUR 549 (Vj.: TEUR 637), davon fix TEUR 496 (Vj.: TEUR 637) und variabel TEUR 53 (Vj.: TEUR 0).

Die Vergütung des Vorstandes setzt sich wie folgt zusammen:

	<u>Fix</u>	<u>Variabel</u>	<u>Gesamt</u>
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Herr Axel Hölzer (Vorstandsvorsitzender bis 5. März 2010)	321	11	332
Herr Peter Paul Gardosch von Krosigk (bis 31. Juli 2009 Vorstand Krankenhäuser)	25	0	25
Herr Axel Regenhardt (Vorstand IT)	97	1	98
Herr Claus Dobrowolski (2. April bis 30. Juni 2010 Finanzvorstand)	53	41	94
Herr Ulrich Marseille (Vorstandsvorsitzender)	0	0	0

Darlehen zwischen der Gesellschaft und Mitgliedern des Vorstandes bestanden im Berichtsjahr lediglich mit dem Vorstandsvorsitzenden Herrn Ulrich Marseille. Siehe hierzu die Erläuterungen bei den sonstigen Vermögensgegenständen und Geschäfte mit nahe stehenden Personen und Unternehmen.

Der Aufsichtsrat erhielt eine Vergütung in Höhe von TEUR 154 (Vj.: TEUR 155).

Die Pensionszahlungen für frühere Mitglieder des Vorstandes und ihre Hinterbliebenen betragen TEUR 57 (Vj.: TEUR 58). Für die künftigen Verpflichtungen der früheren Vorstandsmitglieder wurde eine Rückstellung in Höhe von TEUR 453 (Vj.: TEUR 471) gebildet.

5.11. Konsolidierungskreis

Mutterunternehmen des größten Konsolidierungskreises ist die Marseille-Kliniken AG, Berlin (Registergericht: Berlin-Charlottenburg HRB Nr. 86329 B). Der Konzernabschluss wird im amtlichen Unternehmensregister bekannt gemacht und im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

5.12. Gewinnverwendungsvorschlag

Der Bilanzverlust beträgt TEUR 311 (Vj.: Bilanzgewinn TEUR 1.320) und wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Berlin, den 26.November 2010

Vorstandsvorsitzender

U. Marseille

Finanzvorstand/Stv. Vorstandsvorsitzender

Dr. T. Klaue

Vorstand IT

A. Regenhardt

**Entwicklung des Anlagevermögens der
Marseille-Kliniken Aktiengesellschaft, Berlin,
im Geschäftsjahr 2009/2010**

		<u>Anschaffungs-/Herstellungskosten</u>				
		Stand am 1.7.2009 EUR	Zugänge EUR	Um- buchungen EUR	Abgänge EUR	Stand am 30.6.2010 EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
	Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	2.494.308,43	1.428.000,00	0,00	0,00	3.922.308,43
II. Sachanlagen						
1.	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	20.826.844,80	3.273.647,97	0,00	0,00	24.100.492,77
2.	Technische Anlagen und Maschinen	459,94	0,00	0,00	0,00	459,94
3.	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.838.184,82	31.566,36	21.429,52	101.990,17	2.789.190,53
4.	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	423.291,80	3.754.436,50	-21.429,52	0,00	4.156.298,78
		<u>24.088.781,36</u>	<u>7.059.650,83</u>	<u>0,00</u>	<u>101.990,17</u>	<u>31.046.442,02</u>
III. Finanzanlagen						
1.	Anteile an verbundenen Unternehmen	87.812.028,15	8.440.435,41	0,00	4.376.540,21	91.875.923,35
2.	Beteiligungen	65.947,99	0,00	0,00	0,00	65.947,99
3.	Wertpapiere des Anlagevermögens	188.000,00	0,00	0,00	0,00	188.000,00
		<u>88.065.976,14</u>	<u>8.440.435,41</u>	<u>0,00</u>	<u>4.376.540,21</u>	<u>92.129.871,34</u>
		<u>114.649.065,93</u>	<u>16.928.086,24</u>	<u>0,00</u>	<u>4.478.530,38</u>	<u>127.098.621,79</u>

<u>Kumulierte Abschreibungen</u>				<u>Buchwerte</u>	
Stand am 1.7.2009 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Stand am 30.6.2010 EUR	Stand am 30.6.2010 EUR	Stand am 30.6.2009 EUR
1.210.012,09	2.429.165,43	0,00	3.639.177,52	283.130,91	1.284.296,34
3.439.171,29	1.299.371,67	0,00	4.738.542,96	19.361.949,81	17.387.673,51
99,65	45,99	0,00	145,64	314,30	360,29
2.138.142,14	119.023,45	54.184,30	2.202.981,29	586.209,24	700.042,68
0,00	0,00	0,00	0,00	4.156.298,78	423.291,80
<u>5.577.413,08</u>	<u>1.418.441,11</u>	<u>54.184,30</u>	<u>6.941.669,89</u>	<u>24.104.772,13</u>	<u>18.511.368,28</u>
10.170.070,35	5.189.904,87	0,00	15.359.975,22	76.515.948,13	77.641.957,80
0,00	0,00	0,00	0,00	65.947,99	65.947,99
0,00	0,00	0,00	0,00	188.000,00	188.000,00
<u>10.170.070,35</u>	<u>5.189.904,87</u>	<u>0,00</u>	<u>15.359.975,22</u>	<u>76.769.896,12</u>	<u>77.895.905,79</u>
<u>16.957.495,52</u>	<u>9.037.511,41</u>	<u>54.184,30</u>	<u>25.940.822,63</u>	<u>101.157.799,16</u>	<u>97.691.570,41</u>

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Zu dem als Anlagen 1 bis 4 beigefügten Jahresabschluss zum 30. Juni 2010 sowie zu dem mit dem Konzernlagebericht zusammenfassten Lagebericht für das Geschäftsjahr 2009/2010 (Anlage 5) erteilen wir folgenden uneingeschränkten, mit einem hinweisenden Zusatz versehenen Bestätigungsvermerk:

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den mit dem Konzernlagebericht zusammenfassten Lagebericht der **Marseille-Kliniken Aktiengesellschaft, Berlin**, für das Geschäftsjahr vom 1. Juli 2009 bis zum 30. Juni 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses und des mit dem Konzernlagebericht zusammenfassten Lageberichts nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den mit dem Konzernlagebericht zusammenfassten Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den mit dem Konzernlagebericht zusammenfassten Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und in dem mit dem Konzernlagebericht zusammenfassten Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des mit dem Konzernlagebericht zusammenfassten Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der mit dem Konzernlagebericht zusammenfasste Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Ohne diese Beurteilung einzuschränken, weisen wir auf die vom Vorstand in Abschnitt 11.4 „Finanzwirtschaftliche Risiken“ des zusammengefassten Lage- und Konzernlageberichts dargestellten Sachverhalte hin. Dort wird ausgeführt, dass die Marseille-Kliniken AG eine umfassende Neuordnung ihrer Finanzstruktur mit dem Ziel der Stärkung der Eigenkapitalbasis sowie der Ablösung der bestehenden kurzfristigen Bankenfinanzierung anstrebt. Falls die erforderlichen Maßnahmen im Rahmen der Neuordnung der Finanzstruktur nicht oder nicht zeitgerecht umgesetzt werden können, könnten sich für die Marseille-Kliniken Aktiengesellschaft und den Konzern bestandsgefährdende Liquiditätsrisiken ergeben.

Hamburg, 29. November 2010

Ebner Stolz Mönning Bachem GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

Werner von Salzen
Wirtschaftsprüfer

Thomas Götze
Wirtschaftsprüfer

Versicherung der gesetzlichen Vertreter der Marseille-Kliniken AG (Bilanzzeit)

„Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss zum 30.06.2010 ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im zusammengefassten Lage- und Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.“

Ulrich Marseille
Vorstandsvorsitzender

Dr. Thomas Klaue
Vorstand Finanzen

Axel Regenhardt
Vorstand IT

Bericht des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 01.07.2009 bis 30.06.2010

Der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr die ihm nach Gesetz Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben wahrgenommen. Im Geschäftsjahr 2009/2010 hat sich der Aufsichtsrat in insgesamt sieben Sitzungen (am 23.10.2009, 02.11.2009, 17.12.2009, 18.12.2009, 05.03.2010, 19.03.2010, 10.06.2010) vom Vorstand eingehend über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns sowie dessen strategische Ausrichtung unterrichten lassen und die Arbeit des Vorstandes überwacht und begleitet. Der Vorstand hat hierbei in seinen mündlichen und schriftlichen Berichten an den Aufsichtsrat insbesondere auch über die Unternehmens- und Konzernplanung, die Rentabilität und Liquidität, den Gang der Geschäfte und die Lage der Gesellschaft und des Konzerns, das Risikomanagement und die Compliance sowie über jene Geschäfte informiert, die für die Rentabilität oder Liquidität von erheblicher Bedeutung sind. Darüber hinaus haben die Mitglieder des Vorstandes den Vorsitzenden des Aufsichtsrates auch außerhalb der Sitzungen über wesentliche Geschäftsvorfälle unterrichtet, insbesondere auch über solche, die der Zustimmung des Aufsichtsrates bedürfen. Über diese Geschäfte, auch so weit sie Personalfragen betrafen, hat der Aufsichtsrat in seinen Sitzungen beschlossen. Aufgrund der Berichterstattung des Vorstandes an den Vorsitzenden und weitere Mitglieder des Aufsichtsrates war der Aufsichtsrat daher über Maßnahmen und Geschäftsvorfälle von wesentlicher Bedeutung informiert und in die Entscheidungen eingebunden.

Alle Mitglieder des Aufsichtsrates haben an den Sitzungen des Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2009/2010 teilgenommen, soweit nicht nachfolgend anders beschrieben: In der Sitzung vom 23. Oktober 2009 fehlte Herr Dr. Peter Schneider entschuldigt, hat jedoch schriftlich Herrn Hans-Hermann Tiedje Stimmbotenschaft zur Stimmabgabe erteilt. In der Sitzung vom 10. Juni 2010 fehlte Herr Mathias Kampmann entschuldigt. Der Aufsichtsrat hat einen Präsidialausschuss und einen Finanz- und Investitionsausschuss gebildet. Der Präsidialausschuss hat im vergangenen Geschäftsjahr 2009/2010 sechs Mal getagt. Der Finanz- und Investitionsausschuss hat sich im Geschäftsjahr 2009/2010 fünf Mal getroffen. Innerhalb des Aufsichtsrates sind im abgelaufenen Geschäftsjahr keine Interessenkonflikte bei Mitgliedern des Aufsichtsrates aufgetreten.

In der Aufsichtsratssitzung vom 23. Oktober 2009 stellte der Vorstand die Ergebnisse, Hintergründe und Informationen zum Jahresabschluss und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2008/2009 dar und beantwortete Fragen des Aufsichtsrates hierzu. Ein wesentlicher Gegenstand waren die Erläuterungen und die Berichterstattung der Wirtschaftsprüfer über ihren Prüfungsbericht zum (Konzern-)Jahresabschluss und (Konzern-)Lagebericht für das Geschäftsjahr 2008/2009, der in die Erörterungen des Aufsichtsrates mit einbezogen wurde, ebenso wie Anmerkungen und Hinweise der Wirtschaftsprüfer hierzu. Nach dem Ergebnis der Prüfung durch den Aufsichtsrat, wurde der (Konzern-)Jahresabschluss und (Konzern-)Lagebericht für das Geschäftsjahr 2008/2009 im Anschluss an die Sitzung durch Umlaufbeschluss vom 30. Oktober 2009 gebilligt und festgestellt. Der vom Vorstand gem. § 312 AktG aufgestellte und von den Abschlussprüfern geprüfte Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen wurde vom Aufsichtsrat nach eigener Prüfung gebilligt.

In der Sitzung vom 2. November 2009 wurde der durch den Vorstand vorgelegte Entwurf der Tagesordnung für die Einladung zur Hauptversammlung am 18. Dezember 2009 genehmigt. Der Aufsichtsrat hat sich den darin enthaltenen Beschlussvorschlägen angeschlossen.

Des Weiteren wurde über einzelne zustimmungspflichtige Rechtsgeschäfte in den Bereichen Verträge und Personal berichtet und beschlossen.

Gegenstand der Sitzung des Aufsichtsrates vom 17. Dezember 2009 war die Berichterstattung über den Status des Verkaufs von Geschäftsanteilen an Rehaklinikbetrieben und die weitere strategische Ausrichtung der Gesellschaft.

Mit Sitzung vom 18. Dezember 2009 hat sich der Aufsichtsrat mit seinen in der vorangegangenen Hauptversammlung neu gewählten Mitgliedern, die jeder für sich die Wahl zum Aufsichtsrat ausdrücklich angenommen haben, konstituiert und seine Ausschüsse gebildet.

In seiner Sitzung am 5. März 2010 wurde der Vorstandsvorsitzende Herr Axel Hölzer von seinen Ämtern entbunden. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, dass Herr Ulrich Marseille aus dem Aufsichtsrat nach § 105 Abs.2 AktG das Amt des Vorstandes als Vorsitzender übernimmt. Der Aufsichtsrat befasste sich mit der wirtschaftlichen Entwicklung des Unternehmens für das Geschäftsjahr 2009/2010.

In seiner Sitzung vom 19. März 2010 hat sich der Aufsichtsrat ausführlich zum Stand des Verkaufs der Geschäftsanteile an den Rehaklinikgesellschaften informieren lassen und die erforderlichen Beschlüsse getroffen. Weiter erfolgte der Bericht aus dem Finanz- und Investitionsausschuss sowie zur Neustrukturierung des Geschäftsbereichs Pflege. In dieser Sitzung hat Herr Ulrich Marseille sein ruhendes Amt als Aufsichtsratsmitglied niedergelegt. Er wurde vom Aufsichtsrat mit sofortiger Wirkung zum Vorstand der Marseille-Kliniken AG bestellt und zum Vorsitzenden des Vorstandes ernannt. Der Aufsichtsrat hat seine Zustimmung zu den berichteten und zustimmungsbedürftigen Geschäften erteilt.

In der Sitzung am 10. Juni 2010 befasste sich der Aufsichtsrat intensiv mit Personalien und der Ausrichtung der Gesellschaft nach dem erfolgten Verkauf der Rehaklinikgesellschaften. Das Amt des Vorstandsmitgliedes Axel Hölzer wurde mit sofortiger Wirkung widerrufen. Sein bestehendes Anstellungsverhältnis wurde fristlos gekündigt. Herr Dr. Thomas Klaue wurde mit Wirkung zum 1. Juli 2010 zum ordentlichen Mitglied des Vorstandes bestellt und zum stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden und Finanzvorstand ernannt. Der Aufsichtsrat hat sich für Herrn Dr. Klaue wegen seiner ausgewiesenen Expertise und seiner erfolgreichen Tätigkeit als Finanzvorstand sowie anderen Führungspositionen in namhaften Unternehmen entschieden.

Weiter informierte sich der Aufsichtsrat über die vorgestellte Budget-, Finanz- und Investitionsplanung für das Geschäftsjahr 2010/2011. Der Aufsichtsrat wurde über die Entwicklung der Bereiche Pflege und Betreutes Wohnen unterrichtet. Dem Aufsichtsrat wurde über weitere Personalien und zustimmungspflichtige Rechtsgeschäfte berichtet, über die dann Beschlussfassung erfolgte.

Auf der Grundlage der mündlichen und schriftlichen Berichte des Vorstandes hat der Aufsichtsrat entsprechend den ihm nach dem Gesetz und der Satzung übertragenen Aufgaben die Geschäftsführung des Vorstandes beraten und überwacht. Die Geschäftsführung des Vorstandes wurde im Hinblick auf deren Rechtmäßigkeit, Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit überprüft. Dies bezog sich sowohl auf bereits laufende Geschäftstätigkeiten als auch auf zukunftsgerichtete Entscheidungen und Planungen

des Vorstandes. Außerhalb der Sitzungen des Aufsichtsrates erfolgte im Auftrag des Aufsichtsrates eine Prüfung und Beratung des Vorstandes zu einzelnen Geschäftsvorfällen mittels Einsicht in Unterlagen, Bücher und Belege der Gesellschaft durch die Mitglieder des Aufsichtsrates und seiner Ausschüsse.

Die dabei durch den Präsidialausschuss des Aufsichtsrates und des Finanz- und Investitionsausschuss gewonnenen Erkenntnisse flossen in die Prüfungen des Aufsichtsrates mit ein. Insgesamt ergaben sich im abgelaufenen Geschäftsjahr keine Hinweise, die ein darüber hinausgehendes Tätigwerden des Aufsichtsrates erforderlich gemacht hätten.

Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss und Lagebericht sowie der Konzernabschluss und Konzernlagebericht der Marseille-Kliniken AG für das Geschäftsjahr 2009/2010 sind im Auftrag des Aufsichtsrates unter Einbeziehung der Buchführung durch den von der Hauptversammlung am 18. Dezember 2009 gewählten Abschlussprüfer, die Ebner Stolz Mönning Bachem GmbH & Co. KG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Hamburg, geprüft worden. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde erteilt. Der Bestätigungsvermerk enthält einen hinweisenden Zusatz, der den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk nicht einschränkt. Der Aufsichtsrat befasste sich in seinen Sitzungen am 30. September 2010 und am 29. November 2010 mit den Jahresabschlüssen und deren Prüfung. Die Abschlussprüfer haben an den Sitzungen des Aufsichtsrates über die Prüfung der Vorlagen des Vorstandes in den Aufsichtsratssitzungen teilgenommen und über die Ergebnisse ihrer Prüfung berichtet.

Der Vorstand stellte die wesentlichen Bilanzpositionen dar, ging auf den Lagebericht ein und erläuterte Chancen, Risiken und Haftungsfragen sowie die Erwartungen für das laufende Geschäftsjahr. Fragen des Aufsichtsrates zu den Vorlagen wurden durch den Vorstand beantwortet. Der Aufsichtsrat hat das Ergebnis der Prüfung durch die Wirtschaftsprüfer zustimmend zur Kenntnis genommen. Der Aufsichtsrat teilt die vom Vorstand vorgenommene Bewertung und Einschätzung im Lagebericht. Insgesamt ergaben sich für den Aufsichtsrat aufgrund der erfolgten eigenen Prüfung und auch unter Einbeziehung der Prüfungsberichte der Abschlussprüfer sowie der Ergebnisse der im Geschäftsjahr 2009/2010 im Rahmen der Aufsichtsratssitzungen erfolgten Prüfungen keine Hinweise darauf, dass die Vorlagen des Vorstandes unvollständig, unrichtig oder aus anderem Grund zu beanstanden sein könnten. Nach dem abschließenden Ergebnis der vom Aufsichtsrat vorgenommenen Prüfung des Jahresabschlusses und Lageberichtes sowie des Konzernabschlusses und Konzernlageberichtes der Marseille-Kliniken AG für das Geschäftsjahr 2009/2010 waren daher seitens des Aufsichtsrates keine Einwendungen zu erheben. Der Aufsichtsrat stimmte dem Ergebnis der Abschlussprüfung durch die Prüfer zu. Der Aufsichtsrat billigte den vom Vorstand aufgestellten Jahres- und den Konzernabschluss zum 30. Juni 2010 und schloss sich dem Vorschlag des Vorstandes zur Gewinnverwendung für das Geschäftsjahr 2009/2010 an.

Bestandteil der Prüfungen der Vorstandsvorlagen in der Sitzung am 29. November 2010 war auch der vom Vorstand gemäß § 312 AktG aufgestellte Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen. Zusätzlich haben die Abschlussprüfer den Bericht des Vorstandes geprüft und den Aufsichtsrat über das Ergebnis unterrichtet. Durch die Abschlussprüfer wurde zu dem Bericht folgender Bestätigungsvermerk erteilt:

„Nach unserer pflichtgemäßen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichtes richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Nach dem Ergebnis seiner Prüfung schließt sich der Aufsichtsrat dem Ergebnis der Prüfung durch die Abschlussprüfer an und stellt fest, dass keine Einwendungen gegen die Erklärung des Vorstandes am Schluss des Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen zu erheben sind. Der Aufsichtsrat hat die vom Vorstand aufgestellten Abschlüsse gebilligt. Damit sind diese Abschlüsse festgestellt.

Der Aufsichtsrat hat sich mit der Entsprechenserklärung des Vorstands nach § 161 AktG, den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“, befasst und stimmt dieser sowie den Erklärungen zu Abweichungen und deren Begründung zu.

Mit Beschluss des Amtsgerichts Berlin-Charlottenburg vom 31. August 2010 wurde Frau Estella-Maria Marseille zum Mitglied des Aufsichtsrats bestellt.

Der Aufsichtsrat spricht den Mitarbeitern der Gesellschaft seinen Dank für ihren Einsatz und die im Geschäftsjahr 2009/2010 geleistete Arbeit aus.

Berlin, im November 2010

Marseille-Kliniken Aktiengesellschaft
Der Vorsitzende des Aufsichtsrates



Uwe Bergheim

Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289a HGB

Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289a Abs. 1 HGB beinhaltet die Entsprechenserklärung nach § 161 AktG, Angaben zu Unternehmensführungspraktiken und die Beschreibung der Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat. Die Marseille Kliniken AG verfolgt dabei das Ziel, die Darstellung der Unternehmensführung übersichtlich und prägnant zu halten.

- Entsprechenserklärung
- Angaben zu angewandten Unternehmensführungspraktiken
- Arbeitsweise des Vorstands und Aufsichtsrats

Die Erklärung zur Unternehmensführung wurde auf der Internetseite der Gesellschaft unter www.Marseille-Kliniken.de unter der Rubrik „Investor Relations“ öffentlich zugänglich gemacht.

ERKLÄRUNG ZUM DEUTSCHEN CORPORATE GOVERNANCE KODEX (DCGK) nach § 161 AktG

Am 29.11.2010 haben Vorstand und Aufsichtsrat die Entsprechenserklärung zu den Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex gemäß § 161 AktG abgegeben und auf der Webseite der Gesellschaft unter <http://www.marseille-kliniken.de> unter der Rubrik „Investor Relations“ dauerhaft zugänglich gemacht. Die Entsprechenserklärung lautet wie folgt:

Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex

Der vom Bundesministerium der Justiz im amtlichen Teil des elektronischen Bundesanzeigers bekannt gemachte Deutsche Corporate Governance Kodex enthält neben gesetzlichen Vorschriften eine Reihe von Empfehlungen und Anregungen.

Vorstand und Aufsichtsrat der Marseille-Kliniken AG erklären gemäß § 161 AktG, dass die Gesellschaft seit der letzten Entsprechenserklärung im September 2009 den Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 18. Juni 2009 und seit deren Inkrafttreten der dann geltenden Kodex-Fassung vom

26. Mai 2010 mit Ausnahme der nachfolgenden Abweichungen entsprochen hat und dies mit Ausnahme der nachfolgenden Abweichungen auch künftig tun wird:

- Die Gesellschaft bietet neben der Stimmrechtsvertretung in der Hauptversammlung abweichend von Ziffer 2.3.3 des Kodex noch nicht die Möglichkeit der Briefwahl an. Die Gesellschaft möchte erst die rechtliche und datentechnische Entwicklung zu einer sicheren Briefwahlteilnahme abwarten.
- Die Gesellschaft hat für den Aufsichtsrat eine D&O-Versicherung abgeschlossen. Entgegen der Empfehlung der Ziffer 3.8 des Kodex hat die Gesellschaft für Aufsichtsratsmitglieder keinen Selbstbehalt vereinbart, der nach der Vorstellung des Kodex mindestens 10% des Schadens bis mindestens zur Höhe des Eineinhalbfachen der festen jährlichen Vergütung umfassen sollte. Für den Aufsichtsrat wurde kein Selbstbehalt vereinbart, da nach Auffassung der Gesellschaft eine Selbstbeteiligung nicht geeignet ist, Motivation und Verantwortung, mit der die Mitglieder des Aufsichtsrats ihre Aufgaben wahrnehmen, bedeutsam zu beeinflussen. Darüber hinaus wäre nach Auffassung der Gesellschaft im Hinblick auf die Höhe der Aufsichtsratsvergütung ein Selbstbehalt unverhältnismäßig und würde die Gewinnung geeigneter Aufsichtsratsmitgliedern erschweren.
- In Übereinstimmung mit den Empfehlungen der Regierungskommission sieht die Vergütung der Vorstandsmitglieder fixe und variable Bestandteile in Form einer Tantieme vor. Die Höhe der Tantieme ist an individuell mit jedem Vorstandsmitglied vereinbarte Erfolgsziele gebunden. Aktienoptionen und vergleichbare Gestaltungen für eine variable Vergütung sind mit den Vorständen nicht vereinbart. Da Aktienoptionspläne oder vergleichbare Gestaltungen zur variablen Vergütung nicht vereinbart sind, erübrigen sich Angaben über das Vergütungssystem auf der Homepage, im Geschäftsbericht und im Corporate Governance Bericht gemäß Ziffer 7.1.3 des Kodex sowie Erläuterungen des Aufsichtsratsvorsitzenden gegenüber der Hauptversammlung.
- Eine feste Altersgrenze für Vorstände der Gesellschaft, wie Ziffer 5.1.2 des Kodex dies vorsieht, hält der Aufsichtsrat nach heutigem Stand für nicht erforderlich. Die Vorstandsmitglieder werden für den Zeitraum von maximal fünf Jahren bestellt. Der Aufsichtsrat entscheidet in jedem Einzelfall über eine neue Bestellung. Für den Aufsichtsrat ist das Alter eines Vorstandsmitgliedes dabei nur eines unter mehreren

Entscheidungskriterien, so dass aus Sicht des Aufsichtsrates dieses Einzelkriterium nicht zu einem generellen Ausschlusskriterium werden sollte. Dieses würde auch den europäischen Grundsätzen zur Altersdiskriminierung widersprechen. Zudem erscheint bei der aktuellen Altersstruktur des Vorstands eine absolute Altersgrenze derzeit nicht zwingend.

- Fragen der Rechnungslegung, des Risikomanagements und der Compliance, der Unabhängigkeit der Abschlussprüfer, der Erteilung des Prüfungsauftrages, der Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten und der Honorarvereinbarung werden im Finanzausschuss erörtert und beraten; ein besonderer Prüfungsausschuss des Aufsichtsrates (Audit Committee), wie dies Ziffer 5.3.1 des Kodex empfiehlt, ist hierfür nicht eingerichtet. Der Aufsichtsrat hält die Einrichtung eines solchen Prüfungsausschusses neben dem bestehenden Finanzausschuss und hinsichtlich seiner Größe derzeit für nicht sinnvoll.
- Die fixen und variablen Bestandteile der Vergütung für die Mitglieder des Aufsichtsrates ergeben sich aus der Satzung der Gesellschaft. Der variable Vergütungsanteil der Mitglieder des Aufsichtsrates entspricht der gesetzlichen Vorgabe des § 113 Absatz 3 AktG. Von einer individualisierten Aufgliederung der Vergütung, auch nach ihren zusätzlichen Bestandteilen, wie Ziffer 5.4.6 des Kodex dies empfiehlt, wird abgesehen, da die Vergütung dementsprechend für die Aktionäre anhand der Satzung feststellbar ist.
- Es erfolgt keine zusätzliche individualisierte Angabe zum Aktienbesitz des Vorsitzenden des Vorstands im Anhang oder in diesem Bericht und auch keine Angabe des aufgeschlüsselten Gesamtbesitzes von sonstigen Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern, wie Ziffer 6.6 des Kodex dies vorsieht, da hierfür bereits aufgrund der gesetzlichen Mitteilungspflichten über bedeutende Stimmrechtsanteile und Directors' Dealings Mitteilungen ausreichende Transparenz besteht.
- Nach den Vorschriften des HGB erfolgt die Veröffentlichung des Konzernabschlusses grundsätzlich innerhalb von vier Monaten nach Ende des Geschäftsjahres und nicht nach 90 Tagen, wie Ziffer 7.1.2 des Kodex dies empfiehlt. Die sachbedingten besonderen Schwierigkeiten der Erstellung des Konzernabschlusses und der Zwischenberichte erfordern eine eingehende Zusammenstellung und Prüfung des Zahlenmaterials, die in den kurzen Fristen von 90 Tagen nach Geschäftsjahresende bei

der komplexen Struktur der Gesellschaft nicht in der gebotenen Gründlichkeit durchgeführt werden können. Für das Geschäftsjahr 2009/2010 ist der Konzernabschluss darüber hinaus einmalig verspätet veröffentlicht worden, da eine bedeutsame Rekonstruktion erfolgt ist.

- Die Aufsichtsrat strebt an, dass mehr Frauen im Aufsichtsrat vertreten sind. Der Aufsichtsrat hält einen angemessenen Frauenanteil in Führungspositionen des Konzerns für sinnvoll. Die Quote ist bisher nur zum Teil erreicht, da nach der Neuwahl des gesamten Aufsichtsrats Ende 2009 noch keine weiteren Wahlen stattfanden. Der Aufsichtsrat sieht aufgrund des auf Deutschland konzentrierten Geschäfts keinen Anlass für eine international orientierte Besetzung des Gremiums. Eine Altersgrenze für Aufsichtsratsmitglieder ist nicht festgelegt, da die Altersstruktur derzeit bereits ausgewogen ist.

ANGABEN ZU ANGEWANDTEN UNTERNEHMENSFÜHRUNGSPRAKTIKEN

Die Gesellschaft wendet alle gesetzlich vorgeschriebenen Unternehmensführungspraktiken an. Weitere darüber hinausgehende unternehmensweit gültige Standards – ethische Standards, Arbeits- und Sozialstandards – existieren nicht.

ARBEITSWEISE VON VORSTAND UND AUFSICHTSRAT

Ein Grundprinzip des deutschen Aktienrechts ist das duale Führungssystem mit den Organen Vorstand und Aufsichtsrat, die beide mit jeweils eigenständigen Kompetenzen ausgestattet sind. Vorstand und Aufsichtsrat der Marseille-Kliniken AG arbeiten bei der Leitung und Überwachung des Unternehmens eng und vertrauensvoll zusammen.

Der Vorstand der Marseille-Kliniken AG besteht derzeit aus drei Mitgliedern. Diese führen als Leitungsorgan die Geschäfte der Gesellschaft mit dem Ziel nachhaltiger Wertschöpfung in eigener Verantwortung und im Unternehmensinteresse.

Der Vorstandsvorsitzende führt das operative Geschäft und koordiniert die Tätigkeit der Vorstände. Auch der Finanzvorstand ist als stellvertretender Vorsitzender des Vorstands

eng in die operativen Aktivitäten eingebunden. Als IT-Vorstand verantwortet das dritte Vorstandsmitglied die Bereiche Betriebsorganisation und Sonderprojekte.

Die Leiter der Geschäftsbereiche berichten über die Unternehmensbereiche an den Vorstand und tragen die Ergebnisverantwortung für ihren jeweiligen Bereich.

Der Aufsichtsrat bestellt die Mitglieder des Vorstands. Der Aufsichtsrat entscheidet, wie viele Mitglieder der Vorstand haben soll, ob es einen Vorsitzenden geben soll, benennt diese und beschließt, ob stellvertretende Mitglieder oder ein stellvertretender Vorsitzender bestellt werden sollen. Der Aufsichtsrat erlässt eine Geschäftsordnung für den Vorstand, die einen Katalog zustimmungsbedürftiger Geschäfte sowie einen Geschäftsverteilungsplan enthält. Schließlich gibt sich der Aufsichtsrat eine Geschäftsordnung.

Ein aus drei Mitgliedern bestehender Vorstand hat sich bei der Marseille-Kliniken AG bewährt. Die Geschäftsverteilung zwischen den Mitgliedern ergibt sich aus dem Geschäftsverteilungsplan. Der Vorstand nimmt an allen Sitzungen des Aufsichtsrats teil, berichtet schriftlich und mündlich zu den einzelnen Tagesordnungspunkten und Beschlussvorlagen und beantwortet die Fragen der einzelnen Aufsichtsratsmitglieder.

Die Beschlussanträge werden den Mitgliedern des Aufsichtsrats spätestens zehn Tage vor der Sitzung schriftlich mitgeteilt, eine ausführliche schriftliche Unterlage erhält der Aufsichtsrat vor seiner Sitzung.

Von der Möglichkeit, Beschlüsse im schriftlichen Umlaufverfahren zu fassen, wird verhältnismäßig selten und nur in Fällen Gebrauch gemacht, die besonders eilbedürftig sind.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats erläutert jedes Jahr die Tätigkeit des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse in seinem Bericht an die Aktionäre und in der Hauptversammlung.

Insbesondere der Vorsitzende des Aufsichtsrats trifft sich regelmäßig mit dem Vorstand und erörtert mit diesem aktuelle Fragen. Außerhalb dieser Treffen informiert der Vorstand den Aufsichtsratsvorsitzenden mündlich und schriftlich über aktuelle Entwicklungen.

Der Aufsichtsrat hat Ausschüsse gebildet, die bestimmte Arten von Geschäften und deren Beschlussfassungen vorbereiten und die Ausführungen überwachen.

Die Hauptaufgabe der Ausschüsse besteht darin, Beschlüsse und Themen für die Aufsichtsratssitzungen vorzubereiten. Die Zusammensetzung der Ausschüsse ist oben be-

schrieben. Der Finanzausschuss trat im Geschäftsjahr fünfmal zusammen. Der Ausschussvorsitzende berichtete in den Plenumsitzungen regelmäßig über die Inhalte und Ergebnisse der Ausschusssitzungen.